

## Nervenkrieg um den berühmtesten Flüchtling der Welt

Spiegel Online

16. August 2012 Donnerstag 7:01 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ASYL FÜR WIKILEAKS-GRÜNDER ASSANGE

**Length:** 1126 words

**Byline:** Marco Evers

**Highlight:** Die Nerven in London liegen blank: Seit Ecuador WikiLeaks-Gründer Assange Asyl zugesagt hat, tobt ein diplomatischer Krieg. Ein britischer Diplomat drohte sogar mit der Stürmung der Botschaft. Außenminister Hague dementiert, stellt aber klar: Eine Ausreise des Flüchtlings soll auf jeden Fall verhindert werden.;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/julian-assange-grossbritannien-erwaegt-sturm-der-botschaft-ecuadors-a-850491.html>

### **Body**

---

Manchmal bewegt sich ein Vorhang im Erdgeschoss von "Flat 3B, Hans Crescent". Dann richten sich sofort alle Augen und alle Kameras auf das Fenster, einzelne Aktivisten hinter ihren Guy-Fawkes-Masken beginnen zu jubeln - doch da ist nichts zu sehen, keine menschliche Silhouette, schon gar nicht die des WikiLeaks-Gründers Julian Assange, 41, des derzeit berühmtesten Flüchtlings der Welt.

Über Nacht hat Scotland Yard hier, vor der kleinen Botschaft von Ecuador gleich neben dem berühmten Kaufhaus Harrods, eine massive Polizeipräsenz zusammengezogen. Mehrere Mannschaftswagen parken in den anliegenden Straßen, auch vor dem Seitenausgang der diplomatischen Vertretung. Dutzende Beamte stehen hinter der Absperrung vor dem Gebäude. Assange mag jetzt anerkannter politischer Flüchtling in Ecuador sein - aber das gilt den Briten wenig: Sobald er die Botschaft verlässt und britischen Boden betritt, wird er verhaftet.

Am Sonntag will sich Assange selbst zu den Vorfällen äußern. Ob er für seinen Auftritt um 15 Uhr deutscher Zeit nur ans Fenster der Botschaft tritt oder das Gebäude tatsächlich verlässt, ist einer WikiLeaks-Sprecherin zufolge noch unklar. Es wird Assanges erster öffentlicher Auftritt seit März.

Die Frage des Tages aber war zwischenzeitlich eine andere. Bereiten britische Polizisten unter Umgehung internationalen Rechts womöglich die Erstürmung der Botschaft vor? Diese Frage wurde heiß diskutiert von den Aktivisten auf der anderen Straßenseite.

"Die holen Julian raus, um ihn an die USA auszuliefern", sagte einer der Demonstranten. Ein älterer Herr wandte ein: "Die Polizei kann doch nicht einfach in eine Botschaft eindringen." Das sei "illegal" und "das Ende aller diplomatischen Beziehungen". Tammy, eine junge übernächtigte Frau aus der Occupy-Bewegung, ist der Meinung, dass es doch eh kein Recht mehr gebe in diesem Land. "Mann, das ist Berlin 1936."

## **Hektisch tagen die Krisenstäbe**

Die Atmosphäre ist aufgeladen. Vereinzelt kommt es zu Rangeleien zwischen Aktivisten und Polizei. Zwei Meilen östlich, im Regierungsviertel Westminster, ist die Situation kaum weniger angespannt. Hektisch tagen die Krisenstäbe. Rasend schnell hat das Drama um den WikiLeaks-Gründer eine neue Eskalationsstufe erreicht.

Es steht viel auf dem Spiel - die Zukunft des Botschaftsflüchtlings Assange, die Beziehungen zu Ecuador und nicht zuletzt das Ansehen Großbritanniens.

Tatsächlich hat sich das Königreich diplomatisch in eine prekäre Situation manövriert. Assange, für den ein rechtskräftiger Haftbefehl vorliegt, solle die Botschaft freiwillig verlassen, beschied ein britischer Diplomat der ecuadorianischen Regierung in schriftlicher Form. Ansonsten komme ein Gesetz zur Anwendung, das es den Briten erlaube, gewaltsam in die Botschaftsräume von Ecuador einzudringen und Assange zu verhaften. "Dieser Weg steht uns offen", heißt es in dem Dokument, das die Regierung in Quito in englischer Sprache öffentlich machte (und der "Guardian" hier dokumentiert und analysiert).

Diese "offene Drohung" kam nicht gut an in Ecuadors Hauptstadt Quito. "Wir sind keine Kolonie Großbritanniens", zürnte Außenminister Ricardo Patiño. Nach reiflicher Überlegung habe Ecuador Assange "diplomatisches Asyl" gewährt - und diese Entscheidung habe Großbritannien zu respektieren.

Ein Regierungssprecher ergänzte: "Wir sind sehr schockiert von den Drohungen der britischen Regierung gegen die Souveränität der ecuadorischen Botschaft." Auch Ecuadors Präsident Rafael Correa ergriff das Wort. "Niemand wird uns terrorisieren", sagte er. Auf den Straßen Quitos kam es zu Demonstrationen gegen Großbritannien.

## **Britisches Gesetz erlaubt, auch in Botschaften einzudringen**

Die findigen Juristen des Außenministeriums in London hatten sich auf ein Gesetz von 1987 berufen, das der britischen Öffentlichkeit bislang vollkommen unbekannt war. Das Parlament hat es vor 25 Jahren beschlossen als Reaktion auf den gewaltsamen Tod der Polizistin Yvonne Fletcher.

Die 25-Jährige war 1984 abgestellt, eine Demonstration von Gaddafi-Gegnern vor der Botschaft Libyens zu bewachen. Sie verlief zunächst friedlich - doch dann eröffnete ein Botschaftsangehöriger mit einer automatischen Waffe das Feuer. Yvonne Fletcher erlitt eine Bauchwunde und starb wenig später. Es folgten eine elftägige Belagerung der libyschen Botschaft durch die Polizei und der Abbruch der diplomatischen Beziehungen.

Nach dem Tod der Polizistin schufen die Briten ein Gesetz, das es ihnen erlaubt, in ansonsten sakrosankte Botschaften einzudringen. Unter besonderen Umständen, zum Beispiel wenn die nationale Sicherheit gefährdet ist, kann der britische Staat die Anerkennung einer Botschaft von sich aus aufheben.

Ob solche Umstände im Fall von Assange eingetreten sind, ist allerdings fraglich. Außenminister William Hague stellte noch am Donnerstagnachmittag klar, dass Großbritannien von einer Stürmung der Botschaft absehe. Man werde Julian Assange andererseits auch keine Ausreise aus dem Land gewähren. In dem Augenblick, da er die Botschaft Ecuadors verlasse, werde er festgenommen werden.

## **Ungehindert außer Landes? Keine Chance!**

Die Botschaftsräume liegen im Erdgeschoss eines großen Wohnhauses. Sobald Assange die Schwelle der Wohnung übertritt, kann er von den Briten festgenommen werden, er hat keine Chance, ungehindert ein Diplomatenauto zu erreichen. Wenn er wider Erwarten doch zum Flughafen gelangen sollte, käme er dennoch nicht weiter, denn auch dort wandelte er auf britischem Boden. Seinen australischen Pass musste er zudem den Behörden übergeben.

Assange hätte selbst dann keine Chance, wenn Ecuador ihn jetzt auf die Schnelle einbürgern und ihm sogar einen Diplomaten-Pass aushändigen sollte. Unter diesen Umständen wäre Grossbritannien nicht gezwungen, den neuen Status von Assange anzuerkennen und könnte zugreifen. Auch im diplomatischen Gepäck kann sich Assange

## Nervenkrieg um den berühmtesten Flüchtling der Welt

kaum davonstehlen. Zwar dürfen die Behörden dieses nicht öffnen, aber sie dürfen es durchleuchten - und ihn verhaften, wenn sie ihn darin finden.

So bleibt Assange nur, seine Ausreise ins ecuadorianische Exil vor dem Internationalen Gerichtshof zu erstreiten. London müsse "die diplomatischen Pflichten der Flüchtlingskonvention beachten, ihn ausreisen lassen und ihm freies Geleit geben", sagte der bekannte spanische Anwalt und frühere Richter Baltasar Garzón, der Assange juristisch unterstützt. "Ansonsten werden wir vor den Internationalen Gerichtshof ziehen", zitiert ihn die Tageszeitung "El País".

Doch die Regierung in London sei nach wie vor fest entschlossen, dem Auslieferungsantrag aus Schweden zu entsprechen, sagte Hague. "Das Vereinigte Königreich erkennt das Prinzip des diplomatischen Asyls nicht an."

Damit ist zumindest eines klar: Die Belagerung der ecuadorianischen Botschaft dürfte noch eine ganze Weile anhalten.

**Load-Date:** August 17, 2012

---

End of Document

## **Boot mit mehr als hundert Flüchtlingen gekentert**

Spiegel Online

27. Juni 2012 Mittwoch 8:57 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** INDISCHER OZEAN

**Length:** 308 words

**Highlight:** Sie waren auf dem Weg nach Australien: Im Indischen Ozean sind mehr als hundert Bootsflüchtlinge gerettet worden - ihr Schiff war gekentert. Es ist das zweite Unglück dieser Art innerhalb weniger Tage.;

<http://www.spiegel.de/panorama/fluechtlingsboot-mit-rund-130-menschen-kentert-im-indischen-ozean-a-841148.html>

### **Body**

---

Canberra - Zum zweiten Mal in weniger als einer Woche ist ein vollbesetztes **Flüchtlingsboot** auf dem Weg nach Australien im Indischen Ozean gekentert. Nach ihren Informationen seien 123 Insassen gerettet worden, sagte Australiens Premierministerin Julia Gillard. An Bord waren demnach bis zu 133 Menschen. Genaue Zahlen gebe es aber nicht - deswegen könne man auch nicht sagen, ob Personen vermisst würden.

Wie die für die Seenotrettung zuständige australische Behörde Amsa mitteilte, verunglückte das Schiff knapp 200 Kilometer nördlich der zu Australien gehörenden Weihnachtsinsel. Diese liegt mitten im Indischen Ozean, etwa 2600 Kilometer vor der australischen und 300 Kilometer vor der indonesischen Küste. Die australische Küstenwache unterhält auf der Insel ein Auffanglager für Flüchtlinge, die versuchen, mit Booten illegal nach Australien zu gelangen.

Drei Handelsschiffe sowie zwei Marineschiffe waren an der Bergung der Schiffbrüchigen beteiligt. Unter ihnen waren nach Informationen des australischen Fernsehens auch mehrere Frauen und Kinder. Die meisten Passagiere stammten demnach aus Afghanistan.

Erst am vergangenen Donnerstag war ein Schiff mit rund 200 Flüchtlingen an Bord etwa 220 Kilometer nördlich der Weihnachtsinsel gekentert. Die Bergungsmannschaften retteten 110 Überlebende, 17 Menschen konnten sie nur noch tot aus dem Wasser bergen, die restlichen Vermissten wurden nie gefunden.

Bootsflüchtlinge aus Staaten wie Afghanistan, Irak, oder Sri Lanka sind in Australien ein sensibles Thema, es beherrschte auch die Wahlen vor zwei Jahren. Die beiden Unglücke haben die Debatte nun neu belebt. Die Mehrheit der Politiker möchte, dass die Asylanträge nicht in Australien bearbeitet werden. Dennoch können sich Opposition und Regierung nicht darauf einigen, wo stattdessen über die Anträge entschieden werden soll.

ulz/AFP/Reuters/AP

Boot mit mehr als hundert Flüchtlingen gekentert

**Load-Date:** June 27, 2012

---

End of Document

## **Russland bestraft Ausländer wegen "Homosexuellen-Propaganda"**

SPIEGEL ONLINE

23. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 207 words

**Highlight:** Russland macht Ernst mit seinem Kampf gegen sogenannte Homosexuellen-Propaganda: Vier Niederländer dürfen wegen einem Interview mit einem lesbischen Mädchen drei Jahre lang nicht mehr ins Land einreisen.

### **Body**

---

Moskau - Erstmals seit Inkrafttreten eines umstrittenen Verbots von "Homosexuellen-Propaganda" hat Russland vier Ausländer wegen Verstoßes gegen das Gesetz bestraft. Die niederländischen Homosexuellen-Aktivistinnen dürften drei Jahre lang nicht mehr nach Russland einreisen, sagte ein Sprecher der Migrationsbehörde in Moskau am Dienstag der Agentur Interfax. Deutschland warnt in einem Reisehinweis Schwule und Lesben vor dem Gesetz.

Die zwei Frauen und zwei Männer hätten gegen die Visumvorschriften verstoßen, sagte der Behördensprecher. Anstatt sich wie im Visumantrag angegeben um Kulturaustausch zu kümmern, hätten sie in einem Jugendlager nahe der nordrussischen Großstadt Murmansk mit Minderjährigen über Homosexualität gesprochen. Das ist laut dem im Juni verabschiedeten Gesetz unter Androhung einer Geldstrafe verboten. In weiten Teilen der russischen Gesellschaft sind abfällige Äußerungen gegen Homosexuelle üblich.

Camp-Veranstalter Sergej Alexejenko wies die Vorwürfe als "Humbug" zurück. In dem Lager seien keine Minderjährigen gewesen. Die Niederländer waren wegen der Städtepartnerschaft mit Groningen nach Murmansk gekommen. Dort drehten sie einen Dokumentarfilm über Homosexuelle, der beschlagnahmt wurde.

**Load-Date:** August 12, 2013

[Deutschland profitiert von Zuwanderung aus Osteuropa;  
http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/analyse-zuwanderung-von-  
rumaenen-und-bulgaren-gut-fuer-deutschland-a-940952.html](http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/analyse-zuwanderung-von-rumaenen-und-bulgaren-gut-fuer-deutschland-a-940952.html)

SPIEGEL ONLINE

27. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 533 words

**Highlight:** Ab 2014 haben Rumänen und Bulgaren unbeschränkten Zugang zum deutschen Arbeitsmarkt. Die Kommunen warnen vor Armutszuwanderung. Doch ein **Migrationsforscher** widerspricht: Die meisten Einwanderer seien dringend benötigte Fachkräfte.

## Body

---

Bonn/Berlin - Deutschland profitiert von der Zuwanderung aus Rumänien und Bulgarien - zu diesem Schluss kommt der **Migrationsforscher** Klaus Zimmermann. Für den deutschen Arbeitsmarkt sei die volle Arbeitnehmerfreizügigkeit, die ab Januar 2014 für Bürger dieser Staaten gilt, eine "gute Chance".

Die große Mehrheit der Zuwanderer seien gut qualifizierte Fachkräfte wie Ärzte oder Ingenieure, die in Deutschland dringend gebraucht würden, schreibt der Direktor des Forschungsinstituts zur Zukunft der Arbeit (IZA) in einer Analyse. Das IZA ist mit rund 1300 Wissenschaftlern weltweit das größte Forschungsnetzwerk der Ökonomie.

Zimmermann rechnet damit, dass ab 2014 maximal bis zu 200.000 Bürger aus Rumänien und Bulgarien zusätzlich nach Deutschland kommen. Vergangenes Jahr seien rund 71.000 Menschen aus den beiden Ländern eingewandert, insgesamt betrage die Zahl der Beschäftigten aus Rumänien und Bulgarien derzeit knapp 170.000. Mehr als 70 Prozent von ihnen zahlten regelmäßig in die Sozialversicherungen ein.

### "Unverantwortliche Stimmungsmache"

Die schwarz-rote Koalition sollte laut Zimmermann Sprachkurse, Integrations- und Qualifizierungsprogramme für die Neuankömmlinge gezielt in jenen Städten fördern, auf die sich der Zustrom erfahrungsgemäß konzentrieren dürfte. Entschieden tritt der Experte Warnungen vor einer massiven Armutszuwanderung entgegen: "Von einer massenhaften Zuwanderung aus Armut in die deutschen Sozialsysteme kann hier jedenfalls nicht die Rede sein, dies ist eine unverantwortliche Stimmungsmache."

Der damalige Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hatte im Frühjahr gefordert, Zuwanderer in die Ursprungsländer zurückzuschicken, wenn sie nach Deutschland kämen, um Sozialhilfe zu kassieren. EU-Sozialkommissar László Andor sagte hingegen im Interview mit SPIEGEL ONLINE, sowohl Deutschland als auch

Deutschland profitiert von Zuwanderung aus Osteuropa <http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/analyse-zuwanderung-von-rumaenen-und-bulgaren-gut-fuer-deutschlan...>

die Zuwanderer hätten nur Vorteile von der vollen Freizügigkeit. Die bislang verfügbaren Fakten unterstützen diese Aussage.

Allerdings mahnt auch Arbeitsmarktforscher Zimmermann in seiner Analyse, "Sozialtourismus" müsse rechtzeitig durch klare Regeln verhindert werden. Die Gesetze, die Sozialhilfemissbrauch verhindern sollen, seien zum Teil zu vage.

### **Kommunen fordern Geld für Integration**

Die deutschen Kommunen fürchten hohe Kosten durch die Neuankömmlinge. Es sei nicht auszuschließen, dass "auch eine Vielzahl von Personen kommen, die wir unter die sogenannte Armutseinwanderung fassen", sagte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Gerd Landsberg, im Hörfunksender WDR 5.

Die Zuwanderung und ihre Folgen dürften nicht allein Sache der Kommunen sein, so Landsberg. Er glaube nicht, "dass die Kommunen in der Lage sind, die Armutszuwanderung in Europa zu lösen". Bund, Länder und die Europäische Union müssten sich an Lösungen und möglichen Kosten beteiligen.

Landsberg sagte weiter, die Integration von Menschen aus Rumänien und Bulgarien werde zunehmend zum Problem. Die herkömmlichen Konzepte seien mit diesen Gruppen ganz schwer umzusetzen. "Die sind sehr misstrauisch gegenüber dem Staat und haben eben auch wahnsinnig schlechte Erfahrungen gemacht."

fdi/dpa

**Load-Date:** December 27, 2013



## Wohltätigkeitsorganisation will Hitler-Geburtshaus nutzen

Spiegel Online

30. Januar 2013 Mittwoch 8:50 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ÖSTERREICH

**Length:** 217 words

**Highlight:** In der österreichischen Stadt Braunau am Inn deutet sich ein Ende im Streit über die Verwendung des Hitler-Geburtshauses an: Einem Zeitungsbericht zufolge will eine Wohltätigkeitsorganisation das leerstehende Gebäude nutzen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/braunau-wohltaetigkeitsorganisation-will-hitler-geburtshaus-nutzen-a-880634.html>

### Body

---

Wien - Ein Zentrum für die Integration für Migranten - das ist der Plan einer österreichischen Wohltätigkeitsorganisation für das Geburtshaus Adolf Hitlers in Braunau am Inn. Die Volkshilfe wolle dort ein solches Zentrum errichten, berichtete der "Kurier". Der Volkshilfe-Geschäftsführer Karl Osterberger sagte der Zeitung: "Wenn die Rahmenbedingungen passen, machen wir das." Wenn eine soziale Einrichtung dort unterkäme, hätte das eine "tolle Signalwirkung".

Das historisch belastete Gebäude steht leer, seit vor mehr als einem Jahr eine Behindertenwerkstatt ausgezogen ist. Der Braunauner Bürgermeister Hannes Waidbacher von der konservativen Volkspartei (ÖVP) sprach sich vergangenes Jahr für eine Wohnnutzung des gelb getünchten Baus aus und sorgte damit für Aufregung. Anderen Vorschlägen zufolge sollte in der Immobilie eine Holocaust-Gedenkstätte entstehen.

Das Geburtshaus Hitlers gehört derzeit einer Rentnerin, die es an das österreichische Innenministerium vermietet. Untermieter ist die Stadt Braunau. Vor dem Gebäude, in dem der 1889 geborene Hitler bis zu seinem dritten Lebensjahr lebte, befindet sich ein aus dem ehemaligen Konzentrationslager Mauthausen stammender Mahnstein aus Granit. Darauf steht: "Für Frieden, Freiheit und Demokratie. Nie wieder Faschismus. Millionen Tote mahnen."

hen/AFP

**Load-Date:** January 31, 2013

## Was Joachim Gauck mit Deutschland vorhat

Spiegel Online

18. März 2012 Sonntag 7:32 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BUNDESPRÄSIDENTENWAHL

**Length:** 826 words

**Byline:** Florian Gathmann

**Highlight:** Jetzt wird es ernst für Joachim Gauck - ab Sonntagnachmittag ist er wohl der erste Mann im Staat. Die Grundlinien seiner Präsidentschaft stehen bereits fest: Er will den Deutschen die Freude an der Demokratie wiedergeben und ein Staatsoberhaupt auch für die Migranten sein.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,821290,00.html>

### Body

---

Berlin - Am Ende dürfte alles ganz schnell gehen. "Nehmen Sie die Wahl an", wird Bundestagspräsident Norbert Lammert den Kandidaten Joachim Gauck, 72, am Sonntagnachmittag fragen. Wenn er mit "Ja" antwortet, ist in diesem Moment aus dem Bürger Gauck ein Bundespräsident geworden. Die Teilnehmer der Bundesversammlung werden sich erheben und dem neuen Präsidenten feierlich applaudieren. Draußen vor dem Reichstag wartet dann schon die Limousine mit dem schlichten Kennzeichen "0 - 1" auf das elfte Staatsoberhaupt der Republik.

Bis hierher ist alles klar. Aber was kommt dann?

Wer Joachim Gauck zuletzt diese Frage stellte, bekam als Antwort stets zu hören: "Lassen Sie mich doch erst mal ins Amt kommen." Tatsächlich ist das erste Ziel von Gauck und seinen Leuten, die Bundesversammlung unfallfrei zu überstehen. Gaucks Mehrheit unter den 1240 Wahlleuten ist zwar dank der All-Parteien-Koalition - nur Linke und NPD unterstützen ihn nicht - groß, aber man weiß ja nie.

Natürlich machen sich Gauck und sein Mini-Team - der designierte Bundespräsidialamts-Staatssekretär David Gill, Sprecher Andreas Schulze und Büroleiter Johannes Sturm - Gedanken darüber, wie es nach dem Sonntag weitergeht. Gauck hat sich mit vielen Polit-Kennern und sonstigen Denkern getroffen in den vergangenen Tagen. Er wollte zuhören, Ideen sammeln, Erwartungen ausloten, Strategien diskutieren.

Joachim Gauck und seine Leute wissen: Die Erwartungen sind riesig. Als Präsident muss er rasch überzeugend auftreten, Akzente setzen. Folgende Schwerpunkte sind Gauck und seinen Leuten wichtig:

Der Freiheits-Kanon, mit dem Gauck in den vergangenen Jahren durch die Republik gezogen ist, wird für Schloss Bellevue nicht ausreichen. Dennoch möchte der Präsident Gauck sein Herzensthema als "reisender Politik-Lehrer" beibehalten. Nach dem Vorbild Gustav Heinemanns - Staatsoberhaupt von 1969 bis 1974 - will er für die Demokratie werben und den Deutschen wieder Spaß an der Politik vermitteln. Wer Gauck bei einem seiner vielen

## Was Joachim Gauck mit Deutschland vorhat

leidenschaftlichen Auftritte in den vergangenen Jahre erlebt hat, vermag sich vorzustellen, dass ihm dies auch als Präsident gelingen könnte. Was inhaltlich von Ex-Präsident Christian Wulff hängen geblieben ist, war sein Bekenntnis zum modernen Deutschland als integrative Nation, Stichwort "Der Islam gehört zu Deutschland". Hier möchte der ehemalige Pfarrer Joachim Gauck anknüpfen. Er will ein Präsident aller Deutschen sein, auch der Migranten. Aber Gauck wird von den Migranten auch etwas fordern: ein Bekenntnis zu Deutschland, Verantwortung für ihre Staatsbürger-Rechte. Gauck will ein Präsident sein, der den Blick der Deutschen nach Osten richtet - und zwar weiter als auf die die neuen Bundesländer: Gemeint sind die Staaten hinter dem ehemaligen Eisernen Vorhang. Bei seiner letzten Lesung vor drei Wochen in Fürth sagte er: "Heute Abend meldet sich Osteuropa im Westen zu Wort." Diese Perspektive möchte das Staatsoberhaupt Gauck beibehalten. Der Präsident Gauck wird auch ein Mahner sein. Aber nicht in der Art, wie es mancher wegen seiner distanzierten Äußerungen zu den Occupy-Protesten oder dem Widerstand gegen Stuttgart 21 vermutet. Natürlich wird der Präsident Gauck nicht den Kapitalismus als solchen oder Großprojekte grundsätzlich kritisieren - aber Gauck wird sich einmischen und zu Wort melden, wenn er die Regeln verletzt sieht. Beispielsweise in der Finanzwelt. "Wir schaffen ja auch nicht den Sport ab, weil es Doping gibt" lautet einer seiner Lieblingssätze. Trotz seines fortgeschrittenen Alters will Gauck auch ein Präsident für die Jungen sein. Und er gibt sich dabei optimistisch. "Ich muss keine Turnschuhe anhaben, um bei jungen Leuten anzukommen", sagte Gauck bei seinem Auftritt vor den bayerischen Wahlleuten in München. Er sei jederzeit bereit, dazuzulernen.

Um das umzusetzen, vertrauen Gaucks Strategen vor allem auf eines: das Redetalent des neuen Präsidenten. Denn reden kann der Ex-Pfarrer Gauck wirklich wie kaum einer in der Republik. Kein Vergleich zu seinen Vorgängern Wulff und Horst Köhler. Und man setzt auf die hohe Kompetenz der rund 180 Mitarbeiter im Bundespräsidialamt. Wobei neben Gaucks drei engsten Helfern wohl auch der eine oder andere weitere Neuling dort einrücken wird.

Gaucks erste öffentliche Auftritte werden ebenfalls nicht lange auf sich warten lassen. Seine Premiere als Bundespräsident wird er wohl schon Anfang der Woche in Leipzig haben. Dort feiert am Dienstag der Thomanerchor sein 800-jähriges Bestehen, Gauck hatte lange vor dem Rücktritt Wulffs zugesagt. Mit einer Teilnahme des neuen Präsidenten Gauck wird gerechnet, auch mit einem Grußwort.

Und dann kommen auch schon die ersten Auslandsreisen. Als erstes würde Gauck gerne Polen besuchen, das Land liegt ihm besonders am Herzen. Außerdem steht ihm mit seiner Beraterin Helga Hirsch eine profunde Kennerin des östlichen Nachbarn zur Seite.

Auch eine Reise gen Westen ist rasch geplant, vielleicht sogar in die USA - das Land der Freiheit.

**Load-Date:** March 18, 2012

## **"Die USA haben alle Länder in Angst versetzt"**

SPIEGEL ONLINE

15. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 633 words

**Highlight:** Gewährt Russland dem NSA-Enthüller Edward Snowden Asyl? Präsident Putin will diese Frage nicht beantworten. Er nutzt ein Treffen mit Studenten lieber dazu, den USA Vorwürfe zu machen. Washington mache allen Länder so viel Angst, dass der Informant auf russischem Territorium festsitze.

### **Body**

---

Moskau - Kremlchef Wladimir Putin hat den USA die Schuld an der festgefahrenen Lage des Ex-Geheimdienstlers Edward Snowden gegeben. "Sie haben alle anderen Länder so in Angst versetzt, dass ihn niemand möchte. Und auf diese Weise haben sie ihn auf unserem Territorium blockiert", sagte der Präsident am Montag der Agentur Interfax zufolge.

Auf der Flucht vor den US-amerikanischen Behörden sei der 30-Jährige "ohne Einladung" auf dem Flughafen in Moskau gelandet. "Er ist nicht zu uns geflogen, er hatte einen Transitflug in ein anderes Land", sagte Putin bei einem Treffen mit Studenten im Leningrader Gebiet.

Nachdem Snowden von Hongkong losgeflogen sei, hätten die USA die Weiterreise verhindert, ergänzte der Staatschef. Er gehe weiter davon aus, dass der US-Amerikaner russisches Territorium verlasse, sobald er die Möglichkeit hat.

Die Situation nannte Putin "ein Geschenk, wie zu Weihnachten". Sollte Moskau dem Asylantrag stattgeben, würde dies die derzeit ohnehin schon gespannten Beziehungen zu den USA weiter verschlechtern. Den russischen Staatschef scheint das wenig anzufechten. In einem Telefonat mit US-Präsident Barack Obama blieb er hart, Snowden werde nicht ausgeliefert.

#### **"Die Bedingungen für politisches Asyl sind ihm bekannt"**

NSA-Enthüller Snowden hatte am Freitag angekündigt, vorübergehend in Russland Asyl beantragen zu wollen. Bisher sei ein entsprechendes Gesuch aber nicht bei den zuständigen Behörden eingegangen, sagten russische Regierungsvertreter am Montag.

Putin erneuerte dennoch am Montag sein Asylangebot für Snowden, dieses sei weiter gültig. Er betonte aber auch: "Die Bedingungen für politisches Asyl sind ihm bekannt. Die jüngsten Mitteilungen zeigen, dass er irgendwie seine Position ändert. Die endgültige Situation ist bisher nicht geklärt." Der Präsident hatte bereits mehrmals deutlich gemacht, dass der US-Amerikaner nur Asyl erhalten werde, wenn er den amerikanischen Partnern keinen Schaden mehr zufüge.

## "Die USA haben alle Länder in Angst versetzt"

Snowden aber hatte am Freitag bei seinem Treffen mit Menschenrechtlern auf dem Flughafen Scheremetjewo nach Angaben von Teilnehmern betont, er glaube nicht, dass er den USA schade. "Keine meiner Handlungen, die ich unternommen habe oder plane, sollen den USA schaden ... ich will, dass die USA erfolgreich sind."

Tanja Lokschina von der Organisation Human Rights Watch, eine der Teilnehmer des Gesprächs am Freitag, sagte am Montag: "Ich habe den Sinn dieses Treffens bis heute nicht verstanden." Wahrscheinlich sei es nur darum gegangen, Snowdens tatsächliche Anwesenheit in Russland zu beweisen. "Mir ist unklar, warum Snowden uns versammelt hat und ob er der Initiator des Treffens war", sagte sie.

Der IT-Fachmann besitzt offenbar noch Tausende Dokumente, darunter solche, die einem "Bauplan" des Geheimdienstes NSA gleichkämen, sagte "Guardian"-Journalist Glenn Greenwald am Wochenende. Er steht nach eigenen Angaben weiterhin in Kontakt mit dem Informanten.

### **Hoffnung auf neue Papiere**

Da Snowden keinen gültigen US-Pass mehr hat, hofft er auf neue Papiere, die ihm eine Weiterreise nach Lateinamerika erlauben. Dort haben ihm mehrere Länder einen Flüchtlingsstatus angeboten.

Der Computerexperte ist seit Wochen auf der Flucht. Er war am 23. Juni aus Hongkong kommend in Moskau gelandet, er soll sich im Transitbereich des Flughafens aufhalten. Der IT-Experte hatte umfassende Spähprogramme von Geheimdiensten in den USA und Großbritannien enthüllt.

Die USA ließen Snowdens Reisepapiere für ungültig erklären und wollen ihn vor Gericht stellen. Moskau lehnt seine Abschiebung aber mit der Begründung ab, dass es keinen Auslieferungsvertrag mit Washington und es in den USA die Todesstrafe gebe.

Lesen Sie hier eine Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

heb/dpa

**Load-Date:** August 12, 2013

[Verdurstet in der Wüste; http://www.spiegel.de/politik/ausland/niger-tote-fluechtlinge-in-sahara-gefunden-a-931049.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/niger-tote-fluechtlinge-in-sahara-gefunden-a-931049.html)

SPIEGEL ONLINE

31. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 480 words

**Highlight:** Ihr Weg in eine bessere Zukunft endete in der Wüste. Die Leichen von 93 Menschen wurden in der Sahara gefunden. Mehr als die Hälfte waren Kinder. Sie wollten von Niger nach Algerien und von dort wohl weiter nach Europa.

## Body

---

Niamey - Almoustapha Alhacen hat mitgeholfen, die Leichen zu bergen, 87 Tote, davon die Hälfte Kinder. "Die Körper waren schon zersetzt. Es war schrecklich. Wir haben sie in einem Umkreis von 20 Kilometern gefunden und in kleinen Gruppen", berichtet der freiwillige Helfer der örtlichen Presse. Bereits vergangene Woche waren in der Umgebung die Leichen von fünf Frauen und Mädchen gefunden worden, Mitglieder derselben **Flüchtlingsgruppe**.

Ende September waren die Flüchtlinge aufgebrochen, in zwei vollgeladenen Fahrzeugen, berichtet die britische Zeitung "Guardian". Die Fahrt sollte auf einer Schmugglerroute aus Niger durch die Wüste nach Algerien gehen und für manche von dort weiter nach Europa.

Doch nur etwa zehn Kilometer vor der algerischen Grenze hatte eines der beiden Fahrzeuge eine Panne. Das andere fuhr davon, um Hilfe zu holen, und kam nicht mehr zurück. Was aus seinen Insassen wurde, ist nicht bekannt.

Als klar war, dass keine Hilfe kommen würde, hatten die Zurückgebliebenen noch versucht, sich durchzuschlagen. Die nächste Wasserquelle war 20 Kilometer entfernt, bei Temperaturen, die an den heißesten Tagen in der Sahara auf über 50 Grad steigen können. Die Leichen mancher Mütter fand man auf der Strecke zusammengekauert mit ihren Kindern im Schatten eines Baumes.

### **Knapp zwei Dutzend Menschen haben den Wüstenmarsch überlebt**

Ein paar Überlebende haben es tatsächlich geschafft. 19 Flüchtlinge wurden im Süden Algeriens aufgegriffen und von dort wieder zurück nach Niger gefahren. Eine Frau traf zufällig auf ein Auto in der Wüste. Der Fahrer brachte sie nach Arlit, im Norden Nigers am Rand der Sahara. Und ein Flüchtling ist die 83 Kilometer bis nach Arlit gelaufen.

Wer die Toten sind, darüber gibt es noch keine Erkenntnisse, auch nicht über ihre möglichen Schlepper. Unter den 87 Toten waren 48 Kinder, 32 Frauen und sieben Männer.

Verdurstet in der Wüste <http://www.spiegel.de/politik/ausland/niger-tote-fluechtlinge-in-sahara-gefunden-a-931049.html>

Da Europa sich abschottet, zahlen Menschen, die dorthin fliehen wollen, Schmuggelbanden und nehmen sogar Lebensgefahren in Kauf. Die Risiken, denen Flüchtlinge ausgesetzt sind, haben in den vergangenen Wochen größere Aufmerksamkeit erfahren, nach einer erneuten Reihe von Tragödien.

Anfang des Monats waren vor Lampedusa rund 400 Menschen ertrunken. Viele von ihnen waren Familien aus Konfliktregionen wie Syrien, Somalia und Eritrea, die für sich keinen besseren Ausweg sahen, als das Risiko einer illegalen Überfahrt nach Europa einzugehen. In Deutschland demonstrierten Flüchtlinge mit einem Hungerstreik für eine Überarbeitung der Asylgesetze.

Niger gehört zu den ärmsten Ländern der Welt. Immer wieder kommt es zu Hungerkatastrophen. Für Flüchtlinge ist das benachbarte Algerien oftmals das nächstliegende Ziel. Manche von ihnen finden dort Arbeit. Für andere jedoch soll Algerien nur ein Zwischenstopp sein auf dem Weg nach Norden weiter nach Europa.

ras

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## Studie offenbart Diskriminierung an Schulen und Unis

SPIEGEL ONLINE

13. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UNISPIEGEL / STUDIUM

**Length:** 532 words

**Highlight:** Wer anders ist, hat es in Schulen, an Unis und am Arbeitsplatz schwer: Kinder mit Migrationshintergrund, Behinderte und Homosexuelle leiden häufig unter Diskriminierung, wie eine Studie des Bundes zeigt. Hilfe bekommen die Betroffenen zu selten.

### Body

---

Es fängt häufig schon in der Kita an, geht in der Schule weiter, sogar an der Hochschule und später im Arbeitsleben: Diskriminierung gehört an Schulen und Universitäten zum Alltag. Das zeigt eine Studie der Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS), die heute dem Bundestag vorgelegt werden soll (hier finden Sie die Studie). Demnach fühlt sich jeder vierte Schüler oder Student mit ausländischen Wurzeln diskriminiert. Schülerinnen und Schüler würden aufgrund ihres türkischen oder arabischen Hintergrunds oft beschimpft.

Die ADS hat für die umfangreiche Studie wissenschaftliche Analysen und Expertengespräche in Auftrag gegeben und Beratungsanfragen an die ADS und andere Beschwerdestellen sowie externe Studien auswerten lassen. Die Daten liefern einen Überblick über Art und Umfang von Diskriminierungen und Diskriminierungsrisiken bei der kindlichen Frühförderung, in Schule und Ausbildung, an Universitäten und auf dem Arbeitsmarkt.

Auch im Verhältnis von Lehrern und Schülern sind Diskriminierungen der Studie zufolge alltäglich. So könne dem 450-seitigen Bericht zufolge zum Beispiel ein türkischer Name oder eine niedrige soziale Herkunft von Schülern dazu führen, dass Lehrer Leistungen schlechter bewerten würden. Eltern mit Migrationshintergrund berichten ebenfalls von erschwerten Bedingungen etwa bei der Einschulung.

Auch sechs Prozent der Befragten mit einer Behinderung gaben an, benachteiligt, ausgegrenzt oder gemobbt worden zu sein. Vor allem Eltern behinderter Kinder klagen häufig über Schwierigkeiten, ihre Kinder in integrative Einrichtungen aufnehmen zu lassen.

#### **Negative Auswirkungen auf Leistung und Motivation**

Homosexuelle Schüler berichteten ebenfalls von Beleidigungen auf dem Schulhof. Erfahrungen von Diskriminierung wirken sich der Studie zufolge auch negativ auf Leistung und Arbeitsmotivation aus. Zudem bemängeln die Studienmacher ein Fehlen von genügend unabhängigen Hilfs- und Beratungsangeboten, an die sich Opfer von Diskriminierungen wenden können.

Beim Zugang zur Arbeit und im Arbeitsleben selbst klagen Betroffene oft über Benachteiligungen aus Gründen des Geschlechts oder des Alters, über Nicht-Anerkennung im Ausland erworbener Qualifikationen oder über



## Studie offenbart Diskriminierung an Schulen und Unis

Vorbehalte gegenüber Menschen mit Behinderung. Auch negative Einstellungen gegenüber Menschen nichtdeutscher Herkunft hindert viele Betroffene daran, einen passenden Beruf zu finden. Arbeitgeber glauben häufig, der oder die oben genannten Personen passten nicht in den Betrieb. Gerade jedoch auf dem Arbeitsmarkt wird deutlich, dass Unternehmen von Vielfalt profitieren können, wenn sie nur auf die Qualifikation eines Menschen schauen, so die Antidiskriminierungsstelle.

"Es ist das erste Mal in Deutschland, dass Benachteiligungserfahrungen bei Bildung und Arbeit derart umfassend untersucht wurden", sagte die Leiterin der Antidiskriminierungsstelle, Christine Lüders. Deutschland könne es sich "langfristig nicht leisten", ganze Gruppen von Schülern nicht chancengerecht am Bildungserfolg "teilhaben zu lassen". Sie fordert nun, unabhängige Stellen an Schulen und Hochschulen einzurichten, die Betroffenen rasche Hilfe anbieten.

Igr/dpa/AFP

**Load-Date:** September 6, 2013

---

End of Document

## Schiff mit mehr als hundert Passagieren sinkt im Indischen Ozean

Spiegel Online

21. Juni 2012 Donnerstag 10:24 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** VOR INDONESIA

**Length:** 210 words

**Highlight:** Im Indischen Ozean ist ein Schiff gesunken. Ersten Angaben zufolge sollen rund 200 Menschen an Bord gewesen sein. Offenbar handelt es sich dabei um **Flüchtlinge**, die auf dem Weg von Indonesien nach Australien waren.; <http://www.spiegel.de/panorama/schiff-im-indischen-ozean-gesunken-a-840126.html>

### Body

---

Sydney - Rund 220 Kilometer nördlich der zu Australien gehörenden Weihnachtsinseln ist im Indischen Ozean ein Schiff gesunken. Dies teilte die australische Behörde für Maritime Sicherheit mit. Rund 200 Menschen sollen an Bord gewesen sein. Das Unglück habe sich im Zuständigkeitsbereich Indonesiens ereignet, aber Australien leiste Hilfe.

Ein Flugzeug der australischen Streitkräfte hat dem Sender Sky News zufolge im Ozean Überlebende gesichtet. Drei Handelsschiffe und zwei Patrouillen-Boote der Verteidigungskräfte seien auf dem Weg zum Unglücksort, berichtet ABC Radio Australia.

Bei den Menschen könnte es sich um Flüchtlinge handeln. Einem Sprecher der australischen Zollbehörde zufolge hatten Grenzschützer vor dem Unglück ein Boot gemeldet, das möglicherweise im Zusammenhang mit Menschensmuggel stand.

Regelmäßig machen sich Menschen von Indonesien per Schiff in Richtung Weihnachtsinseln auf, um in Australien Asyl zu beantragen. Der Unglücksort liegt südlich der indonesischen Hauptinsel Java.

Ein Sprecher des indonesischen Rettungsdienstes sagte der Onlineausgabe der Tageszeitung "The Australian", Indonesien habe zwei Marine-Schiffe zum Unglücksort geschickt. Er sprach von rund hundert Menschen an Bord, die aus Sri Lanka stammen sollen.

*siu/Reuters*

**Load-Date:** June 21, 2012

## Die Wegduckerin

SPIEGEL ONLINE

18. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 783 words

**Byline:** Björn Hengst

**Highlight:** Erst teilte sie kräftig aus, dann war von Christine Haderthauer plötzlich nichts mehr zu hören: Ausgerechnet als es im bayerischen Landtag um ihre Rolle bei den umstrittenen Geschäften ihres Ehemannes ging, schwieg die Sozialministerin.

### Body

---

Erst kämpferisch, dann ausgesprochen schweigsam: Christine Haderthauer ist an diesem Donnerstag im bayerischen Landtag von zwei sehr unterschiedlichen Seiten zu erleben - und wohl keine der beiden Varianten dürfte dazu beitragen, das ramponierte Image der bayerischen Sozialministerin aufzupolieren.

Da ist zunächst die resolute Verteidigerin der bayerischen Flüchtlingspolitik. So will die CSU-Politikerin etwa Kritik an den Essenspaketen für Asylbewerber nicht gelten lassen, auch wenn etwa der bayerische Flüchtlingsrat die Versorgung mit Sachleistungen zuletzt als entwürdigend gerügt hatte. Haderthauers Urteil über die Essenspakete während einer Aussprache zu einem Dringlichkeitsantrag der Grünen-Fraktion: "von einwandfreier Qualität", "kultursensibel zusammengesetzt", man könne sich von ihnen "hervorragend ernähren".

Die Grünen hatten mit dem Antrag auf den Hunger- und Durststreik von rund 50 Flüchtlingen vor wenigen Tagen in München reagiert und unter anderem die Abschaffung der Essenspakete gefordert.

Haderthauer mag sich in der letzten Sitzung des Parlaments vor der Landtagswahl nicht lange mit Vorhaltungen aufhalten: Er sei bekannt dafür, über Dinge zu reden, von denen er "keine Ahnung" habe, blafft die Ministerin einen SPD-Parlamentarier an. Dieser hatte Haderthauer zuvor vorgeworfen, nicht an einer menschenwürdigen Flüchtlingspolitik interessiert zu sein. "Da lachen ja die Hühner", sagt sie an anderer Stelle. Oder: "Das ist ja völliger Blödsinn."

Gleich mehrfach ergreift Haderthauer während der Aussprache das Wort und betont, dass Bayern eine "moderne und zeitgemäße Asylsozialpolitik entwickelt" habe. Ihre Stimme wird dabei etwas lauter, der rechte Arm rudert vor und zurück, ihr Blick in Richtung Opposition sagt: Hört doch einfach auf.

### Haderthauers Antwort auf die Vorwürfe: Schweigen

Und dann gibt es die andere Seite der Ministerin, ebenfalls im Landtag, nur ein paar Stunden später: die stille Haderthauer. Obwohl es doch vor allem um sie persönlich geht. Drucksache 16/17094 lautet der

## Die Wegduckerin

Dringlichkeitsantrag, das Thema: "Befangenheit und zweifelhafte Amtsführung der Staatsministerin Christine Haderthauer".

Die Ministerin müsse "klar und deutlich Stellung beziehen", fordert in der Aussprache etwa der Abgeordnete Peter Bauer (Freie Wähler). Aber Haderthauer sitzt jetzt gar nicht mehr auf der Regierungsbank, sie hat stattdessen in den Reihen der CSU-Fraktion Platz genommen. Das wirkt so, als gehe sie der Antrag gar nichts an, nur ist die Sache völlig anders: Seit der SPIEGEL Mitte Mai darüber berichtete, dass Haderthauers Mann Hubert als Arzt mit begehrten Modellautos seiner Psychiatriepatienten Geld verdiente, hat die 51-Jährige mindestens ein kleines Imageproblem. Erst recht, nachdem durch SPIEGEL-Recherchen publik wurde, dass sie sogar als Mitgeschäftsführerin in die Firma eingebunden war.

Haderthauers bisherige Reaktion auf die Angelegenheit war ziemlich knapp: Die Sache betreffe "die Zeit vor meinem landespolitischen Engagement", hatte sie erklärt. Ein Zusammenhang mit "politischer Verantwortung" habe nicht bestanden.

Am Donnerstag fällt Haderthauers Reaktion noch dürrer aus: Sie sagt einfach gar nichts. Dabei hätte sie Gelegenheit gehabt, auf etliche Fragen zu antworten. Zu welchen Zeiten und in welchen Funktionen sie an der Firma ihres Mannes beteiligt gewesen sei, lautete etwa eine im Dringlichkeitsantrag. Oder ob es sich um "Ausbeutung oder Ausnutzung Schutzbefohlener" handele, wenn ein Therapeut Geschäfte "zu seinem privaten Nutzen mit seinem Patienten" mache.

**Disziplinarverfahren eingeleitet**

Haderthauer schweigt. "Die Ministerin stellt sich nicht und beschädigt sich so immer mehr", urteilt später die SPD-Fraktion. Die Staatsanwaltschaft Ansbach, bei der das Ehepaar Haderthauer zuletzt angezeigt wurde, hatte den Anfangsverdacht einer Straftat verneint. Ausgestanden ist die Sache deshalb aber noch nicht. Die Landesanwaltschaft hat inzwischen gegen Hubert Haderthauer ein Disziplinarverfahren eingeleitet. Begründet wurde der Schritt mit "tatsächlichen Anhaltspunkten, die den Verdacht eines Dienstvergehens rechtfertigen".

Und die Ministerin? In der CSU gehen viele davon aus, dass Haderthauer auch künftig im Kabinett vertreten sein wird, sollte die Partei die Wahl gewinnen. Aber für das Sozialministerium hält man sie nur für bedingt geeignet. Und die Sympathien vieler Parteifreunde hat Haderthauer, die immer mal wieder auch als mögliche Nachfolgerin von Ministerpräsident Horst Seehofer gehandelt wurde, längst verloren. Einer aus der Fraktion sagt: "Ich kenne niemanden in der CSU, der so schnell abgehoben ist wie Christine Haderthauer."

**Load-Date:** August 12, 2013

## *"Ich sehe nur Vorteile für beide Seiten"*

SPIEGEL ONLINE

04. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIRTSCHAFT / STAAT & SOZIALES

**Length:** 1019 words

**Byline:** Yasmin El-Sharif

**Highlight:** 2014 fallen die letzten Schranken für Rumänen und Bulgaren auf dem deutschen Arbeitsmarkt, die CSU warnt vor Armutsflüchtlern. Jetzt hält EU-Kommissar Andor dagegen: "Es wird keine Migrantenschwemme geben."

### **Body**

---

Hamburg - Deutschland hat es bis zum Ende ausgereizt. Ab 2014 - erst sieben Jahre nach dem EU-Beitritt Rumäniens und Bulgariens - genießen Zuwanderer aus den beiden osteuropäischen Ländern die gleichen Rechte auf dem deutschen Arbeitsmarkt wie andere EU-Bürger.

Trotz der langen Übergangszeit wächst die Angst in Deutschland, dass Städte wie Berlin oder Duisburg auf einen möglichen Zustrom nicht ausreichend vorbereitet sind. Geschürt werden diese Sorgen zusätzlich von CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich, der vor Armutsflüchtlern warnt.

Seit Monaten fordern die Kommunen finanzielle Unterstützung von der Bundesregierung bei der Integration von Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien, speziell von Sinti und Roma. Doch bislang lehnt Berlin ab.

Jetzt bekommen die Problemstädte Rückendeckung von EU-Sozialkommissar László Andor. Im Interview appelliert der Ökonom an die Solidarität in Deutschland. Zugleich hält er die Risiken ab 2014 für kaum existent: "Ich sehe nur Vorteile für beide Seiten."

**SPIEGEL ONLINE:** Herr Andor, 2014 fallen die letzten Schranken für Rumänen und Bulgaren auf dem deutschen Arbeitsmarkt. CSU-Innenminister Hans-Peter Friedrich warnt: "Wer nach Deutschland kommt, um hier Sozialhilfe zu kassieren, muss zurückgeschickt werden." Ist das eine Begrüßung in Ihrem Sinne?

**Andor:** Es ist nicht die Aufgabe des Innenministers, sich um solche Fragen zu kümmern. Dafür gibt es eine Arbeits- und Sozialministerin. Und selbst wenn es Bulgaren und Rumänen gibt, die in Deutschland nicht direkt einen Job finden und auf Sozialleistungen angewiesen sind, dann haben sie nur ein dreimonatiges Aufenthaltsrecht. Das ist eine EU-Regelung, da bedarf es keiner Warnungen.

**SPIEGEL ONLINE:** Trotzdem zittern schon einige Bürgermeister in deutschen Großstädten vor dem, was im kommenden Jahr auf sie zukommen mag. Der Deutsche Städtetag warnt vor einer Gefahr für den sozialen Frieden, wenn zu viele Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien kommen und es an Jobs und Wohnungen mangelt.

"Ich sehe nur Vorteile für beide Seiten"

**Andor:** Ich sehe da keine Gefahr. Im Gegenteil: Da Deutschlands Wirtschaft wächst, es viele unbesetzte Stellen gibt und vor allem junge Menschen kommen, sehe ich nur Vorteile für beide Seiten. Die große Mehrheit der Rumänen und Bulgaren arbeitet und trägt stark zum Wachstum Deutschlands bei, denn sie zahlt Steuern und Sozialversicherungsbeiträge und gibt in Deutschland Geld aus. Die gezahlten Sozialleistungen fallen im Vergleich viel kleiner aus.

**SPIEGEL ONLINE:** Das ist in Städten wie Berlin, Dortmund oder Duisburg aber anders. Dort sind Rumänen und Bulgaren schon heute im Schnitt häufiger arbeitslos und beziehen öfter Sozialleistungen als andere Ausländer. Hinzu kommen Kosten für Obdachlose und die gesundheitliche Versorgung Nichtversicherter.

**Andor:** In manchen Fällen geht einiges zu schnell, dann kommen zu viele Zuwanderer auf einmal in den gleichen Ort. Aber es ist auch Aufgabe des Staates und der Städte, früher und besser zu informieren: Was erwartet die Zuwanderer in ihrer neuen Heimat? Welche Jobs gibt es? Wie ist die Wohnsituation? Welche Rechte haben Migranten? Es gibt Leute, die kommen mit zu hohen Erwartungen, andere haben gar keine Vorstellungen. Wer sich früh informiert, erlebt weniger böse Überraschungen.

**SPIEGEL ONLINE:** In den Problemstädten mangelt es jedoch auch an Geld. Sollte man ihnen mehr Hilfen geben?

**Andor:** Absolut. Ich appelliere da an die Solidarität in Deutschland. Die Städte, die unter Druck stehen, sollten unterstützt werden.

**SPIEGEL ONLINE:** Aber wer kommt für die Kosten auf? Die Städte selbst leiden unter Finanznöten. Bleiben der deutsche Staat oder die EU.

**Andor:** Es sollte innerhalb Deutschlands Hilfen geben. Aber auch Brüssel kann helfen. Wir haben viele Strukturfonds, die in Frage kämen, etwa für Kindergärten. Ich denke aber trotzdem, dass es sich selbst in den genannten Städten nur um ein vorübergehendes Problem handelt.

**SPIEGEL ONLINE:** Haben Sie sich die Probleme mal vor Ort angesehen? Waren Sie mal in Berlin-Neukölln oder in einer Notunterkunft, in der sich deutsche Obdachlose und rumänische Zuwanderer Abend für Abend um die Schlafplätze streiten?

**Andor:** In Frankreich habe ich solche Einrichtungen besucht. Ich habe auch mit vielen deutschen Bürgermeistern über das Thema Armutsmigration gesprochen. Mir ist völlig klar, dass es in manchen Bezirken teils unhaltbare Zustände gibt. Aber diese Zustände rühren zum Teil auch daher, dass in einigen deutschen Branchen miserable Arbeitsbedingungen herrschen. Etwa in der Fleischindustrie, in der viele Osteuropäer zu Niedrigstlöhnen arbeiten. Es gilt also, auch auf deutscher Seite etwas zu tun. Die neue Bundesregierung sollte einen allgemeinen, gesetzlichen Mindestlohn beschließen, um solche Auswüchse zu verhindern.

**SPIEGEL ONLINE:** Zu den typischen Armutsmigranten zählen Sinti und Roma, die schon in ihren Heimatländern diskriminiert werden. Müssten diese Länder nicht in erster Linie etwas dafür tun, dass sich das ändert - und die Minderheiten nicht das Gefühl haben, in ihrem Heimatland nicht erwünscht zu sein?

**Andor:** Das ist richtig, und wir nehmen das Problem sehr ernst. Die EU-Kommission hat deshalb vor etwa eineinhalb Jahren eine Strategie vorgeschlagen, wie Roma und Sinti in ihren Heimatländern besser integriert werden. Deutschland musste erst davon überzeugt werden, dass diese Strategie auf EU-Ebene sinnvoll und notwendig ist. Aber ohne Druck aus Brüssel würden wir in den Ausgangsländern nicht viel erreichen. Ich hoffe, dass sich Jahr für Jahr etwas an der Lage der Sinti und Roma verbessert und die Not auszuwandern geringer wird.

**SPIEGEL ONLINE:** Mit wie vielen Zuwanderern aus Bulgarien und Rumänien nach Deutschland rechnen Sie insgesamt?

**Andor:** Es wird in Deutschland 2014 keine Migrantenschwemme und keinen Schock geben. Die wenigsten geben ihre Heimat und ihren Freundeskreis auf, wenn am Zielort nicht schon jemand ist, der ihnen beim Start hilft. 2012 kamen unterm Strich rund 71.000 Bulgaren und Rumänen in die Bundesrepublik. Im nächsten Jahr werden es voraussichtlich ein paar tausend mehr sein.

"Ich sehe nur Vorteile für beide Seiten"

**Load-Date:** October 4, 2013

---

End of Document

## Obama schaltet sich persönlich in Fall Snowden ein

SPIEGEL ONLINE

13. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 571 words

**Highlight:** Barack Obama macht den Streit über die Auslieferung von Edward Snowden zur Chefsache: Der US-Präsident telefoniert mit Russlands Staatspräsident Wladimir Putin. Doch der bleibt hart. Russische Politiker fordern Asyl für Snowden - weil ihm in den USA die Todesstrafe drohe.

### Body

---

Moskau/Hamburg - Dem Kreml ist das Telefonat mit dem mächtigsten Mann der Welt gerade einmal zwei dürre Zeilen auf seiner Internetseite wert - und auch das US-Präsidialamt gibt sich wortkarg. Barack Obama habe mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin "eine Reihe von Sicherheits- und bilateralen Themen besprochen, darunter den Status von Herrn Edward Snowden".

Herausgekommen ist dabei offenbar nichts. Snowden, der von den USA wegen Geheimnisverrats gesucht wird, bleibt in Russland - und könnte dort womöglich sogar offiziell politisches Asyl erhalten.

Parlamentssprecher Sergej Naryschkin sagte, dem Asylgesuch solle stattgegeben werden. Er sehe ein "sehr großes Risiko", dass Snowden in den USA die Todesstrafe drohe. Russland "habe einfach nicht das Recht, das zuzulassen".

Naryschkin ist eine wichtige Figur im Kreml. Er gilt als Putin-Vertrauter und war vor seinem Posten im Parlament Chef der mächtigen Präsidialverwaltung. "Ich halte Snowden für einen Bürgerrechtler, der für die Rechte von Millionen Menschen auf der ganzen Welt eintritt", sagte Naryschkin. Der Whistleblower müsse sich aber "natürlich strikt an die Bedingungen halten, die Russlands Präsident gestellt hat". Putin hatte gesagt, Snowden dürfe "unseren amerikanischen Partnern" nicht länger schaden und keine weiteren Geheimnisse verraten.

Auch Putins Menschenrechtsberater Michail Fedotow forderte, Snowden müsse aus "humanitären Gründen" Schutz gewährt werden. "In den USA droht ihm die Todesstrafe", sagte er dem "Focus". Allerdings habe der Kreml kein Interesse daran, Snowden Asyl zu gewährleisten. Moskau wolle die "wichtigen Beziehungen" zu den USA nicht belasten. Um das Schicksal von Snowden sollten sich das Rote Kreuz oder das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR kümmern. "Sie könnten ihn legalisieren und dann in das Land bringen, das ihm Asyl anbietet."

### Der Kreml steckt im Dilemma

Snowden hatte ein gigantisches Spähprogramm des US-Geheimdienstes NSA öffentlich gemacht und ist seither auf der Flucht vor der US-Justiz. Er soll sich seit etwa drei Wochen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo aufhalten, nachdem die US-Regierung seinen Reisepass für ungültig erklärt hatte. Am Freitag hatte



## Obama schaltet sich persönlich in Fall Snowden ein

er sich dort mit Menschenrechtlern getroffen und erklärt, zumindest vorübergehend Asyl in Russland zu beantragen. Er müsse "Russlands Angebot annehmen, weil ich nicht in der Lage bin zu reisen".

Bereits vor dem Telefonat zwischen Putin und Obama hatte die US-Regierung den Kreml davor gewarnt, Snowden eine "Propaganda-Plattform" zu bieten. Politisches Asyl sei "unvereinbar mit der russischen Versicherung, keine Verschlechterung der Beziehungen durch Snowden zu wollen", hatte Obamas Sprecher Jay Carney gesagt.

Der Kreml ist nun in einer schwierigen Lage. Einerseits hat Wladimir Putin Snowden Asyl angeboten und muss nun Wort halten. Dem Whistleblower, dem überall auf der Welt Sympathien gehören, Unterschlupf zu geben, wäre ein PR-Coup. Für Russlands Geheimdienste ist die Versuchung groß, einen Blick in Snowdens Datenschatz zu werfen - falls sie das nicht bereits getan haben.

Andererseits mag der Kreml wegen eines 30 Jahre alten IT-Spezialisten, der sich auf seiner Flucht vor Washington nach Moskau verirrt hat, auch keinen neuen Kalten Krieg mit den USA vom Zaun brechen.

Lesen Sie hier eine Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

beb/stk/dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** July 23, 2013

## Moskau - Barentssee - Windward Islands - Caracas

SPIEGEL ONLINE

09. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 1230 words

**Byline:** Katharina Peters

**Highlight:** Fast 10.000 Kilometer liegen zwischen Moskau und Caracas. Sollte der NSA-Whistleblower Snowden tatsächlich nach Venezuela reisen wollen, um dort Asyl zu erhalten, muss er große Hürden meistern. Mit welchen Papieren reist er? Über welche Staaten? Zehn Fragen, zehn Antworten.

### Body

---

Hamburg - Es gibt wohl viele Menschen auf der Welt, die dem NSA-Whistleblower Edward Snowden helfen würden. Doch in nur wenigen Ländern kann er auf Asyl hoffen, Deutschland etwa hat seine Aufnahme abgelehnt.

Einige lateinamerikanische Länder haben ihm jedoch zugesichert, dass er bei ihnen Zuflucht findet. Auch Venezuela gehört dazu - dort ist nun offiziell ein Asylantrag eingegangen. Zuletzt wurde Snowden am Moskauer Flughafen Scheremetjewo vermutet, dort soll er seit seiner Flucht über Hongkong festsitzen. Wie geht es jetzt weiter für Edward Snowden? Hier ein Überblick über die wichtigsten Fragen.

#### 1. Wovor flieht Snowden überhaupt?

Der IT-Spezialist wird von den USA per Haftbefehl gesucht, weil er Dokumente über geheime Überwachungsprogramme des US-Geheimdienstes NSA an Medien weitergegeben hatte. Das FBI wirft ihm Diebstahl von Regierungseigentum, widerrechtliche Weitergabe von geheimen Informationen sowie Spionage vor.

#### 2. Hat Venezuela Snowden bereits Asyl gewährt?

Nein. Über den Antrag muss in Venezuela noch offiziell entschieden werden. Präsident Nicolás Maduro hat aber in den vergangenen Tagen mehrfach betont, dass Snowden aus humanitären Gründen mit einer positiven Entscheidung rechnen könne.

#### 3. Wie könnte Snowden nach Venezuela kommen?

Snowden könnte im Flugzeug eines Staatsoberhauptes reisen. Wichtig wäre es dann, die Lufträume von US-Verbündeten zu vermeiden. Das zeigt der Fall des bolivianischen Staatsoberhauptes Evo Morales. An Bord seiner Präsidentenmaschine wurde vergangene Woche Snowden vermutet, mehrere Länder verwehrten ihm zunächst den Überflug und zwangen ihn zur Landung in Wien. Die Warnungen aus Washington waren auch am Montag mehr als deutlich: Regierungssprecher Jay Carney sagte, man sei weiterhin mit allen Staaten in Kontakt, die Snowden auf seiner möglichen Flucht überfliegen könnte.

Eine Route aber bietet sich an, meint der frühere CIA-Analyst Allen Thomson in einem Blog des Magazins "Foreign Policy": Ohne diplomatische Verwerfungen könnte ein Flugzeug von Moskau Richtung Barentssee fliegen, dann über die Dänemarkstraße gen Süden, weiter Richtung zu den Windward Islands und von dort aus nach Caracas. Einen Überblick finden Sie hier.

#### **4. Welche Linienflüge könnte Snowden nach Caracas nehmen?**

Wahrscheinlicher ist es, dass Snowden einen normalen Linienflug nutzen würde. Dann aber hätte er nur wenige Optionen. Diverse Airlines fliegen von Moskau nach Caracas, sie machen aber Zwischenstopps etwa in Frankreich, Spanien oder den Niederlanden. Das kommt also nicht in Frage.

Eine Möglichkeit aber bleibt Snowden: Er könnte von Moskau nach Havanna fliegen und von dort aus nach Caracas. Eine Reise via Kuba nach Südamerika - darüber wurde schon vor Wochen spekuliert. Doch er bestieg offenbar nie einen Flieger nach Havanna.

Unklar bleibt zudem noch, wie sicher Snowden auf Kuba wäre. Präsident Raúl Castro sagte am Sonntag, er unterstütze die Länder, die Snowden Asyl gewähren würden - er ließ aber offen, ob er ihm ebenfalls Zuflucht oder eine sichere Reise garantiere.

#### **5. Mit welchen Papieren reist Snowden?**

Die US-Justiz hat Snowdens Pass für ungültig erklärt. Eine Ausreise aus Russland muss daran aber nicht scheitern. Er könnte Moskau auch so verlassen, mit einem Stempel und einer Unterschrift könnte der Flüchtling in das nächste Flugzeug steigen. Der aufnahmebereite Staat - also zum Beispiel Venezuela - könnte Snowden einen Pass über die Botschaft seines Landes in Russland ausstellen, so der Jurist Reinhard Marx.

#### **6. Gibt es keine diplomatischen Tricks?**

Edward Snowden könnte auch als diplomatischer Kurier fungieren, also diplomatische Papiere überbringen und unbehelligt reisen. Denn er stünde unter besonderem Schutz. Doch der Juraprofessor Peter Spiro warnt im Magazin "Foreign Policy": Auch die Boten bräuchten Visa. Zudem meint er, es sei einfach zu ungewöhnlich, dass ein Ausländer venezolanische Diplomatenpapiere transportieren soll.

Snowden könnte selbst sogar in diplomatischem Gepäck reisen. Das gilt zwar als unwahrscheinlich. In der Geschichte gibt es dennoch einige spektakuläre Beispiele. 1984 versuchte der nigerianische Geheimdienst den Exil-Politiker Umaru Dikko aus London zu entführen und nach Nigeria zu bringen. Sie überwältigten und betäubten ihn und wollten ihn dann in einer als "diplomatisches Frachtgut" deklarierten Kiste in ein Flugzeug verladen. Die britische Polizei rettete ihn noch rechtzeitig. Als "Mann im Koffer" ging Mordechai Louk in die Geschichte ein - er wurde 1964 von italienischen Polizisten aus einer "diplomatischen Sendung" befreit. Ägyptische Agenten hatten ihn von Rom nach Kairo schmuggeln wollen, weil sie ihn für einen Doppelagenten hielten.

#### **7. Falls Snowden jemals in Venezuela ankommt - gibt es ein Auslieferungsabkommen zwischen den USA und Venezuela?**

Die USA suchen den IT-Spezialisten wegen Geheimnisverrats mit Haftbefehl. Sie haben Venezuela im Falle einer Einreise Snowdens aufgefordert, ihn umgehend an die USA auszuliefern. In der Tat ist seit 1923 ein Auslieferungsabkommen zwischen Caracas und Washington in Kraft. Doch es gilt als unwahrscheinlich, dass der Auslieferung stattgegeben würde.

Snowden gilt dann als politischer Flüchtling, die Zeitungen in Venezuela schreiben, er habe nur ein politisches Verbrechen begangen. Und Präsident Maduro hat darauf hingewiesen, dass die USA selbst in einem Fall dem Auslieferungsabkommen nicht nachgekommen seien.

#### **8. Warum bleibt Snowden nicht in Russland?**

Edward Snowden hat nach Angaben der russischen Regierung selbst auf Asyl in Russland verzichtet. Grund seien die von Präsident Wladimir Putin genannten Bedingungen, dass er dem "amerikanischen Partner" nicht weiter schaden dürfe - also mit den Enthüllungen aufhören solle. Eine Auslieferung Snowdens an die USA lehnt Russland mit Verweis auf die in den USA mögliche Todesstrafe aber ab.

#### **9. In welchen Ländern könnte Snowden noch Zuflucht finden?**

Auch Nicaragua und Bolivien gelten als mögliche Asylländer für Snowden. Nicaraguas Präsident Daniel Ortega sagte, seine Regierung würde Snowden "mit Freude" aufnehmen und Asyl gewähren, "wenn die Umstände das erlauben". Genauer erläuterte er diese Umstände nicht.

Die USA sind mächtig, auch viele lateinamerikanische Länder sind wirtschaftlich von ihnen abhängig. "Jedes Land, das Snowden Asyl gewährt, riskiert eine Ohrfeige der USA", sagte Klaus Bodemer, langjähriger Leiter des GIGA-Instituts für Lateinamerika-Studien in Hamburg, SPIEGEL ONLINE vergangene Woche.

So ruderte auch Ecuadors Präsident Rafael Correa nach zunächst markigen Auftritten zurück. Nach einem Gespräch mit US-Vizepräsident Joe Biden sagte Correa kleinlaut, er werde Washington konsultieren, bevor er eine Entscheidung über ein Asylgesuch Snowdens treffe.

#### **10. Warum kann Snowden nicht in westliche Staaten wie Deutschland kommen?**

Der Jurist Reinhard Marx, einer der renommiertesten deutschen Ausländer- und Asylrechtsexperten in Deutschland, rät Snowden von einem solchen Schritt ab: Da die europäischen Länder ein Auslieferungsabkommen mit den USA abgeschlossen haben, besteht Auslieferungspflicht. Nach Einschätzung von Marx würden es die meisten Länder wohl nicht wagen, ein politisches Delikt festzustellen. Wenn jemand politisch verfolgt wird, muss er nicht ausgeliefert werden.

Mit Material von dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

## Der Trau-Schein

Spiegel Online

23. Oktober 2012 Dienstag 1:11 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GESCHICHTE EINER SCHEINEHE

**Length:** 1186 words

**Byline:** Carolin Wiedemann

**Highlight:** Es gibt viele Gründe zu heiraten: Liebe, Torschlusspanik, Steuern - aber auch Solidarität. Mit Flüchtlingen und Migranten, denen eine Abschiebung droht. Scheinehe heißt das im Beamtendeutsch, Schutzzehe nennen es die Aktivisten. Die Geschichte eines Mannes, der sich entschloss zu heiraten, um zu helfen.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/geschichte-einer-scheinehe-a-858623.html>

## Body

---

Wer eine Scheinehe eingeht und angezeigt wird, muss mit einer Haftstrafe von bis zu drei Jahren oder einer Geldstrafe rechnen. Thomas\*, 31 Jahre alt, hat es trotzdem gemacht: Er hat geheiratet - aus Solidarität, wie er sagt. Die Geschichte seiner Entscheidung:

"Miro\* und ich haben uns in meiner Küche kennengelernt. Ich war nervös, als er sich zusammen mit einem Freund an den großen Holztisch setzte, habe sofort Kaffee gemacht und ihn kaum angeschaut. Das war er: Miro, mein Zukünftiger.

Eine Freundin hatte ein paar Wochen zuvor in ihrem Umfeld herumgefragt, wer eine Schutzzehe eingehen würde. Wer also bereit wäre, einen jungen Mann zu heiraten, dessen Aufenthaltsstatus abläuft.

Ich war es. Ich hatte mich schon vor dem Blind Date in meiner Küche für die Heirat, in unserem Fall die eingetragene Lebenspartnerschaft, entschieden - unabhängig davon, wie Miro sein würde. Es ging mir nicht darum, ihn kennenzulernen und zu testen. Viel mehr wollte ich ihm gleich beim ersten Treffen vermitteln, dass er nichts zu leisten hat. Dass ich etwas Selbstverständliches mache. Ich hatte Angst, dass er dankbar sein könnte, und wollte zeigen, dass wir zwei Personen sind, die gemeinsam einen Deal haben, einer Sache wegen.

Die Sache: Unser Widerstand gegen eine von außen vorgegebene Hierarchie. Ich, der Deutsche, der qua Geburt das Recht bekam, sich überall frei zu bewegen und aufzuhalten so lange er will, und Miro, der dort, wo es sich angenehm lebt, in Europa, nicht erwünscht ist. Diese Hierarchie steht für den globalen Rassismus. Und die Schutzzehe ist eine Taktik, die rassistischen Regeln des Bleiberechts zu unterlaufen.

**Ist das vielleicht eine Scheinehe?**

## Der Trau-Schein

Viel Zeit zum Austausch über unsere politische Haltung blieb uns aber nicht. Miro war zwar ruhig und sachlich, doch der Druck war zu spüren. Wir mussten die nächsten Schritte sorgfältig organisieren. Wenn einer der beiden Partner kein Deutscher ist, werden die Behörden schnell misstrauisch: Ist das vielleicht eine Scheinehe? Will diese Person heiraten, um langfristig bleiben zu dürfen? Uns war klar: Dann hat Miro keine Chance. Und nur ein Monat blieb uns, bis sein Visum ablaufen sollte.

Wir durften in der Öffentlichkeit nicht über unseren Plan sprechen und auch nur unseren engsten Bekannten davon erzählen. Wir machten einen Termin zur Beratung mit einer Anwältin aus der antirassistischen Szene. Und die meinte zum Beispiel: Wenn ihr offiziell nicht zusammen wohnt, werdet ihr leichter verdächtigt. Beamte können unangemeldet zu Besuch kommen und die Wohnung inspizieren. Deshalb meldeten wir gleich Miro's Wohnung als unsere gemeinsame an. Ich schlief zwar weiter in meiner normalen Wohnung, gab aber Miro's Adresse als meine offizielle Anschrift an, stellte mein Foto auf Miro's Bettkästchen und auch eine extra Zahnbürste neben sein Waschbecken. Wenn uns die Behörden auf die Schliche gekommen wären, hätte ich ein Bußgeld zahlen und meine Zahnbürste einpacken müssen, Miro aber hätte seinen Lebensraum verloren.

Schon im Einwohnermeldeamt war es wichtig, wie ein Pärchen zu wirken. Mir war das zuerst unangenehm, doch mit Miro klappte es: Wir waren entspannt, unaufgeregt und haben uns ab und zu angelächelt - ganz professionell. Es war ein Schauspiel, eine Strategie. Beim Treffen zuvor hatten wir zusammen auf den Hockern in seinem Schlafzimmer gesessen und vereinbart, wie unsere gemeinsame Geschichte bei Nachfragen von Beamten lauten müsste. Wir hatten uns darauf geeinigt, uns in seinem Herkunftsland in einer Kneipe kennengelernt zu haben, ich als Rucksacktourist, er bei einem Feierabendbier.

Nach meiner Rückkehr nach Deutschland hätten wir beide starken Liebeskummer gehabt und uns E-Mails geschrieben. Bis er herkommen, wir uns wiedersehen und das gemeinsame Leben hier hätten testen können. Miro war mir immer sympathischer geworden, während wir unsere Liebesgeschichte entwarfen. Aber an erster Stelle stand, die Formalia gut zu regeln. Wir sprachen kaum über seine tatsächlichen Gründe dafür, nach Deutschland zu kommen. Darum ging es mir ja auch nicht. Es ging darum, ihm das Leben hier zu ermöglichen.

### **Warum sollen nur binationale Paare auf Romantik geprüft werden?**

Endlich konnten wir auf das Standesamt. Wir wussten: Hier muss es auf Anhieb klappen, einen Heiratstermin zu bekommen. Sonst wäre es zu spät. Wir waren auf die Fragen vorbereitet. Auch auf intime Fragen, die kein Beamter je einem deutsch-deutschen Paar stellen würde, wie: 'Wer von Euch beiden trägt den Müll runter?' Die Ausländerbehörden spannen die Standesbeamten ein, sie fordern sie dazu auf, Paare besonders zu prüfen, wenn Menschen mit Migrationshintergrund heiraten wollen. Die Beamten müssen sich an diese Vorgaben halten, aber denken sich vielleicht selber auch: Warum sollen nur binationale Paare auf Romantik geprüft werden und nicht die, die aus Steuergründen vor den Altar ziehen?

Ich als Deutscher musste bloß meinen Personalausweis und meine Meldebescheinigung mitnehmen. Miro hatte seine Meldebestätigung, seine Geburtsurkunde und eine Heiratserlaubnis aus seiner Heimat dabei - all die notwendigen Papiere, das hatten wir sorgfältig geprüft. Die Frau im Büro sah den Stapel durch. Warum blätterte sie so langsam? Ich spürte Miro's Hand in meiner, den Schweiß, den die Aufregung in sie trieb. Die Frau musste uns einen Termin geben, sie musste, dachte ich. Sie sah wieder hoch: 'Da fehlt die Erlaubnis seiner Eltern', sagte sie zu mir. Die Erlaubnis der Eltern? Das war absurd! Ganz kurz hatte ich den Impuls, sie zu bitten, doch einfach von den Regelungen abzusehen. Doch der Rat von Miro's Freund hallte in meinem Kopf: 'Bei den Behörden dürft Ihr es nie über Empathie versuchen.'

Wir traten aus dem Büro, standen im Flur, schauten uns an, schauten auf die Tür zum Nachbarbüro und klopfen einfach an. Da saß ein Mann hinter dem Schreibtisch, der uns spontan sprechen ließ. Wir sagten, dass wir schnell einen Termin bräuchten, unbedingt heiraten wollen. Er stellte keine Fragen, sah unsere Papiere durch. Ich glaube, der Typ fand eingetragene Lebenspartnerschaften gut, oder er hatte einen guten Tag. Er sagte, er würde uns trauen, er wollte unser Standesbeamter sein!

Wir hatten oft Geschichten von der Schikane der Beamten gehört und sie ja auch im Fall der Frau zuvor zu spüren bekommen. Dass es doch noch klappte, das war Willkür und unser Glück. Innerlich habe ich gejubelt. Miro und ich

## Der Trau-Schein

grinsten uns an. Der Typ hinter dem Schreibtisch gab uns eine Bescheinigung mit, die wir bei der Ausländerbehörde vorlegen mussten. Das war die zentrale Bescheinigung, das Papier, das eine Ausweisung verhindern würde.

Die Hochzeit war ein kleines Fest, sogar ein paar Luftballons und Sekt brachten unsere Gäste ins Standesamt mit. Wir hatten die Freunde eingeladen, die uns begleitet hatten. Miro und meine 'Ehe' verlief gut: Die Beamten ließen uns in Ruhe, wir sahen uns einmal im Monat und tauschten Post aus, er baute sein Leben hier weiter auf. Nach drei Jahren bekam er eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und wir haben uns scheiden lassen. Miro kann nun erst mal bleiben, so lange er will. Und ich heirate vielleicht bald wieder."

*\*Name von der Redaktion geändert*

**Load-Date:** October 23, 2012

---

End of Document

## Saudische Prinzessin beantragt Asyl in London

Spiegel Online

11. Juli 2012 Mittwoch 11:30 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ZOFF IM KÖNIGSHAUS

**Length:** 509 words

**Highlight:** Sie ist die Enkelin des saudischen Staatsgründers, galt als Barbie-Prinzessin des Königshauses. Jetzt hat Sara Bint Talal Abd al-Asis in Großbritannien **Asyl** beantragt, sie fühlt sich von der Regierung in Riad verfolgt. Doch vieles deutet auf einen persönlichen Streit hin.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/saudische-prinzessin-sara-bint-talal-will-asyl-in-grossbritannien-a-843772.html>

### Body

---

London - Einst galt sie als Saudi-Arabiens "Barbie-Prinzessin", führte ein Leben voller Luxus und ganz nah an der Macht. Sara Bint Talal Bin Abd al-Asis ist die Enkelin des Gründers des saudischen Königreichs. Ihr Vater ist der "rote Prinz" Talal Bin Abd al-Asis Al Saud.

Doch nun hat Prinzessin Sara in Großbritannien Asyl beantragt. Sie fühlt sich von Kräften aus der saudischen Heimat bedroht. Sie sei angegriffen worden und man habe versucht, sie und ihre Kinder zu entführen. Ihr Guthaben sei eingefroren worden. "Man hat mich auf jede erdenkliche Weise gekreuzigt", sagte die Prinzessin dem britischen "Sunday Telegraph". Das alles sei politisch begründet, "Kräfte, die unabhängig vom König handeln" seien für ihre Tortur verantwortlich.

Bereits am Freitag reichten ihre Anwälte das Asylgesuch beim Innenministerium in London ein. Britische Medien fragen nun: Droht eine diplomatische Krise zwischen London und Riad? Oder geht es der 38-Jährigen gerade darum?

Was sie dem britischen "Sunday Telegraph" erzählte, deutet eher darauf hin, dass sie sehr mit ihrer eigenen Situation beschäftigt ist. "Ich habe große Angst", sagte die Prinzessin dem Blatt bei einem Treffen in ihrer geheimen Unterkunft, einem nicht genannten Fünf-Sterne-Hotel in London, wo sie mit ihren vier Kindern, zwei Hunden und ihren Bodyguards mehrere Zimmer bewohnt. Prinzessin Sara sieht sich als Opfer einer Intrige, ihre Gegner würden behaupten, sie sei nicht mehr im Vollbesitz ihrer Kräfte, habe Verbindungen zur saudischen Opposition und zur iranischen Hisbollah.

#### **"Ich hasse Rolls-Royce, ich liebe Aston Martin"**

Im Gespräch mit dem Blatt versuchte sie, den Eindruck einer bodenständigen Frau zu vermitteln, was ihr aber nur bedingt gelingt. Sie habe als Prinzessin viel arbeiten müssen, mit ihrem Vater Flüchtlingscamps besucht. Sie sehe sich wie die britische Prinzessin Anne, nur mit anderem Äußeren, sagte sie. "Ich hasse Rolls-Royce, ich liebe Aston Martin, ich bin sehr geerdet", sagte die Prinzessin.



## Saudiische Prinzessin beantragt Asyl in London

Seit 2007 lebt sie in Großbritannien - nachdem sie sich mit ihrem Vater, dem "roten Prinzen" verkracht hatte. Der gilt als Außenseiter in der saudischen Königsfamilie, hatte früher die Zulassung von unabhängigen Parteien gefordert. Sie streitet mit ihrem älteren Bruder um das Erbe ihrer toten Mutter, laut "Sunday Telegraph" geht es um Gelder, Schmuck und Grundbesitz in Saudi-Arabien, der Schweiz, Ägypten und dem Libanon im Wert von mehr als 400 Millionen Euro.

Prinzessin Sara besitzt keinen gültigen saudischen Pass mehr, der lief vor drei Jahren ab. Bislang hat ihr die saudische Botschaft keinen neuen Ausweis ausgestellt. Das Problem: Gleichzeitig läuft ihre Aufenthaltsgenehmigung in Großbritannien aus, die "BBC" berichtet, ihr Antrag auf Verlängerung sei im vergangenen Jahr abgewiesen worden. Der Prinzessin droht die Abschiebung. Auch in diesem Zusammenhang ist ihr Asylantrag zu sehen.

Die saudische Botschaft in London sagte dem "Telegraph": "Wir sind dabei, Visa- und Wohnortfragen zu regeln. Es ist eine persönliche und keine politische Angelegenheit."

*fab*

**Load-Date:** July 11, 2012

---

End of Document

## "Die Leute sind wie meine Familie"

Spiegel Online

25. Juni 2012 Montag 2:14 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SCHULE FÜR JUNGE FLÜCHTLINGE

**Length:** 959 words

**Byline:** Felix Scheidl

Bettina Dobe

**Highlight:** Sie sind ohne ihre Familie vor Krieg und Verfolgung geflohen - und lernen nun für einen Schulabschluss. In München kümmert sich eine besondere Schule um junge **Flüchtlinge**. In zwei Jahren schafft es hier mancher vom ersten deutschen Wort bis zum ersten Schulerfolg im Leben.; <http://www.spiegel.de/schulspiegel/schule-fuer-fluechtlinge-vom-asyl-zum-hauptschulabschluss-a-838349.html>

### Body

---

Victor Chukwuma, 19, hat sich schick gemacht: blaues Hemd, schwarze Nadelstreifenhose. Goldene Manschettenknöpfe blitzen an seinen Handgelenken. Victor hat gerade seine erste Prüfung zum Hauptschulabschluss geschrieben und strahlt: "Es ist ein besonderer Tag für mich, endlich kann ich meine Leistung zeigen", sagt er.

Dass er seinen Schulabschluss macht, hat er auch der "SchlaU"-Schule in München zu verdanken. "SchlaU" steht für Schulanalogen Unterricht: Hier werden **Flüchtlinge**, die wie Victor Chukwuma ohne Eltern nach Deutschland gekommen sind, in zwei bis drei Jahren zum Hauptschulabschluss geführt. Als er vor zweieinhalb Jahren aus Nigeria floh, konnte er kein Wort Deutsch. Jetzt spricht er fließend, mit etwas afrikanischer Melodie in der Stimme und wenigen Artikelfehlern.

Victors Geschichte ist typisch für die fast 200 Flüchtlingsschüler hier: Er hat seine Eltern nie kennengelernt, er wuchs bei einer Gastfamilie auf. "Für eine Schule hatten wir kaum Geld und es war unmöglich, einen Job zu bekommen", sagt er. Zur Armut kam die Angst: Victor ist gläubiger Christ und in seiner Heimat werden Christen in einigen Landesteilen brutal verfolgt. Ein Freund erzählte ihm kürzlich am Telefon, Räuber hätten in seinem Heimatland einen Bus überfallen und anschließend dem Fahrer befohlen, mit dem Bus die christlichen Passagiere zu überfahren.

Victor Chukwuma sparte lange jeden Cent und sammelte Geld bei Bekannten, bis er sich einen Flug nach München leisten konnte. Heute wohnt er in einem Jugendheim. "Hier in Deutschland gibt es Sicherheit", sagt er. Viele Flüchtlinge nehmen dafür in Kauf, dass sie in Bettenlagern übernachten und von Essenspaketen und wenigen Euro am Tag leben müssen. Einige können nicht einmal lesen und schreiben, wenn sie in Deutschland ankommen.

**"Man muss ihnen sagen, dass sie etwas können"**

In einem der Klassenzimmer bringt Marina Ayrapetyan ihren Schülern Deutsch bei. Die Armenierin kam vor sechs Jahren nach Deutschland und sie versteht gut, wenn ihre Siebtklässler die Sprache schwer finden. Die Schüler lesen einen Text und sprechen leise mit ihren Banknachbarn. "Was bedeutet der erste Satz?", fragt Ayrapetyan. Die Schüler melden sich nur zaghaft. Auf den Schulbänken liegen dicke Wörterbücher: "Somali-Deutsch" oder "Persisch-Deutsch". Doch die Wörterbücher bleiben heute geschlossen: Die Schüler sollen zeigen, dass sie den Text auch ohne Hilfe verstehen.

Manche Schüler wirken sehr schüchtern und melden sich kaum. Sie besuchen zum ersten Mal regelmäßig eine Schule, einige waren Kindersoldaten und mussten unter Drogeneinfluss Menschen töten. Kein Wunder also, dass manche Schüler Fremden gegenüber misstrauisch sind. Die Erinnerung, verfolgt und unterdrückt zu sein, verblasst nicht so schnell.

In der Pause sitzen die Schüler auf alten Stoffsofas auf dem Gang der Schule. An den Wänden hängen Bilder von Ehemaligen und ihren Erfolgen: Lehre, Job oder sogar Studium. Die Bilder sollen motivieren. Das will auch Schulleiter Michael Stenger, 53, der seine Schützlinge oft lobt. "Man muss ihnen sagen, dass sie etwas können", sagt er. Die Schüler müssten spüren, dass sich jemand um sie kümmert, denn auch wenn sie als Flüchtlinge in Deutschland angekommen sind, leben sie permanent zwischen Ausbildung und Abschiebung.

Schulleiter Stenger hat Erfahrung mit Flüchtlingen, er arbeitete für die Menschenrechtsorganisation Pro Asyl und den Bayerischen Flüchtlingsrat. Früher hatte er eine Sprachschule, die neben Erwachsenen auch viele junge Flüchtlinge besuchten, die alleine eingereist waren. "Als ich merkte, dass Schüler mit einer Aussicht auf einen Beruf viel weiter kommen, wurde mir klar: Wir müssen eine Perspektive schaffen", sagt Stenger.

So kam er vor zwölf Jahren auf die Idee, einen Unterricht zu entwickeln, der auf einen regulären Schulabschluss abzielt. Seine Schule bekommt Geld von Privatleuten, Stiftungen, der Stadt München und vom bayerischen Staat. Der Unterricht ist für die Flüchtlinge kostenlos. Seit 2005 können seine Schüler den Hauptschulabschluss an normalen Münchner Schulen ablegen.

**Vom jugendlichen Flüchtling zum Logistik-Azubi**

Nicht immer läuft alles glatt: Manche brechen ab oder fliegen von der Schule. Diejenigen, die durchhalten, werden oft über Praktika in eine Ausbildung oder auf eine weiterführende Schule vermittelt. Einige machten sogar das Abi und studieren mittlerweile.

"In der Ausbildung haben wir eine Nachbetreuung eingerichtet", sagt Stenger. Das sei wichtig, denn das persönliche Schicksal der Flüchtlinge hole sie immer wieder ein, zum Beispiel wenn sie in den Nachrichten oder am Telefon von Gewalt, Mord und Verfolgung aus ihrer Heimat erfahren.

Am Ende der Schulpause muss Stenger eine Streit schlichten. Zwei Mädchen zanken lautstark. "Sie spricht schlecht darüber, dass ich schwanger bin", sagt eine afrikanische Schülerin und deutet auf eine Mitschülerin aus Afghanistan, die Kopftuch und einen weiten Pulli trägt. Stenger stellt sich dazwischen: "Ich dulde hier keinen Streit. Da müssen wir uns nachher mit den Sozialpädagogen zusammensetzen und das klären." Stenger weiß: Zank artet an seiner Schule schnell in rassistische Beleidigungen aus. Kurze Zeit später ist der Sozialpädagoge da und holt sich die Mädchen für ein persönliches Gespräch.

Die Schüler wissen den Einsatz zu schätzen. "Ohne die Hilfe beim Deutschlernen, beim Bewerbungen schreiben und ohne die Motivation und die strengen Worte hätte ich das nie geschafft", sagt Victor Chukwuma. "Die Leute sind wie meine Familie." Im Herbst beginnt seine Ausbildung bei einem großen Logistikunternehmen. Ob er den Hauptschulabschluss geschafft hat, steht zwar noch nicht fest, aber den Ausbildungsplatz hat er sicher. "Eigentlich nehmen sie dort nur Realschüler. Aber bei mir haben sie eine Ausnahme gemacht."

"Die Leute sind wie meine Familie"

---

End of Document

**[Beckstein zieht Präses-Kandidatur zurück;  
http://www.spiegel.de/panorama/quenther-beckstein-zieht-kandidatur-als-ekd-praeses-zurueck-a-932811.html](http://www.spiegel.de/panorama/quenther-beckstein-zieht-kandidatur-als-ekd-praeses-zurueck-a-932811.html)**

SPIEGEL ONLINE

10. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / DEFAULT

**Length:** 550 words

**Highlight:** Nach zwei Wahlgängen ohne Einigung: Der CSU-Politiker Günther Beckstein hat seine Kandidatur für das Amt des EKD-Präses zurückgezogen. Die evangelische Kirche in Deutschland prangerte auf ihrer Jahrestagung die deutsche Flüchtlingspolitik an.

## Body

---

Düsseldorf - Die Wahl eines neuen Synoden-Präses ist zunächst gescheitert, die Mitglieder der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) konnten sich bisher nicht auf einen neuen Vorsitzenden einigen. In zwei Wahlgängen erreichten am frühen Abend weder der frühere bayerische Ministerpräsident Günther Beckstein (CSU) noch die Bremer Juristin und frühere Kirchenpräsidentin Brigitte Boehme die erforderliche Mehrheit.

Beckstein - bisher Vize-Präses der Synode - erklärte daraufhin, dass er für einen dritten Wahlgang nicht mehr zur Verfügung stehe. Das Tagungspräsidium entschied, am späteren Abend über das weitere Vorgehen zu beraten.

Die bisherige Synoden-Vorsitzende Katrin Göring-Eckardt hatte das Amt im September vorzeitig niedergelegt, weil sie sich ganz auf ihre Arbeit als Grünen-Fraktionschefin im Bundestag konzentrieren will. Beckstein war bereits 2009 mit dem Versuch gescheitert, an die Spitze des Kirchenparlaments zu kommen - damals unterlag er Göring-Eckardt.

Die Synode ist neben dem Rat und der Kirchenkonferenz eines von drei EKD-Leitungsgremien. Die 126 Delegierten des Kirchenparlaments vertreten 20 Landeskirchen mit rund 23,5 Millionen Gläubigen. Die Synode tagt noch bis zum 13. November in Düsseldorf, Schwerpunktthemen sind die Welternährung und nachhaltige Landwirtschaft.

### Mit der katholischen Kirche gegen die Flüchtlingspolitik

Deutschland müsse deutlich mehr Flüchtlinge aufnehmen und die Asylpolitik humaner gestalten, forderten leitende Kirchenvertreter zum Auftakt der Jahrestagung. Der EKD-Ratsvorsitzende Nikolaus Schneider warb für ein Umdenken in der deutschen und europäischen Flüchtlingspolitik, die bislang von einem Geist des Nicht-Willkommens geprägt sei.

Beckstein zieht Präses-Kandidatur zurück <http://www.spiegel.de/panorama/guenther-beckstein-zieht-kandidatur-als-ekd-praeses-zurueck-a-932811.html>

Angesichts der Lage in Syrien und den Flüchtlingslagern der Nachbarländer seien Teile der deutschen Flüchtlingsdebatte und das abweisende Verhalten mancher Teile der Bevölkerung beschämend, meinte er. Der hannoversche Bischof Ralf Meister forderte einen Schulterschluss mit der katholischen Kirche, um die Bundesregierung zur Aufnahme von weit mehr als 10.000 Flüchtlingen aus Syrien zu bewegen.

### **Wertschätzung, auch für homosexuelle Partnerschaften**

Außerdem verteidigte die Kirche das im Juni vorgelegte Familienpapier, in dem sie von der traditionellen Ehe als der alleinigen Norm abrückt, gegen heftige Kritik. Der Aufruf, neben der Ehe auch andere Lebensformen zu unterstützen, hatte die katholische Kirche erzürnt, aber auch etliche Protestanten irritiert.

Der Kirche gehe es nicht um eine Abkehr von der Ehe, sondern um mehr Wertschätzung auch für Alleinerziehende, Patchworkfamilien und homosexuelle Partnerschaften, sagte Schneider. Die Ehe bleibe Leitbild der Kirche, sei aber nicht der einzige Weg zum Glück.

"Wir betonen als evangelische Kirche die Wertschätzung der Ehe zwischen Mann und Frau, wir machen Mut zur lebenslangen Ehe und verstehen sie als Leitbild", sagt Schneider. Allerdings könnte es auch in anderen Partnerschaften Vertrauen, Liebe und Verantwortung geben. "Auch in ihnen kann der Segen Gottes erwartet und erfahren werden."

Schneider räumte auch Schwächen in dem umstrittenen Familienpapier ein. Deshalb werde die EKD ein separates Grundsatzpapier zum evangelischen Verständnis der Ehe erarbeiten.

irb/dpa

**Load-Date:** November 15, 2013

## Forscher fordern Screening für Hepatitis B und C

SPIEGEL ONLINE

23. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** GESUNDHEIT / DIAGNOSE & THERAPIE

**Length:** 752 words

**Byline:** Gerlinde Gukelberger-Felix

**Highlight:** Stille Gefahr: Infektionen mit Hepatitis-B- und -C-Viren bleiben oft unerkannt. Die Betroffenen drohen, an Leberkrebs und Leberzirrhose zu erkranken. Um die verborgenen Ansteckungen aufzuspüren, fordern Leberexperten Routinetests.

### Body

---

Bernd Walther\* hat Leberkrebs. Der bösartige Tumor hat noch keine Metastasen gestreut, die Chirurgen können die Geschwulst herauschneiden. Der Auslöser war vermutlich eine unerkannte Infektion mit dem Hepatitis-C-Virus. Dabei gehört Bernd Walther keiner der Risikogruppen für diese Krankheit an. Vielleicht hätte er sich sonst vorsorglich untersuchen lassen - eine Kontrolle der Leberwerte oder ein gezielter Virustest hätte eine frühe Behandlung ermöglicht.

Bis zu einer Million Menschen leiden in Deutschland an einer Infektion mit dem Hepatitis-B- oder -C-Virus, schätzen Experten. "Hepatitis B und C sind zwar für Labor und Arzt meldepflichtig. Aber man kann eine Infektion nur melden, wenn sie auch erkannt wird", sagt Heiner Wedemeyer von der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH). Besonders bei Migranten bleibe die Infektion oft unentdeckt.

Die Virusinfektionen sind auch für viele Leberzirrhosen und Krebserkrankungen wie bei Bernd Walther verantwortlich. Dabei ist gerade die Zirrhose in frühen Stadien heilbar. Bei der Krankheit wird funktionierendes Lebergewebe in eine Art Bindegewebe umgebaut, lange Zeit kann die Leber den Prozess umkehren. Dauerhaft erfolversprechend ist das vor allem, wenn auch die Hepatitis-Infektion behandelt wird.

### Nachholbedarf

"Was die Forschung zu Hepatitis anbelangt, ist Deutschland Spitze. Doch was die Versorgung und das Erkennen von Infektionen betrifft, haben wir im Vergleich zu anderen Ländern Nachholbedarf. In Frankreich zum Beispiel werden seit Jahren bei jedem Patienten, der zum Arzt kommt, die Leberwerte und das Vorhandensein von Hepatitis-Viren kontrolliert", sagt Wedemeyer. Zwar sind die Leberwerte nicht bei allen Betroffenen erhöht, aber auf diese Weise könnte man zumindest einen Teil der Infektionen entdecken.

Deshalb wünscht sich Wedemeyer, die Leberkontrolle bei ohnehin erforderlichen Untersuchungen zu integrieren: "Bei Patienten, die zu bestimmten Risikogruppen gehören, sollte zusätzlich ein spezieller Virustest erfolgen." Zu diesen Risikogruppen gehören spritzende Drogenkonsumenten, bei denen nicht nur die Nadeln, sondern auch

## Forscher fordern Screening für Hepatitis B und C

Zubehör die Viren übertragen können. Gefährdet sind auch Migranten. Zudem bestand bei Bluttransfusionen bis 1999 ein erhöhtes Infektionsrisiko, bevor die Untersuchung der Blutspende auf das Hepatitis-C-Virus verpflichtend für die Blutspendedienste wurde. Das Risiko einer sexuellen Ansteckung ist beim Hepatitis-C-Virus minimal, beim Hepatitis-B-Virus dagegen höher.

Um Infektionen frühzeitig zu erkennen, fordern die Deutsche Leberhilfe und das Aktionsbündnis Hepatitis und Drogengebrauch in einem Aktionsplan ein besseres Screening. Auch unabhängige Leberexperten wie Reinhart Zachoval von der Universität München oder Präsident des Bundesverbandes der Internisten, Wolfgang Wesiack, befürworten das Screening.

"Im Moment werden mit dem Hepatitis-B- oder -C-Virus infizierte Menschen eher zufällig entdeckt. Nur durch die routinemäßige Untersuchung der Leberwerte und gegebenenfalls durch zusätzliche Virustests sind Betroffene auffindbar", sagt Zachoval.

Wolfgang Wesiack unterstützt die Screening-Idee, weil Leberkrebs weltweit inzwischen die fünfthäufigste Krebserkrankung ist. Auch in Deutschland steigt die Zahl der Betroffenen. "Aufwand und Ertrag müssen allerdings in einem vernünftigen Verhältnis stehen. Die Leberwerte sollten möglichst routinemäßig untersucht werden, was relativ günstig ist. Einen teuren Virustest würde ich nur dann vornehmen, wenn das Gespräch mit dem Patienten entsprechende Hinweise liefert", so Wesiack.

### Das Virus in Schach halten

"Bisher ist die Bestimmung der Leberwerte nicht einmal Teil des Check-up 35, obgleich dies pro Patient nur sehr wenig kostet. Dabei wäre die Bestimmung der Leberwerte auch im Zusammenhang mit der Fettleber und dem metabolischen Syndrom sehr wichtig", sagt Wedemeyer.

Bei Hepatitis B gebe es Medikamente, die das Virus in Schach halten könnten und so Leberzellkrebs und eine Leberzirrhose ganz verhindern. Bei der Hepatitis C werde sich die Therapie in den nächsten Jahren verbessern, hofft der Leberexperte.

Bereits 2014 soll bei bestimmten Hepatitis-C-Infektionen eine Therapie ohne den Wirkstoff Interferon Alpha möglich sein, der häufig Nebenwirkungen hervorruft. Doch es reiche nicht, allein die Wirksamkeit der Medikamente zu verbessern. "Wir brauchen eine Task-Force", so Wedemeyer, "die unseren Aktionsplan konsequent umsetzt."

\* Name von der Redaktion geändert

**Load-Date:** September 18, 2013



## **Bombe explodiert vor Büro rechtsradikaler Partei**

Spiegel Online

4. Dezember 2012 Dienstag 10:23 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ANSCHLAG IN ATHEN

**Length:** 228 words

**Highlight:** Auf eine Geschäftsstelle der rechtsradikalen griechischen Partei Goldene Morgenröte ist ein Attentat verübt worden. In einem Athener Vorort ging ein Sprengsatz hoch, dabei entstand großer Sachschaden. Hinter dem Anschlag werden linke Autonome vermutet.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-bombenanschlag-auf-buero-rechtsradikaler-partei-a-870812.html>

### **Body**

---

Athen - Die rechtsextreme Partei Chrysi Avgi (Goldene Morgenröte) hetzt gegen Ausländer, sie will alle **Migranten** aus Griechenland ausweisen. Jetzt ist eines ihrer Büros Ziel eines Anschlags geworden. Vor dem Büro der Rechtsextremen im Athener Vorort Aspropyrgos explodierte am Dienstagmorgen eine selbstgebaute Bombe.

Dabei wurden die Geschäftsstelle und ein Geschäft im selben Gebäude beschädigt, sagte ein Polizeioffizier. Verletzt worden sei aber niemand. Die Behörden vermuten, dass linke Autonome hinter dem Anschlag stecken. Zum Zeitpunkt des Attentats am frühen Morgen waren die Büros geschlossen.

In den vergangenen Monaten lieferten sich rechts- und linksradikale Kräfte in Griechenland immer wieder Auseinandersetzungen. Das Misstrauen gegen die griechische Führung wächst: Nur noch jeder dritte Grieche unterstützt seine Regierung. Schuld ist die rigide Sparpolitik. Die Unzufriedenheit nutzen die links- und rechtsextremen Parteien aus: Sie sind im Aufwind, wie aktuelle Umfragen belegen.

Die Goldene Morgenröte hatte bei der Parlamentswahl im Juni 6,9 Prozent bekommen und ist mit 18 Abgeordneten im griechischen Parlament vertreten. In aktuellen Erhebungen liegen die Rechtsradikalen mittlerweile in der Gunst der Wähler bei 14 Prozent. Wegen ihres ultranationalistischen Charakters fordern Beobachter und Politiker ein Verbot der Partei.

*heb/dpa/dapd/Reuters*

**Load-Date:** December 4, 2012

## Russischer Oppositioneller nimmt sich in Amsterdam das Leben

Spiegel Online

17. Januar 2013 Donnerstag 10:20 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ANGST VOR ABSCHIEBUNG

**Length:** 364 words

**Highlight:** Er war nach Amsterdam geflohen und sollte nach Moskau zurückgeschafft werden: Ein russischer Oppositioneller hat nach der vorläufigen Ablehnung seines Asylantrags Suizid begangen.

Menschenrechtsaktivisten geben Russland und den Niederland die Schuld an seinem Tod.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/amsterdam-russischer-oppositioneller-dolmatow-nimmt-sich-das-leben-a-878269.html>

### **Body**

---

Amsterdam/Moskau/Hamburg - Der russische Regierungsgegner Alexander Dolmatow fühlte sich in Moskau nicht mehr sicher - und floh in die Niederlande. Doch sein Asylantrag wurde dort abgelehnt: Daraufhin hat sich Dolmatow in der Nacht zu Donnerstag in einem Flüchtlingsheim in Amsterdam selbst getötet, teilte die Vereinigung russischer Menschenrechtsanwälte mit. Demnach sollte "in wenigen Tagen" über einen Einspruch gegen die Ablehnung entschieden werden. In einer Nachricht habe er persönliche Gründe für seinen Selbstmord genannt, sagte die Sprecherin des holländischen Justizministeriums, Charlotte Menten. Russlands Botschaft in den Niederlanden bestätigte laut der Agentur Interfax den Tod des Raketeningenieurs, ohne Details zu nennen.

Die Menschenrechtlerin Ljudmila Alexejewa von der Moskauer Helsinki-Gruppe sprach von einer Tragödie. "Ich weiß nicht, warum die Niederlande abgelehnt haben", zitierte die Nachrichtenagentur Interfax die russische Aktivistin. "Haben sie nicht verstanden, dass ihm in Russland eine lange Freiheitsstrafe drohte?" Sie sagte, dass der junge Mann wegen seiner Teilnahme an Oppositionsprotesten am 6. Mai 2012 verfolgt worden sei. Auch die Wohnung Dolmatows sei durchsucht worden.

Dolmatow war bei der Protestaktion gegen die Amtseinführung von Präsident Wladimir Putin im Mai vergangenen Jahres vorübergehend in Russland festgenommen worden. Zahlreiche Gegner von Kremlchef Putin sitzen nach den gewaltsamen Mai-Protesten in russischer Untersuchungshaft. Einer der Demonstranten wurde mittlerweile zu viereinhalb Jahren Haft verurteilt. Der Prozess gegen 18 weitere Oppositionelle soll im kommenden März beginnen. Dolmatow gehörte der Bewegung "Anderes Russland" an, einer nicht registrierten Partei des Schriftstellers Eduard Limonow.

Limonow sagte der Nachrichtenagentur Interfax, die Gruppe versuche die Umstände von Dolmatows Tod zu klären. Er sprach von einer "traurigen und heiklen Angelegenheit". Der prominente Oppositionspolitiker gab Russland und den Niederlanden die Schuld am Tod Dolmatows. Aktivisten kündigten Proteste vor der niederländischen Botschaft in Moskau an, wie die Internetseite "kasparov.ru" berichtete.

Russischer Oppositioneller nimmt sich in Amsterdam das Leben

*bos/otr/dpa/dapd/AFP*

**Load-Date:** January 18, 2013

---

End of Document

## Geert Wilders provoziert mit Mecker-Website

Spiegel Online

14. Februar 2012 Dienstag 6:29 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POPULISMUS GEGEN OSTEUEROPÄER

**Length:** 717 words

**Byline:** Benjamin Dürr

**Highlight:** Trunkenheit? Verwahrlosung? Auf einer Website sollen sich Niederländer über osteuropäische Mitbürger beschweren. Schon nach wenigen Tagen gibt es mehr als 30.000 Einträge. Initiator ist der Rechtspopulist Geert Wilders - in Europa hat er damit einen diplomatischen Sturm ausgelöst.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,815112,00.html>

### **Body**

---

Nach sechs Fragen ist man durch. Nur Ja oder Nein muss man anklicken: Ruhestörung? Trunkenheit? Verwahrlosung? Der niederländische Rechtspopulist Geert Wilders hat mit seiner Partei für die Freiheit (PVV) eine "Meldestelle für Störungen durch Osteuropäer" eröffnet. Auf der Internetseite sollen Bürger in den Niederlanden Beschwerden über ausländische Mitbürger einreichen. Wilders sagt, man wolle so Beweise und Fakten sammeln, dass Osteuropäer für Jobverluste verantwortlich seien und das Zusammenleben stören.

Die **Migranten** aus den MOE-Ländern, also aus Mittel- und Osteuropa, sorgten "für viele Probleme": Belästigung, Verschmutzung, Verdrängung vom Arbeitsmarkt. "Werden Sie durch MOE-Länder gestört? Haben Sie Ihren Job an einen Polen, Bulgaren, Rumänen oder einen anderen Osteuropäer verloren? Wir wollen es wissen", heißt es auf der Internetseite.

Am Mittwoch vergangener Woche ging die Website online, seither seien bereits über 32.000 Meldungen eingegangen, so Wilders.

In Europa hat die Website einen Sturm der Entrüstung ausgelöst - auch weil niemand das fremdenfeindliche Projekt stoppt. Diplomaten schrieben einen Protestbrief, Bürger starteten verschiedene Gegenprojekte, auch die EU-Kommission mischt sich ein - aber nur mit Worten.

Viviane Reding, die EU-Justizkommissarin, äußerte bereits vergangene Woche scharfe Kritik: Europa sei ein Ort der Freiheit, wo jeder leben, arbeiten und studieren könne, wo er wolle. "Die PVV-Website widerspricht diesen Prinzipien völlig." EU-Bürger sollten sich überall zu Hause fühlen können. "Wir werden unsere Probleme nur lösen, indem wir mehr Solidarität zeigen", so Reding. Bürger gegeneinander aufzubringen sei kontraproduktiv.

**Diplomaten aus Osteuropa schreiben Protestbrief**

## Geert Wilders provoziert mit Mecker-Website

Am Montag erklärte ein Sprecher in Brüssel, für juristisches Handeln sehe die Kommission aber keinen Anlass, Grund- oder Menschenrechte würden durch Wilders' "Störungsmelder" nicht verletzt. "Wenn es nicht um ein EU-Gesetz geht, dann ist es Sache der Mitgliedstaaten, zu handeln."

Bisher jedoch will sich Mark Rutte, Premierminister der Niederlande, nicht einmal zu der Website äußern. Das sei die Idee einer einzelnen Partei und stelle nicht die Meinung der Regierung dar, erklärt er. Ruttes Minderheitsregierung ist auf die Unterstützung von Geert Wilders' Partei angewiesen. Man arbeite mit der PVV gut zusammen, aber eben nicht auf dem Gebiet der EU-Politik.

Dass niemand die Online-Beschwerdestelle schließt, Wilders weiter provoziert und die PVV Stimmung gegen Mitbürger macht, regt Kommentatoren und Politiker in Holland auf - aber auch im EU-Parlament und in den Hauptstädten Osteuropas. Polens Premier Donald Tusk äußerte Kritik, Montagabend traf Rutte bei Angela Merkel mit dem estnischen Regierungschef zusammen. Außerdem haben zehn Diplomaten osteuropäischer Länder einen Protestbrief an die Fraktionsvorsitzenden des Parlaments in Den Haag geschrieben.

### **Wilders wertet seine Kampagne als vollen Erfolg**

Geert Wilders nennt das eine Verschwendung von Briefpapier und fragt: "Haben die nichts Besseres zu tun?" Seine Kampagne wertet er als vollen Erfolg, deshalb werde seine Partei weitermachen, zitiert ihn die Boulevardzeitung "De Telegraaf".

Nur wenige Stunden nachdem in der vergangenen Woche Wilders' Website erschien, begannen Bürger in den Niederlanden mit Gegenprojekten. Der polnisch-niederländische Rapper "Mr. Polska" reagierte mit einer eigenen Internetseite: "Meldestelle Wertvolles Miteinander". Er ruft Bürger auf, positive Beispiele zu melden, schöne Erlebnisse mit osteuropäischen Mitbewohnern zu erzählen. Sie gingen viel zu häufig unter. Beispiele davon druckte die Tageszeitung "nrc-next", Leser schreiben über lange Partynächte mit slowakischen Nachbarn, hart arbeitende Kollegen aus Polen und polnische Nachbarn mit demselben Musikgeschmack.

Natürlich seien Probleme mit Migranten aus Osteuropa nicht zu leugnen, so Musiker "Mr. Polska". "Aber Probleme gibt es mit Einheimischen doch genauso." Dieser Gedanke steht auch hinter Spaß-Seiten, die in den vergangenen Tagen auftauchten: Inzwischen gibt es eine "Meldestelle für Belgier", für "Einheimische Holländer" und für Bewohner der niederländischen Provinz Limburg. Der Tenor ist immer der gleiche: Was für eine absurde Idee ist es doch, wegen des Fehlverhaltens Einzelner ganze Länder zu verdächtigen.

**Load-Date:** February 15, 2012

## "Kadyrow ist ein Sadist"

SPIEGEL ONLINE

06. September 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 957 words

**Highlight:** In Tschetschenien lässt Putins Statthalter Kadyrow Wolkenkratzer und Moscheen bauen, aber so viele Menschen wie nie zuvor fliehen nach Deutschland. Im Interview spricht die Menschenrechtlerin Swetlana Gannuschkina über die Gründe: Folter, Willkür - und ein rätselhaftes Gerücht.

### Body

---

**SPIEGEL ONLINE:** Tschetschenien hat sich überraschend auf Rang eins der deutschen Asylstatistik geschoben, von dort kommen mehr Flüchtlinge nach Deutschland als aus Syrien und Afghanistan zusammen. Mehr als 10.000 sind es bislang allein in diesem Jahr. Woran liegt das?

**Gannuschkina:** Ihre Frage hat zwei Teile. Erstens: Warum fliehen die Menschen aus Tschetschenien? Zweitens: Warum kommen sie ausgerechnet nach Deutschland? In Tschetschenien haben Gerüchte die Runde gemacht, Deutschland sei bereit, bis zu 40.000 Tschetschenen aufzunehmen. Ich habe im Mai zum ersten Mal von diesen Gerüchten gehört. Da heißt es, Deutschland gebe ein Stück Land und Geld. Von anderen Ländern ist dagegen bekannt, dass sie Tschetschenen häufig abschieben. Bei Norwegen ist das der Fall oder bei Polen, wo die Bedingungen für Flüchtlinge sehr hart sind.

**SPIEGEL ONLINE:** Also spielen Gerüchte die Schlüsselrolle?

**Gannuschkina:** Sie spielen eine Rolle. Aber kein Gerücht der Welt vermag eine solche Fluchtwelle auszulösen, ohne dass es dafür Gründe gibt. Wenn in Deutschland auf einmal jemand behauptet, die USA wollten 40.000 Deutsche aufnehmen - würden die Deutschen dann auch massenhaft ihre Koffer packen?

**SPIEGEL ONLINE:** Wer hat diese Gerüchte in Umlauf gebracht?

**Gannuschkina:** Möglicherweise Schlepper. Es gehört zu den Eigenschaften des Menschen, zu hoffen, man warte irgendwo auf ihn. Das hat auch mit der Erfahrung aus Sowjetzeiten zu tun. Wer damals im Westen Asyl beantragte, bekam es auch sehr schnell gewährt. Damals schafften es aber natürlich nur sehr wenige außer Landes. Ljudmila Alexejewa zum Beispiel, die russische Menschenrechtlerin, ging in den siebziger Jahren in die USA. Sie hat noch am Flughafen um Asyl gebeten und ein paar Zeilen zur Begründung geschrieben. Sie hat es auf der Stelle bekommen. Viele denken noch heute: Im Westen fühlt man mit uns und erwartet uns.

**SPIEGEL ONLINE:** Das Gegenteil scheint der Fall: 92 Prozent der Tschetschenen werden abgeschoben. Die deutschen Behörden fürchten das Einsickern gewaltbereiter Islamisten. "Tschetschenische Terroristen suchen Asyl in Deutschland", schrieb die Zeitung "Die Welt".

## "Kadyrow ist ein Sadist"

**Gannuschkina:** Ein Freund, ein ehemaliger deutscher Abgeordneter, hat sich vor Jahren auf meine Bitte hin um eine Familie in Deutschland gekümmert. Die Mutter war in Tschetschenien auf grausame Weise ermordet worden. Ihre Tochter kam mit zwei kleinen Kindern nach Deutschland, aber ohne Mann. Sie hat es zur Ärztin gebracht, sie arbeitet in einer deutschen Klinik. Mein Freund sagt mir heute: "Danke, dass ihr uns solche Bürger schickt." Aber selbst wenn sich Tausende Tschetschenen problemlos integrieren - ein Anschlag wie in Boston reicht aus, und schon fällt ein Schatten auf alle Tschetschenen.

**SPIEGEL ONLINE:** Wer an Tschetschenien denkt, hatte lange Jahre die zerschossenen Fassaden von Grosny vor Augen. Heute sieht man andere Bilder: In Grosny recken sich Wolkenkratzer in den Himmel, in einem hat Gérard Depardieu eine Wohnung. Wie passt der Wiederaufbau mit der Fluchtwelle zusammen?

**Gannuschkina:** Auch unter Stalin wurden Parkanlagen angelegt und Hochhäuser gebaut. In Tschetschenien herrscht eine alles verschlingende Angst. Die Tschetschenen fürchten, offen zu sprechen. Sie haben Angst, ein falsches Wort zu viel zu sagen. Und sie haben Angst, ein nötiges Wort nicht zu sagen.

**SPIEGEL ONLINE:** Was meinen Sie damit?

**Gannuschkina:** Wir haben ein Seminar für Dorflehrer veranstaltet. Ein Schuldirektor lud uns zu sich ein. Es war wie üblich: tschetschenische Gastfreundschaft, Gespräche, Gelächter. Auf einmal fragt ein junger Lehrer betont laut: "Was halten Sie eigentlich von Ramsan Kadyrow?" Er hat selbst geantwortet: "Also ich persönlich finde ihn gut." Er ging davon aus, dass das Haus des Direktors abgehört wird.

**SPIEGEL ONLINE:** Wie ist die Lage der Frauen in Tschetschenien?

**Gannuschkina:** Ramsan Kadyrow ist für viele in Tschetschenien heute ein Idol: ein starker Mann, der andere zwingt, sich unterzuordnen. Ein Mann, der sich jede Frau nehmen kann. Hübsche junge Frauen müssen damit rechnen, dass jederzeit einer der "Kadyrowzy", der Gefolgsleute Kadyrows, Gefallen an ihr findet. "Nein" kann sie ihm nicht sagen. Das würde sie nicht nur selbst in Gefahr bringen, sondern ihre ganze Familie.

**SPIEGEL ONLINE:** Viele junge Männer berichten von Folter in tschetschenischen Gefängnissen.

**Gannuschkina:** Viele werden zu Haftstrafen verurteilt, weil sie Rebellenkämpfern Lebensmittel gekauft haben. Das gilt in Tschetschenien als Beihilfe zum Terrorismus. Aber wie läuft so etwas ab? Die Kämpfer kommen nachts schwerbewaffnet in ein tschetschenisches Haus. Den Sohn schicken sie los, damit er ihnen für 200 Rubel Snickers kauft. Die Eltern und Geschwister behalten sie zurück. Der Sohn gilt damit als Helfer der sogenannten Ungesetzlichen Bewaffneten Formationen. Aber was hätte er denn tun sollen? Und wer einmal die Aufmerksamkeit der Behörden erregt, wird immer wieder verhört und gefoltert, und auch seine Brüder geraten in den Fokus. Viele sind danach traumatisiert, viele haben von der Folter kaputte Nieren. Diese Leute fliehen ins Ausland, um ihr Leben zu retten.

**SPIEGEL ONLINE:** Was treibt Kadyrow an? Ist er ein Sadist?

**Gannuschkina:** Ramsan ist seit langem ein Sadist, seit seiner Kindheit. Misshandlungen sind für ihn etwas Normales. Und natürlich umgibt er sich mit Leuten, die so sind wie er selbst. Sein Regime ist grausam und totalitär.

**SPIEGEL ONLINE:** In Moskau gilt er als einer der einflussreichsten Republikchefs. Wieso lässt der Kreml ihm freie Hand?

**Gannuschkina:** Moskau interessiert nur, dass Kadyrow weiter beteuert, Tschetschenien bleibe Teil der Russischen Föderation.

Das Interview führte Benjamin Bidder in Moskau

**Load-Date:** September 18, 2013

"Kadyrow ist ein Sadist"

---

End of Document



## Wie der Klimawandel zum Arabischen Frühling führte

Spiegel Online

6. März 2013 Mittwoch 1:55 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** US-STUDIE

**Length:** 746 words

**Byline:** Gregor Peter Schmitz

**Highlight:** Die globale Erderwärmung sorgt auch in der Politik für Stürme: Dürren, Missernten und hohe Lebensmittelpreise können ein Anlass für Revolten sein. Ein Team internationaler Forscher behauptet nun: Der Mangel an Weizen hat den Arabischen Frühling mit ausgelöst.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/us-studie-wie-der-klimawandel-zum-arabischen-fruehling-fuehrte-a-887085.html>

### Body

---

Michael Werz, Forscher bei der Washingtoner Denkfabrik Center for American Progress (CAP), gehört nicht zu den Alarmisten in Sachen Klimawandel. Doch der Politikwissenschaftler glaubt an Zahlen und Trends - und vor allem daran, dass in der modernen Welt buchstäblich alles mit allem zusammenhängt. "Nur wer das Ineinandergreifen von Klimawandel, Nahrungsmittelsicherheit, Migrationsbewegungen und politischen Konflikten versteht und zusammendenkt", so Werz, "wird auf die Fragen einer neuen globalen Ära auch eine Antwort finden."

Verblüffende Belege für dieses Zusammenwirken hat Werz mit Kollegen vom CAP, anderen US-Denkfabriken und internationalen Universitäten gerade zusammengetragen - die Forscher wollen erklären, wie der Klimawandel mit verantwortlich dafür war, dass im Jahr 2011 der Arabische Frühling viele Diktatoren der Region beinahe über Nacht aus dem Amt fegen konnte.

Die Beispiele, welche sie in der Essay-Sammlung "The Arab Spring and Climate Change" anführen, stimmen nachdenklich. So sorgte eine chinesische Jahrhundertdürre im Winter 2010/2011 zu weltweiter Weizenknappheit - und explodierenden Brotpreisen in Ägypten, wo Husni Mubarak seit fast 30 Jahren lang weitgehend unangefochten herrschte.

#### **Frust über teure Lebensmittel sorgt für Aufruhr**

Keine andere Nation führt so viel Brot ein wie das Land am Nil. Ägyptens Einwohner nehmen ein Drittel ihrer täglichen Kalorien über Brot auf, sie geben beinahe 40 Prozent ihres Einkommens für Ernährung aus - und Lebensmittelpreise waren nie so hoch wie kurz nach Mubaraks Sturz. Zwar kursiert seit längerem die These, dass Nahrungsmittelspekulationen mitverantwortlich für Preissteigerungen und die Unruhen in der Region waren.

Das New England Complex Systems Institute veröffentlichte etwa eine Studie, laut der die rasanten Preisanstiege in den Jahren 2008 und 2011 vor allem auf Spekulanten und die zunehmende Umwandlung von Korn in Benzin -

## Wie der Klimawandel zum Arabischen Frühling führte

zur Ethanolgewinnung - verantwortlich sei. Doch die aktuellen Untersuchungen stellen diesen Zusammenhang in einen breiteren Zusammenhang. Denn nicht nur in Kairo sorgte der Frust über teure Lebensmittel für Aufruhr: Die neun größten Weizenimporteure liegen alle im Nahen Osten, rechnen die Forscher vor. Sieben von ihnen erlebten im Jahr 2011 blutige Unruhen.

Ähnlich destabilisierenden Einfluss übten nach Analyse der Wissenschaftler Dürren aus. In Syrien, wo das Assad-Regime ums Überleben kämpfen muss, verloren im Jahr 2009 Hunderttausende Menschen ihre Existenz als Resultat einer lange Dürre. In Libyen, wo Diktator Muammar al-Gaddafi nur noch Geschichte ist, sieht die Wasserversorgung ebenfalls schlecht aus.

Die Welt trete in eine Phase der "Agflation" ein, heißt es in den Essays - einer Inflation, die durch steigende Preise für Agrargüter angetrieben werde. Hinzu käme der Einfluss von Dürren und Wüstenbildung. Das Angebot an Wasser falle in weiten Teilen des Nahen Ostens, während Bevölkerungszahlen nach wie vor stiegen.

### **Militärische Abschreckung versagt**

"Wir haben den Punkt erreicht, an dem ein regionales Wetterereignis globale Auswirkungen haben kann", schreiben die Forscher. "Keine dieser Annahmen mag für sich genommen alarmierend sein. Zusammengenommen führen sie jedoch zu Bedingtheiten, die uns den größeren Kontext des Arabischen Frühlings verstehen lassen."

Ihre Empfehlung an die Politik: Das Zusammenspiel zwischen Klima, Migration, Verstädterung, ökonomischen und sozialen Trends müsse eine Umschichtung der politischen Prioritäten nach sich ziehen: weg von der Fixierung auf militärische Abschreckung, wie sie während des Kalten Krieges sinnvoll war. Hin zu umfassenden Konzepten für Nachhaltigkeit und Entwicklung.

Um dies zu erreichen, haben die Wissenschaftler ihre Ergebnisse in Deutschland etwa mit dem Planungsstab des Auswärtigen Amtes besprochen. In Washington gehört der Gründer des CAP, John Podesta, ohnehin zu den engsten Vertrauten von US-Präsident Barack Obama.

Doch auch im Nahen Osten muss ein Umdenken einsetzen, wie "New York Times"-Autor Thomas Friedman in einer Kolumne zu der neuen Studie schreibt: "Statt die Lehre zu ziehen, dass die Folgen des Klimawandels unbedingt abgemildert werden müssen, tut die arabische Welt genau das Gegenteil." Arabische Staaten seien die wichtigsten Lobbyisten gegen jede Senkung von Subventionen für Öl oder Benzin, notiert Friedman. "Laut dem Internationalen Währungsfonds geben sie bis zu 20 Prozent ihres Staatshaushalts für derlei Subventionen aus - mehr als 200 Milliarden Dollar pro Jahr."

**Load-Date:** March 6, 2013

## Rechtsextreme verteilen Lebensmittel - nur an Griechen

Spiegel Online

1. August 2012 Mittwoch 8:24 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ATHEN

**Length:** 263 words

**Highlight:** Hunderte Menschen kamen, um sich mit Milch, Kartoffeln und Olivenöl versorgen zu lassen: Die rassistische griechische Partei "Goldene Morgenröte" hat im Zentrum von Athen Lebensmittel verteilt. Nur Griechen erhielten die Hilfsrationen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-rechtsextreme-verteilen-in-athen-lebensmittel-a-847752.html>

### Body

---

Athen - Vorbeilaufende **Migranten** wurden beschimpft und aufgefordert, den zentralen Syntagma-Platz vor dem griechischen Parlament in Athen zu verlassen. Diese Aktion der ultranationalistischen und rassistischen griechischen Partei "Goldene Morgenröte" sollte ausschließlich für Griechen sein: Mitglieder der rechtsextremen Partei haben am Mittwoch im Zentrum der griechischen Hauptstadt Lebensmittel verteilt - allerdings ausschließlich an notleidende Griechen.

"Wir haben bei griechischen Produzenten griechische Produkte gekauft und verteilen sie nur an die Bürger. Nur wer Grieche ist, bekommt Hilfe", sagte Ilias Kasidiaris, ein Abgeordneter der Partei im Fernsehen. "Das ist richtig. Es gibt zu viele Illegalen hier", sagte eine Frau im Fernsehen.

Rund fünfhundert Menschen erschienen zu der Kundgebung, viele ließen sich von den in schwarz gekleideten Rechtsextremisten mit Milch, Nudeln, Kartoffeln und Olivenöl versorgen. Mittels Ausweiskontrolle stellte die Partei dabei sicher, dass ihre Hilfe nur an Menschen mit griechischem Pass ausgegeben wurde.

Ähnliche Aktionen hatte es auf Initiative von Bauern aus Kreta in den vergangenen Wochen gegeben. Diese waren allerdings in Kooperation mit den Städten organisiert worden und hatten keinen parteipolitischen Hintergrund.

Die rechtsextremistische "Goldene Morgenröte" ist im griechischen Parlament mit 18 Abgeordneten vertreten. Sie hatte bei den jüngsten Wahlen am 17. Juni 6,9 Prozent bekommen. Ranghohe Mitglieder der Gruppierung befürworten offen eine auf ethnischer Herkunft basierende Staatsbürgerpolitik.

*lgr/dpa/dapd/AFP*

**Load-Date:** August 2, 2012

Rechtsextreme verteilen Lebensmittel - nur an Griechen

---

End of Document

[Was Freitag wichtig wird; http://www.spiegel.de/politik/deutschland/was-am-25-10-wichtig-wird-fluechtlingsdrama-tschechien-armutsrisiko-a-929831.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/was-am-25-10-wichtig-wird-fluechtlingsdrama-tschechien-armutsrisiko-a-929831.html)

SPIEGEL ONLINE

24. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



Section: POLITIK / DEUTSCHLAND

Length: 474 words

**Highlight:** Der EU-Gipfel in Brüssel wird vom Ärger über US-Abhörgepflogenheiten überschattet, am Freitag soll jedoch die **Flüchtlingspolitik** im Mittelpunkt stehen. Außerdem gibt es neue Zahlen zur Armutsentwicklung in Europa - und im deutschen TV die überflüssigste Sendung des Jahres.

## Body

---

### EU-Gipfel diskutiert das **Flüchtlingsdrama**

Die Spähvorwürfe gegen die **US-Geheimdienste** überschatten den **EU-Gipfel**. Am zweiten Tag soll es aber auch um Europas **Asylproblem** gehen. Die Bürgermeisterin der italienischen Mittelmeerinsel **Lampedusa** forderte in Brüssel eine Reform der europäischen **Flüchtlingspolitik**. Doch mit einer Entscheidung für konkrete Maßnahmen beim Gipfel wird trotz der Tragödie nicht gerechnet. Vor den EU-Parlamentswahlen im Mai kommenden Jahr sollen populistische Parteien von dem heiklen Thema nicht profitieren.

Mehr über die Lampedusa-Flüchtlinge finden Sie hier...

### Tschechen wählen neues Parlament

Im Sommer stürzte der konservative Ministerpräsident Petr Nečas wegen eines Bestechungs- und Bespitzelungsskandals. Jetzt wählen die **Tschechen** zwei Tage lang ein **neues Parlament**. In den letzten Umfragen lagen zwar die Sozialdemokraten vorne, aber ob sie Partner für eine Koalition finden können, ist unklar. Auch die Kommunisten greifen nach der Macht an der Moldau. Gute Chancen werden aber auch der neuen Partei **Ano** des Milliardärs **Andrej Babis** eingeräumt.

Mehr über die Tschechische Republik finden Sie hier...

### Armutsrisiko in Europa

Etwa jeder sechste Einwohner Deutschlands galt 2010 als **arm oder armutsgefährdet**. Doch wie hat sich die Lage im Jahr danach entwickelt? Und wie hoch ist der Anteil in den **Krisenländern Europas**? Darüber geben die Statistiker am Morgen Auskunft. Arm oder von Armut bedroht ist nach der EU-Definition, wer weniger als 60 Prozent des mittleren Einkommens der Gesamtbevölkerung eines Landes zur Verfügung hat - staatliche Leistungen inklusive.

Was Freitag wichtig wird <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/was-am-25-10-wichtig-wird-fluechtlingsdrama-tschechien-armutsrisiko-a-929831.html>

## Pocher und Becker liefern sich TV-Showdown

Erst lieferten sie sich einen stundenlangen Beleidigungs-marathon via Twitter - jetzt gehen sie in einer TV-Show aufeinander los: **Oliver Pocher** und **Boris Becker** heben im **RTL-Format "Becker gegen Pocher - Der Showdown"** das deutsche Trash-Fernsehen in neue Sphären. Pochers Strategie: "Flach spielen, hoch gewinnen!" Und er verrät noch: "Für mich geht es um die Ehre!" Erste Bilder der Sendung zeigten Pocher im Fatsuit und Becker mit alberner Fliegenklatschenmütze. Dass der ganze Tweef nur inszeniert war, um für hohe Quoten des TV-Duells zu sorgen, stritt Pocher ab.

Mehr zum Programm von RTL finden Sie hier...

## Wird es doch noch ernst mit der Spähaffäre?

Plötzlich ist die volle Entrüstung da: Nachdem offenbar das Kanzlerinnen-Handy durch die NSA abgehört wurde, stehen die Aktivitäten der US-Behörde wieder mitten in der sehr kontroversen Debatte. Der Innenminister fordert eine Entschuldigung, der Außenminister bestellt des US-Botschafter ein, Angela Merkel ist verstimmt. Ist das deutsch-amerikanische Verhältnis nun wirklich ernsthaft getrübt? Die verschiedenen aktuellen Aspekte der Affäre werden im SPIEGEL-ONLINE-Forum intensiv diskutiert.

**Load-Date:** November 15, 2013

## **"Er sieht aus wie ein Schulkind"**

SPIEGEL ONLINE

13. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 501 words

**Highlight:** Die Menschenrechtsaktivistin Tatjana Lokschina traf Edward Snowden am Moskauer Flughafen. In einem Bericht, den sie anschließend schrieb, schildert sie das Gespräch mit dem **Flüchtling** - und ihre ganz persönlichen Eindrücke des "meistgesuchten Mannes der Welt".

### **Body**

---

Hamburg - Schon bei der Einladung habe sie "den Hauch eines Agententhillers aus der Zeit des Kalten Krieges" gespürt, berichtet Tatjana Lokschina. Die Russin ist Funktionärin bei der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch und gehörte zu den wenigen Auserwählten, die am Moskauer Flughafen den amerikanischen Whistleblower Edward Snowden treffen durften. In der Nacht nach dem Treffen fasste sie auf der Internetseite der Organisation ihre ganz persönlichen Eindrücke zusammen.

Lokschina beschreibt Snowden mit einer Mischung aus Ehrfurcht und Verwunderung: "Das Erste, was ich dachte, war, wie jung er aussieht - wie ein Schulkind."

Snowden hatte ein riesiges Spähprogramm des US-Geheimdienstes NSA öffentlich gemacht und ist seither auf der Flucht vor der US-Justiz. Seit etwa drei Wochen hält er sich offenbar im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo auf.

Zuerst habe sie die E-Mail mit der Einladung für einen Scherz gehalten, berichtet Lokschina. Selbst als die Medien bei ihr anriefen, sei sie noch skeptisch gewesen. Erst als sich die Sicherheitsfirma des Flughafens meldete und nach ihrer Ausweisnummer fragte, sei ihr bewusst geworden: "Der meistgesuchte Mann der Welt will mich treffen."

#### **"Ich habe immer noch nichts gefrühstückt"**

Noch auf dem Weg zum Flughafen habe sie einen Anruf der amerikanischen Botschaft bekommen. "Ob ich die Position der USA verstanden hätte, dass Snowden kein Verteidiger der Menschenrechte sei, sondern ein Gesetzesbrecher der zur Verantwortung gezogen werden müsse." Sie solle Snowden die US-Position überbringen - und habe dies auch getan. "Ich war nur fair, ihn über den Anruf zu informieren."

Bei dem einstündigen Treffen habe Snowden zuerst eine Stellungnahme verlesen, dann hätten die Gäste Fragen stellen können. "Er sagte, wir sollten die USA und europäische Staaten ersuchen, seine Schritte nicht zu behindern", schreibt Lokschina. Unter den gegebenen Umständen habe er keine andere Wahl, als einen Asylantrag in Russland zu stellen. Seine Lebensbedingungen seien in Ordnung und er sei bei guter Gesundheit - aber er

"Er sieht aus wie ein Schulkind"

könne nicht ewig auf dem Flughafen bleiben. Wiederholt habe er deshalb gesagt, dass er eigentlich nach Südamerika ausreisen wolle. "Russland sei nur eine vorübergehende Station", berichtet Lokschina.

Das dürfte auch dem russischen Präsidenten am liebsten sein. Wladimir Putin hat Snowden zwar Asyl angeboten, käme aber in die Bredouille, wenn Snowden tatsächlich offiziell anerkannt würde. Die USA machen mächtig Druck - am Freitagabend schaltete sich sogar Präsident Barack Obama persönlich in den Streit ein und legte Putin telefonisch seine Argumente dar.

Selbst wenn Snowden bald aus Moskau verschwinden sollte, Aktivistin Lokschina dürfte die Begegnung mit ihm nie vergessen. "Es ist jetzt Mitternacht in Moskau", schrieb sie am Ende ihres Berichts, "und ich habe immer noch nichts gefrühstückt."

Lesen Sie hier eine Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

stk

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document



## **Putin beschwört den Vielvölkerstaat**

Spiegel Online

24. Januar 2012 Dienstag 12:09 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KAMPFANSAGE AN RUSSLANDS RECHTE

**Length:** 923 words

**Byline:** Benjamin Bidder

**Highlight:** Sechs Wochen vor der Präsidentschaftswahl drängt Wladimir Putin auf schärfere Gesetze gegen Zuwanderer, um gegen die Rechten zu punkten. Trotz des wachsenden Nationalismus beschwört der Regierungschef aber auch einen Vielvölkerstaat, weil er einen Zerfall seines Riesenreichs befürchtet.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/0,1518,810939,00.html>

### **Body**

---

Premierminister Wladimir Putin, der bald wieder Präsident werden will, ist nicht um markige Worte verlegen. Seine einfache, mitunter drastische Schlagfertigkeit imponiert vielen Russen. Terroristen, versprach er so schon mal, werde man "auf dem Scheißhaus abmurksen". Russlands "nationaler Frage" aber widmet der Regierungschef jetzt einen seitenlangen Grundsatzartikel, so diffizil ist das Thema. Selbst für ihn.

Putin verspricht sechs Wochen vor der Wahl härtere Migrationsgesetze. In Tests müssten Arbeitssuchende Kenntnisse in russischer Sprache, Literatur und Geschichte nachweisen. Zudem will er eine ominöse neue Behörde für nationale Belange schaffen. Forderungen nach einer Abspaltung des muslimischen Nordkaukasus dagegen erteilte er eine Absage.

#### **"Hört auf, den Kaukasus durchzufüttern"**

Putin übt einen schwierigen Spagat: Einerseits wirbt er um patriotisch gesinnte Wähler. Andererseits entwirft er ein Bild des Landes als "polyethnischer Zivilisation". Es ist ein bemerkenswerter Text: Denn trotz schwächelnder Umfragewerte und trotz der massiven Proteste gegen den Kreml im Dezember widersteht er der Versuchung, bei dem Thema mit populistischen Parolen zu punkten.

Denn : "Hört auf, den Kaukasus durchzufüttern" lautet derzeit eine der populärsten Parolen bei Demonstrationen und Kundgebungen. Sie zeugt von der Wut vieler Bürger über milliardensubventionen für die Unruhregion Nordkaukasus. Im Wahlkampf versuchen alle politischen Kräfte, von Russlands Rechtsruck zu profitieren. Der Nationalist Wladimir Schirinowski etwa verteilte Broschüren, in denen er die vermeintlich russenfeindliche Politik des Kremls verdammt. Moskau ziehe "dem arbeitenden Iwan Geld aus der Tasche, um es dem Banditen Mohammed zu geben, der Iwan dann in Stücke schneidet und sich selbst einen dritten Mercedes kauft".

## Putin beschwört den Vielvölkerstaat

Selbst der Kommunist Gennadij Sjuganow profiliert sich als einzige verlässliche Kraft "im aufflammenden nationalen Befreiungskampf" und fordert die "Wiedergeburt des russischen Geistes". In Pässen will er wieder die ethnische Zugehörigkeit vermerken. Die Sowjets hatten die Rubrik "Nationalität" benutzt, um Tschetschenen, Juden und Russlanddeutsche zu diskriminieren. Auch der Kreml zündelt gern ein bisschen mit: Dmitrij Rogosin, Ex-Botschafter Moskaus bei der Nato, will Russlands Großstädte "in Zentren der Diktatur der russischen Kultur" verwandeln. Rogosin wurde inzwischen von Putin zum Vize-Premier befördert.

Die fremdenfeindlichen Ressentiments werden von Nachrichten über Gewalttaten mit ethnischem Hintergrund befeuert. Ein Faustkampfmeister aus dem Nordkaukasus streckte im vergangenen Jahr einen jungen Moskauer in einer Disco mit einem Schlag nieder, das Opfer starb im Krankenhaus. In der Nähe von Jekaterinenburg überfiel eine Bande das Dorf Sagra, bei der darauf folgenden Schießerei wurde einer der Angreifer getötet, ein 28-jähriger Aserbaidshaner.

Russland hat, so nimmt es zumindest die eigene Gesellschaft zunehmend war, ein Integrationsproblem. 14 Millionen Migranten leben laut offiziellen Statistiken in Russland, allein in Moskau sind es 2,4 Millionen, davon zwei Millionen ohne offizielle Arbeitserlaubnis.

Der Nationalismus sorgt für merkwürdige Allianzen. Wenn Moskauer Neonazis neuerdings einen "Vorbild-Staat" besichtigen wollen, reisen sie ins muslimisch geprägte Tschetschenien. Gewaltherrscher Ramsan Kadyrow lässt dort im Eiltempo neue Moscheen hochziehen. Junge Frauen müssen Kopftuch tragen, wenn sie Vorlesungen an der Universität besuchen wollen. Moskaus Faschisten finden das gut. "Auch Russland braucht einen Kadyrow", sagte etwa Dmitrij Djomuschkon, Führer der verbotenen "Slawenunion - SS", nach einer Visite im vergangenen Jahr.

Die ungewöhnlichen Verbündeten haben gemeinsame Ziele. Kadyrow erkämpft sich Jahr für Jahr mehr Autonomie von Moskauer Einflüssen. Die Faschisten wiederum träumen davon, den Nordkaukasus in die Unabhängigkeit zu entlassen - um dann alle Tschetschenen, Inguschen und Dagestaner aus Russlands Kernland dorthin zu deportieren. "Russland den Russen", lautet ihre Parole - und rund 60 Prozent der Bürger sympathisieren damit.

Der Ruck nach Rechts ist kein russisches, sondern ein gesamteuropäisches Phänomen. Osteuropa driftet nach rechts. Nationalistische Parolen und die Einschränkung der Pressefreiheit haben in Ungarn Regierungschef Viktor Orbán sogar den Spitznamen "Pusztá-Putin" eingebracht.

Das russische Original weiß: Wenn der "Bazillus des Nationalismus" Russland ernsthaft infiziert, droht dem Land mit seinen mehr als hundert Völkerschaften der Zerfall. Putins beschwört stattdessen Russlands Erbe als multiethnisches Imperium, von der Zarenherrschaft bis zum Sowjetreich.

National-patriotisch gesinnte Intellektuelle wie Alexander Prochanow, Herausgeber der konservativen Zeitung "Sawtra" lässt das jubeln. "Putins Artikel hört sich an, als hätte ich ihn selbst geschrieben", sagt er.

Putin hat den Text der "nationalen Frage" gewidmet. Die imperiale Tonlage mag für westliche Ohren ungewohnt klingen. Sie ist allerdings weit weniger bedrohlich als die Botschaften von Russlands Rechtsextremen.

Anton Orech, Starkolumnist des Moskauer Senders "Echo Moskau" ist putin-freundlicher Umtriebe eigentlich unverdächtig. Putins Artikel aber lobt auch der Radio-Mann. Es freue ihn, dass "der Anführer das Problem richtig verstanden hat", sagt Orech. Härtere Einwanderungsregeln allein aber seien zu wenig, Putin müsse auch konkrete Lösungsansätze anbieten. Eine Antwort aber auf die nationale Frage, sagt Orech, sei Russlands starker Mann noch immer schuldig geblieben.

**Load-Date:** January 24, 2012

## Rasterfahnder auf der falschen Spur

Spiegel Online

3. November 2012 Samstag 2:02 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** NSU-MORDE

**Length:** 928 words

**Byline:** Holger Dambeck

**Highlight:** Warum scheiterten Ermittler im Fall der Mordserie an Migranten durch das Terrortrio NSU? Die Behörden glichen Millionen Datensätze über Kreditkarten, Hotelübernachtungen, und Mobiltelefone ab - die Täter fassten sie dennoch nicht. Der Fall zeigt, dass Rasterfahndungen oft in die Irre führen.;

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/nsu-morde-80-rasterfahndungen-fuehrten-zu-nichts-a-865114.html>

## Body

---

Berlin - Vor einem Jahr flog das Terrortrio Nationalsozialistischer Untergrund (NSU) auf. 14 Jahre zogen die Rechtsradikalen offenbar mordend durch das Land, ohne von den Ermittlern entdeckt zu werden. Grünen-Politiker Volker Beck hat den Sicherheitsbehörden nun Arroganz und "demonstrative Uneinsichtigkeit" vorgeworfen. Der Politiker verlangte eine Bundestagsdebatte, um über die Aufklärung der NSU-Straftaten sowie den Umgang mit rechtsextremistisch motivierter Gewalt in Deutschland zu diskutieren.

Am 4. November 2011 hatten sich zwei der NSU-Mitglieder, Uwe Mundlos und Uwe Böhnhardt, nach einem Banküberfall das Leben genommen. Kurz darauf stellte sich die dritte Beteiligte, Beate Zschäpe, der Polizei. Das Trio wird für bundesweit neun Morde an Migranten zwischen 2000 und 2006 sowie den Mord an einer Polizistin 2007 in Heilbronn verantwortlich gemacht. Zudem soll es zwei Bombenanschläge in Köln verübt haben.

Der Fall NSU zeigt auch, dass die von Ermittlern so gepriesenen modernen Fahndungsmethoden nicht funktioniert haben. Bei der Aufklärung der Mordserie griffen Fahnder von Landesbehörden auch zum Mittel der Rasterfahndung - und zwar gleich 80-mal. Dies teilte das Innenministerium auf Anfrage der Linksfraktion mit.

Laut Angaben des Innenministeriums umfassten die Rasterfahndungen rund 13 Millionen Transaktionsdaten von Kredit- und Geldkarten, etwa 300.000 Hotelübernachtungsdaten und eine Million Autovermietungsdaten. Bekannt war bereits, dass das Bundeskriminalamt (BKA) etwa 20,5 Millionen Funkzellendatensätze gespeichert und knapp 14.000 Anschlussinhaber ausgeforscht hatte.

Die umfangreiche Rasterfahndung brachte die Ermittler jedoch nicht auf die Spur des Terrortrios. Der NSU flog erst auf, nachdem Mundlos und Böhnhardt Selbstmord begangen hatten.

**Millionen Daten, Täter unerkant**

## Rasterfahnder auf der falschen Spur

Der Linken-Bundestagsabgeordnete Andrej Hunko glaubt, dass bei der Rasterfahndung vor allem Daten von Personen abgeglichen wurden, die mit den Getöteten in privatem oder geschäftlichem Kontakt standen. Die Ermittler hätten sich auf vermeintliche Schutzgelderpressungen und Drogengeschäften in türkischen oder kurdischen Vereinigungen fokussiert. Sie dürften damit mit den falschen Datensätzen gearbeitet haben - die Rasterfahndung brachte keinen Erfolg.

Die Methode der Rasterfahndung ist umstritten, weil eine Vielzahl unbeteiligter Personen in den Fokus der Ermittler gerät. Die Paragraphen 98a und 98b der Strafprozessordnung erlauben, bei schweren Verbrechen personenbezogene Daten auch von Privatfirmen zu nutzen und abzugleichen.

Erstmals eingesetzt wurde die Rasterfahndung 1977 durch das BKA, um den Aufenthaltsort des von der RAF entführten Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer zu finden. Die Ermittler kombinierten typische Merkmale konspirativer RAF-Wohnungen wie Autobahnnähe, Tiefgarage und Barzahlungen der Miete. Der tatsächlich genutzte Unterschlupf landete tatsächlich auf die Liste verdächtiger Appartements, der Hinweis wurde jedoch nicht verfolgt, Schleyer schließlich ermordet.

1979 konnte das BKA mit der Rasterfahndung einen Erfolg vermelden. Wieder nutzte man das Kriterium der Barzahlung und kombinierte es mit der Erkenntnis, dass RAF-Terroristen Wohnungen meist unter falschen Namen mieteten. Die Ermittler sortierten dann aus einer Liste mit 18.000 Frankfurtern, die ihre Stromrechnungen bar beglichen hatten, all jene aus, deren Namen als legal bekannt waren - entweder als gemeldeter Einwohner, Kfz-Halter, Rentner oder Bafög-Bezieher. Übrig blieben schließlich zwei Falschnamen. Einen nutzte ein Rauschgift Händler, den anderen das RAF-Mitglied Rolf Heißler, der schließlich festgenommen werden konnte.

### Niedrige Erfolgsquote

Die Misserfolge der Rasterfahndungen im Falle Schleyer und nun auch bei der NSU überraschen Experten kaum. Laut einer Studie des Max-Planck-Instituts für Ausländisches und Internationales Strafrecht führen nur 13 Prozent der Rasterfahndungen überhaupt zur Ermittlung des Täters.

Diese Zahl stammt aus einer Analyse 31 Rasterfahndungen deutscher Behörden ab dem Jahr 1992. Max-Planck-Forscher Dirk Pehl hatte Ermittler auch zur mageren Erfolgsquote der Maßnahmen befragt. Die Beamten bewerteten trotzdem immerhin 58 Prozent der Rasterungen als "bedingt erfolgreich", was aber nur bedeutet, dass dabei neue Ermittlungsansätze gefunden wurden. Zur Aufklärung dieser Fälle habe die Methode trotzdem nichts beigetragen, sagte Pehl.

Die Ermittlungen scheiterten nicht nur an unscharfen oder falschen Profilen. Oft waren die Behörden technisch nicht einmal in der Lage, die Daten aufzubereiten. Die Ermittler kämpften mit veralteter Software, aber auch mit veralteten oder unvollständigen Daten. Oder sie nutzen, wie offenbar im Fall der NSU-Morde geschehen, ein falsches Raster.

Eva Högl, SPD-Obfrau im NSU-Untersuchungsausschuss, warf der Polizei vor, diese habe sich bei ihren Mord-Ermittlungen von Vorurteilen leiten lassen. "Sie gingen vordringlich dem Verdacht nach, die Morde hätten mit Organisierter Kriminalität zu tun, einen fremdenfeindlichen Hintergrund hingegen prüften sie nie ernsthaft", sagte sie der "Frankfurter Rundschau".

Högl unterstellte den Behörden sogar gezielte Vertuschung. "Anders kann ich mir diese Häufung von Pannen nicht erklären", sagte sie. In den Befragungen des Ausschusses habe sie den Eindruck gewonnen, dass bei Polizei und Verfassungsschutz bis in die Chefetagen hin viele nicht erkannt hätten, dass sie Fehler begangen hätten. Innenstaatssekretär Klaus-Dieter Fritsche (CSU) hatte dem Untersuchungsausschuss bei seiner Befragung sogar vorgeworfen, ein Sicherheitsrisiko zu sein.

---

End of Document

## *Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany*

Spiegel Online

17. April 2013 Mittwoch 5:06 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WAITING IN PAIN

**Length:** 3221 words

**Byline:** Matthias Bartsch

Özlem Gezer

**Highlight:** Injured on the job, a Bulgarian migrant worker desperately needs surgery, but his official status as an independent contractor has allowed the companies involved to shirk responsibility. His case exposes a troubling gray area in Germany's labor market.; <http://www.spiegel.de/international/germany/bulgarian-migrant-worker-case-exposes-problems-in-german-labor-market-a-894611.html>

### **Body**

---

Before Biser Rusev left to live his own German dream, he took his goats out every morning to graze in the fields of Vetovo, in northeastern Bulgaria. Rusev was a good goatherd, never losing a single animal. The livestock dealers were pleased with his work. They paid him with anise liqueur, potatoes or bread, only a few paid in cash. Rusev rarely left his village in northern Bulgaria, near the Danube River. He felt safe in Vetovo, never locked his door. Most of all, his work was in demand there.

Since Bulgaria joined the European Union in 2007, many Vetovo residents left for the West, most of them going to Germany. When they returned, they drove German cars, renovated their houses, bought land and wore gold around their wrists. "A lot of gold," says Rusev. He became curious about this faraway country, this place where money grew on trees, at least according to the rumors coming from those returning to his village. That was in the late summer of 2011.

Today, 18 months later, Rusev is lying in a decommissioned hospital bed in Room 35 of a hostel for the homeless near Ostpark, a park in Frankfurt, sorting out the wreckage of his life. His body is emaciated, there are dark rings around his eyes and his cheeks are sunken. The plaster is crumbling from the ceiling, fluorescent lights illuminate the cracked walls and trains rattle by outside. A blonde anchorwoman smiles from the TV set, but Rusev can't understand what she is saying. This is the new world of a goatherd from Vetovo: eight square meters (86 square feet) of Germany, in a place next to a freight yard that represents the end of the line for the homeless.

A plastic tube is taped to Rusev's stomach. One end leads to a catheter in his penis, while the other end is attached to a urine bag in a blue bucket. "I no longer dream about German gold," he says. "I just want to get rid of this tube."

## Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany

Rusev, 36, is wearing an adult diaper. His wound is infected. He contorts his thin face into a smile. He is in pain, as has often been the case in recent weeks, since his urethra was torn in a serious work accident in January at a Frankfurt chemical plant.

He was working as a laborer and had no health insurance. For weeks, it has remained unclear who would pay for the surgery Rusev needed. The companies he was working for at the chemical plant didn't even report the accident.

### **The 2,000-Kilometer Trip to Prosperity**

Rusev is one of the so-called "pseudo self-employed" in the German labor market -- one of tens of thousands who are formally registered as small business owners, but who in reality are modern slaves. He is stranded in Germany, lured there by the promise of prosperity, exploited by companies to do dirty work for starvation wages, and now abandoned because he can no longer perform as desired. The gray area of the laws governing Europe's nomadic work force has no provisions for cases like Rusev's.

"Things didn't go well," says Rusev. He seems cautious, not wishing to sound ungrateful. Most of all, he doesn't want to abandon the hopes that prompted him to leave Vetovo in the first place. His only knowledge of Germany, 2,000 kilometers away, came from Bulgarian television, where he had seen images of tall buildings and clean streets. The returnees said that Germany had job centers and an intact social welfare state. He decided it was time to follow their lead and seek his own fortune in Germany.

Modern-day slave traders have divided up the villages among themselves in the region where Rusev comes from. Since Bulgaria joined the EU, they have been supplying the German market with day laborers. Their vans make the trip to Germany three times a week. Rusev also bought a ticket from the traffickers. With five kilos of luggage, Rusev set out to start his new life. The trip took one night and the rest of the next day.

He ended up in Offenbach, a city near Frankfurt, where he had relatives who had moved to Germany earlier. Together they would collect scrap metal, earning between €50 (\$66) and €100 a day. But the money was divided up among eight people, and Rusev rarely got his fair share. He was angry, and it made him wonder why he had left his wife and two children behind in their village.

Rusev decided to set out on his own. For three months, he slept on a mattress in an abandoned and condemned building. There were 15 Bulgarians living there, without running water or electricity, and only a small gas stove for cooking. But Rusev wasn't paying any rent, and he was satisfied with his situation.

The men explained the rules of his new world to Rusev. They told him about Germany's policy of "limited freedom of movement" for Bulgarians, which will last until 2014. He would be allowed to remain in Germany for no longer than three months, unless he registered a business.

### **Small Business Owners, in Name Only**

On Oct. 4, 2011, the City of Offenbach issued Rusev a business registration. He was now a self-employed "laborer in the field of construction." For unskilled laborers like Rusev, the business registration is the ticket to fictitious self-employment. The central customs office, which handles cases like his, estimates that in the Frankfurt area alone, there are well over 10,000 pseudo self-employed workers from Bulgaria and Romania, working on construction sites or in factories and restaurants. They are officially independent contractors, meaning they have more than one employer, are scarcely regulated and work as their own bosses. But the only responsibility Rusev had in the ensuing months was to show up at the market square on time so that employers could pick him up.

In the weeks that followed, the former goatherd worked 12-hour days on construction sites, earning €60 a day. He emptied out apartments for €50 a day and cleaned businesses for €30. On days when no one hired him, he collected recyclable bottles and returned them for the deposit. He kept his money in his pant pockets, and sometimes hid it in his underwear, depending on how full the abandoned building was at night. He managed to save some money -- not much, but enough to buy his first home in Germany: a sky-blue Golf III, which he bought from a Turkish man for €250.

## Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany

Rusev, who doesn't have a driver's license, had the man drive the car onto a parking lot. He kept his clothes in the trunk, and he used a wool blanket to stay warm at night. Sometimes he allowed homeless Bulgarians to sleep in his car. Others would have charged €2 a night, says Rusev, but he never did that.

Then, on a cold winter morning, the engine wouldn't start. Two months after it became his temporary home, the Golf went to the junkyard and Rusev moved into the apartment of a welfare recipient, into a room shared by eight Bulgarians. Those who didn't pay the monthly rent of €150 on time were thrown out, Rusev recalls. Nevertheless, he says it was his happiest time in Germany. The shower worked, the door could be locked and business was going well.

One evening there was a dispute in the apartment, and the neighbors called the police. The overcrowded apartment was promptly cleared out, and Rusev was back on the streets. Someone in the market square told him there was work to be had, even for Bulgarians, in the vicinity of Frankfurt's main train station. So Rusev set out for Frankfurt.

### Meeting the 'King of the Bulgarians'

When he arrived, he saw the city's skyline, the bank towers and the men in suits carrying leather briefcases. The first night he slept under a bridge, where he met a fellow Bulgarian who took him to the train station district and to a makeshift apartment complex in the courtyard behind an old building at Münchener Strasse 55. The Bulgarian kept Rusev's mobile phone as a deposit.

When Rusev moved into the building, more than 40 Bulgarians were living on the top floor. After a raid in October 2012, the tabloid press described the building as "Frankfurt's worst tenement." That's exaggerated, says Rusev. He admits that there were cockroaches, and that they sometimes crawled into his ears at night. But cockroaches are far less dangerous than rats. He paid €155 a month to sleep in the kitchen.

In the next few days, some of the other Bulgarians in the apartment took him to Can 58, a combination Internet café, phone shop and Turkish export business. Rusev belongs to the Turkish-speaking minority in Bulgaria, and they spoke his language at the shop. For stranded migrants like Rusev, places like this serve as an employment office, real-estate agency, bank, social gathering place and a source of hope. The word "can" means "life" in Turkish.

According to its entry in Frankfurt's commercial register, one of the businesses Can 58 is involved in is "demolition work and construction services," followed by telephone services, kiosk operations, imports and exports. Across the street shines the bright red façade of a large brothel. In this neighborhood, sex is sold cheap and geared toward the masses, just like the labor provided by the pseudo self-employed.

The registered owner of Can 58 is a smartly dressed, 43-year-old man with a well-kept short haircut and stubble, a man everyone in the neighborhood knows simply as Aydin. He was Rusev's first point of contact in the neighborhood. Aydin lends money to the needy and has them work for him to pay off their debts. When he meets with someone in his office, he has an assistant serve Turkish tea, puts down his smartphone and asks one of his employees to leave the room before getting down to business. For desperate men like Rusev, Aydin is the King of the Bulgarians in this neighborhood.

Aydin is one of the profiteers of poverty-related migration. As employers, they save themselves the cost of social security contributions by hiring men like Rusev. This is unlikely to change after 2014, when Romanians and Bulgarians will be allowed to work jobs covered by social insurance in Germany without needing a work permit. "Many employers will still try to use this approach to circumvent the expense of payroll taxes and minimum wages," says a spokeswoman for the central customs office.

Aydin is upset with Rusev. He says that the Bulgarian begged him for a job so that he could pay his rent. And Aydin only wanted to help the man. Of course, says Aydin, he had no idea that Rusev didn't have any health insurance. He admits that it was his mistake for not checking. Other than that, however, he insists he did nothing wrong.



## Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany

On the evening of Jan. 28, Rusev and a group of Bulgarian laborers were standing in front of Can 58. They were waiting for a van Aydin was sending to take them to the Höchst Industrial Park, a 460-hectare (1,137-acre) site in the western part of Frankfurt, home to roughly 90 companies operating chemical plants. Rusev's shift began at 7 p.m., and he was paid €84 for 12 hours of hard work. But he was pleased. He hadn't had such a good job in a long time.

At the plant entrance, Rusev showed the security guard an access permit with his photo and registration number, I 608475. The plastic card is made by Infraserp Höchst, a company that handles infrastructure and security at the plant. Infraserp also owns the plant where Rusev was assigned to work that night. But when he is asked who his employer was, his only response is: "Aydin Company."

The van took Rusev and the others across the industrial park, past gloomy brick buildings and under thick pipes to building E 264, which looked like a large, sheet-metal container in the light of the lanterns on the plant walls. Rusev still doesn't know exactly what happens in the building. Weeks after the accident, he still refers to it as a "furnace," and says that his job was to remove "rocks" from it. In actuality, the building is a filtration system for the foul-smelling exhaust air that comes from a sewage treatment plant for production residue.

Infraserp classifies the work in this plant as "dangerous." Rusev was given a white protective suit and a dust mask for his mouth and nose -- not by Infraserp, but by a small demolition company called O.A.M., which Infraserp had hired to replace the filters.

Rusev climbed up an iron ladder to a work platform about three meters off the ground. His job was to lift and move heavy ceramic filters. At about 2:30 a.m., he slipped from the platform and fell down the ladder. Shortly before he hit the ground, one of his legs became caught between the rungs of the ladder.

Rusev remembers the moment very clearly. He flinches as he describes how his body smashed against the iron rung. He was in so much pain that everything went dark. Then Rusev felt something wet under his protective suit. He still had no idea that it was blood, perhaps because of his intense focus on completing the job. Aydin's assistant told him not to draw attention to himself. He was quickly taken away from the plant grounds through an unguarded side entrance and put into a taxi. The driver was instructed to take him to the "company office."

### No One Claims Responsibility

Rusev got out of the taxi in front of Cam 58 about half an hour later. One of Aydin's men paid the driver and sent the Bulgarian home. Rusev managed to walk the short distance, past nightclubs and strip joints, and even up the 100 steps to reach the top floor of his building at Münchener Strasse 55. Only after removing the protective suit in the apartment did he realize that his entire abdomen was drenched in blood.

The sight of the blood scared Rusev, who dragged himself back to Cam 58. Aydin himself took him to the university hospital. Rusev says that Aydin repeatedly told him to tell the doctors he had had an accident at home, although Aydin denies this. As it is, Rusev could only have said two words to the doctors: "Stairs. Fell."

The diagnosis read: "pre-bulbar urethral tear," "hematoma" and "transurethral hemorrhage," terms that meant nothing to Rusev. But he did understand that without an operation, the pain would not go away and he would no longer be able to work. The doctors "strongly" recommended that the surgery be performed "within the next 4-6 weeks." That was 10 weeks ago.

None of the companies involved in the filter replacement feels responsible for Rusev's accident. Anyone working in the industrial park is "required to have a work permit," says a spokesman for Infraserp. He adds that Rusev was able to present his business registration. When asked whether the Bulgarian was state-insured, the spokesman says that Infraserp has "no further information," and notes that this would have been the responsibility of the people who hired him. The demolition company, O.A.M., says that it had hired a subcontractor, Best Nova, and that Aydin had acted as its "construction manager."

## Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany

The company was apparently paid a sum in the low five figures to provide cheap labor for what was a dirty job. The head of O.A.M. says Best Nova had confirmed "that all employees are registered, through immediate reporting, with the German Federal Pension Fund and the statutory health insurance system, and that the applicable social security contributions are paid." It isn't O.A.M.'s fault, he adds, that the company did not live up to its obligation. The managing director of Best Nova says that Biser Rusev "is not one of our employees."

### Dashed Hopes in a German Hospital

Now that Rusev could hardly walk and could no longer earn any money, he was quickly evicted from the apartment on Münchener Strasse. He placed the urine bag into a plastic bag and walked gingerly through the neighborhood, searching for help. An Italian took him to "MigrAr," a drop-in center for immigrants with no place to stay, run by the service sector union Ver.di.

Rusev doesn't know what a trade union is. To this day, concepts like German labor law and employer liability mean nothing to him. All he knows is that "Madame Huckenbeck" works at MigrAr and is helping him. Kirsten Huckenbeck, 46, obtained a bed for Rusev at the homeless shelter, food vouchers from the job center, as well as clothing vouchers and medication. She submitted applications to a health insurance agency, and she took him to an outpatient treatment center run by Catholic relief agency Caritas. The doctor who treated him there ordered an emergency admission.

Rusev was convinced that everything would be okay now. "German doctors can make you into a new person," he says.

It's shortly before Easter. After getting up early, Rusev showers, shaves, puts on a black knit cap and places his urine bag into a red plastic bag. Huckenbeck drives him to the university hospital in her small Opel. But at the front desk in the urology department, the receptionist pushes the emergency admission slip back to Rusev. "We don't do anything unless someone is covering the costs," she says.

Huckenbeck calls the social assistance office and the health insurance agency. A case manager at the hospital is sympathetic with Rusev's case, but remains firm. "If we operate, we'll be stuck with the costs," she says, "and our boss doesn't allow that." The case manager tells them that the operation would cost about €15,000, and that payment is expected in advance.

Rusev sits dejectedly in a chair in the hallway. At least someone replaces his catheter, after he has been waiting for six hours. His urethra has been inflamed for days. "Without Madame, I would probably be under a bridge or dead," says Rusev. "She is my German mommy." Huckenbeck says that most of the pseudo self-employed are simply put on a train back to Bulgaria when someone goes wrong. It's important, she adds, that someone finally expose what is happening every day on Germany's construction sites.

### No Path Back to Bulgaria

In the evening, Rusev, exhausted, is back at the homeless shelter. He runs his hand across his bed and says: "This is my first bed in Germany." When he arrived in Offenbach, Rusev was still dreaming about a Mercedes and a house for his wife. Today he hopes that his urine bag won't spring a leak by the next morning.

He also refers to his first bed in the West as "my office." Rusev has collected the documents attesting to his German life in a blue folder that he keeps under his pillow. It contains his business registration, work ID cards, a letter from the city stating that it agrees to pay for his stay at the hostel and his hospital records. An inexpensive bottle of red wine is on the wooden table, and German-Bulgarian dictionary from 1975 is on the windowsill. Rusev has emptied the tobacco from cigarette butts he collected on the street into a tobacco bag.

The goatherd doesn't want to return to Bulgaria. What would he say? That he failed in the West? Rusev is quiet for a moment. His wife sent him a text message to tell him that she was leaving him. He didn't send her enough money, he says.

## Migrant's Case Highlights Modern Slavery in Germany

Rusev misses his children. He also misses the open fields and the goats. When he starts talking about his days as a goatherd, his eyes light up. He says that the livestock dealers even asked for his advice in the evening. It seems as if this were the last thing Rusev truly felt proud of in his life.

But he refuses to give up. "I haven't tried everything yet," he says. Madame Huckenbeck mentioned something about an appointment for surgery, and this time, he says, it will happen. "Soon, I hope," he says. Only after locking the metal door to his room does Rusev feel a little safer, here in Germany, his new home.

*Translated from the German by Christopher Sultan*

**Load-Date:** April 18, 2013

---

End of Document

## Ausländische Journalisten kritisieren Münchner Gericht

Spiegel Online

27. März 2013 Mittwoch 10:46 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ZSCHÄPE-PROZESS

**Length:** 403 words

**Highlight:** Keine Plätze für türkische Korrespondenten, unflexible Vergabepaxis: Eine Vereinigung ausländischer Journalisten moniert die Verteilung von Akkreditierungen beim NSU-Prozess. Vom Oberlandesgericht München wünschen sich die Betroffenen "Gespür für die Brisanz der Thematik".;

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/zschaepe-prozess-auslaendische-journalisten-kritisieren-olg-muenchen-a-891184.html>

### **Body**

---

München - Türkische Medien sind bei der Vergabe der festen Presseplätze im NSU-Prozess leer ausgegangen - obwohl acht Opfer der rechten Terrorzelle türkischstämmige Migranten waren. Journalisten wollen sich damit nicht abfinden, die Sitzverteilung selbst regeln - und üben Kritik.

Es sei "ziemlich überraschend, dass die türkischen Medien nicht mit Sicherheit im Gerichtssaal sitzen können, obwohl die meisten Opfer des 'Nationalsozialistischen Untergrunds' türkischer Herkunft sind", sagte Pascal Thibaut, Vizechef des Vereins der ausländischen Presse in Deutschland, der "Berliner Zeitung". Gleiches gelte für die großen ausländischen Nachrichtenagenturen in Deutschland.

"Es sieht so aus, als hätte man das Ganze wie einen Verwaltungsakt abgearbeitet", sagte Thibaut. Im Übrigen könne er nicht beurteilen, "inwiefern diese Anmeldegeschichte von ahnungslosen Justizbeamten bearbeitet wurde oder von den Richtern selbst". "Die Richter sollten auf alle Fälle ein Gespür für die Brisanz der Thematik haben", sagte Thibaut.

Das Münchner Gericht hatte am Montag die Liste der zugelassenen Medien veröffentlicht. Große ausländische Medien beispielsweise aus der Türkei erhalten demnach keinen der 50 garantierten Pressesitzplätze im Sitzungssaal A 101. Dort soll am 17. April der Prozess gegen Beate Zschäpe und vier mutmaßliche Helfer der rechten Terrorzelle beginnen.

Der Chefkorrespondent der türkischen Zeitung "Hürriyet", Ahmed Köhlaci, plädierte im Bayerischen Rundfunk für "mehr Sensibilität und Flexibilität" des Gerichts bei der Zulassung von Journalisten. Von deutschen Kollegen habe er "mehr Solidarität bekommen als von den deutschen Justizbehörden", sagte Köhlaci. Er habe Verständnis dafür, dass es Bestimmungen gebe, "aber auch eine Justizbehörde sollte in dieser Sache großzügig sein".

Auch die Antidiskriminierungsstelle des Bundes rügte das OLG. "Natürlich hat das Gericht nach dem Gleichbehandlungsgrundsatz gehandelt und formal alles richtig gemacht", sagte Christine Lüders, Leiterin der

## Ausländische Journalisten kritisieren Münchner Gericht

Behörde. "Hier geht es aber nicht um Prinzipienreiterei, sondern darum, Berichterstattung in den Herkunftsländern der Opfer zu ermöglichen." Es gelte, nach einer solchen Lösung zu suchen.

Die Akkreditierungsanträge für den Prozess wurden nach Gerichtsangaben in der Reihenfolge ihres Eingangs berücksichtigt. Über dieses Vorgehen habe von Beginn an Klarheit geherrscht, hatte das OLG München am Dienstag mitgeteilt.

*ulz/AFP*

**Load-Date:** March 27, 2013

---

End of Document

## Sieben Städte beschließen gemeinsames Gedenken

Spiegel Online

3. April 2012 Dienstag 2:20 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** NSU-TERROR

**Length:** 358 words

**Highlight:** Die Morde der Zwickauer Zelle sollen nicht vergessen werden: Die Bürgermeister von sieben deutschen Städten haben gemeinsam beschlossen, mit Gedenktafeln an die Opfer des "Nationalsozialistischen Untergrunds" zu erinnern.; <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,825495,00.html>

### Body

---

Kassel - In sieben deutschen Städten soll mit einheitlichen Gedenktafeln an die Opfer der Neonazi-Mordserie in den Jahren 2000 bis 2007 erinnert werden. Die Oberbürgermeister von Kassel, Nürnberg, München, Rostock, Dortmund und Heilbronn sowie der Erste Bürgermeister von Hamburg betonten in einer gemeinsamen Erklärung, mit einer einheitlichen Botschaft und der namentlichen Nennung der Opfer würden die Morde "in angemessener Weise als Serie und erschreckende Taten von ausländerfeindlichem Charakter gekennzeichnet". Im vorigen Herbst konnten die Morde an neun Migranten und einer Polizistin der terroristischen Vereinigung "Nationalsozialistischer Untergrund" (NSU) zugeschrieben werden.

Die Integrationsbeauftragte der Bundesregierung, Maria Böhmer, sprach von einer "würdigen Form des Erinnerns". Die Entscheidung der sieben Stadtoberen sende ein wichtiges Signal: "Die Opfer und ihre Familien dürfen nicht aus dem Blick geraten." Deutschland gedenke jedes Mordopfers, unabhängig seiner Herkunft. Der Kampf gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus dürfe nicht nachlassen.

#### **"Wir sind bestürzt und beschämt"**

Die Bürgermeister einigten sich darauf, dass die Gedenktafeln "in geeigneter Weise" in den sieben Städten aufgestellt oder aufgehängt würden. In Kassel soll dies an einem bislang namenlosen Platz geschehen, der demnächst nach dem dort vor sechs Jahren von den NSU-Mitgliedern getöteten Internet-Café-Betreiber Halit Yozgat benannt wird. In Heilbronn, wo vor fünf Jahren die Polizistin Michéle Kiesewetter ermordet wurde, werde am 25. April die bereits vorhandene Gedenktafel durch die neue ersetzt, hieß es.

Nach Mitteilung der Stadt Kassel lautet der Text der Inschrift: "Neonazistische Verbrecher haben zwischen 2000 und 2007 zehn Menschen in sieben deutschen Städten ermordet: Neun Mitbürger, die mit ihren Familien in Deutschland eine neue Heimat fanden, und eine Polizistin. Wir sind bestürzt und beschämt, dass diese terroristischen Gewalttaten über Jahre nicht als das erkannt wurden, was sie waren: Morde aus Menschenverachtung. Wir sagen: Nie wieder!" Im Anschluss folgen die Namen und die Todestage und -orte der Mordopfer.

Sieben Städte beschließen gemeinsames Gedenken

*jbr/dapd*

**Load-Date:** April 3, 2012

---

End of Document

## "Wenn man zurückweicht, haben die anderen gewonnen"

SPIEGEL ONLINE

05. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / GESELLSCHAFT

**Length:** 970 words

**Byline:** Hendrik Ternieden

**Highlight:** Rechtsextreme wollten die tödliche Prügelattacke im niedersächsischen Weyhe für ihre Zwecke nutzen - doch Bürgermeister Lemmermann stellte sich entgegen. Im Interview erzählt er, welche übelsten Beschimpfungen folgten und warum er nun in mehr als hundert Fällen Anzeige erstattet.

### Body

---

Hamburg - In der Nacht auf den 10. März wurde der 25-jährige Daniel S. im niedersächsischen Weyhe so schwer zusammengeschlagen, dass er vier Tage später im Krankenhaus starb. S. wollte offenbar einen Streit schlichten, als er am Bahnhof aus einer Gruppe heraus angegriffen wurde. Die brutale Tat rief große Empörung hervor. Weil der Hauptverdächtige ein 20-Jähriger mit Migrationshintergrund ist, versuchten Rechtsextreme, den Fall für ihre Zwecke zu missbrauchen.

Als eine Woche nach der Tat Mahnwachen mit mutmaßlich rechtem Hintergrund angemeldet wurden, ließ die Gemeinde Weyhe die Veranstaltungen verbieten - und organisierte eigene Mahnwachen. Rund 1500 Bürger kamen, um ein Zeichen gegen Gewalt und gegen Fremdenhass zu setzen.

Die Gemeinde bekam die Folgen ihrer Entscheidung in den Tagen danach zu spüren: Bürgermeister Frank Lemmermann (SPD) und seine Mitarbeiter wurden aufs Übelste beschimpft und bedroht. Die Gemeinde engagierte einen Rechtsanwalt, der nun damit begonnen hat, die Absender wegen Beleidigung, Bedrohung oder Volksverhetzung anzuzeigen. Bis Ende der Woche sollen insgesamt 115 Anzeigen auf den Weg gebracht werden.

Als die Anzeigen bekannt wurden, bekam Lemmermann zur Abwechslung auch mal nette Zuschriften. Ein Absender wollte dem Bürgermeister "persönlich Anerkennung und Respekt" aussprechen. "Darüber habe ich mich richtig gefreut", sagt Lemmermann.

**Im Interview beschreibt der Bürgermeister, wie die Angriffe im Rathaus aufgenommen wurden und warum er so entschlossen vorgeht.**

**SPIEGEL ONLINE:** Was geschah, nachdem sich Weyhe gegen die rechtsextremen Aufmärsche gewehrt hatte?

**Lemmermann:** Nach dem Verbot der vermeintlichen "Trauerveranstaltung" wurden wir per E-Mail, per Brief und auch per Telefon mit Beschimpfungen eingedeckt. Das waren menschenverachtende Inhalte. Ich bin der Meinung, dass man sich so etwas nicht gefallen lassen muss.



"Wenn man zurückweicht, haben die anderen gewonnen"

**SPIEGEL ONLINE:** Wie wurden die Beschimpfungen bei Ihnen im Rathaus aufgenommen?

**Lemmermann:** Die Anrufe hat meine Vorzimmerdame abbekommen, die für meine Haltung nichts kann. Insofern sind da auch Unbeteiligte zu Schaden gekommen. Die Stimmung war gedrückt, weil sich keiner vorstellen konnte, dass es Menschen gibt, die so etwas von sich geben. Da kann man sich ungefähr vorstellen, wie viel Hass es in der Gesellschaft geben muss.

**SPIEGEL ONLINE:** Hat Sie das entsetzt?

**Lemmermann:** Ich habe mir einfach nicht vorstellen können, dass Menschen so etwas schreiben. Es war schon schlimm. Man kann sich ja an mir reiben, weil ich derjenige bin, der die Verbote sozusagen veranlasst hat. Aber meine Familie kann nichts dafür, meine Kinder nicht und die Kolleginnen hier auch nicht.

**SPIEGEL ONLINE:** Warum haben Sie das Gepöbel nicht einfach ignoriert?

**Lemmermann:** Ich habe den Anspruch, dass ich mich morgens im Spiegel angucken kann. Und wenn ich mir dabei sagen müsste, "da hast du kein Rückgrat bewiesen", wäre das schlecht für mich. Also habe ich gesagt: Wir ziehen das jetzt durch. Die Entscheidung ist übrigens schon kurz nach Eingang der Hassmails gefallen. Unser Rechtsanwalt sagt: Was da so abgesondert wurde, sei mit das Schlimmste, was er in seiner Zeit als Anwalt gesehen habe.

Die Pöbelanrufe im Rathaus wurden nicht dokumentiert, die Anzeigen beschränken sich daher allein auf schriftliche Beschimpfungen. "An das asoziale Pack der Gemeinde Weyhe. Asoziales linksversifftes Pack", hieß es zum Beispiel zu Beginn eines Schreibens. In einem anderen drohte der Absender: "Hoffentlich bringen Türkische Schlägertrupps auch bald Ihre Kinder und Verwandten um, Sie linksversifftes Dreckschwein."

**SPIEGEL ONLINE:** Wie sind Sie persönlich mit den Beschimpfungen umgegangen?

**Lemmermann:** Ich habe mit Kollegen und auch zu Hause darüber gesprochen und mir wurde klar: Das muss ich aushalten. Wenn man zurückweicht, haben die anderen gewonnen. Das möchte ich nicht.

**SPIEGEL ONLINE:** Fühlen Sie sich bedroht?

**Lemmermann:** Als das los ging, habe ich mein Auto schon immer mal woanders geparkt. Aber man kann sich daran gewöhnen. In letzter Konsequenz kann man nicht weglaufen und ich werde das auch nicht tun.

**SPIEGEL ONLINE:** In den vergangenen Wochen hat sich die Aufregung in Weyhe gelegt. Fürchten Sie nicht, dass Sie nun weitere Beschimpfungen provozieren?

**Lemmermann:** Wenn wieder solche Hassmails kommen und wir können die Urheber identifizieren, dann werden die auch wieder zur Anzeige gebracht. Die Menschen müssen sich daran gewöhnen, dass es keinen rechtsfreien Raum gibt. Auch im Internet nicht.

**SPIEGEL ONLINE:** Der Tod von Daniel S. hat Weyhe plötzlich auch zu einem Schauplatz des Kampfes gegen Rechtsextremismus gemacht. Sind sie zufrieden damit, wie sich die Gesellschaft gezeigt hat?

**Lemmermann:** Ich halte es für wichtig, dass Weyhe Flagge zeigt. Nach unseren Gegendemonstrationen bin ich mir sicher, dass die Bevölkerung diese Ansicht zu weiten Teilen teilt. Wir haben uns bemüht, dass kriminologische vom politischen zu trennen. Es ist eine Straftat, die vor einem deutschen Gericht abgeurteilt wird. Ich hoffe, dass die Strafe angemessen ausfällt, wenn sich die Schuld nachweisen lässt - und davon gehe ich aus. Das andere Leute ihr Süppchen darauf kochen wollen, dafür habe ich kein Verständnis. Wir leben hier mit Menschen mit Migrationshintergrund in guter Eintracht. Und ich habe das Ziel, alles zu tun, damit das nicht kaputt gemacht wird.

Die tödliche Attacke auf Daniel S. soll bald vor Gericht verhandelt werden. Die Staatsanwaltschaft Verden hat den mutmaßlichen Haupttäter wegen Mordes angeklagt. Sie sieht das Mordmerkmal der Heimtücke gegeben. Daniel S.

"Wenn man zurückweicht, haben die anderen gewonnen"

starb, so das Ergebnis der Obduktion, durch einen Tritt in den Rücken. Voraussichtlich im September werde der Prozess gegen den 20-jährigen Verdächtigen beginnen, heißt es bei der Anklagebehörde.

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

## Gebürtige Irakerin stirbt nach Prügelangriff

Spiegel Online

26. März 2012 Montag 10:35 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KALIFORNIEN

**Length:** 319 words

**Highlight:** In Kalifornien ist eine *Migrantin* aus dem Irak zu Tode geprügelt worden. Eine Tochter der 32-Jährigen fand ihre Mutter bewusstlos im Esszimmer ihres Hauses bei San Diego - wenige Tage später erlag die Frau ihren Verletzungen. Der Angreifer hinterließ eine eindeutige Botschaft.;

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/0,1518,823700,00.html>

### Body

---

El Cajon - "Geh zurück in dein Land, du Terroristin" hieß es auf dem Zettel, der neben Shaima A. hinterlassen wurde. Die 32-Jährige stammte aus dem Irak und lebte mit ihrem Mann und ihren fünf Kindern in einem Vorort von San Diego im US-Bundesstaat Kalifornien. Die Frau wurde in der vergangenen Woche in ihrem Haus so heftig verprügelt, dass sie am Wochenende ihren schweren Verletzungen erlag. Die Frau soll im Irak bestattet werden.

Eine Tochter hatte Shaima A. am vergangenen Mittwoch bewusstlos im Esszimmer ihres Hauses gefunden, sagte Polizeisprecher Steve Shakowski. "Ein Verbrechen aus Hass ist eine der Möglichkeiten", sagte er. Man ermittle auch in diese Richtung. Nach Angaben der Polizei ist der Angriff offenbar ein Einzelfall und nicht Teil einer Gewaltwelle gegen Immigranten.

Die Ermittler gehen davon aus, dass Shaima A. mit einem großen Gegenstand geschlagen wurde. Die Tochter des Opfer wurde gegenüber einem TV-Sender konkreter. Demnach wurde ihre Mutter wiederholt mit einem Radkreuz traktiert. Unter Tränen wandte sich die Tochter an den Angreifer: "Du hast mir meine Mutter weggenommen, meine beste Freundin. Warum? Warum hast du das getan?"

Nach Angaben der Polizei hatte die Familie zuvor bereits einen ähnlichen Zettel gefunden, dies aber nicht den Behörden mitgeteilt. Der Tochter zufolge tat Shaima A. diese erste Drohung als Kinderschmerz ab. Laut Sura Alzaidy, einer Freundin der Familie, wurde Shaima A. angegriffen, als ihr Mann die Kinder zur Schule brachte. Die Familie sei erst vor kurzem von Michigan nach Kalifornien gezogen.

Die Familie lebte bereits seit Mitte der neunziger Jahre in den USA. Der Mann des Opfers arbeitet als Berater für die Armee, um Soldaten auf die kulturellen Besonderheiten bei Einsätzen im Mittleren Osten vorzubereiten.

Im Nordosten San Diegos leben rund 40.000 irakische Einwanderer. Es ist die zweitgrößte irakische Gemeinde in den USA nach Detroit.

ulz/AP

## Gebürtige Irakerin stirbt nach Prügelangriff

**Load-Date:** March 26, 2012

---

End of Document

## "Wir sind extrem enttäuscht"

SPIEGEL ONLINE

01. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 999 words

**Byline:** Sebastian Fischer Marc Pitzke

**Highlight:** Droht eine neue Eiszeit im amerikanisch-russischen Verhältnis? US-Präsident Barack Obama gibt sich wegen des russischen Asyls für Edward Snowden höchst verärgert. Ein anstehendes Spitzentreffen steht auf der Kippe.

### **Body**

---

Als die Reporterin nach dem Fall Snowden fragt, da wartet Jay Carney einen Moment länger als gewöhnlich, zieht ein Blatt heraus und verliest in sehr offiziellem Tonfall: "Wir sind extrem enttäuscht, dass die russische Regierung diesen Schritt unternommen hat, obwohl wir sie öffentlich und vertraulich sehr entschieden und rechtmäßig darum gebeten hatten, Herrn Snowden an die USA auszuliefern."

Es sind harsche Worte, die Carney, der Sprecher von US-Präsident Barack Obama, auf seiner Pressekonferenz im Weißen Haus wählt. Seine Sätze sollen sitzen. So, dass sich die Gegenspieler drüben in Moskau ein bisschen erschrecken; damit klar wird, dass sie hier in Washington gereizt sind und das von Russland gewährte, vorübergehende Asyl für Edward Snowden als Provokation empfinden.

#### **Obama gibt die Jagd auf Snowden noch nicht verloren**

Carney ist noch nicht fertig, er redet jetzt im Stakkato: "Herr - Snowden - ist - kein - Whistleblower." Vielmehr werfe man ihm vor, Geheimmaterial veröffentlicht zu haben, weshalb er dreier Straftaten beschuldigt sei. "Er sollte so schnell wie möglich an die USA übergeben werden", wo er nach Recht und Gesetz behandelt werde. Man werde mit den Russen in dieser Frage in Kontakt bleiben, versichert Carney. Heißt: Die US-Regierung bläst ihre Jagd auf Snowden noch längst nicht ab.

Es ist allerdings bezeichnend für die ohnehin stark angeschlagenen amerikanisch-russischen Beziehungen, dass all das wochenlange Bitten und Drohen der US-Regierung nichts genutzt hat. Obama selbst telefonierte in Sachen Snowden mit Russlands Präsident Wladimir Putin; US-Außenminister John Kerry versuchte es mehrfach bei seinem Amtskollegen; und Sprecher Jay Carney warnte den Kreml davor, dem Flüchtigen eine "Propaganda-Plattform" zu bieten.

Auch dies gehörte zum Drohszenario dazu: Die Amerikaner ließen durchsickern, sie würden eine Absage des für September geplanten Moskauer Treffens zwischen Obama und Putin am Rande des G-20-Gipfels in St. Petersburg erwägen. Gleiches gilt für ein anstehendes Treffen der Außen- und Verteidigungsminister beider Länder in

"Wir sind extrem enttäuscht"

Washington. Und nun? Wird jetzt abgesagt? Obama-Sprecher Carney sagt kühl: "Ich habe heute keine organisatorische Ankündigung zu machen - aber dies hier ist ganz offensichtlich keine positive Entwicklung." Man prüfe jetzt die "Nützlichkeit eines Gipfels". Deutlicher geht das kaum im Diplomaten-Sprech.

Auch im US-Parlament ist die Verärgerung groß: "Edward Snowden ist ein Flüchtling, der in einen US-Gerichtsaal gehört; er ist kein freier Mann, der Asyl in Russland verdient", erklärte der Demokrat Robert Menendez, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses im Senat. Menendez nannte Russlands Aktion einen "Rückschlag" für das Verhältnis beider Länder.

### **Folter und Todesstrafe?**

Republikaner-Senator Lindsey Graham sagte gegenüber CNN, Snowdens Fall bedeute eine "echte Wende" für die beiderseitigen Beziehungen. Graham hatte bereits vor einigen Wochen gefordert, Obama solle seinen Besuch in Moskau absagen, falls Snowden Asyl gewährt würde. Zudem solle der Präsident dann darauf drängen, den G-20-Gipfel nicht in Russland stattfinden zu lassen. Auch die Teilnahme der USA an den Olympischen Winterspielen in Sotschi im Jahr 2014 stellte Graham damals in Frage.

Dass Carney explizit erklärte, Snowden würde in Amerika nach Recht und Gesetz behandelt, ist als neuerliche Zurückweisung von Russlands Unterstellungen zu werten, dem Flüchtigen würde in den USA die Todesstrafe drohen. US-Justizminister Eric Holder hatte den Russen bereits in einem Schreiben versichert, Snowden drohe weder Todesstrafe noch Folter. Tatsächlich wirft ihm die US-Regierung derzeit neben dem Diebstahl von Regierungseigentum nur zwei Verstöße gegen das Spionage-Gesetz vor. Das sind jene drei Straftatbestände, auf die Carney hingewiesen hat. Insgesamt sehen sie eine Maximalstrafe von 30 Jahren Haft vor. Es können aber weitere Anklagepunkte hinzukommen.

Historisch gesehen kamen Enthüller bisher relativ gut davon. Der erste US-Leaker, der unter dem Spionage-Gesetz verurteilt wurde, war Samuel Morison - ein Analyst beim Naval Intelligence Support Center (NISC), der Satellitenfotos von sowjetischen Militärinstallationen an die Presse lancierte. Er wurde 1985 zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt, musste nur acht Monate absitzen und wurde im Nachhinein von Bill Clinton begnadigt. Die Vorwürfe gegen Snowden sind natürlich wesentlich umfangreicher - und Obama zeigt sich bei der Verfolgung von Whistleblowern entschlossener als alle seine Amtsvorgänger. Jüngstes Beispiel ist das Urteil gegen WikiLeaks-Informant Bradley Manning, dem nun mehrere Jahrzehnte Haft drohen.

Doch auch für die US-Regierung wäre ein Snowden-Prozess nicht unproblematisch. Anders als Manning käme er nicht vor ein Militär- sondern ein Bundesgericht. Das heißt, dass eine Jury aus Geschworenen über sein Schicksal entscheiden würde. Da die öffentliche Meinung in den USA aber durchaus zu Gunsten Snowdens schwenkt, ist der Ausgang nicht abzusehen. So halten einer gerade veröffentlichten Quinnipiac-Umfrage zufolge 55 Prozent der Amerikaner Snowden eher für einen Whistleblower als einen Verräter (34 Prozent).

"Die Geschworenen könnten versucht sein, Snowden freizusprechen", schreibt David Pozen, Juraprofessor an der Columbia University, auf dem Rechtsblog "Lawfare": "Nicht weil sie glauben, dass er unschuldig ist, sondern weil sie ihn für moralisch im Recht halten." Hinzu kommt: Im Verlauf eines solchen Verfahrens würden wohl viele neue, potentiell peinliche Einzelheiten ans Licht kommen, der Prozess könnte zum öffentlichen Musterprozess um die NSA-Programme werden. "Dieser Prozess könnte sowohl in den USA wie auf der ganzen Welt eine enorm peinliche Kontroverse darum auslösen, wie viel Macht die US-Sicherheitskräfte haben sollten", schreibt die Kolumnistin Janet Daley im britischen "Telegraph". "Ich vermute, dass das etwas ist, was Mr. Obama lieber vermeiden würde."

**Load-Date:** August 12, 2013

## Die Lüge vom Aufstieg, den jeder schaffen kann

Spiegel Online

14. September 2012 Freitag 12:52 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLÜCHTLINGSKINDER ZU ELITE-STUDENTEN

**Length:** 1832 words

**Highlight:** Lange sollten sie abgeschoben werden, heute gelten sie als Vorzeigemigranten: Die Brüder Mojtaba, Masoud und Milad flohen 1996 aus Iran. In ihrem Buch beschreiben sie, wie sie es trotz renitenter deutscher Behörden an Elite-Unis schafften - und warum sie sich nicht instrumentalisieren lassen.;

<http://www.spiegel.de/schulspiegel/unerwuenscht-brueder-sadinam-kaempften-sich-als-fluechtlinge-an-elite-uni-a-855234.html>

### Body

---

*In ihrem Buch "Unerwünscht" erzählen die drei iranischen Brüder Mojtaba, Masoud und Milad Sadinam wie sie 1996 mit ihrer Mutter aus dem Iran flohen und politisches **Asyl** in Deutschland beantragten. Jahre hausten sie in **Flüchtlingsbaracken** und versuchten, die Briefe der Behörden und Gerichte zu verstehen. Ihr **Asylantrag** wurde ein ums andere Mal abgelehnt.*

*Anfang 2012, 16 Jahre nach ihrer Ankunft, erhielten die Brüder die deutsche Staatsbürgerschaft. Hier lesen Sie in Auszügen von der Odyssee der Einwanderfamilie und wie aus drei Teenagern schließlich Abiturienten und Studenten an privaten Elite-Unis wurden - denen sie aber bald den Rücken kehrten.*

#### **Flucht und Ankunft: Was ist das, Asyl?**

*(Mojtaba erzählt)* Jemand rüttelte heftig an mir. Ich wachte auf, das Licht der Zimmerlampe blendete mich. In der Ecke stand unsere Mutter und stopfte Kleidungsstücke in einen kleinen Koffer. "Madar, was ist los?", brummte ich. Sie kam zu mir herüber, küsste mich auf die Wange und sagte: "Letzte Nacht, als ihr schon geschlafen habt, rief mich der Schlepper an. Weck bitte deine Brüder auf, wir müssen uns beeilen."

Da die Straßen noch leer waren, erreichten wir schnell den Flughafen. In der Empfangshalle erwartete uns ein Mann mit Anzug und Hemd. Er nickte Madar zu und zog sie zur Seite. Einige Schritte entfernt unterhielten sie sich konzentriert.

Als sie fertig waren, sagte Madar: "Das ist Agha Reza." Sie deutete mit dem Kopf in seine Richtung. "Er wird uns nach Deutschland bringen. *Batscheha*, es ist sehr wichtig, dass ihr euch alles merkt, was ich jetzt sage." Sie schaute uns nacheinander in die Augen, wir nickten. "Agha Reza wird sich als mein Ehemann und euren Vater ausgeben. Er hat die Pässe dabei und wir werden den Beamten sagen, dass wir gemeinsam in den Urlaub fliegen. Wenn wir im Flugzeug sind, haben wir es endlich geschafft!"

## Die Lüge vom Aufstieg, den jeder schaffen kann

"Wir sind da!", sagte Scholeh, eine Bekannte von Madar, die uns vom Flughafen abgeholt hat. Ich lugte nach draußen. Was ich erblickte, versetzte meiner Laune einen empfindlichen Dämpfer: Eine Schranke versperrte uns den Weg. Sie wurde von einer Mauer flankiert, auf der ein Metallzaun mit Stacheldraht emporragte. Neben der Schranke stand eine Kontrollkabine, in der ein uniformierter Mann saß und uns argwöhnisch beäugte.

Stille erfüllte das Wageninnere. Milad durchbrach sie als Erster und fragte: "Madar, was haben wir hier eigentlich vor?"

"Wir werden politisches Asyl beantragen", antwortete sie.

"Was ist das, Asyl?", fragte Masoud.

"Asyl bedeutet, dass wir in Deutschland leben dürfen und dass man uns beschützt."

Der Mann in der Kabine zitierte uns mit ungeduldiger Handbewegung zu sich. Scholeh tauschte mit dem Wachmann einige Fragen und Antworten aus. Schließlich wies sein Zeigefinger auf ein Gebäude in der Nähe. "Er sagt, dort müsst ihr euch anmelden", erklärte uns Scholeh.

Kurz darauf befanden wir uns in einem fensterlosen Raum mit kahlen hohen Wänden, an denen eine Reihe dunkler Stühle stand. Fast alle waren mit Menschen verschiedener Haut- und Haarfarben besetzt, die wild durcheinanderredeten.

Madar beugte sich über ein Klemmbrett, man hatte ihr Formulare gegeben, die sie nun mit Scholehs Hilfe auszufüllen versuchte. Ich erkannte nur, wie Madar unsere Namen, unser Alter und unseren bisherigen Wohnort, Teheran, aufschrieb. Als würde sie freiwillig einen Vertrag unterzeichnen, der uns die Rückkehr nach Hause verbot.

### **Deutsche Schule: Sprachlos im Zimmer des Direktors**

*(Masoud erzählt)* Ich hörte Kindergeschrei, das musste unsere Schule sein. Obwohl der Lärm mich an alte Zeiten erinnerte, war das hier ganz anders. Das Gelände stand völlig offen - ohne Mauern oder Zäune - und war mit Sträuchern und Bäumen begrünt. Ich sah sowohl Mädchen als auch Jungen, die miteinander spielten. Wir hatten eine reine Jungenschule besucht und durften in den Pausen nicht einmal rennen. Darauf achteten die patrouillierenden Lehrer, die einen gelegentlich mit einem Tritt in den Hintern bestraften, wenn man das Verbot missachtete.

Im Innern des Gebäudes war es wegen der zahlreichen Fenster so hell wie draußen. Ein Mann stellte sich als der Schuldirektor vor und begrüßte uns mit festem Händedruck. Wir setzten uns um einen runden Tisch.

Dann begannen Christa, eine Freundin von Madar, und er miteinander zu sprechen. Madar hörte zu, während Christa übersetzte. Ich schaute mich um: An einer der weißen Wände hing ein Gemälde mit bunten Strichen, das mich an meine eigenen Kindergartenbilder erinnerte. Bei unserem Schuldirektor hätten wir Porträts von Ayatollah Chomeini und Ayatollah Chamenei gesehen, die einen von oben herab anstierten.

Die Schreie der spielenden Kinder drangen durch die Fenster. Ich konnte mich nicht entscheiden, ob ich mich auf die Schule freuen sollte. Im Iran gehörte ich zu den besten Schülern und hatte in fast allen Fächern eine Zwanzig - die höchste Note. Aber hier? Ich wusste ja nicht einmal, was ich machen sollte, wenn mich jemand im Unterricht ansprach. Ich verstand doch nichts.

Nach ein paar Minuten ertönte ein Gong. Aus dem Fenster beobachtete ich, wie alle unaufgefordert ins Gebäude hineinliefen. Ganz anders, als ich das kannte: Vor dem Schulbeginn und nach den Pausen mussten wir uns entlang von Linien im Schulhof aufstellen. Um einen gleichmäßigen Abstand zu haben, streckte jeder seinen Arm aus und legte die Hand auf die Schulter des Vordermanns. Wir sangen die Nationalhymne, und zu wichtigen Anlässen leierte ein Schüler Suren aus dem Koran herunter. Währenddessen gingen die Aufsichtslehrer auf und ab und kontrollierten, dass keiner redete oder sich bewegte.

Würden uns die Lehrer in Deutschland genauso behandeln?



### **Endlos warten auf Asyl: Immer wieder Anträge - und ein Selbstmordversuch**

*(Masoud erzählt)* Irgendetwas stimmte nicht: Milad, Mojtaba und Madar saßen stumm da. Auf dem Tisch lag ein Brief, der sehr offiziell aussah. Ein Blick auf den Briefkopf verriet, worum es ging.

Wir hatten endlich eine Antwort vom Bundesamt erhalten, das darüber entschied, ob wir in Deutschland bleiben durften. Ich beugte mich über den Brief und versuchte herauszufinden, was drinstand. Ich hatte immer noch große Probleme mit meinem Deutsch, aber eines verstand ich sehr gut: "ASYLANTRAG ABGELEHNT."

*(Mojtaba erzählt)* Es war die blanke Wut, die mich gepackt und meine Faust gegen die Wand hatte schlagen lassen. Madars tränenüberströmtes Gesicht, die Tablettenschachtel, eine Überdosis Schlafmittel - ich meinte zu wissen, wer daran schuld war. "Wir werden Ihnen jeden Grund nehmen, hierbleiben zu wollen", hatten die Sachbearbeiter der Ausländerbehörde gesagt. Sie wollten uns das Leben so lange zur Hölle machen, bis wir uns bereitwillig abschieben ließen. Als sie Madar die Ausbildung verboten und damit ihre letzte Hoffnung auf eine bessere - eigentlich überhaupt auf eine - Zukunft nahmen, erreichte die Zermürbungstaktik ihren Höhepunkt.

Das Loch in unserer Wand hätte eigentlich in die Wand der Ausländerbehörde gehört. Ich wollte Madar rächen, ihnen die Qualen der letzten Jahre heimzahlen. Aber was hätte es gebracht? Jeder Beamte, jeder Richter, jeder Sachbearbeiter trug nur einen Teil zum Ganzen bei. Keiner von ihnen war unschuldig, aber auch niemand allein verantwortlich für unsere Situation. Jeder behauptete, "ja nur seine Arbeit" zu tun. Es war die perfekt organisierte Verantwortungslosigkeit.

### **Endlich Abi: "Da sind ja meine Einserabiturienten"**

*(Masoud erzählt)* Als ich die Augen öffnete, kribbelte und flirrte es in mir. Ich musste meinen Freunden Timo und Dario die unglaubliche Nachricht erzählen. In der Ferne hörte ich Milads Wecker schrillen. Es war mir unbegreiflich, dass er am Tag, an dem wir unsere Abiturzeugnisse bekommen sollten, überhaupt dieses Geklingel brauchte.

Wir teilten nicht mehr zu dritt einen Raum. Nachdem wir alle eine Aufenthaltsgenehmigung hatten, mieteten wir uns eine Wohnung in einem Zweifamilienhaus mit Garten - in einem normalen Wohngebiet. Ich hatte meine Jugend in Gemeinschaftsunterkünften, Asylbewerberheimen und Baracken verbracht. Dass ich jetzt hier in meinem eigenen Zimmer aufwachte, war für sich genommen schon ein Kribbeln wert. Ich stand auf, lief zu Mojtabas Tür und klopfte. "Zeit zum Aufstehen, du Schlafmütze", sagte ich.

Nachdem auch der Letzte auf den Beinen war, verwandelte sich unsere Wohnung in einen orientalischen Bazar. Es wuselte, tönte und klapperte. Mojtaba pochte gegen die Badezimmertür, Madar redete auf mich ein, dass ich zu Hemd und Jeans wenigstens ein Jackett tragen müsse.

Zu sechst quetschten wir uns schließlich in unseren alten Mitsubishi Lancer und tuckerten zur Gempthalle, einer umgebauten Fabrik in Lengerich. Vor dem Eingang standen bereits viele Mitschüler mit ihren Eltern in feinsten Garderobe. Ich versuchte Timo und Dario auszumachen. Nach einer halben Stunde, als ich jede Ecke abgelaufen war, kamen sie mit ihren Eltern vom Parkplatz herübergeschlendert.

"Da sind ja meine Einserabiturienten!", begrüßte Timo uns. "Es gibt tolle Neuigkeiten", sagte ich.

Dass wir drei bereits Zusagen von Unis erhalten hatten, wussten sie schon. Mojtaba hatte sich auf Empfehlung seiner Lehrerin an der privaten Wirtschaftshochschule WHU - Otto Beisheim School of Management beworben, ich mich an der International University Bremen. Milad wollte Informatik studieren und bemühte sich um einen Platz an der privaten International University in Bruchsal. Am Ende waren wir alle da, wo wir hinwollten. Jedenfalls beinahe: Denn die Unis verlangten hohe Gebühren. Deswegen bewarben wir uns auf Stipendien.

"Du bist doch gut im Kopfrechnen: Was machen 7500 plus 7500 plus 10.000 pro Jahr zusammen?", fragte ich. Dario machte ein verwirrtes Gesicht, dann lächelte er.

"Ihr seid echt unglaublich!", japste Timo. "Insgesamt sind das 25.000 Euro, die ihr pro Jahr nicht zahlen müsst. Wie habt ihr das bloß angestellt?"

## Die Lüge vom Aufstieg, den jeder schaffen kann

*Heute studieren Mojtaba, 28, und sein Zwillingsbruder Masoud Geschichte in Frankfurt, sie wollen promovieren. Milad, 26, war Stipendiat der Studienstiftung des deutschen Volkes, studierte Wirtschaftsinformatik und arbeitet als Programmierer. Der Besuch der Privathochschulen WHU und der International Universities blieben für sie nur eine Episode. Wohl fühlten sie sich unter Mitstudenten aus mehrheitlich gutsituierten Familien nicht.*

*Was sie aber am meisten ärgerte: Nachdem sie nach zwölf Jahren endlich Deutsche werden durften, galten sie plötzlich als Beweis, dass es jeder schaffen kann. "Wir haben es satt, als Kronzeugen für diese Lüge herzuhalten", sagte Mojtaba dem spiegel. "Politiker führen uns als Vorzeigemigranten vor. Aber wir sind nicht klüger und fleißiger als andere, die gescheitert sind." Und: "Dem deutschen Staat schulden wir keinen Dank. Deutschland wollte uns loswerden", sagt Masoud Sadinam.*

**Lesen Sie das Interview mit den Brüdern im aktuellen spiegel. Hier können Sie das neue Heft direkt kaufen oder ein Abo abschließen.**

*Die gekürzten Auszug stehen in dem Buch "Unerwünscht. Drei Brüder aus dem Iran erzählen ihre deutsche Geschichte" von Mojtaba, Masoud und Milad Sadinam, erschienen im Bloomsbury Verlag.*

**Load-Date:** September 14, 2012

## Sarrazin überschüttet Gauck mit Lob

Spiegel Online

21. Februar 2012 Dienstag 2:44 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EX-BUNDESBANKER

**Length:** 333 words

**Highlight:** Joachim Gauck bescheinigte Thilo Sarrazin einst Mut für dessen Thesen - eine Äußerung, die Grünen-Politiker und **Migranten** bis heute nicht vergessen haben. Der Gelobte revanchiert sich nun: Er freue sich, dass Gauck Bundespräsident werde.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,816683,00.html>

### Body

---

Berlin - Ex-Bundesbanker Thilo Sarrazin freut sich auf das künftige Staatsoberhaupt. "Ich hätte mir schon im Jahr 2010 Gauck als Bundespräsidenten gewünscht und bin sehr froh, dass es jetzt so kommen wird", sagte Sarrazin am Dienstag der Nachrichtenagentur dpa.

Er schätze den ehemaligen DDR-Bürgerrechtler und Pastor sehr. "Ich habe Achtung vor dem Mann und Respekt vor seiner Lebensleistung. Und Gauck ist des wohlgesetzten Wortes mächtig, eine Fähigkeit, die in seiner zukünftigen Position nicht ganz unwichtig ist", sagte der SPD-Politiker.

Bei den Grünen sind nicht alle von Gaucks Nominierung begeistert - Politikern wie dem Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele missfallen dessen Äußerungen zu Sarrazin. Er hoffe, dass Gauck in den kommenden Wochen einiges erklären werde, sagte Ströbele der "Frankfurter Rundschau". Die Grüne sagte, er wolle davon abhängig machen, ob er erneut für Gauck stimmen werde.

Der künftige Bundespräsident wird vor allem aus dem linken Lager dafür kritisiert, dass er ein gewisses Verständnis für die umstrittenen Thesen Sarrazins zur mangelnden Integrationsbereitschaft und -fähigkeit vor allem muslimischer Zuwanderer gezeigt hatte.

Vor zwei Jahren hatte Gauck in einem Interview der "Süddeutschen Zeitung" zu dem umstrittene Ex-Bundesbanker und Autor des heftig debattierten Integrationsbuchs "Deutschland schafft sich ab" gesagt:

*"Er (Sarrazin) ist mutig, und er ist natürlich auch einer, der mit der Öffentlichkeit sein Spiel macht, aber das gehört dazu. (...) Nicht mutig ist er, wenn er genau wusste, einen Punkt zu benennen, bei dem er sehr viel Zustimmung bekommen wird." Und: "Da weist er auf ein Problem hin, das nicht ausreichend gelöst ist. Das andere sind seine biologistischen Herleitungen."*

Sarrazin wollte sich am Dienstag dann auch nicht dazu äußern, was er sich vom künftigen Staatsoberhaupt zum Thema Integration wünsche. Er sagte nur allgemein: "Ich erwarte von Gauck, dass er sich zu seinen Aufgaben und anstehenden Themen klug äußert."

Sarrazin überschüttet Gauck mit Lob

*heb/dpa*

**Load-Date:** February 21, 2012

---

End of Document

## Joffe beklagt Antisemitismus unter Schülern

Spiegel Online

5. Dezember 2012 Mittwoch 12:27 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** JÜDISCHE GEMEINDE BERLIN

**Length:** 422 words

**Highlight:** Trauen sich Lehrer an manchen Schulen nicht mehr, Antisemitismus und Nahost-Konflikt im Unterricht anzusprechen? Davor warnt der Vorsitzende der jüdischen Gemeinde in Berlin, Gideon Joffe. Schon jetzt würden Schüler das Wort "Jude" als Beleidigung gebrauchen.; <http://www.spiegel.de/schulspiegel/gideon-joffe-schueler-verweigern-sich-antisemitismus-debatte-a-871108.html>

### Body

---

Die jüdische Gemeinde in Berlin ist besorgt: In Schulen mit hohem Migrationsanteil könnten Lehrer aus Angst vor Übergriffen Themen wie Antisemitismus oder den Nahost-Konflikt oftmals nicht mehr behandeln, warnte der Gemeinde-Vorsitzende, Gideon Joffe. "Lehrer werden von den Schülern teilweise physisch attackiert, wenn sie versuchen, diese Themen anzusprechen." Es sei verständlich, dass Lehrer solche Themen deswegen mieden. So seien Sprüche wie "Was machen denn die Juden hier?" keine Ausnahme mehr.

"Auf dem Schulhof werden Begriffe wie Jude als Schimpfwort benutzt", beklagte Joffe. Die Politik oder die Zivilgesellschaft müssten daher ein Programm entwickeln, das sich direkt an die Schulen richte. "Die Lehrer dürfen einfach nicht mehr alleine gelassen werden", forderte er und mahnte: "Was man heute nicht erledigt, wird sich in den nächsten Jahren noch in viel, viel stärkeren Aggressionen ausdrücken."

Joffe ist nicht der Erste, der vor Antisemitismus an Schulen warnt. Verschiedene Studien und Erzählungen von Lehrern offenbarten in den vergangenen Jahren, welche Vorurteile unter Jugendlichen grassieren. Dass "Jude" auf Schulhöfen als schlimmes Schimpfwort benutzt und empfunden wird, besonders dort, wo viele Kinder mit ausländischer Herkunft lernen, stand bereits in vielen Zeitungsberichten.

Eine Berliner Grundschul-Erzieherin etwa sagte dem "Tagesspiegel", sie höre von den Schülern häufiger Sätze wie: "Hitler war cool, weil er so viele Juden umgebracht hat." Laut der Studie "Deutsch-Türkische Lebens- und Wertewelten" meinen 18 Prozent der Deutsch-Türken, Juden seien minderwertige Menschen. Einer Historikerin vom Berliner Zentrum für Antisemitismusforschung zufolge haben Befragungen von Jugendlichen gezeigt, "dass die heftigsten antisemitischen Sprüche von Russlanddeutschen kommen". Zudem äußern sich acht bis zehn Prozent der Deutschen in Umfragen offen antisemitisch, sie halten Juden etwa für andere, schlechtere Menschen.

Der Gemeinde-Vorsitzende Joffe sagte aber auch, zwar würden die Gemeindemitglieder in Berlin tagtäglich daran erinnert, dass sie jüdisch seien. Trotzdem wachten sie nicht jeden Tag auf und denken: "Wie kann ich nur in einer

## Joffe beklagt Antisemitismus unter Schülern

Stadt leben, in der die Judenvernichtung geplant wurde?" Im Gegenteil: "Die Menschen fühlen sich hier sehr, sehr wohl."

Aus Angst werde die Religion aber in der Regel nicht offen gezeigt. "Vorurteile dauern an, sie existieren schon seit Jahrtausenden. Es wird wahrscheinlich noch lange so bleiben." Trotz allem sollte versucht werden, dagegen anzukämpfen.

*otr/dapd*

**Load-Date:** December 5, 2012

---

End of Document

## Zehn mal Nein und ein Vielleicht

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 739 words

**Highlight:** In 21 Ländern hat der Whistleblower Edward Snowden um Asyl gebeten. Es wird schwierig für ihn. Die meisten Staaten haben ihm schon einen Korb gegeben, einige EU-Länder zögern. Nur ein Land hat angekündigt, es sich überlegen zu wollen. Eine Übersicht.

### Body

---

Berlin - In weltweit 21 Ländern hat Edward Snowden um Asyl gebeten. Bei welchen Nationen Snowden vorstellig geworden ist, hat die Enthüllungsplattform WikiLeaks am Dienstag veröffentlicht. Ein paar Regierungen haben Snowden inzwischen schon öffentlich einen Korb gegeben. Andere zögern noch.

Es dürfte für den NSA-Enthüller schwierig werden. Sein Reisepass wurde von den USA ungültig gemacht. Dadurch sitzt er seit dem 23. Juni im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo fest. Das heißt, Snowden kann in kein Land reisen, um direkt vor Ort um Asyl zu bitten. Die meisten Länder akzeptieren jedoch nur Asyl-Anträge, die von ihrem Staatsboden aus gestellt wurden.

Ein paar Länder bearbeiten Anträge auch, wenn sie vom Antragsteller in einer Botschaft oder in einem Konsulat abgegeben wurden. Da Snowden aber kein gültiges russisches Visum hat, kann er nicht den Transitbereich des Flughafens verlassen und zu den ausländischen Botschaften in Moskau fahren.

Bisher hat Snowden entweder noch keinen Bescheid oder Ablehnungen bekommen. Nur ein Land hat angekündigt, es sich überlegen zu wollen.

Bolivien: noch keine Antwort.

Brasilien: Ablehnung. Ein Sprecher des Außenministeriums sagte, man wolle die Anfrage unbeantwortet lassen und Snowden kein Asyl gewähren.

China: noch keine Antwort. Deutschland: noch keine Antwort. Zuerst hatte Grünen-Fraktionschef Jürgen Trittin gefordert, Snowden aufzunehmen. Schließlich habe der Enthüller Europa einen Dienst erwiesen. Inzwischen sprechen sich immer mehr Oppositionspolitiker dafür aus. Ecuador: Ablehnung. Präsident Rafael Correa hat erklärt, dass ein Asyl-Antrag nur von ecuadorianischem Staatsgebiet aus gestellt werden könne. Snowden sitzt aber in Moskau fest und könnte nur nach Ecuador reisen, wenn Correa ihm die nötigen Papiere dafür gibt. Das lehnt der ecuadorianische Präsident jedoch ab. Finnland: Ablehnung. Das finnische Außenministerium hat erklärt, dass Asyl-Anträge nur Personen stellen können, die sich in Finnland aufhalten. Frankreich: noch keine Antwort. Die französischen Grünen in der Opposition drängen die Regierung, Snowden doch aufzunehmen. Indien:

## Zehn mal Nein und ein Vielleicht

Ablehnung. "Nach gründlicher Untersuchung sehen wir keinen Grund, Snowdens Antrag nachzukommen", sagte ein Sprecher des Außenministeriums auf Twitter. Irland: Ablehnung. Auch in Irland können Asyl-Anträge nur gestellt werden, wenn sich der Antragsteller dabei in Irland aufhält, so das Justizministerium. Island: noch keine Antwort. Italien: noch keine Antwort. Kuba: noch keine Antwort. Nicaragua: noch keine Antwort. Niederlande: noch keine Antwort. Norwegen: Ablehnung. "Man muss vom norwegischen Staatsgebiet aus Asyl beantragen", sagte Paal Loenseth vom norwegischen Justizministerium dem Staatssender NRK. "Wenn es nach dem normalen Verfahren geht, wird sein Antrag abgelehnt." Österreich: Ablehnung. Ein Asyl-Antrag kann nur von österreichischem Staatsgebiet aus gestellt werden, erklärte Innenministerin Johanna Mikl-Leitner. Sollte es Snowden gelingen, nach Österreich zu reisen, würde er nicht abgeschoben, weil kein internationaler Haftbefehl gegen ihn bestehe. Polen: Ablehnung. Außenminister Radoslaw Sikorski twitterte: "Ich werde keine positive Empfehlung aussprechen." Russland: Ablehnung, allerdings durch Snowden. Er hat seinen Antrag auf Asyl dort wieder zurückgezogen, nachdem Wladimir Putin gesagt hatte, dass er in diesem Fall damit aufhören müsse, weiter Dokumente über die USA zu veröffentlichen. Spanien: Ablehnung. Auch in Spanien muss der Asyl-Antragsteller sich auf spanischem Staatsboden aufhalten, damit sein Antrag berücksichtigt werden kann. Schweiz: noch keine Antwort. Venezuela: ein Vielleicht. Präsident Nicolas Maduro sagte, dass Snowden den "Schutz der Welt" verdient habe. Er habe der Menschheit einen Gefallen getan. Man werde über seinen Asyl-Antrag nachdenken.

Snowdens letzte Chance dürfte nun sein, dass ein Land ihm die nötigen Dokumente ausstellt, um ausreisen zu können. Dann könnte er vor Ort einen Asyl-Antrag stellen, über den dann verhandelt werden müsste.

Von seinen Wunschländern haben allerdings nur China, Island, Kuba, Nicaragua und Venezuela in den letzten 60 Jahren keine Auslieferungsabkommen mit den USA unterzeichnet. In einem EU-Land müsste er damit rechnen, früher oder später doch in einem amerikanischen Gefängnis zu enden.

ras

**Load-Date:** July 23, 2013



## Häftling nach zweimaligem Aufschub hingerichtet

Spiegel Online

26. September 2012 Mittwoch 7:14 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** TEXAS

**Length:** 310 words

**Highlight:** Zweimal wurde die Vollstreckung des Todesurteils aufgehoben, den dritten Antrag auf Aufschub lehnte der Oberste Gerichtshof ab. Jetzt ist Cleve Foster im US-Bundesstaat Texas hingerichtet worden.;

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/texas-cleve-foster-in-huntsville-mit-giftspritze-hingerichtet-a-857971.html>

### Body

---

Huntsville - Vor zehn Jahren soll Cleve Foster an der Entführung und Erschießung einer 30-jährigen **Migrantin** aus dem Sudan beteiligt gewesen sein. Dafür wurde er im US-Bundesstaat Texas zum Tode verurteilt.

Im vergangenen Jahr hatte die Justiz die Exekution zweimal aufgeschoben, während Foster bereits auf dem Weg in die Todeszelle war. Seine Anwälte hatten stets betont, dass ihr Mandant unschuldig am Tod der Sudanesisin Nyaneur Pal sei. Außerdem wiesen sie daraufhin, dass Foster in seinem Prozess unzureichenden rechtlichen Beistand bekommen habe.

Der dritte Antrag auf einen Hinrichtungsaufschub wurde nun abgelehnt. Nur drei von neun Richtern hätten die Vollstreckung erneut stoppen wollen, teilte das Oberste Gericht mit. Zwei Stunden nach der Entscheidung wurde Foster am Dienstagabend hingerichtet. Kurz vor seinem Tod sagte der 48-Jährige: "Gott ist alles. Er ist mein Leben. Heute Abend werde ich bei ihm sein." Um 18.18 Uhr verabreichte man ihm den tödlichen Giftcocktail, 25 Minuten später wurde er für tot erklärt.

Foster und sein Bekannter Sheldon Ward waren am Tatabend dabei beobachtet worden, wie sie mit dem Opfer in einer Bar in Fort Worth redeten. Die Tatwaffe wurde in dem Motel gefunden, in das beide Männer damals eingeecheckt hatten. Dieselbe Waffe soll im Mord an einer anderen Frau benutzt worden sein. Der ebenfalls zum Tode verurteilte Ward hatte erklärt, die 30-jährige Frau 2002 unter dem Einfluss von Drogen und Alkohol allein getötet zu haben. Ward starb im Gefängnis an Krebs. "Ich bin so von Fosters Schuld überzeugt, wie man es sein kann, ohne gesehen zu haben, wie er es tat", sagte Staatsanwalt Ben Leonard.

Seit fast einem Jahrhundert werden in Huntsville Menschen hingerichtet. Von 1924 bis 1964 kamen 361 Personen auf den elektrischen Stuhl. Seither wurden 485 Menschen durch eine tödliche Injektion hingerichtet.

*ala/dapd/AP/AFP*

**Load-Date:** September 26, 2012

Häftling nach zweimaligem Aufschub hingerichtet

---

End of Document

[Flüchtlingsfalle an der falschen Grenze;  
http://www.spiegel.de/einestages/falsche-grenze-zur-tschechoslowakei-a-951283.html](http://www.spiegel.de/einestages/falsche-grenze-zur-tschechoslowakei-a-951283.html)

SPIEGEL ONLINE

01. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EINESTAGES / THEMEN

**Length:** 1335 words

**Byline:** Tabea Rossol

**Highlight:** Sie wähten sich in Freiheit - und landeten in Straflagern. Mit gefälschten Grenzübergängen lockte die tschechische Geheimpolizei in den vierziger und fünfziger Jahren Hunderte unliebsame Bürger in die Falle. Das Perfide daran: Viele von ihnen waren erst von verdeckten Agenten zur Flucht überredet worden.

## Body

---

Der vermeintliche US-Agent mit dem Decknamen "Johnny" gab nicht auf. Immer wieder redete er auf Jan und Jirina Prosvic ein. Er könne das tschechische Ehepaar sicher über die Grenze nach West-Deutschland schleusen, versicherte er. Doch das war eine Lüge: "Johnny" war kein amerikanischer Agent. Er hieß eigentlich Josef Janousek. Und sein Auftrag war nicht, die Prosvics über die Grenze zu bringen, sondern ins Gefängnis.

Frühling 1948: Die Kommunistische Partei der Tschechoslowakei hatte mit dem Februar-Umsturz die politische Kontrolle übernommen und rechnete mit ihren politischen Gegnern ab. Dazu war ihr offensichtlich jedes Mittel recht. Inspiriert von den Methoden der Sowjets und der Nazis entwickelte der Geheimdienst Statni Bezpecnost (StB) eine heimtückische Finte: Die Operation "Grenzstein".

StB-Agenten riefen gezielt bei unter Verdacht stehenden Oppositionellen an. Unter dem Vorwand, dass das Counter Intelligence Corps (CIC), ein Nachrichtendienst des US-Heeres, sie schickte, boten sie ihre Hilfe bei der Republikflucht an. Das Absurde daran: Viele der Verdächtigen gehörten gar nicht der Opposition an und mussten erst zur Flucht überredet werden. Hunderte fielen zwischen 1948 und 1951 auf die heimtückische Falle herein.

### Überredet zur Flucht - in die Falle

Pavel Bret bezeichnet den Fall als "weißen Fleck" in der Geschichte der Tschechoslowakei. Bret ist Leiter der Abteilung für die Aufklärung kommunistischer Verbrechen im Prager Innenministerium. Die Abteilung beschäftigt sich schon seit mehr als einem Jahr mit der Aufarbeitung der Verbrechen des Geheimdienstes der KP, die auf 10.000 Aktenseiten detailliert dokumentiert sind. Seit kurzem laufen erstmals strafrechtliche Ermittlungen gegen die mutmaßlichen Täter. Dabei wurde erstmals auch ein Schlaglicht auf die perfide Falle des StB geworfen.

Familie Prosvic zählte den Akten zufolge zu den ersten Opfern der tschechischen Stasi. Das Ehepaar war weder im Widerstand gegen die kommunistische Herrschaft aktiv, noch wollten die beiden die Republik verlassen. Für Jan

Flüchtlingsfalle an der falschen Grenze <http://www.spiegel.de/einestages/falsche-grenze-zur-tschechoslowakei-a-951283.html>

und Jirina Prosvic kamen der Aufenthalt im Flüchtlingslager und ein Neuanfang im Exil wegen ihrer zwei Töchter nicht in Frage. Doch Janousek ließ nicht locker: "Weil ich wusste, dass ich viel Geld bekommen würde, habe ich versucht, sie zu überreden", gab er später zu Protokoll.

Er beließ es nicht bei einfachen Überzeugungsversuchen: Die Prosvics erhielten anonyme Anrufe, die sie vor einer angeblich kurz bevorstehenden Verhaftung durch den StB warnten. Unter diesem Druck gab Jan Prosvic schließlich nach. Mit Frau und Kindern ließ er sich von Janousek nach Kdyne, einer kleinen Stadt nahe der Grenze fahren. Von dort aus begleitete ein Mittelsmann sie zur Grenze, nachdem Prosvic einen Abschlag gezahlt hatte.

### **Ein perfekt getarntes, falsches Grenzhäuschen**

Mehrmals hielten sie an Straßenblockaden, die sie ohne Probleme durchquerten. Die Prosvics waren beeindruckt von der Souveränität der Schleuser: "Er wusste immer genau, was er sagen musste", gab Prosvic später zu Protokoll. Inzwischen war es mitten in der Nacht und der StB-Agent führte sie durch den Wald zur vermeintlichen Grenze. Die echte lag 50 Kilometer weiter westlich.

Im vermeintlichen Grenzhäuschen empfing sie der sichtlich nervöse "US-Amerikaner" Tony, der in Wahrheit eigentlich Amon Tomasoff hieß, mit Zigaretten von Westmarken wie Lucky Strike. Es gab auch Schweizer Schokolade. Das Büro, ausgestattet mit einer US-Flagge und Porträts der US-Präsidenten Roosevelt und Truman, bot eine täuschend echte Kulisse. Sogar eine Whiskey-Flasche hatte der Geheimdienst herbeigeschafft.

Trotzdem schöpfte Prosvic Verdacht, als Tomasoff ihn nach seiner Meinung zum Kommunismus und seinen Verbindungen zum Untergrund fragte und er zum Schluss einen Fragebogen - "Questionnaire" - unterschreiben musste. Dennoch setzte Prosvic seinen Namen unter das Papier. Als er aufblickte, zog Tomasoff seinen Revolver, und sagte: "Wir haben kein Interesse an tschechischen Kommunisten!" Der Grenzposten, der hilfsbereite "Johnny", die anonymen Anrufe - alles Täuschung. Mit der Unterschrift hatte Prosvic sein Schicksal besiegelt: Den Richtern lag später mit dem unterschriebenen Fragebogen das unterzeichnete Geständnis eines Fluchtversuchs vor.

### **Unabsichtlich Freunde und Familie verraten**

Der Trick mit der falschen Grenze sei das Teuflischste, was ihm bei seiner Aufarbeitung der kommunistischen Verbrechen jemals untergekommen sei, sagt Kommissionsleiter Bret. Die Ermittlungen stieß der tschechische Historiker Igor Lukas an, nachdem er per Zufall eines der damaligen Opfer kennenlernte. Er begann zu recherchieren und entdeckte, dass zwei der Täter noch lebten, "und zwar unter luxuriösen Bedingungen. Das ist so ein großer Kontrast zum Elend ihrer einstigen Opfer - deshalb habe ich Anzeige erstattet."

Doch viele der Opfer trauen sich bis heute nicht, sich zu den Verbrechen zu äußern. Ausführlich beantworteten damals viele Flüchtlinge den Grenzbeamten alle Fragen und verrieten damit unabsichtlich Freunde und Familie. So wurden sie beispielsweise gefragt, wer aus ihrem Bekanntenkreis im Falle des Falles den US-Amerikanern beim Sturz des kommunistischen Regimes helfen würde. Die Flüchtlinge wähten sich in der Annahme, sie täten den Genannten mit ihrer Auskunft etwas Gutes. Doch alle Menschen, die die Flüchtlinge aufzählten, wurden anschließend verfolgt, inhaftiert und verurteilt, bestätigt Bret.

Andere Opfer realisierten nie, was ihnen widerfahren war. Nachdem der Fragebogen unterschrieben war, schickten die getarnten StB-Agenten die Flüchtlinge weiter Richtung Westen: "Sie sind ja in einem freien Land, wir begleiten Sie jetzt nicht weiter. Gehen Sie 200 Meter in diese Richtung, da finden Sie ein Haus mit deutschen Polizisten, die helfen Ihnen dann weiter." Ein paar Meter kamen sie, dann nahm die tschechoslowakische Polizei die Flüchtlinge fest. Die meisten waren überzeugt davon, dass sie von deutschem Boden entführt worden waren.

### **Schwacher Protest aus dem Ausland**

Die Ahnungslosigkeit der Opfer wurde noch in anderer Form missbraucht. Die vermeintlich US-amerikanischen Grenzbeamten lehnten die Asylanträge mancher Flüchtlinge ab und übergaben sie direkt an die tschechoslowakische Polizei. Diese Nachricht sickerte dann aus den Gefängnissen nach draußen und erzielte den

Flüchtlingsfalle an der falschen Grenze <http://www.spiegel.de/einestages/falsche-grenze-zur-tschechoslowakei-a-951283.html>

gewünschten Effekt: Resignation. Dass die USA scheinbar Flüchtlinge ablehnten, erstickte den letzten Funken Hoffnung auf Freiheit und Entkommen.

Weil die Operation "Grenzstein" so gut funktionierte, errichtete der StB weitere fingierte Grenzen, ausgestattet mit Schranken und Schildern. Sie befanden sich in der Nähe von Cheb (Eger), Mariánské Lázně (Marienbad), Svatý Kříž (seit 1960 Chodský Újezd, Heiligenkreuz) und Domazlice (Taus). Als die USA das herausfanden, protestierten sie offiziell gegen den Missbrauch US-amerikanischer Uniformen und Hoheitszeichen. Die tschechoslowakische Regierung wies den Vorwurf zurück. Sie behauptete zynisch, eine überaus eingehende Untersuchung hätte "nicht die geringste Spur oder den Verdacht für einen Missbrauch amerikanischer Hoheitszeichen oder von Bildern amerikanischer Staatsmänner" gefunden.

Drei Jahre, von 1948 bis 1951, lief die Operation "Grenzstein". Die Falle hatte nach Einschätzungen von Historikern fast 300 Gefängnisstrafen zu Folge. 16 Flüchtlinge wurden zum Tode verurteilt. Etliche nahmen sich das Leben.

Jan Prosvic wurde vom Gericht zu Zwangsarbeit verurteilt. Der Historiker Igor Lukas vermutet heute, dass die KPT es bei ihrer Aktion auf Prosvics Villa abgesehen hatte. Prosvic war erfolgreicher Geschäftsmann, bevor sein Besitz vom kommunistischen Regime verstaatlicht wurde. Der Familie blieb aber noch ihr Apartment in Prag und eine große Villa am Stadtrand. Nachdem der StB die Prosvics ins Gefängnis gelockt hatte, zog dort Antonín Zapotocký ein. Der Nutznießer der Verbrechen, eine Parteigröße der KPT, wurde 1953 Präsident der CSR.

**Load-Date:** March 18, 2014

---

End of Document

**Der neue "Tatort" im Schnellcheck; <http://www.spiegel.de/kultur/tv/der-neue-muenchner-tatort-mit-udo-wachtveitl-im-schnellcheck-a-929578.html>**

SPIEGEL ONLINE

27. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / TV

**Length:** 391 words

**Highlight:** Die Mieten im Münchner Westend explodieren, und in einer Baugrube taucht eine Leiche auf. Batic und Leitmayr ermitteln zwischen Immobilienhaien und Gentrifizierungsgegnern. Ein aufwühlender "Tatort" von Dominik Graf über die Auslöschung ganzer Stadtviertel.

## Body

---

### Was ist das Thema?

Die Gentrifizierung des Münchner Westend. Drinnen in den sanierten Gebäuden feiern die Schönen und Reichen der Stadt ihre Partys, draußen demonstrieren Studenten-Flashmobs. In dem bislang von Migranten bewohnten Viertel steigen die Mieten, die Stimmung ist aggressiv, überall wird gebaggert. Und in einer Baugrube wird eine Leiche ausgebuddelt.

### Wie blutig ist die neue Folge?

Der neue "Tatort" geht auf die Rechnung von Dominik Graf, der schon vor knapp 20 Jahren die gefeierte Folge "Frau Bu lacht" in seiner Heimatstadt gedreht hat. Der Regisseur ist ein Freund expliziter Gewalt- und Sexdarstellungen. Auch hier geht es wieder freizügig zu.

### Gibt's einen gesellschaftspolitischen Auftrag?

Naja. Obwohl die Themen Aufwertung der Städte und Korruption in der Kommunalpolitik dazu einladen, vermeidet Dominik Graf allzu agitatorische Einlassungen. Bei aller Härte, bei aller Wut schwingt doch eher Melancholie über die Auslöschung gewachsener urbaner Lebensräume in seinem Städtebau-Krimi mit.

### Wie steht's mit der Komik?

Vorhanden. Blitzt allerdings nur kurz auf, wie die Klinge eines Messers in finsterner Nacht. Extrem schnell geschnittener Thriller, springt zwischen Zeiten und Stimmungen.

### Bester Auftritt?

Eindeutig der von der 86-jährigen österreichischen Schauspielerin Erni Mangold. Hier gibt sie die Kunstschützin Magda Holzer, die einst unter dem Namen "Calamity Jane" beim Circus Krone für Furore sorgte. Jetzt ballert sie im

Der neue "Tatort" im Schnellcheck <http://www.spiegel.de/kultur/tv/der-neue-muenchner-tatort-mit-udo-wachtveitl-im-schnellcheck-a-929578.html>

Garten ihrer maroden Villa in München-Pullach herum - auch auf ihren verhassten Sohn, der als Eventmanager seine Hände nach dem gentrifizierten Westend ausstreckt.

### **Und: Können wir das alles glauben?**

Müssen wir ja gar nicht. Trotz des Poltit-Themas geht es in diesem Krimi nicht in erste Linie um die Aufklärung realistischer Sachverhalte. Ein Städtebau-Requiem mit Poesie.

### **Lohnt das Einschalten?**

Selbstverständlich. Freunde klassischer Wer-war-denn-nun-der-Mörder-Ratespiele kommen allerdings nicht auf ihre Kosten.

### **Wenn ich mehr über diesen "Tatort" wissen will?**

Dann bitte hier weiterlesen!

"Tatort: Aus der Tiefe der Zeit", Sonntag, 20.15 Uhr, ARD. Zeitgleich stellt sich Regisseur Dominik Graf auf [tatort.de](http://tatort.de) bei einem Social TV Event den Fragen der Zuschauer.

Arno Frank kommentiert für uns den "Tatort" am Sonntag live auf Twitter.

cbu

**Load-Date:** November 15, 2013

## Die neuen Deutschen

Spiegel Online

8. September 2012 Samstag 8:52 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** DEBATTE ÜBER INTEGRATION

**Length:** 985 words

**Byline:** Anna Reimann

**Highlight:** Sie haben es in Deutschland geschafft und suchen trotzdem noch nach einer Heimat: Mit "Wir neuen Deutschen" haben die drei Journalistinnen Alice Bota, Khuê Pham und Özlem Topçu ein Porträt ihrer Generation geschrieben - und zugleich eine schonungslose Analyse der deutschen Gesellschaft.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/wir-neuen-deutschen-journalistinnen-schreiben-buch-zu-integration-a-851311.html>

### Body

---

Berlin - Sie finden, dass es sich "verdammt gut lebt in diesem Land". Sie finden: "Wir sind deutscher, als wir denken. Was kann daran schon schlimm sein?"

Müsste nicht alles gut sein? Es ist es nicht. Alice Bota, Khuê Pham und Özlem Topçu haben alle das, was man "**Migrationshintergrund**" nennt, und sind Redakteurinnen bei der "Zeit" - an einem der "deutlichsten Orte der Republik", wie sie selbst schreiben.

Und trotzdem ringen sie darum dazuzugehören, sehnen sich danach, heimisch zu werden. Obwohl sie es in der deutschen Gesellschaft geschafft haben und als Vorbilder erhalten können, trauen sie ihren Biografien immer noch nicht: "Wir fühlen, dass wir nicht Teil des Ganzen sind", so die Autorinnen. "Wir kommen uns manchmal vor wie Hochstapler, wenn wir versuchen, unsere deutschen Leben zu führen."

Die drei jungen Journalistinnen haben jetzt ein Buch über ihre Geschichte in Deutschland geschrieben. "Wir neuen Deutschen" ist keine gefühlige Beschreibung der Suche nach Heimat, es ist ein von großer Ernsthaftigkeit aber niemals von Selbstmitleid getragener Bericht über deutsche Leben, die sich immer noch nicht wie solche anfühlen dürfen.

#### **Hoffnung beim Besuch in der Heimat ihrer Eltern**

In Deutschland gibt es Feindschaft gegenüber Migranten - die Autorinnen fragen, wohin diese Ablehnung in den nächsten Jahrzehnten führen wird. "Im Grunde unterscheiden sich unsere Gefühle nicht stark von denen derer, die uns hier nicht wollen. Auch sie kämpfen um das, was sie als ihren Platz empfinden, und ihre Heimat. Was wird aus diesen Gefühlen, wenn wir, die neuen Deutschen, mehr werden? Wird die Wut auf beiden Seiten wachsen? Oder



## Die neuen Deutschen

wird sie abklingen, weil alle feststellen, dass die Veränderungen doch nicht so groß sind und wir uns daran gewöhnen?"

Alice Botas Geschichte in Deutschland beginnt mit Fieber. Als ihre Eltern ihr eine Woche nach Ankunft in Deutschland erzählten, dass sie nie mehr zurückkehren werden nach Polen, wird die achtjährige Alice krank. Bota erzählt, wie ihre Eltern ihre Koordinaten aufs Deutschsein ausrichteten, selbst auf Deutsch stritten, mit schwerem Akzent und falschen Artikeln. Wie sie selbst als Mädchen alle Pferde-Comics las, keine polnischen Mädchen kennen wollte, wie sie später im Studium ihre Eltern bat, Polnisch mit ihr zu reden, und wie sie es nicht mehr konnten. Wie sie sich daheim fühlte in einem polnischen Studentenheim, weil niemand Fragen stellte.

Khuê Pham beschreibt, wie es sie immer noch verstört, wenn andere sie, die Berlinerin, als erstes nach ihren Wurzeln fragen: "Wieso sprechen andere mit mir, als sei ich ein Baum? Meine Herkunft und meine Familie sind keine Tabuthemen, ich möchte sie nur nicht vor Menschen ausbreiten, mit denen ich auch andere persönliche Themen nicht besprechen würde". Sie berichtet von ihren strengen Eltern, die sie zum Ballett- und Cellounterricht brachten und davon, wie der Halt ihrer Familie sie zwar stütze aber auch zu erdrücken drohte.

Özlem Topçu wurde beim ersten Fasching von ihrem Vater als Clown verkleidet, weil die Mutter Schichtdienst hatte. Erst im Kindergarten merkte sie, wie wenig sie zu den deutschen, den lustig verkleideten Kindern, passte und hätte sich am liebsten in Luft aufgelöst. Topçu erzählt, wie es keine Verbindungen gab zwischen den Welten, der Schule vormittags und nachmittags zu Hause, wie sie versuchte, alles aufzuholen, zu einem "Zweite-Weltkriegs-Nerd" wurde und "versuchte, die deutsche Geschichte zu ihrer eigenen zu machen. Nur eben ohne Wehrmachtsopa".

### **"Wir stellten uns vor, dass deutsche Eltern stärker waren als unsere"**

Beim Besuch in den Heimatländern ihrer Eltern, in Vietnam, in Polen und in der Türkei, so schreiben es die Autorinnen, hätten sie immer gehofft: Vielleicht fühle ich mich dort plötzlich zu Hause. Sie erzählen, wie sie dort Glück empfanden, wie sie sich "wärmer fühlten", "wie Ehrengäste" - und wie sie danach doch froh waren, wieder nach Deutschland zu fahren, weil sie das Heimatland ihrer Eltern nie so lieben würden, wie ihre Eltern es tun.

Was es für das Verhältnis zu ihren Eltern bedeutet hat, dass sie ihnen als Kinder oft den Weg weisen mussten, dass sich stark und schwach verkehrte - auch das kommt in dem Buch vor: "Sie büßten Autorität ein, weil oft wir es waren, die ihnen zeigten wo es in Deutschland lang ging - nicht umgekehrt", und: "Wir stellten uns vor, dass deutsche Eltern stärker waren als unsere."

Die persönlichen Geschichten der Autorinnen und ihrer Eltern sind zugleich ein Stück Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, die immer noch - fast 60 Jahren nach der Ankunft der ersten Gastarbeiter - zu unsichtbar ist, weil ihre Nachkommen noch viel zu selten dort sitzen, wo sie sich sichtbar machen können. Mit "Wir neuen Deutschen", ist den Journalistinnen Bota, Pham und Topçu das Porträt ihrer Generation - der jungen, gebildeten, engagierten Einwandererkinder gelungen - einer Generation, die auch Ansprüche an Deutschland stellt. "Unsere Eltern sind hier eingewandert, wir sind hier aufgewachsen - deshalb fühlen wir uns dem Land zugehöriger als sie. Wir fordern und erwarten mehr."

Zugleich macht das Buch schmerzhaft klar, was uns allen verlorengegangen ist, wenn wir uns nicht interessierten. Topçus Mutter wurde von ihren Kollegen nie gefragt, wie es denn war, ihr Leben zurückzulassen. Sie wurde nur immer gefragt, wann sie denn zurückgehen wolle, auch noch an ihrem letzten Arbeitstag. Die Topçus, Botas und Phams von heute braucht man hingegen nicht mehr zu fragen, wo sie denn eigentlich herkommen. Sie kommen aus Berlin, Hamburg, Flensburg, München oder Dortmund.

Man kann sie ganz andere Sachen fragen - sie werden über vieles nachgedacht haben. "Wir neuen Deutschen" zeigt, dass ihre "hybride Identität" - so nennen die Autorinnen ihre Biografie zwischen zwei Ländern - das Leben eben nicht nur manchmal schwerer macht, sondern auch zu mehr Reflexion über das jeweils andere führen kann. Zu mehr Position, zu mehr Haltung.

**Load-Date:** September 9, 2012

---

End of Document

## Venezuela und Nicaragua bieten Snowden Asyl

SPIEGEL ONLINE

06. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 625 words

**Byline:** Klaus Ehringfeld

**Highlight:** Edward Snowden könnte in Venezuela oder Nicaragua unterschlüpfen, wenn ihm die Flucht dorthin gelänge. Die beiden Staaten haben dem flüchtigen früheren US-Geheimdienstmitarbeiter nun Asyl angeboten - aus "humanitären Gründen".

### Body

---

Mexiko-Stadt - Edward Snowden könnte bald einen Zufluchtsort gefunden haben. Zwei Staaten in Lateinamerika haben dem US-Geheimdienstexperten jetzt Asyl angeboten. Venezuelas Staatschef Nicolás Maduro und Nicaraguas Präsident Daniel Ortega stellten dem Enthüller am Freitag zeitgleich ihre Länder als Unterschlupf zur Verfügung. "Als Staats- und Regierungschef Venezuelas erkläre ich, dass wir entschieden haben, dem US-Bürger Edward Snowden humanitäres Asyl anzubieten", sagte Maduro am Abend in Caracas bei einer Militärparade. Snowden solle so vor der Verfolgung geschützt werden, die das "mächtigste Imperium der Welt gegen einen jungen Mann losgetreten hat, der nichts als die Wahrheit gesagt hat", betonte Maduro. Snowden solle in das "Vaterland von Bolívar und Chávez kommen und frei von der imperialistischen Verfolgung Nordamerikas leben können".

Fast zeitgleich bestätigte Ortega, dass ein Asylantrag Snowdens in der nicaraguanischen Botschaft in Moskau eingegangen sei. Seine Regierung würde Snowden "mit Freuden" aufnehmen und Asyl geben, "wenn die Umstände das erlauben". Was genau die Umstände zur Aufnahme des flüchtigen Ex-Geheimdienstmitarbeiters wären, ließ Ortega offen. "Wir haben das Recht, einer Person zu helfen, die herausgefunden hat, wie die USA die ganze Welt und besonders ihre europäischen Verbündeten ausspionieren", ergänzte der sandinistische Staatschef.

Venezuela und Nicaragua gehören zu der lateinamerikanischen Achse linksnationalistischer Staaten, zu denen auch Ecuador und Bolivien zählen. Sowohl Maduro als auch Ortega zeichnen sich durch scharfe Kritik an den USA aus. Beide Staatschefs haben die Vereinigten Staaten wiederholt als "Hort des Bösen" gegeißelt und fordern Washington nun mit dem Asylantrag für Snowden heraus.

Unklar war zunächst, wie Snowden auf die Offerten aus Caracas und Managua reagiert. Nach Angaben der Enthüllungsplattform WikiLeaks hat Snowden in 27 Staaten um Asyl angefragt, bisher hatte er aber nur Absagen erhalten, darunter auch eine aus Deutschland. Der 30-Jährige hält sich aller Wahrscheinlichkeit nach seit rund zwei Wochen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo auf.

## Venezuela und Nicaragua bieten Snowden Asyl

Die US-Justiz sucht Edward Snowden mit Haftbefehl und wirft ihm Geheimnisverrat vor. Er hatte geheime Dokumente über die Arbeit und die Abhörmethoden des US-Geheimdienstes NSA an die Öffentlichkeit gebracht. Snowden, früherer IT-Experte einer Sicherheitsfirma, die für die NSA gearbeitet hat, war über Hongkong nach Russland geflohen. Von dort hatte er zunächst in Ecuador um Asyl nachgesucht. Präsident Rafael Correa, der auch dem WikiLeaks-Gründer Julian Assange Asyl gewährt hat, berät mit seiner Regierung noch über den Antrag Snowdens.

Am Dienstag und Mittwoch hatte der Falls Snowden zu massiven diplomatischen Verwerfungen zwischen Bolivien und vier EU-Staaten geführt. Spanien, Portugal, Italien und Frankreich sperrten für den bolivianischen Präsidenten Evo Morales ihren Luftraum. Hintergrund war die unbestätigte Vermutung, an Bord der Präsidentenmaschine habe sich Edward Snowden befunden. Daraufhin musste Morales einen Zwangsstopp in Wien von 13 Stunden einlegen. Morales war auf dem Weg von Russland in seine Heimat.

Der südamerikanische Staatenbund Unasur verurteilte den Zwangsstopp als "inakzeptabel" und forderte öffentliche Entschuldigungen und Erklärungen von den vier betroffenen europäischen Staaten ein. Bei einer Sondersitzung der Unasur in der bolivianischen Stadt Cochabamba unterzeichneten die anwesenden sechs Staatsschefs des Bundes am Donnerstag eine entsprechende Erklärung, in der es hieß: "Der Zwangsstopp war ein außergewöhnlicher, unfreundlicher und feindseliger Akt, der einen klaren Rechtsbruch darstellt."

**Load-Date:** July 23, 2013

## 70 Bootsflüchtlinge vor libyscher Küste gerettet

Spiegel Online

4. November 2012 Sonntag 1:05 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** MIGRATION

**Length:** 195 words

**Highlight:** **Flüchtlingsunglück** im Mittelmeer: Nach dem Kentern eines Schlauchboots konnte die italienische Küstenwache 70 Nordafrikaner retten. Mindestens drei der **Flüchtlinge** starben. Die Behörden suchen nach weiteren Überlebenden.; <http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/migration-70-bootsfluechtlinge-vor-libyscher-kueste-gerettet-a-865191.html>

### Body

---

Hamburg/Rom - Das Unglück ereignete sich etwa 65 Kilometer vor der Küste Libyens: Dort kenterte das Schlauchboot mit den nordafrikanischen **Flüchtlingen** am Samstag. 70 von ihnen konnten von der italienischen Küstenwache aus dem Wasser gezogen werden, mindestens drei kamen ums Leben. Die Geretteten wurden an Bord eines Schiffes der italienischen Marine gebracht und dort medizinisch betreut. Viele litten bereits an Unterkühlung, hieß es.

Die Küstenwache setzte die Suche nach möglichen weiteren Überlebenden oder Toten am Sonntag mit zwei Patrouillenbooten und einem Helikopter fort, wie die Nachrichtenagentur Ansa berichtete.

Ein maltesisches Suchflugzeug hatte das gekenterte Boot am Nachmittag entdeckt. Am Abend seien dann die italienische Schiffe in dem Seegebiet eingetroffen. Viele der Flüchtlinge hätten sich da schon stundenlang im Wasser an das halb untergegangene Schlauchboot geklammert. 62 Männer und 8 Frauen, eine von ihnen schwanger, seien schließlich an Bord genommen worden. Sie sollten nachmittags auf der italienischen Insel Lampedusa ankommen. Die drei Toten sind Frauen. Aus welchen Ländern die Migranten stammen, war zunächst nicht bekannt.

*cbu/dpa*

**Load-Date:** November 4, 2012

## Hunderte Flüchtlinge erreichen Italiens Küste

SPIEGEL ONLINE

16. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 178 words

**Highlight:** Die ruhige See rettete ihnen das Leben: Dank günstigen Wetters sind am Wochenende mehrere hundert Flüchtlinge aus Afrika und Asien an der Küste Süditaliens gelandet. Manche klammerten sich an die Fischbehälter von Booten, um nach Europa zu kommen.

### **Body**

---

Lampedusa - Bei günstigen Wetterbedingungen sind am Wochenende Hunderte Migranten mit mehreren Booten in Italien angekommen. Sie kamen entweder auf Sizilien an oder wurden von der italienischen Küstenwache zur Insel Lampedusa gebracht, wie die Nachrichtenagentur Ansa am Sonntag berichtete.

In der Nacht allein waren es etwa 260 Flüchtlinge, die in Booten oder geklammert an das Thunfischbehältnis eines tunesischen Trawlers gesichtet und dann in Sicherheit gebracht wurden. Viele gaben an, aus Eritrea zu stammen.

Am Samstag hatte das ruhige Mittelmeer die Überfahrt von insgesamt mehr als 600 Migranten nach Italien begünstigt. Sie erreichten Europa überwiegend an der sizilianischen Küste.

Etwa 160 Flüchtlinge aus verschiedenen Ländern kamen bei Reggio Calabria in Süditalien an. Dabei waren auch 15 Frauen und Kinder, darunter ein während der Überfahrt von der Türkei geborenes Baby. Die Migranten stammen vor allem aus Syrien, Afghanistan, Ägypten und Pakistan. Sie berichteten, bereits vor einigen Tagen aufgebrochen zu sein.

ade/dpa

**Load-Date:** July 12, 2013

**[Brasilien lehnt Asyl-Deal mit Snowden ab;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-939761.html)**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-939761.html>**

SPIEGEL ONLINE

18. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 317 words

**Highlight:** Brasília wird Edward Snowden das Asyl verweigern. Der Whistleblower hatte die Aufklärung der NSA-Ausspähungen in Brasilien angeboten - im Gegenzug für politisches Asyl. Das Tauschgeschäft ist der brasilianischen Regierung nicht lukrativ genug.

## Body

---

Rio de Janeiro/Brasília - Die brasilianische Regierung wird nicht auf den Asyl-Deal von Edward Snowden eingehen. Der frühere NSA-Mitarbeiter hatte angeboten, bei der Aufklärung der US-Geheimdienstaktionen gegen Brasilien mitzuhelfen. Im Austausch bat Snowden um dauerhaftes politisches Asyl, wie er am Montag in einem offenen Brief an die brasilianische Bevölkerung mitteilte.

Wie ein Sprecher des Außenministeriums in Brasília am Mittwoch jedoch bestätigte, sei bislang kein offizieller Asylantrag eingegangen. Darüber hinaus wird die brasilianische Regierung auf keinen Deal mit dem Whistleblower eingehen, so der Sprecher.

Regierungsanhänger und Oppositionelle waren sich uneinig, ob diese ablehnende Haltung richtig sei. Der brasilianische Senator Ricardo Ferraço schrieb auf Twitter: "Brasilien sollte sich diese Möglichkeit nicht entgehen lassen, Edward Snowden Asyl zu gewähren. Gerade er war der Schlüssel, das US-Spionagesystem zu entwirren."

### Beziehungen zu den USA stark abgekühlt

Oppositionspolitiker hingegen mahnten die Regierung um Präsidentin Dilma Rousseff, die guten Handelsbeziehungen mit den USA nicht zu gefährden. Die USA ist noch immer der wichtigste Handelspartner für Brasilien, obwohl die Beziehungen durch den Abhörskandal im August stark abkühlten.

Unter anderem war in den Enthüllungen von Snowden ans Licht gekommen, dass das Handy von Rousseff offenbar abgehört wurde. Rousseff hatte im Zuge des Überwachungsskandals unter anderem einen Washington-Besuch im Oktober abgesagt. Snowden teilte in seinem Brief mit, die heftige Kritik der brasilianischen Regierung an den Spähaktivitäten der NSA habe ihn beeindruckt.

Seit August lebt Snowden in Russland, sein Asyl ist aber nur auf ein Jahr begrenzt. Schon im Sommer hatte Snowden unter anderem einen Asylantrag in Brasilien beantragt, damals jedoch keine Antwort erhalten.

Brasilien lehnt Asyl-Deal mit Snowden ab <http://www.spiegel.de/politik/ausland/brasilien-lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-939761.html>

cth/Reuters

**Load-Date:** December 18, 2013

---

End of Document



## USA drohen Ecuador mit Handelsstrafen

SPIEGEL ONLINE

27. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 560 words

**Highlight:** Ecuador prüft den Asylantrag des NSA-Whistleblower Snowden - deshalb drohen die USA dem Land jetzt mit schweren wirtschaftlichen Konsequenzen. "Wir werden schlechtes Verhalten nicht belohnen", heißt es.

### Body

---

Washington - Der Ton zwischen den USA und Ecuador verschärft sich. Kongressmitglieder in Washington drohten dem südamerikanischen Land offen mit schweren wirtschaftlichen Konsequenzen, sollte Ecuador dem Asylantrag des Ex-Geheimdienstlers Edward Snowden stattgeben.

In dem Fall würde eine anstehende Verlängerung von Handelsprivilegien für den Andenstaat blockiert, erklärte der Vorsitzende des Senatsausschusses für Auswärtige Angelegenheiten, Robert Mendez. Die Regierung in Quito forderte die USA indes auf, schriftlich darzulegen, warum man Snowden kein Asyl gewähren solle.

Snowden, der in den vergangenen Wochen umfangreiche Ausspäh- und Überwachungsprogramme amerikanischer und britischer Geheimdienste öffentlich gemacht hatte, war am vergangenen Sonntag von Hongkong nach Moskau geflohen. Dort hängt er ohne gültigen Reisepass im Transitbereich des Flughafens Scheremetjewo fest. Nach Angaben der Regierung in Quito hat er in Ecuador um Asyl gebeten.

"Unsere Regierung wird Länder für schlechtes Verhalten nicht belohnen", drohte Mendez in einer Erklärung vom Mittwoch (Ortszeit). "Handelsvorteile sind ein Privileg, das Staaten gewährt wird, kein Recht."

Ähnlich äußerte sich der führende Demokrat im Handelsausschuss des Abgeordnetenhauses, Sandy Levin. Die im nächsten Monat auslaufenden Handelsprivilegien für Ecuador würden "auf keinen Fall" verlängert, sollte das Land Snowden Asyl gewähren, sagte er der Zeitung "The Hill". "Wenn sie das tun, gibt es keinen Grund, auch nur darüber zu reden."

### Ecuador fordert schriftliche Erklärung der USA

Wie die ecuadorianische Botschaft in Washington mitteilte, wurde die US-Regierung um eine schriftliche Darlegung ihrer Position zum Asylantrag Snowdens gebeten, "damit diese als Teil des gründlichen Überprüfungsprozesses in die Überlegungen mit eingezogen werden kann". Zugleich zeigte sich Botschafter Efrain Baus erbost über abfällige Bemerkungen über sein Land. "Die Botschaft Ecuadors weist jüngste Erklärungen von US-Regierungsvertretern, die abträgliche, unwahre und unproduktive Behauptungen über Ecuador enthielten, scharf zurück", erklärte er.

## USA drohen Ecuador mit Handelsstrafen

Den Zeitpunkt, wann über den Asylantrag entschieden wird, ließ Ecuadors Außenminister Ricardo Patiño am Mittwoch offen. Dies könne in einem Tag, einer Woche oder in zwei Monaten geschehen, teilte er über den Kurznachrichtendienst Twitter mit und wies darauf hin, dass dem Asylgesuch von Julian Assange auch erst nach zwei Monaten zugestimmt wurde. Der im Zusammenhang mit Sex-Vorwürfen von Schweden gesuchte WikiLeaks-Gründer hatte vor über einem Jahr Zuflucht in der Londoner Botschaft Ecuadors gesucht.

Bei der Entscheidung über Snowdens Antrag werde man Risiken abwägen, einschließlich dem einer Beeinträchtigung der Handelsbeziehungen mit den USA, erklärte Patiño laut einem Bericht der regierungsnahen Zeitung "El Telégrafo".

Snowden würde in Südamerika offenbar auch Asyl in einem weiteren Land erhalten: Venezuela. Sein Land werde den Ex-Geheimdienstler bei einer entsprechenden Anfrage "fast sicher" politisches Asyl gewähren, versicherte Venezuelas Präsident Nicolás Maduro am Mittwoch im staatlichen Fernsehen VTV. Schließlich sei das Asylrecht "eine Institution des internationalen Menschenrechts, um Verfolgte zu schützen". Allerdings habe Venezuela keinen Antrag erhalten.

fab/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## Stunde der Angstmacher

Spiegel Online

1. März 2012 Donnerstag 3:02 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** STUDIE ZU MUSLIMEN

**Length:** 1197 words

**Byline:** Anna Reimann

Oliver Trenkamp

**Highlight:** Eine Studie über junge Muslime sorgt für Aufregung - Innenminister Friedrich warnt prompt vor Fanatismus. Tatsächlich eignet sich das Papier kaum als Munition in der Integrationsdebatte. Es liest sich vielmehr wie ein Aufruf an die Deutschen, sich Fragen zu stellen.;

<http://www.spiegel.de/politik/deutschland/0,1518,818559,00.html>

## Body

---

Berlin - Das Thema Integration bringt Innenminister Hans-Peter Friedrich kein Glück. Wenn sich der CSU-Mann mit dem Thema befasst, kann das schon mal ziemlich schief gehen. Unvergessen bleibt, wie er zur Empörung der Migranten-Gemeinschaft erklärte, der Islam gehöre nicht zu Deutschland. Und jetzt ist es wieder mal so weit.

Die "Bild"-Zeitung berichtet über eine Studie zu Muslimen aus seinem Hause - und schlägt Alarm. Von einer "Schock"-Studie ist die Rede, die zu belegen scheint, dass muslimische Migranten mehr oder weniger ein Unglück für Deutschland sind.

Garniert wurde der Artikel mit einem knackigen Zitat des Innenministers. Man "akzeptiere nicht den Import autoritärer, antidemokratischer und religiös-fanatischer Ansichten. Wer Freiheit und Demokratie bekämpft, wird hier keine Zukunft haben", sagte Friedrich.

Das Problem für Friedrich: Fach-Abgeordnete seiner eigenen Koalition wussten gar nicht, worüber er da eigentlich spricht. Die Studie, um die es ging, wurde erst am Donnerstagmittag auf der Homepage des Ministeriums online gestellt. Eine öffentliche Vorstellung des Papiers gab es nicht, vielleicht auch, weil Friedrich selbst die mehr als 700 Seiten Studie nicht fassen konnte. Auch die Opposition schießt sich auf ihn ein. Friedrich selbst zeige keine Integrationsbereitschaft, sagte Grünen-Mann Volker Beck.

Doch damit nicht genug: Vor allem ist die Untersuchung weitaus differenzierter, als es die von Friedrich mit verursachte Aufregung vermuten lässt. Sie eignet sich kaum, um Reflexe zu bedienen. Es geht in dem Papier mit dem Titel "Lebenswelten junger Muslime in Deutschland" detailliert um die Einstellung von deutschen, nichtdeutschen Muslimen und nichtmuslimischen Deutschen. Es geht um Antisemitismus, es geht um das Gefühl,

## Stunde der Angstmacher

abgelehnt zu werden, es geht um Vorurteile gegenüber dem Westen, Religiosität, Sarrazin - und darum, wie das alles zusammenhängt. Wohlgemerkt lassen sich die Ergebnisse der Studie nicht auf alle Muslime in Deutschland hochrechnen - das betonen auch die Forscher nachdrücklich. Sie schreiben sogar: Man dürfe es nicht.

### **Studie: Muslimische Lebenswelten sind höchst ambivalent**

Sie haben 717 zufällig ausgewählte junge Muslime angerufen - das erste Mal im Herbst 2009, das zweite Mal wurde etwa die Hälfte dieser Gruppe im Jahr darauf befragt. Außerdem riefen sie bei rund 200 deutschen Nichtmuslimen an, um einen Kontrollwert zu haben. Die Wissenschaftler haben zudem Tausende Einträge in Internetforen ausgewertet, die von Muslimen genutzt werden. Sie haben die Berichterstattung deutscher, türkischer und arabischer TV-Sender analysiert. Auch haben sie Gespräche mit muslimischen Familien geführt, allerdings nur relativ wenige - an der Interviewstudie nahmen lediglich 18 Muslime teil.

Gleich am Anfang der Studie steht ein Zitat eines Befragten, das einen Hinweis gibt, worum es den Forschern tatsächlich geht. "Du bist so durcheinander zwischen den Welten." Es ist ein Einstieg, der sich nicht dazu eignet, Ressentiments auf irgendeiner Seite zu bedienen. So geht es weiter. In dem Papier steht Beruhigendes - und Besorgniserregendes - für alle Seiten.

In ihrem Fazit betonen die Forscher deshalb:

Es gebe nicht die eine muslimische Lebenswelt in Deutschland, sondern zahlreiche ambivalente. Außerdem zeige die Untersuchung, dass sich alle in Deutschland lebenden Generationen unabhängig von ihrer Religiosität und dem Grad der Integration in die deutsche Gesellschaft mehrheitlich deutlich vom islamistischen Terrorismus distanzieren. Sie litten allerdings unter der Pauschalverurteilung der Muslime als Terroristen. Die Mehrheit aller Befragten sei zudem bestrebt, sich zu integrieren - sie wollen ihre Herkunftskultur bewahren und gleichzeitig die deutsche Mehrheitskultur annehmen. In der Gruppe der nichtdeutschen Muslime hätten allerdings 48 Prozent starke Separationsneigungen. Außerdem gebe unter den 14- bis 32-jährigen befragten nichtdeutschen Muslimen eine große Gruppe von "stark Religiösen" mit starken Abneigungen gegenüber dem Westen, tendenzieller Gewaltakzeptanz und ohne Integrationstendenz - 24 Prozent. Und das sehen auch die Forscher problematisch. Sie erklären sich das auch mit traditioneller Religiosität, autoritären Einstellungen, der Orientierung an "Macht" und "Erfolg".

Es ist dieses letzte Ergebnis, auf das Friedrich seine Kommentar verengt hat - aber es ist ein Befund, der sich auch als Aufforderung zu einer sachlichen Debatte der deutschen Gesellschaft liest. Warum kann Deutschland vor allem die jungen Muslime nicht gewinnen? Die, von denen die meisten hier geboren sind? Ist das nicht auch als riesiges Versäumnis der deutschen Gesellschaft zu lesen? Und wie ist der Zusammenhang zwischen Zugehörigkeitsgefühl und der deutschen Staatsbürgerschaft, den die Studie immer wieder herstellt? Haben die "integrationsunwilligen" jungen Muslime keinen deutschen Pass, weil sie sich nicht integrieren wollen - oder wollen sie sich nicht integrieren, weil sie keinen deutschen Pass haben?

### **Und was hat nun Sarrazin damit zu tun?**

Für all jene jedenfalls, die sich integrieren wollten, sei das jedenfalls eine große Herausforderung, schreiben die Wissenschaftler: Muslime in Deutschland müssten ein positives Selbstbild entwickeln, auch wenn sie sich als Muslime oft abgelehnt fühlen.

Der Forscher Wolfgang Frindte, der maßgeblich an der Studie beteiligt war, geht in einem Exkurs auch der Frage nach, was die Diskussion um die Sarrazin-Thesen mit den Ergebnissen der Befragung zu tun haben könnte. Denn die Telefoninterviews mit den jungen Muslimen wurden vor und nach dem Höhepunkt der Debatte geführt. "So fällt auf, dass vor allem zwischen den nichtdeutschen Muslimen "vor" und "nach" Sarrazin bedeutsame statistische Unterschiede hinsichtlich der abgefragten Einstellungen und Meinungen bestehen. Die "nach Sarrazin" Befragten geben deutlich stärker zum Ausdruck, dass die Muslime die Kultur ihres Herkunftslandes bewahren sollten. Auch Vorurteile gegenüber Juden, dem Westen oder religiös-fundamentalistische Überzeugungen seien stärker. Es liege nahe, dass die Debatten um Sarrazin "einen von niemandem gewollten Effekt" gehabt hätten, nämlich "dass sich

## Stunde der Angstmacher

die nichtdeutschen Muslime noch weiter aus der Mehrheitsgesellschaft ausgeschlossen wahrgenommen haben und deshalb mit noch stärker ausgeprägten Vorurteilen und noch stärkerer Abgrenzung reagiert haben".

Die Wissenschaftler kommen zu einem Ergebnis, dass wie eine direkte Aufforderung an Innenminister Friedrich zu verstehen ist: Es müsse Muslimen leichter gemacht werden, beide kulturelle Identitäten in Deutschland zu leben - damit könne auch Radikalisierungsprozessen vorgebeugt werden. "Die häufig problematisierte Diskriminierung von Muslimen durch Mitglieder der Mehrheitsgesellschaft beeinflussen diese Prozesse negativ ."

Am Nachmittag schließlich hörte sich dann die Stellungnahme Friedrichs schon deutlich anders an. "Die Muslime in Deutschland lehnen Terrorismus kategorisch ab", sagte er. Es liege in der Verantwortung der Medien, "nicht den Fokus auf eine kleine Minderheit, die Probleme macht", zu richten. Die Studie habe auch ergeben, dass sich viele junge Muslime ungerecht behandelt und unter Generalverdacht gestellt fühlten.

**Load-Date:** March 1, 2012

---

End of Document

## Ecuador schiebt Verantwortung auf Russland ab

SPIEGEL ONLINE

30. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 339 words

**Highlight:** Was passiert mit Edward Snowden? Ecuadors Präsident sagt jetzt: Die Entscheidung über das Schicksal des NSA-Whistleblowers liegt in russischer Hand. Erst wenn er sich auf ecuadorianischem Boden befinde, werde über den Asylantrag entschieden.

### Body

---

Moskau/Quito - Ecuadors Präsident Rafael Correa hat die Verantwortung über das weitere Schicksal des flüchtigen früheren US-Geheimdienstmitarbeiters Edward Snowden Russland zugewiesen. Um Snowdens Asylantrag bearbeiten zu können, müsse er sich auf ecuadorianischem Boden befinden, sagte Correa am Samstagabend dem Privatsender Oromar. "Derzeit aber liegt die Lösung, sein weiteres Reiseziel, in den Händen der russischen Behörden."

Nach Meinung von Experten könnte ecuadorianischer Boden auch die Botschaft des südamerikanischen Landes in Moskau sein.

Der Präsident bekräftigte, sein Land könne nichts für die derzeitige Situation. Snowden stehe in Kontakt mit WikiLeaks-Gründer Julian Assange, der ihm zu dem Asylantrag geraten habe.

Die USA suchen Snowden als Enthüller umfassender Überwachungsprogramme des US-Geheimdienstes NSA per Haftbefehl. Sie fordern seine Auslieferung und haben seinen US-Pass entwertet, weshalb der 30-Jährige nach Darstellung Russlands seit einer Woche im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo festsetzt. Inzwischen bat Snowden Ecuador um Asyl.

#### Anruf von US-Vizepräsident Biden

Der russische Staatssender Rossija 24 berichtete am Samstag, die Behörden Ecuadors und Russlands verhandelten über das Schicksal Snowdens. Der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patiño habe sich persönlich in die Gespräche eingeschaltet.

Präsident Correa hatte am Samstag bekanntgegeben, dass US-Vizepräsident Joe Biden mit ihm gesprochen habe. Biden habe ihn in einem Telefongespräch am Freitag "in knapper Form" mitgeteilt, dass die USA von Ecuador die Ablehnung des Asylantrags Snowdens erwarteten.

Der Präsident erklärte nun, seine Regierung werde sich die Argumente der US-Behörden anhören, die Entscheidung über ein Asyl liege aber letzten Endes bei ihr. Snowdens Enthüllungen über geheime britische und

## Ecuador schiebt Verantwortung auf Russland ab

US-Programme zur Überwachung der Telefon- und Internetkommunikation bezeichnete Correa als "größten Spionagefall in der Menschheitsgeschichte".

fab/AFP/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

**[Snowdens Vater warnt vor Asylgesuch in Deutschland:](http://www.spiegel.de/politik/ausland/nsa-affe-snowdens-vater-warnt-vor-asylgesuch-in-deutschland-a-932057.html)**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/nsa-affe-snowdens-vater-warnt-vor-asylgesuch-in-deutschland-a-932057.html>**

SPIEGEL ONLINE

06. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 519 words

**Highlight:** Prominente und Politiker wollen Edward Snowden in Deutschland Zuflucht bieten - doch Kanzlerin Merkel ist strikt dagegen. Vater Lon rät dem NSA-Enthüller daher vor einem **Asylgesuch** in Deutschland ab.

## **Body**

---

Hamburg - Der Whistleblower Edward Snowden hat nach seinen Enthüllungen über die NSA-Spionage zahlreiche prominente Unterstützer in Deutschland - sie sprechen sich dafür aus, dass er **Asyl** in Deutschland erhält. Sein Vater Lon Snowden rät ihm jedoch davon ab.

Er habe wenig Zutrauen zu der Politik der Bundesregierung, sagte der 53-jährige Lon Snowden dem "Stern". Zwar sei er den deutschen Bürgern dankbar, schließlich seien sie "als Erste aufgestanden" gegen die Abhörpraktiken der US-Geheimdienste, die sein Sohn zu enthüllen half. Die deutsche Regierung aber habe sich erst empört, als bekannt wurde, dass das Telefon der Kanzlerin abgehört worden sei, so der Vater des früheren Geheimdienstmitarbeiters. Er fragt sich: "Ist deren Privatsphäre wichtiger als die aller anderen?" Snowden hatte seinen Sohn unlängst in Moskau besucht.

Die Bundesregierung sperrt sich gegen ein Asylgesuch Snowdens. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme des Whistleblowers lägen nicht vor, bekräftigte Regierungssprecher Steffen Seibert am Montag. Dies sei bereits im Juli geprüft worden. Seibert verwies auch darauf, dass das transatlantische Bündnis mit den USA Vorrang haben - diese wollen ihn wegen Geheimnisverrats vor Gericht stellen. Derzeit hat Snowden in Russland politisches Asyl.

Besonders der Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele setzt sich für ein Asyl Snowdens in Deutschland ein. Er hatte den 30-Jährigen vergangene Woche in Moskau getroffen und will darüber am Montag bei einer Sondersitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestages berichten.

Von dem Treffen erwarte er auch eine "vertiefte Diskussion" über die Frage, ob Snowden in Russland oder gar in Deutschland vernommen werden soll. Dafür fordert Ströbele sicheren Aufenthalt für den Amerikaner in der Bundesrepublik. Seiner Meinung nach macht es die "Rechtslage selbstverständlich möglich, dass wir Herrn Snowden in Deutschland Asyl geben".

Der Grünen-Europaabgeordnete Werner Schulz sieht noch einen anderen Weg: Er hat die Staaten der Europäischen Union aufgefordert, dem NSA-Enthüller gemeinsam Asyl zu gewähren. Das Europaparlament habe



Snowdens Vater warnt vor Asylgesuch in Deutschland <http://www.spiegel.de/politik/ausland/nsa-affaere-snowdens-vater-warnt-vor-asylgesuch-in-deutschland-a-932057....>

einen Untersuchungsausschuss eingerichtet, weil mehrere Länder von den Spähaktivitäten der NSA betroffen seien, sagte er der "Berliner Zeitung". "An dieser Stelle könnte Europa deutlich zeigen, dass es eine Macht ist und sich so etwas nicht gefallen lässt." Unterstützung erhalten die Grünen von der Linken.

An dem Treffen des Parlamentarischen Kontrollgremiums in Berlin nehmen auch die Chefs des Bundesnachrichtendienstes (BND) und des Bundesamts für Verfassungsschutz, Gerhard Schindler und Hans-Georg Maaßen, teil. Sie wollten dem Gremium über die Gespräche berichten, die sie in den vergangenen Tagen in Washington geführt hatten.

Zudem dürften in der Sitzung auch die aktuellen Vorwürfe gegen Großbritannien eine Rolle spielen, das von seiner Botschaft in Berlin aus das deutsche Regierungsviertel ausgespäht haben könnte. Außenminister Guido Westerwelle hatte den britischen Botschafter am Dienstag ins Auswärtige Amt bestellt.

kgp/juh/dpa

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## Bundesregierung lehnt Aufnahme Snowdens ab

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 399 words

**Highlight:** Berlin will dem NSA-Enthüller Edward Snowden keinen Schutz gewähren. Auswärtiges Amt und Innenministerium sehen die Voraussetzungen für die Aufnahme des US-Amerikaners in der Bundesrepublik nicht gegeben. Die Grünen sind empört.

### Body

---

Berlin - Auf der Suche nach einem Asylland holt sich Whistleblower Edward Snowden einen weiteren Korb: Die Bundesregierung hat einen entsprechenden Antrag des US-Bürgers abgewiesen. "Die Voraussetzungen für eine Aufnahme liegen nicht vor", teilten das Auswärtige Amt und das Innenministerium in Berlin mit.

Damit ist die von den Grünen geforderte Aufenthaltserlaubnis aus übergeordnetem Interesse für Snowden vom Tisch. Auch ein normaler Asylantrag ist laut Gesetz nicht möglich, weil sich der 30-Jährige außerhalb der Bundesrepublik befindet.

Die Spitzenkandidaten der Grünen, Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin, haben die Entscheidung der Bundesregierung entsprechend scharf kritisiert. "Die Absage von Angela Merkel an eine Aufnahme von Edward Snowden zeigt die ganze Scheinheiligkeit dieser Regierung. Sie gibt sich empört, unternimmt aber nichts", erklärten die Grünen-Politiker am Dienstagabend.

Der Grünen-Innenexperte Hans-Christian Ströbele hatte zuvor vehement die Aufnahme Snowdens gefordert: "Da mittlerweile selbst die Bundesanwaltschaft wegen möglicher Spionage gegen Deutschland ermittelt, muss die Bundesregierung Snowden nicht nur Asyl, sondern wie bei den Steuer-Informanten aus der Schweiz möglicherweise sogar Zeugenschutz anbieten", sagte er. "Wenn der BND wegen Steuerhinterziehung Millionen vorstreckt und Garantien abgibt, dies aber im Fall der Datensicherheit aller Deutschen nicht tut, wäre das ein Skandal."

### Snowden hat in 21 Ländern um Asyl gebeten

Für einen Asylantrag müsste Snowden nun versuchen, irgendwie nach Deutschland zu gelangen. Doch nachdem die US-Regierung seinen Pass für ungültig erklärt hat, ist das praktisch unmöglich. Selbst wenn es der Whistleblower in die Bundesrepublik schaffen sollte, wäre es unwahrscheinlich, dass ihm die Behörden in Berlin eine Aufenthaltserlaubnis gewährten.

## Bundesregierung lehnt Aufnahme Snowdens ab

"Edward Snowden wäre nicht gut beraten, in der EU Asyl zu beantragen", heißt es aus dem engsten Umfeld eines europäischen Außenministers. "Wahrscheinlich müssten wir ihn über kurz oder lang den Amerikanern ausliefern, so sehen es die internationalen Verträge vor."

Insgesamt hat Snowden in 21 Ländern um Asyl gebeten. Bisher hat der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA entweder noch keinen Bescheid oder Ablehnungen bekommen. Nur Venezuela hat angekündigt, es sich überlegen zu wollen.

syd/flo/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## Senior-Azubis in der Backstube

Spiegel Online

13. Februar 2012 Montag 11:27 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** Ü-50-LEHRLINGE

**Length:** 1036 words

**Byline:** Christian Teevs

**Highlight:** Lehre statt Rente: Eine Bäckerei in Baden-Württemberg reagiert kreativ auf den Fachkräftemangel. Die Firma bildet Menschen aus, die auf dem Arbeitsmarkt sonst schlechte Chancen haben - Migranten und über 50-Jährige. Die Erfolgsquote ist deutlich höher als bei Jung-Azubis.;

<http://www.spiegel.de/wirtschaft/soziales/0,1518,813674,00.html>

### **Body**

---

Violeta Deva hat ein großes Ziel. Sie will ihre Tochter einholen. Die 19-Jährige hat ihre Ausbildung zur Arzthelferin bereits hinter sich. Mutter Violeta steht noch am Anfang ihres Berufswegs. "Ich will was aus mir machen", sagt sie energisch. Ihr Ziel: ein Abschluss als Bäckerei-Fachverkäuferin, als eine von 53 Senior-Azubis bei K+U, einer Großbäckerei im Südwesten Deutschlands.

Mit ihren 35 Jahren gehört Deva zu den Jüngeren in ihrer Klasse. Die älteste Azubi ist schon 53. "Als ich anfang, hatte ich echt Zweifel", sagt Deva. "Schaffe ich das überhaupt? Reicht mein Deutsch?"

Seit Oktober ist die gebürtige Kosovarin nun dabei und gehört zum zweiten Senior-Azubi-Jahrgang. Das Konzept ist bundesweit einmalig: Menschen, die normalerweise bestenfalls als Billigkräfte gefragt wären, bekommen die Chance auf einen Ausbildungsplatz - Hausfrauen, Migranten, über 50-Jährige. Bei der Großbäckerei werden sie in zwei Jahren zum Fachverkäufer ausgebildet.

Die ungewöhnliche Idee entstand aus der Not heraus. "Das ist unsere Reaktion auf den Fachkräftemangel", sagt Corinna Krefft-Ebner, Ausbildungsleiterin bei K+U in Emmendingen bei Freiburg. "Wir haben immer größere Probleme, was den Nachwuchs angeht. Eigentlich brauchen wir 150 Lehrlinge pro Jahr, wir finden aber nur 100."

Bei der Bäckerkette, die zum Edeka-Konzern gehört und 5000 Beschäftigte hat, kommen zwei Probleme zusammen: Zum einen herrscht im Südwesten der Republik eine sehr niedrige Arbeitslosigkeit - entsprechend schwer finden die Firmen Arbeitskräfte. Und zum anderen hat K+U keine Traumjobs zu bieten. Wer will das schon? Um vier Uhr aufstehen und das bei keineswegs berauschender Bezahlung? Bei 16- oder 18-jährigen Schulabgängern hält sich die Begeisterung in Grenzen.

Mit der Idee, ältere Arbeitnehmer auszubilden, dürfte das Unternehmen Vorbote einer allgemeinen Entwicklung sein. In Zukunft werden die Arbeitgeber nicht mehr in der besten Position sein - und sich die geeignetsten

## Senior-Azubis in der Backstube

Mitarbeiter aussuchen können. Stattdessen müssen sie gute Angebote machen, um für Arbeitnehmer attraktiv zu sein.

Die Führung von K+U setzt vor allem auf ungelernte Verkäufer, die bereits im Betrieb sind. Um möglichst viele von der Idee zu überzeugen, ködert der Betrieb sie mit einem attraktiven Angebot: Ein Senior-Azubi bei K+U bekommt den gleichen Lohn wie ein ungelernter Verkäufer. 1500 Euro brutto im Monat, immerhin fast dreimal so viel wie ein normales Azubi-Gehalt im ersten Lehrjahr. Mit abgeschlossener Lehre steigt das Gehalt dann um rund 300 Euro.

### **"Mit 500 Euro hätte ich das vergessen können"**

Nur wegen des höheren Lohns kam die Lehre auch für Violeta Deva in Frage. Vor vier Jahren scheiterte ihre Ehe. Seitdem sorgt sie allein für die beiden Kinder. "Mit 500 Euro im Monat hätte ich das vergessen können", sagt die Auszubildende. Denn selbst so reicht das Einkommen nicht. Wenn sie in der Bäckerei Feierabend hat, geht Deva noch zwei Stunden putzen, beim Arzt, für den ihre Tochter als Arzthelferin arbeitet. Und das an fünf Tagen pro Woche.

Trotz dieser Doppelbelastung beschwert sie sich nicht. Mit einem freundlichen Lächeln bedient die Kosovarin die Kunden, huscht durch die Filiale am Emmendinger Bahnhof und wirft schnell noch ein paar Brötchen in den Ofen. Wie in den meisten Bäckereien mittlerweile üblich, werden auch die Filialen von K+U mit Teiglingen beliefert, die die Mitarbeiter nur noch aufbacken müssen. Ausgebildete Bäcker und Konditoren gibt es nur noch in den fünf Produktionsstandorten, die rund 800 Filialen schmeißen Frauen wie Violeta Deva, die meisten als ungelernte Hilfskräfte.

Sie freut sich, dass sie nun mit 35 Jahren noch einen Beruf erlernen kann. "Ich habe geheiratet, da war ich 14", erzählt sie. Drei Jahre später floh sie mit ihrem Mann und der gerade geborenen Tochter nach Deutschland. Die Schule hatte sie bereits nach der achten Klasse verlassen.

### **Erster Job bei Schlecker**

In der neuen Heimat durfte sie zunächst nicht arbeiten. "Mein Mann wollte das nicht." Als er sie dann 2007 verließ, musste Deva plötzlich einen Job finden. Denn Unterhalt bekommt sie nicht, ihr Ex-Gatte ist mittlerweile arbeitslos.

"Ich habe dann bei Schlecker angefangen." Der Job bei der inzwischen insolventen Drogeriekette war okay, sagt Deva, "aber schlecht bezahlt und ich bekam immer nur befristete Verträge". Die Folge: Als sie nach zweieinhalb Jahren wegen einer Bandscheibenoperation länger ausfiel, wurde ihr Vertrag nicht verlängert.

Noch in der Erholungsphase bewarb Deva sich bei K+U und wurde eingestellt. Die Aufnahme in die Senior-Ausbildung scheiterte allerdings zunächst an der Arbeitsagentur. Die Behörde übernimmt 50 Prozent des Lohns, stellt dafür aber auch Bedingungen: Unter anderem müssen die Azubis gut Deutsch sprechen und einen Eignungstest bestehen.

Deva fiel im ersten Anlauf in beiden Punkten durch. Ein Jahr später bewilligte die Arbeitsagentur in Freiburg den Zuschuss nur unter Auflagen: K+U muss der Kosovarin Deutsch-Nachhilfe zahlen, zwei Stunden pro Woche.

### **Pilotprojekt ohne Nachahmer**

Das Geld ist gut investiert: Von den Senior-Azubis haben bislang nur zwei ihre Lehre abgebrochen, eine Quote von vier Prozent. Bei den jungen Lehrlingen ist die Abbrecherquote dreimal so hoch. Auch sonst ist Ausbildungschefin Krefft-Ebner mit ihren "Senioren" hochzufrieden: "Ihnen muss man nicht erst beibringen, dass sie 'Guten Tag' sagen, wenn ein Kunde den Laden betritt."

Umso überraschender, dass das Pilotprojekt bislang keine Nachahmer gefunden hat. Zwar gibt es immer großes Interesse, wenn Krefft-Ebner bei Seminaren über ihre Senior-Azubis spricht. Doch etwas Ähnliches starten? Das traut sich bislang kein weiteres Unternehmen.

## Senior-Azubis in der Backstube

Krefft-Ebner kann das sogar verstehen. "Der Aufwand ist enorm", sagt sie. Es sei ein "riesiger bürokratischer Akt" gewesen, die Idee zu realisieren. Für die Ausbildung musste ein komplett neuer Lehrplan entworfen werden, denn statt drei Jahren dauert sie bei den Senioren nur 24 Monate.

Für Violeta Deva hat sich der Aufwand allemal gelohnt. An ihrem ersten Schultag überraschte ihr Chef sie mit einer Schultüte. Violeta hatte ihm erzählt, dass sie damals bei ihrer Einschulung keine bekommen hatte. Deva strahlt, wenn sie sich daran erinnert: "Ich habe mich gefreut wie ein kleines Kind."

**Load-Date:** February 13, 2012

---

End of Document

## Dutzende Flüchtlinge aus Seenot gerettet

Spiegel Online

22. April 2012 Sonntag 2:40 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ÄGÄIS

**Length:** 142 words

**Highlight:** Die griechische Küstenwache hat unweit von Athen 60 Migranten aus Seenot gerettet. Ihr Boot war bei der Insel Ägina auf einen Felsen gelaufen und drohte zu sinken.;

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/0,1518,829020,00.html>

### Body

---

Athen - Von Athens Hafen Piräus aus hatten sich 60 Migranten am frühen Sonntagmorgen auf einem etwa 20 Meter langen Fischerboot nach Italien aufgemacht. Die meisten von ihnen stammten aus Pakistan, Sri Lanka und Indien.

Wie die griechische Küstenwache mitteilte, lief das Boot unterwegs jedoch auf einen Felsen und drohte im Saronischen Golf unweit von Athen zu sinken. Die Küstenwache habe alle Menschen an Bord retten können.

Bereits am Freitag waren 151 Migranten aus dem Meer vor der Südküste der Halbinsel Peloponnes gerettet worden. Sie stammten überwiegend aus afrikanischen Staaten.

In Griechenland und vor allem in Athen schafft die illegale Migration neben der Wirtschaftskrise Probleme. In dem Land mit rund 11,5 Millionen Einwohnern leben mehr als eine Million Migranten aus Nicht-EU-Staaten. Hunderttausende sind illegal in Griechenland.

*ala/dpa*

**Load-Date:** April 22, 2012

**[Bundesregierung lehnt Asyl für Snowden ab;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/abhoerskandal-bundesregierung-  
lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-931645.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/abhoerskandal-bundesregierung-lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-931645.html)**

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 639 words

**Highlight:** Trotz der vehementen Forderungen von Politikern und Prominenten bleibt die Bundesregierung hart: Sie sperrt sich gegen Asyl für Edward Snowden in Deutschland und warnt vor einem Zerwürfnis mit den USA. Eine Befragung des Whistleblowers durch einen Untersuchungsausschuss sei auch in Moskau möglich.

## Body

---

Berlin - Die Bundesregierung bleibt dabei: Edward Snowden bekommt in Deutschland nach wie vor kein Asyl. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme des Whistleblowers lägen nicht vor, sagte Regierungssprecher Steffen Seibert. Dies sei bereits im Juli geprüft worden.

Einzelheiten über die derzeit laufenden Gespräche mit den USA über ein Geheimdienstabkommen nannte Seibert nicht. Er warnte vor einem Zerwürfnis mit den USA: "Das transatlantische Bündnis bleibt für uns Deutsche von überragender Bedeutung."

Die Kanzlerin sehe sich dem Schutz der Daten und der Privatsphäre der Bürger vor unerlaubten Zugriffen verpflichtet. "Bei alledem geht es aber auch immer um unsere Sicherheits- und unsere Bündnisinteressen." Kaum ein Land habe wie Deutschland von der Freundschaft zu den USA profitiert. Dies sei von großer Bedeutung bei allen Entscheidungen der Bundesregierung.

Seibert warnte damit indirekt vor möglichen Konsequenzen, die eine Befragung Snowdens in Deutschland mit sich bringen könnte. Die Entscheidung, ob der 30-Jährige vor einem Ausschuss des Parlaments aussagen solle, treffen letztlich aber der Bundestag und dessen Gremien.

### "Er ist alles andere als ein Verbrecher"

Nach Auffassung des Innenministeriums ist eine Befragung Snowdens in Moskau möglich. "Sollte ein Untersuchungsausschuss kommen, gibt es natürlich die Möglichkeit, Snowden in Russland zu befragen", sagte der Sprecher des Innenministeriums, Jens Teschke.

Snowden hält sich derzeit in Russland auf, wo er für ein Jahr Asyl bekommen hat. Der IT-Spezialist hatte die Spähaffäre um den US-Geheimdienst NSA mit zahlreichen Dokumenten enthüllt. Er hatte in der vergangenen Woche über den Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele ausrichten lassen, dass er zu weiterer Hilfe bei der



Bundesregierung lehnt Asyl für Snowden ab <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/abhoerskandal-bundesregierung-lehnt-asyl-fuer-snowden-ab-a-931645.html>

Aufklärung bereit sei. Ströbele fordert, dass Deutschland Snowden aufnehmen solle. "Es geht nicht nur um Aufklärung, es geht auch um den humanitären Fall des Edward Snowden", betonte er am Montag noch einmal.

Auch etliche andere verlangen Asyl für den US-Bürger: Im SPIEGEL hatten sich 51 Politiker und Prominente geäußert. "Edward Snowden hat mit seinen Enthüllungen einen ungeheuren Abhörskandal aufgedeckt. Er ist alles andere als ein Verbrecher und hat einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland verdient", sagte der Grünen-Spitzenpolitiker Jürgen Trittin SPIEGEL ONLINE. Von den USA wird Snowden wegen Landesverrats gesucht, ihm droht in seiner Heimat eine langjährige Haftstrafe.

### **Ströbele soll PKG am Mittwoch berichten**

Ströbele soll am Mittwoch dem Geheimdienste-Gremium des Bundestags über sein Treffen mit Snowden berichten. Die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums (PKG) solle nach bisheriger Planung am Mittwochmorgen um acht Uhr beginnen, verlautete am Montag in Berlin aus Parlamentskreisen. Erwartet wird demnach in der Sitzung auch Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU).

Auch der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, forderte am Montag Asyl für den Ex-Mitarbeiter der NSA. Er will die Bundesregierung unter Druck setzen: Per Bundestagsbeschluss will er sie zwingen, mit Snowden zu sprechen und ihm Asyl zu gewähren.

"Es gibt einen gangbaren juristischen Weg, um Snowden sicher nach Deutschland zu holen und ihn vor einer Auslieferung an die Amerikaner zu schützen", sagte Riexinger der "Mitteldeutschen Zeitung". "Dieser Bundesregierung fehlt aber offenkundig der politische Wille."

Das Parlament müsse "der Bundesregierung auf die Sprünge helfen und sie per Beschluss dazu zwingen, dem Whistleblower Asyl und Gelegenheit zu einer Zeugenaussage zu geben". Im Bundestag stehe es 320 zu 311 für eine Aufnahme Snowdens, sagte Riexinger der Zeitung. "Drei von vier Parteien sind dafür", so seine Einschätzung. "Im Bundestag ist der politische Wille klar."

als/heb/dpa/AFP

**Load-Date:** November 15, 2013

## "Die Bundesregierung hat sich gedrückt"

SPIEGEL ONLINE

03. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 786 words

**Highlight:** "Voraussetzungen nicht gegeben": So lehnte Berlin die Aufnahme des NSA-Whistleblowers Snowden ab. Der Jurist Reinhard Marx erklärt im Interview, wie ein Asylantrag doch noch Erfolg haben könnte - und warum es der Amerikaner nicht darauf ankommen lassen sollte.

### Body

---

**SPIEGEL ONLINE:** Herr Marx, die Bundesregierung hat es es abgelehnt, dem US-amerikanischen Whistleblower Edward Snowden eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, was aus völkerrechtlichen oder dringenden humanitären Gründen möglich gewesen wäre. Können Sie das nachvollziehen?

**Marx:** Ich denke, die Bundesregierung hat sich gedrückt. Niemand will sich an so etwas die Finger verbrennen. Die Bundesrepublik hat letztlich ja auch ein Interesse daran, dass im umgekehrten Fall ihre Geheimschutzinteressen berücksichtigt würden und ein Deutscher Geheimdienstler nicht in den USA Asyl bekäme.

**SPIEGEL ONLINE:** Immerhin prüft nun die Bundesanwaltschaft die durch Snowden bekannt gewordenen Bespitzelungs- und Überwachungsvorgänge. Wäre es da nicht sinnvoll gewesen, Snowden schon deshalb eine Aufenthaltserlaubnis zu erteilen, um ihn bei möglichen deutschen Ermittlungen oder sogar einem Strafverfahren gegen NSA-Verantwortliche als Zeuge zu haben?

**Marx:** Natürlich wäre das sinnvoll gewesen. Man hat den Eindruck, dass die von Snowden gelieferten Informationen krasses Fehlverhalten der zuständigen US-Behörden aufdecken und dies hier über alle politischen Lager hinweg einhellige Empörung auslöst. Geht es jedoch ans Eingemachte, nämlich um den Schutz des Informationslieferanten, wird die Zuschreibung der US-Behörden, die man soeben noch verurteilt hat, nämlich dass Snowdens Verhalten "kriminell" sei, auf einmal akzeptiert und ihm deshalb Schutz verweigert. Glaubwürdige Politik sieht anders aus.

**SPIEGEL ONLINE:** Mit einer solchen Aufenthaltserlaubnis hätte Snowden nach Deutschland einreisen und auch bleiben dürfen. Könnte Snowden hier trotzdem noch um Asyl nachsuchen?

**Marx:** Theoretisch ja. Er müsste allerdings irgendwie - und möglichst ohne Zwischenstation - nach Deutschland kommen. Am ehesten ginge das mit dem Flugzeug. Dann könnte er bei der Einreise am Flughafen einen Asylantrag stellen.

**SPIEGEL ONLINE:** Gesetzt den Fall, er käme mit dem Flugzeug nach Deutschland - müsste man ihn dann einreisen lassen?

"Die Bundesregierung hat sich gedrückt"

**Marx:** Ich denke, ja, da er ja nicht aus einem für ihn sicheren Drittstaat käme. Allerdings käme er dann sofort in Auslieferungshaft. Schließlich wird er ja von Interpol gesucht, und Deutschland hat mit den USA ein Auslieferungsabkommen, hat also eine Auslieferungspflicht.

**SPIEGEL ONLINE:** Sein Asylantrag könnte das nicht verhindern?

**Marx:** Doch, das müsste dann eben geprüft werden. Und am Ende müssten womöglich die Gerichte entscheiden. Die Auslieferungspflicht ist durchbrochen bei politischer Verfolgung, das heißt, wenn jemand wegen eines politischen Delikts ausgeliefert werden soll, es sei denn es geht um Tötungsdelikte oder Völkermord. In Betracht käme hier der Vorwurf des Landesverrats wegen Verrats von Staatsgeheimnissen. Hierbei dürfte es sich um ein politisches Delikt handeln, weil es den Bestand des Schutzes schützt. Damit wäre Snowden per se nicht auslieferungsfähig. Die US-Regierung könnte aber auch andere, nichtpolitische Delikte anführen. Da ich das Fahndungsersuchen nicht kenne, kann ich diese Frage nicht abschließend beantworten. Außerdem könnte Snowden geltend machen, dass die Höhe der Bestrafung, die er zu erwarten hat - möglicherweise droht ihm ja sogar die Todesstrafe -, unmenschlich ist und dass er kein faires Verfahren zu erwarten hat. Auch das könnten Gründe sein, die einer Auslieferung entgegenstehen.

**SPIEGEL ONLINE:** Würde er dann auch Asyl bekommen?

**Marx:** An sich deckt sich das Asylrecht inhaltlich mit dem Auslieferungsverbot wegen politischer Verfolgung - wird er politisch verfolgt, müsste er also auch Asyl bekommen, vorausgesetzt, die weiteren Voraussetzungen liegen vor, also vor allem keine Einreise aus einem sicheren Drittstaat.

**SPIEGEL ONLINE:** Hätten die USA nichts in der Hand, die Auslieferung durchzusetzen?

**Marx:** Sie könnten ihr Auslieferungsersuchen auf nicht-politische Dinge beschränken und Zusicherungen machen, sich also verpflichten, etwa auf eine Verfolgung Snowdens wegen Verrat von Staatsgeheimnissen zu verzichten, und für den Fall der Auslieferung zumindest die Verhängung der Todesstrafe ausschließen. Dann wäre eine Auslieferung wohl rechtlich möglich.

**SPIEGEL ONLINE:** Noch vor Abschluss eines Asylverfahrens?

**Marx:** Ja, wenn eine Auslieferung rechtlich möglich ist, aber nur dann, geht sie dem Asylverfahren vor.

**SPIEGEL ONLINE:** Alles in allem: Wenn Sie Herr Snowdens Anwalt wären, würden Sie ihm raten, nach Deutschland zu kommen und hier Asyl zu beantragen?

**Marx:** Ich würde sagen: "Bloß nicht." Möglich wäre es zwar - es darauf ankommen zu lassen, hielte ich aber aus seiner Sicht für zu riskant. Und das gilt praktisch für alle westlichen Staaten.

Das Interview führte Dietmar Hipp

**Load-Date:** July 23, 2013

## USA verlangen Klarheit über Snowdens Status

SPIEGEL ONLINE

24. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 543 words

**Highlight:** Russland entscheidet über das Schicksal Edward Snowdens. In den kommenden Tagen könnte der Whistleblower den Moskauer Flughafen verlassen. Washington verlangt vom Kreml Aufklärung über den Stand der Asylprüfung.

### Body

---

Moskau - Das Weiße Haus verlangt vom Kreml Aufklärung über das Schicksal des geflohenen Ex-Agenten Edward Snowden. Russland müsse die USA über jede Veränderung bezüglich seines rechtlichen Status auf dem Laufenden halten, sagte Barack Obamas Sprecher Jay Carney am Mittwoch.

Das US-Außenministerium teilte mit, jede Entscheidung, die Snowden das Verlassen des Flughafens ermögliche, wäre "sehr enttäuschend". Am Abend telefonierte Außenminister John Kerry mit seinem Moskauer Amtskollegen Sergej Lawrow in dieser Angelegenheit.

Snowdens russischer Anwalt Anatolij Kutscherena hatte am Mittwoch erklärt, sein Mandant werde langfristig in Russland bleiben und Moskau werde den Informanten auch niemals ausliefern. Der Jurist sagte, Snowden wolle sich in Russland niederlassen und "die russische Kultur kennenlernen". Unter anderem habe er dem 30-Jährigen Dostojewskis "Schuld und Sühne" mitgebracht, sagte Kutscherena.

Bislang hatte der ehemalige Mitarbeiter des NSA nur davon gesprochen, vorübergehendes Asyl zu beantragen. Vorerst muss Snowden aber noch im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo bleiben. Die formale Prüfung seines Asylantrags zieht sich hin, Kutscherena ist jedoch zuversichtlich, dass Snowden den Airport "in den kommenden Tagen" verlassen kann.

Wenn die russischen Behörden zu dem Schluss kommen, dass der Asylantrag vollständig ausgefüllt wurde und alle Fragen korrekt beantwortet wurden, bekommt Snowden ein Dokument, das seinen Status als Asylbewerber belegt. Damit kann er sich dann in Russland frei bewegen.

Das bedeutet jedoch noch nicht, dass die Behörden auch dem Asylbegehren stattgeben. Dieses wird im Hauptverfahren geprüft, das sich bis zu drei Monate hinziehen kann.

### "Es gibt ein Auslieferungsgesuch der USA"

Am Mittwoch hatten zunächst Meldungen aus namentlich nicht genannten Justizkreisen für Verwirrung gesorgt, Russlands Einwanderungsbehörde habe das "Sprawka" genannte Dokument bereits ausgestellt. Aus

## USA verlangen Klarheit über Snowdens Status

Sicherheitskreisen verlautete zudem, Snowden habe bereits seine Sachen gepackt. Später dementierten die Grenzbehörden jedoch, dass bei ihnen bereits Unterlagen eingegangen seien. Am Abend stellte Kutscherena klar, dass sich die Bearbeitung aber hinziehe. Man habe es mit "bürokratischen Schwierigkeiten" zu tun. Beim englischsprachigen Kreml-Sender sprach er später von einer "Desinformation".

Snowden hält sich seit 23. Juni auf dem Flughafen Scheremetjewo auf. Die US-Regierung verlangt seine Auslieferung. In den USA liegt ein Haftbefehl gegen ihn vor. Die Justiz will Snowden wegen Spionage sowie Diebstahls und Weitergabe von Regierungseigentum den Prozess machen. Anwalt Kutscherena betonte gegenüber SPIEGEL ONLINE jedoch: "Es gibt bis heute kein offizielles Auslieferungsgesuch von Seiten der USA."

Der Streit über Snowdens Schicksal hat die ohnehin schon belasteten Beziehungen zwischen Washington und Moskau zuletzt zusätzlich strapaziert.

Die südamerikanischen Staaten Venezuela, Bolivien und Nicaragua haben Snowden Asyl angeboten. Weil die USA aber seinen Pass für ungültig erklärt haben und großen diplomatischen Druck auf die Länder ausüben, hatte Snowden erklärt, in Russland bleiben zu wollen.

syd/bib/dpa/Reuters/AP

**Load-Date:** August 12, 2013

---

End of Document

## Union und SPD verteidigen Absage an Snowden

SPIEGEL ONLINE

03. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 451 words

**Highlight:** Deutschland verweigert NSA-Whistleblower Edward Snowden das Asyl. Politiker von CDU und SPD verteidigen die Entscheidung. Sozialdemokrat Dieter Wiefelspütz kann "nicht erkennen, dass der Mann politisch verfolgt wird".

### Body

---

Berlin - Auch in Deutschland erhält Edward Snowden kein Asyl. Politiker von Union und SPD haben die Absage der Bundesregierung nun gerechtfertigt. Unionsfraktionsgeschäftsführer Michael Grosse-Brömer (CDU) verteidigte die Weigerung, dem US-Geheimdienst-Enthüller weder Asyl noch zumindest Aufenthalt in Deutschland zu gewähren. Dies sei "eine rechtlich fundierte" Entscheidung gewesen, sagte er am Mittwoch im ARD-"Morgenmagazin". "Wir haben klare Voraussetzungen für Asylverfahren und für den Anspruch auf Asyl, und die Voraussetzungen waren bei Herrn Snowden nicht gegeben."

Am Dienstagabend hatte die Bundesregierung einen entsprechenden Antrag des US-Bürgers abgewiesen. "Die Voraussetzungen für eine Aufnahme liegen nicht vor", teilten das Auswärtige Amt und das Innenministerium mit.

Grosse-Brömer betonte, die Sitzung des Parlamentarischen Kontrollgremiums, des für die Geheimdienste zuständigen Bundestagsgremiums, an diesem Mittwoch zu den US-Spionageaktivitäten in Europa und Deutschland sei "ein Schritt auf dem Weg zur Aufklärung".

Auch SPD-Innenpolitiker Dieter Wiefelspütz sieht keinen Grund, Snowden in Deutschland Asyl zu gewähren. "Ich kann nicht erkennen, dass der Mann politisch verfolgt wird", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung". "Er hat möglicherweise Geheimnisverrat begangen aus Gewissensgründen. Er ist vielleicht ein Held der Freiheit. Das schützt aber nicht vor den rechtlichen Konsequenzen." Snowden werde für seine Taten geradestehen müssen. Hätte er in Deutschland Geheimnisverrat begangen, würde das genauso gelten.

Die Grünen hatten die Entscheidung scharf kritisiert. Die Spitzenkandidaten Katrin Göring-Eckardt und Jürgen Trittin attackierten die Bundesregierung. "Die Absage von Angela Merkel an eine Aufnahme von Edward Snowden zeigt die ganze Scheinheiligkeit dieser Regierung. Sie gibt sich empört, unternimmt aber nichts", erklärten die Grünen-Politiker am Dienstagabend. Zuvor hatte die Partei eine Aufenthaltserlaubnis in Deutschland für Snowden gefordert.

Die politische Geschäftsführerin der Piratenpartei Katharina Nocun warf der Regierung vor, Snowden erheblichen Risiken auszusetzen. Den Whistleblower erwarteten bei Auslieferung an die USA unmenschliche Haftbedingungen und bei einer Verurteilung möglicherweise sogar die Todesstrafe. "Deutschland hält diesen

## Union und SPD verteidigen Absage an Snowden

Menschenrechtsverletzungen auch noch die Tür auf. Ich schäme mich heute für unsere Regierung", teilte Nocun mit.

Insgesamt hat Snowden in 21 Ländern um Asyl gebeten. Bisher hat der ehemalige Mitarbeiter des US-Geheimdienstes NSA entweder noch keinen Bescheid oder Ablehnungen bekommen. Nur Venezuela hat angekündigt, es sich überlegen zu wollen.

fab/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## Asylbewerberheim in Flammen

Spiegel Online

25. August 2012 Samstag 2:05 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** STUTTGART

**Length:** 281 words

**Highlight:** Als die Feuerwehr eintraf, brannte das Haus schon lichterloh: Bei einem Brand in einem Asylbewerberheim in Stuttgart sind mindestens neun Menschen verletzt worden. Hinweise auf einen Anschlag gebe es bislang nicht, erklärt ein Sprecher der Polizei.;

<http://www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/asylbewerberheim-in-stuttgart-brennt-kein-hinweis-auf-anschlag-a-852049.html>

### **Body**

---

Stuttgart - Flammen schlagen aus dem Haus, Menschen springen aus Fenstern und seilen sich mit einem Bettlaken aus dem oberen Stockwerk ab: Bei einem Feuer in einem Asylbewerberheim am Samstagmorgen im Stuttgarter Stadtteil Heumaden haben sich mindestens neun Menschen verletzt. Die Brandursache sei noch unklar.

"Wir haben aber keine Hinweise auf einen Anschlag von außen", sagte ein Polizeisprecher. Laut Deutschem Rotem Kreuz wurde ein Mensch mit schweren Brandverletzungen in ein Krankenhaus gebracht. Acht weitere Bewohner erlitten leichte Verletzungen, die meisten Rauchgasvergiftungen.

Nach Angaben des Polizeisprechers meldete ein Zeuge am frühen Samstagmorgen den Brand in dem Asylbewerberheim. Das zweite Obergeschoss und der Dachstuhl des Gebäudes gingen den Angaben zufolge in Flammen auf, den etwa 30 Bewohnern gelang es, sich ins Freie zu retten. Einige seien aus dem Fenster gesprungen, ein Mann habe sich dem Vernehmen nach mit einem Bettlaken abgeseilt, sagte der Polizeisprecher.

Die Geretteten standen den Angaben zufolge unter Schock, sie wurden von Feuerwehr und Rettungskräften betreut. Der Sachschaden wird dem Sprecher zufolge auf etwa 100.000 Euro geschätzt. Wann nähere Erkenntnisse zur Brandursache vorliegen, war unklar, da sich die Ermittlungen wegen der Einsturzgefahr schwierig gestalteten. Die Ermittler konnten das Gebäude zunächst nicht betreten. Ein Bagger habe am Mittag damit begonnen, Gebäudeteile abzutragen, damit man an die Zimmer komme.

Nach Angaben der Stadt sind insgesamt 65 Asylbewerber betroffen, 35 konnten kurzfristig in ähnlichen Unterkünften untergebracht werden. Für die anderen suche man nach einer Lösung, versicherte ein Sprecher.

nik/dpa

**Load-Date:** August 25, 2012



---

End of Document

**Regierungschef kritisiert deutsche Leistungen für Asylbewerber;**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/serbien-kritisiert-deutsche-leistungen-fuer-asylbewerber-a-941037.html>**

SPIEGEL ONLINE

27. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 156 words

**Highlight:** Von nirgendwo sonst kommen derzeit so viele **Asylbewerber** nach Deutschland wie aus Serbien. Regierungschef Dacic wirft seinen Landsleuten vor, nur wegen des Geldes in die Fremde zu ziehen. Für sein eigenes Land fürchtet er Konsequenzen.

## **Body**

---

Belgrad - Deutschland bietet nach Ansicht des serbischen Regierungschefs Ivica Dacic **Asylsuchenden** zu große finanzielle Anreize. "Sie kommen nicht, um **Asyl** zu erhalten, sondern um Geld zu nehmen, weil das Entgelt hoch ist und es sich für sie auszahlt", sagte der Politiker am Freitag in Belgrad. Die monatlich gezahlten 500 bis 600 Euro pro **Asylbewerber** überstiegen bei weitem das serbische Durchschnittseinkommen.

Mit knapp 5000 Asylanträgen zwischen September und November lag Serbien klar auf dem ersten Platz, hatte das Bundesamt für Migration im Dezember mitgeteilt. Insgesamt dürften es im laufenden Jahr wie im Vorjahr rund 19.000 Bewerber aus Serbien sein, schätzten die serbischen Behörden am Freitag in Belgrad.

Sollte der Zustrom andauern, drohe dem Balkanland die erneute Einführung von Visa, befürchtete Dacic. Eine solche Entscheidung sei "katastrophal", zitierte die Agentur Beta den Politiker.

ler/dpa

**Load-Date:** December 28, 2013

**"Welcome Edward!"; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/edward-snowden-politiker-und-prominente-wollen-asyl-fuer-whistleblower-a-931468.html>**

SPIEGEL ONLINE

03. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 660 words

**Highlight:** Heiner Geißler will Edward Snowden "unbedingt" in Deutschland aufnehmen, Udo Lindenberg macht schon mal ein Zimmer im Hotel Atlantic klar: Im SPIEGEL fordern Politiker und Prominente Asyl für den Whistleblower. Doch die Bundesregierung scheut politischen Ärger.

## Body

---

Hamburg - In der Debatte um ein mögliches Asylangebot Deutschlands an Edward Snowden setzen sich im SPIEGEL zahlreiche Publizisten, Schauspieler, Politiker und Sportler für den Whistleblower ein. Neben Oppositionspolitikern wie dem Linken-Fraktionschef Gregor Gysi bekommt er Unterstützung von unerwarteter Seite: Der frühere CDU-Generalsekretär Heiner Geißler will Snowden "unbedingt" Asyl gewähren. Er sei zwar traurig über die Verschlechterung der transatlantischen Beziehungen, aber: "Snowden hat der westlichen Welt einen großen Dienst erwiesen. Jetzt ist es an uns, ihm zu helfen."

Auch sozialdemokratische Politiker fordern ein Asyl: "Snowden ist ein Held, kein Verräter", sagte Axel Schäfer, Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion dem SPIEGEL. Man müsse genau prüfen, "ob es nicht doch einen Weg gibt, Snowden in Deutschland Asyl anzubieten". Ähnlich sieht es der Außen- und Verteidigungspolitiker Lars Klingbeil. "Deutschland muss prüfen, ob es möglich ist, Edward Snowden Asyl zu gewähren." Dies fordert auch der Bremer SPD-Landeschef Andreas Bovenschulte. Sein schleswig-holsteinischer Kollege Ralf Stegner sagte: "Deutschland muss darauf hinwirken, dass es eine europäische Lösung gibt."

Der Whistleblower Edward Snowden hatte interne Unterlagen des US-Geheimdienstes NSA kopiert und außer Landes gebracht. Er lebt zurzeit mit befristetem Bleiberecht in Russland. Snowden hatte sich grundsätzlich bereit erklärt, offiziell in Deutschland auszusagen - will dafür aber die Garantie, nicht an die USA überstellt zu werden. Die hat einen entsprechenden Auslieferungsantrag für alle Fälle bereits an die Bundesregierung übermittelt.

### "Welcome Edward"

Die Bundesregierung sitzt in der Klemme: Für seine Aussage möchte der Whistleblower Schutz, der aber würde zu einer Verstimmung auf Seiten der USA führen. Bis zum Sommer des kommenden Jahres kann er in Russland bleiben, wie es danach weitergeht, ist noch völlig unklar. Zwar könnte er Russland verlassen, für einen erneuten Aufenthalt müsste er aber erneut ein Asylgesuch stellen.

"Welcome Edward!" <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/edward-snowden-politiker-und-prominente-wollen-asyl-fuer-whistleblower-a-931468.html>

Führende Vertreter von CDU und CSU zeigen sich zwar offen dafür, Snowden im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Moskau zu vernehmen. "Dagegen spricht nichts", sagte der Parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller. So sieht es auch der CDU-Innenexperte Wolfgang Bosbach: "Wenn der Bundestag einen NSA-Untersuchungsausschuss einsetzen sollte, wäre Snowden ein besonders wichtiger Zeuge."

Während Regierung und Union mit sich hadern, äußern Prominente ihre Unterstützung für den Whistleblower: Der Schriftsteller Ferdinand von Schirach lobt Snowden im SPIEGEL für den Verstoß gegen seine Geheimhaltungspflichten, schließlich gebe es auch eine "Pflicht des Bürgers zum Ungehorsam gegen den Staat", wenn es um Gerechtigkeit gehe.

Der Präsident der Fußball-Bundesliga, Reinhard Rauball, kritisiert "erhebliche Beeinträchtigungen der Menschenrechte" durch willkürliche Überwachung und lobt Snowdens uneigennütziges Handeln. Während Moderator Oliver Welke dem Amerikaner gern das Bundesverdienstkreuz verleihen würde, will sich Musiker Udo Lindenberg persönlich kümmern: "Im Atlantic-Hotel kann ich bestimmt ein Zimmer für ihn klarmachen - welcome Edward."

### **Snowden schreibt Manifest**

Im neuen SPIEGEL veröffentlicht der ehemalige NSA-Mitarbeiter Snowden ein Manifest, in dem er für Meinungsfreiheit und offene Gesellschaften wirbt: "Wer die Wahrheit ausspricht, begeht kein Verbrechen", schreibt Snowden. Massenüberwachung sei ein globales Problem, das globale Lösungen brauche.

Snowden kritisiert, dass einige Regierungen auf seine Enthüllungen in den vergangenen Monaten mit einer "noch nie da gewesenen Verfolgungskampagne" reagiert hätten. Den Text, den der SPIEGEL veröffentlicht, schrieb Snowden am 1. November 2013 in Moskau. Er erreichte die SPIEGEL-Redaktion über einen verschlüsselten Kanal am Abend desselben Tages.

ore

**Load-Date:** November 15, 2013

## OECD kritisiert Betreuungsgeld scharf

Spiegel Online

11. Juni 2012 Montag 8:04 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** UMSTRITTENE HERDPRÄMIE

**Length:** 557 words

**Highlight:** Bisher stritt Schwarz-Gelb vor allem intern, nun kommt auch aus dem Ausland Kritik am Betreuungsgeld: Laut einer Studie der OECD verleitet die sogenannte Herdprämie Frauen dazu, sich keine Arbeit zu suchen. Dies gelte vor allem für Migrantinnen. Kanzlerin Merkel macht das Thema jetzt zur Chefsache.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/betreuungsgeld-haelt-laut-oecd-frauen-vom-arbeiten-ab-a-838057.html>

### Body

---

Berlin - In der Debatte um das Betreuungsgeld bekommt die Bundesregierung einem Zeitungsbericht zufolge nun auch Gegenwind von der OECD. Die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung kommt in einer Studie zu dem Ergebnis, dass eine solche Maßnahme die Beschäftigungsquote von Frauen schwächt und sich auch allgemein negativ auf die Integration von Zuwanderern auswirkt, wie die "Welt" unter Berufung auf die Ergebnisse der Studie berichtet. Sie wird am Montag in Paris offiziell veröffentlicht.

Besonders Frauen aus Zuwandererfamilien mit sozial schwachem Hintergrund tendierten dazu, Geld vom Staat anzunehmen und ihre Kinder zu Hause zu versorgen, statt eine Arbeitsstelle und Betreuung zu suchen. So sei in Norwegen die Quote der am Arbeitsmarkt beteiligten Zuwanderinnen in der Folge des Betreuungsgelds um 15 Prozent gesunken. "Subventionen, die Eltern gezahlt werden, deren Kinder nicht in einen Kindergarten gehen, können sich auf die Arbeitsmarktbeteiligung von Zuwandererfrauen höchst nachteilig auswirken. Dies gilt besonders für gering ausgebildete Frauen mit mehreren Kindern, die in Ländern mit hohen Betreuungskosten leben", heiße es in der Studie "Jobs for Immigrants", die Zahlen aus Norwegen, Österreich und der Schweiz auswertet.

Aber nicht nur in Bezug auf die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, sondern ganz generell könne sich das Betreuungsgeld negativ auf die Integration von Zuwanderern auswirken: "Die Integration von Zuwanderermüttern in den Arbeitsmarkt - besonders jene mit geringer Ausbildung - ist direkt verbunden mit der Bildung ihrer Kinder. Es gibt zunehmend klare Belege dafür, dass die Teilnahme an kindlicher Bildung für ab Dreijährige einen starken Einfluss auf den Bildungsweg von Kindern aus sozial schwachen Zuwandererfamilien hat. Nachweislich profitiert diese Gruppe am meisten von den Bildungsangeboten."

### Merkel trifft sich mit Unionsfrauen

Das Betreuungsgeld ist auch in der schwarz-gelben Koalition umstritten. Zudem gibt es Zweifel, ob der vom Kabinett verabschiedete Gesetzentwurf mit dem Grundgesetz vereinbar ist. Hamburgs Bürgermeister Olaf Scholz

## OECD kritisiert Betreuungsgeld scharf

(SPD) lässt eine Klage gegen das Betreuungsgeld prüfen, weil der Bund dafür wahrscheinlich keine alleinige Gesetzgebungskompetenz habe. Auch die Vorsitzende des Familienausschusses im Bundestag, Sibylle Laurischk (FDP), teilt die verfassungsrechtlichen Bedenken gegen die Geldleistung.

Bundeschancellor Angela Merkel (CDU) will sich am Donnerstag mit den Frauen der Unionsfraktion treffen, um deren Unmut über das Betreuungsgeld, den schleppenden Krippenausbau und die bisher ergebnislose Debatte um eine Frauenquote zu dämpfen. An dem Gespräch will nach Angaben ihres Hauses auch Familienministerin Kristina Schröder (CDU) teilnehmen. Die Gruppe der Frauen lehnt die Einführung des Betreuungsgelds ab.

Das Betreuungsgeld soll an Eltern von Kindern zwischen dem 13. und 36. Lebensmonat gezahlt werden, wenn sie keine öffentlich geförderte Betreuung oder eine kommunal bezuschusste Tagesmutter in Anspruch nehmen. Vom 1. Januar 2013 an sollen zunächst 100 Euro für Kinder im zweiten Lebensjahr, ab 2014 dann 150 Euro pro Monat für Kinder im zweiten und dritten Lebensjahr gezahlt werden. Das Geld erhalten auch Eltern, die berufstätig sind. Hartz-IV-Empfänger profitieren allerdings von der Leistung nicht.

*fab/dpa/Reuters*

**Load-Date:** June 11, 2012

---

End of Document

## Snowden weist Putins Asylbedingung zurück

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 782 words

**Highlight:** Der NSA-Whistleblower Edward Snowden hat das **Asylangebot** Russlands nach Angaben des Kreml ausgeschlagen. Grund für die Absage sind demnach die Bedingungen, die Staatschef Putin gestellt hatte: mit den Enthüllungen "gegen unsere amerikanischen Partner" aufzuhören.

### Body

---

Berlin/Moskau - Was wird aus Edward Snowden? Seit Tagen sitzt der frühere US-Geheimdienstler auf dem Moskauer Flughafen Scheremetjewo fest, nun verzichtet er nach Kreml-Angaben auf **Asyl** in Russland. Der von den USA Gesuchte habe seinen Antrag zurückgezogen, sagte Kreml-Sprecher Dmitrij Peskow Agenturen zufolge. Grund seien die von Präsident Wladimir Putin genannten **Asylbedingungen**.

Kreml-Chef Wladimir Putin hatte dem Whistleblower auf einer Pressekonferenz am Montag ein Bleiberecht eingeräumt. Mit süffisantem Unterton gab der Präsident auch gleich die Bedingung bekannt: Snowden dürfe "unseren amerikanischen Partnern" nicht weiter schaden. Mit den russischen Geheimdiensten arbeite Snowden nicht zusammen. Snowden halte sich für einen echten Kämpfer für Wahrheit und Gerechtigkeit, sagte Kreml-Sprecher Peskow. Russland werde ihn aber nicht ausliefern, weil in den USA die Todesstrafe verhängt werde.

Damit ist das persönliche Schicksal Snowdens weiter offen. Der IT-Experte hält sich seit fast zehn Tagen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo auf. Er hat weder einen gültigen Pass noch ein russisches Visum.

Snowden hat nun in weltweit 21 Ländern um Asyl gebeten. Auch Deutschland befindet sich auf dieser Liste, die am Dienstag von der Enthüllungsplattform WikiLeaks im Internet veröffentlicht wurde. Die Anträge seien einem Beamten des russischen Konsulats am Moskauer Flughafen Scheremetjewo übergeben worden und sollen den entsprechenden Botschaften in Moskau weitergeleitet werden.

#### **Polen will Snowden kein Asyl gewähren**

Nach dieser Aufstellung sucht Snowden Asyl in Ecuador und Island, in Österreich, Bolivien, Brasilien, China, Kuba, Finnland, Frankreich, Deutschland, Indien, Italien, Irland, den Niederlanden, Nicaragua, Norwegen, Polen, Russland, Spanien, der Schweiz und in Venezuela. In viele europäischen Ländern, darunter in Deutschland, ist es allerdings erforderlich, dass der Antragsteller sich bereits im Land befindet. Spanien, Österreich und Polen haben unter Verweis auf diese Regelung bereits eine Absage erteilt.

## Snowden weist Putins Asylbedingung zurück

Auch Ecuador zieht sich darauf zurück, dass Snowden auf ecuadorianischem Boden Asyl beantragen müsse. Indien will Snowden nicht aufnehmen, "wir sehen keinen Grund, den Asylantrag zu akzeptieren", hieß es aus dem Außenministerium. Der venezolanische Präsident Nicolas Maduro sagte hingegen, sein Land habe noch keine Anfrage erhalten und werde erst entscheiden, wenn eine solche eingegangen sei. Weitere Äußerungen Maduros lassen aber die Vermutung zu, dass Venezuela Asyl gewähren könnte: "Er verdient weltweiten Schutz", sagte Maduro, "er hat der Welt einen Dienst erwiesen."

Zuvor hatte Snowden in einer Online-Stellungnahme schwere Vorwürfe gegen sein Heimatland USA erhoben. Vor allem kritisiert er, dass die Regierung in Washington seine Bemühungen blockiere, Asyl zu finden. So lasse Präsident Barack Obama "Druck auf die Staatsführer der Welt" ausüben, "die ich um Schutz gebeten habe". Obwohl er wegen keiner Straftat schuldiggesprochen worden sei, habe man seinen Reisepass für ungültig erklärt und ihn so zum Staatenlosen gemacht.

### Obama bemüht sich um Deeskalation

Mit seinen Veröffentlichungen über die Spionageaktionen des US-Geheimdienstes NSA hat Snowden für Missstimmung zwischen der Obama-Regierung und europäischen Regierungen gesorgt. Vor allem in Deutschland und Frankreich gibt es heftige Kritik an den Abhörangriffen der US-Spione, die millionenfach E-Mail- und Telefonverbindungen überwacht hatten. Nach tagelangem Schweigen hat auch Kanzlerin Angela Merkel verärgert reagiert. Laut SPIEGEL-Informationen wurden allein in Deutschland mehr als 500 Millionen Kommunikationsverbindungen monatlich angezapft.

US-Präsident Barack Obama versuchte am Montag während seiner Afrika-Reise die Affäre kleinzureden: Man werde den SPIEGEL-Artikel prüfen und danach die "Verbündeten angemessen unterrichten". Er deutet auch an, dass es in allen europäischen Hauptstädten Überwachungen gebe. So arbeiteten Geheimdienste nun mal. In Bezug auf Deutschland sagte Obama: "Wenn ich wissen will, was Kanzlerin Merkel denkt, dann rufe ich Kanzlerin Merkel an (...) letztlich arbeiten wir so eng zusammen, dass es fast keine Informationen gibt, die wir nicht zwischen unseren Ländern teilen".

Die Bundesregierung weist jegliche Mitwisserschaft zurück. Und die hartnäckigen Gerüchte, dass die Amerikaner zumindest einen Teil ihres Überwachungsprogramms auf deutschem Boden präzise abgesprochen haben sollen? Bislang hat der BND SPIEGEL-Anfragen vehement dementiert, Kommunikationsverbindungsdaten aus Deutschland an die NSA geliefert zu haben.

ffr/jok/sef/dpa/Reuters

**Load-Date:** July 23, 2013



## **Ecuador gewährt Assange Asyl**

Spiegel Online

16. August 2012 Donnerstag 2:41 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIKILEAKS-GRÜNDER

**Length:** 359 words

**Highlight:** Ecuador riskiert die Machtprobe mit Großbritannien. Das Land will WikiLeaks-Gründer Julian Assange **Asyl** gewähren, der sich seit Wochen in der Botschaft des Landes in London aufhält. Die Briten jedoch wollen ihn nach Schweden ausliefern, wo die Staatsanwaltschaft ihn zu Vergewaltigungsvorwürfen befragen will.;  
<http://www.spiegel.de/politik/ausland/ecuador-will-wikileaks-gruender-julian-assange-asyl-gewaehren-a-850404.html>

### **Body**

---

London/Quito - WikiLeaks-Gründer Julian Assange soll **Asyl** in Ecuador erhalten. Das gab Ricardo Patiño, Außenminister des südamerikanischen Landes, am Donnerstag in einer Pressekonferenz in Quito bekannt. **Asyl** sei ein "fundamentales Menschenrecht", sagte Patiño. Das Land stellt sich damit offen gegen die britische Regierung, die Assange an Schweden ausliefern will.

Assange hält sich seit dem 19. Juni in der Londoner Botschaft des südamerikanischen Landes auf, um der Auslieferung zu entgehen. Die Staatsanwaltschaft in Schweden will Assange zu Vorwürfen befragen, er habe im Sommer 2010 zwei Frauen sexuell belästigt und eine von ihnen vergewaltigt. Der Australier bestreitet dies.

Das britische Außenministerium zeigte sich in einem ersten Statement über Twitter "enttäuscht" über die Entscheidung in Quito. Man hoffe aber weiterhin auf eine Verhandlungslösung, die es den britischen Behörden erlaube, ihren Verpflichtungen auf Grundlage der Auslieferungsgesetze nachzukommen. Ein Vertreter des Ministeriums hatte zuletzt angekündigt, die Ausreise von Assange nicht zu erlauben - selbst, wenn Ecuador ihm Asyl gewähren sollte. Er werde festgenommen, sobald er die ecuadorianische Botschaft verlasse.

#### **Asyl, um Assanges Leben zu schützen**

Assange will die Auslieferung nach Schweden umgehen, weil er fürchtet, von dort in die USA überstellt zu werden. Seine Plattform WikiLeaks hatte Tausende Depeschen öffentlich gemacht, die die Rolle der USA in verschiedenen internationalen Konflikten, unter anderem in Afghanistan und im Irak, öffentlich machten.

Wie Patiño am Donnerstag sagte, habe man Assange Asyl gewährt, um sein Leben vor Verfolgungsrisiken in den USA zu schützen. Dort könnte ihm wegen der Veröffentlichung der Geheimdokumente die Todesstrafe drohen.

Seit Donnerstagsmorgen bewachen zahlreiche Polizisten die Botschaft in London. Patiño beschuldigte Großbritannien, mit einem Eindringen in die Botschaft gedroht zu haben. Ecuador verwahre sich "gegen die

## Ecuador gewährt Assange Asyl

ausdrückliche Drohung in der britischen Kommunikation". Das britische Außenministerium entgegnete, es habe Ecuador auf einige "einschlägige Vorschriften unseres Rechts" hingewiesen.

*hen/aar/dapd/dpa*

**Load-Date:** August 16, 2012

---

End of Document

## Großbritannien gewährt russischem Banker Asyl

Spiegel Online

1. März 2013 Freitag 8:03 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** EMPÖRUNG IM KREML

**Length:** 497 words

**Byline:** Carsten Volkery

**Highlight:** London bestätigt seinen Ruf als Zufluchtsort russischer Superreicher. Der in Russland gesuchte Top-Banker Andrej Borodin erhält politisches **Asyl**. Die Regierung in Moskau ist verärgert.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/grossbritannien-gewaehrt-russischem-banker-borodin-asyl-a-886468.html>

### Body

---

Das britisch-russische Verhältnis, ohnehin nicht das wärmste, wird von einem neuen Streit belastet. Die britische Regierung hat dem früheren russischen Spitzenbanker Andrej Borodin nach zweijährigem Aufenthalt in England politisches **Asyl** gewährt. Das berichten die russische Zeitung Vedomosti und die BBC. Eine offizielle Begründung für die Entscheidung wurde zunächst nicht bekannt.

Die Regierung in Moskau reagierte wütend. "Sobald Sie 'politische Verfolgung' schreien, kriegen Sie garantiert politisches Asyl", sagte eine Sprecherin des russischen Premierministers Dmitrij Medwedew. "Wir bedauern, dass dieser einfache Trick im Vereinigten Königreich mal wieder funktioniert hat". Borodin sei ein "einfacher Krimineller".

Der 45-jährige Multimillionär ist in Russland des Betrugs angeklagt. Der frühere Chef der Bank Moskwy soll den Stadthaushalt Moskaus um mehrere hundert Millionen Euro erleichtert haben. Er selbst nennt die Vorwürfe politisch motiviert. Der damalige Präsident Medwedew habe ihn aus der Bank und aus dem Land gedrängt, sagt Borodin.

Die Geschichte klingt vertraut: Viele Londoner Exilanten aus Moskau behaupten, Opfer der Ränkespiele im Kreml zu sein. Auch der frühere Jelzin-Vertraute Boris Beresowski erhielt Asyl in Großbritannien, als er sich mit dem neuen Machthaber Wladimir Putin überwarf.

Die Faktenlage im Fall Borodin ist schwer zu durchschauen. Es begann offensichtlich im Herbst 2010, als Medwedew den langjährigen Moskauer Bürgermeister Jurij Luschkow feuerte. Borodin, ein enger Vertrauter Luschkows, war damals Chef der Bank Moskwy, die zu 46 Prozent der Stadt gehörte. Der neue Bürgermeister stellte die Bank zum Verkauf. Die Staatsbank VTB meldete Interesse an. Im Zuge einer Buchprüfung wurden dann Geheimkonten entdeckt, mittels derer Borodin sich bereichert haben soll. Auch soll ein Großteil der Kredite in den Büchern faul gewesen sein, was die größte staatliche Rettungsaktion einer russischen Bank zur Folge hatte.

Borodin bestreitet bis heute, dass die Bank staatliche Hilfe brauchte. Doch es half nichts. Im April 2011 wurden er und sein Stellvertreter entlassen. Seinen 20-Prozent-Anteil an der Bank verkaufte er für geschätzte 600 Millionen

## Großbritannien gewährt russischem Banker Asyl

Euro an einen Mittelsmann, der ihn an die VTB weiterverkaufte. Seither lebt der Ex-Banker in England. 2012 kaufte er sich im vornehmen Henley-on-Thames das bis dahin teuerste Haus Großbritanniens für 140 Millionen Pfund.

Wie andere russische Exilanten vor ihm stellte Borodin sogleich Asylantrag. Das schützte ihn vor der Auslieferung. Seit November 2011 wird er von Interpol wegen Betrugs gesucht. Die Entscheidung der britischen Regierung entzieht ihn nun vollends dem Arm der russischen Justiz.

Russische Kommentatoren reagierten empört. Wieder einmal zeige sich, dass London das Mekka für russische Oligarchen mit einer fragwürdigen Vergangenheit sei, die auf der Flucht vor der Strafverfolgung seien, schrieb die "Voice of Russia". "Wieso gewähren sie einem Mann mit einem solchen Ruf Asyl?"

**Load-Date:** March 2, 2013

---

End of Document

## **Irakischer Mann stirbt nach Messer-Attacke**

Spiegel Online

12. August 2012 Sonntag 6:11 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AUSLÄNDERHASS IN GRIECHENLAND

**Length:** 196 words

**Highlight:** Im Krisenland Griechenland wächst die soziale Unzufriedenheit. Rechtsextreme hetzen in der Finanzkrise gegen Ausländer. Jetzt hat der Hass einen 19-jährigen **Migranten** aus dem Irak das Leben gekostet. Er starb nach einem Überfall an seinen schweren Verletzungen.;

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/auslaenderhass-in-griechenland-iraker-stirbt-nach-messer-attacke-a-849631.html>

### **Body**

---

Athen - Ein 19-Jähriger Mann aus dem Irak ist in einem Athener Krankenhaus gestorben, nachdem er brutal überfallen worden war. Fünf Unbekannte hatten ihn im Zentrum der griechischen Hauptstadt mit einem Messer schwer verletzt.

Wie Augenzeugen berichteten, hatten die Täter zuvor zwei andere dunkelhäutige Ausländer angegriffen. Diese hätten sich aber in Sicherheit bringen können, sagte ein Polizeioffizier. Dabei handelte es sich nach Angaben der Zeitung "Kathimerini" um einen Migranten aus Rumänien und einen aus Marokko.

Der Minister für Öffentliche Ordnung, Nikolaos Dendias, verurteilte die Tat. Er kündigte an, dass Staat und Justiz "unerbittlich gegen die Täter dieser Verbrechen" vorgehen werde.

Wegen der dramatischen Finanzlage, der hohen Arbeitslosigkeit und der großen Zahl von Migranten und Flüchtlinge aus asiatischen und afrikanischen Ländern hat sich in Griechenland eine fremdenfeindliche Stimmung gebildet. Rechtsextreme hetzen immer wieder gegen Ausländer.

Bei der letzten Parlamentswahl konnten die ausländerfeindlichen und rassistischen Kräfte der "Goldenen Morgenröte" damit punkten: Sie sind im griechischen Parlament jetzt mit 18 Abgeordneten vertreten.

heb/dpa

**Load-Date:** August 13, 2012

## Ausgerechnet Ecuador

Spiegel Online

20. Juni 2012 Mittwoch 12:30 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BOTSCHAFTSFLÜCHTLING ASSANGE

**Length:** 896 words

**Byline:** Judith Horchert

Konrad Lischka

Ole Reißmann

**Highlight:** WikiLeaks-Gründer Assange ist in die ecuadorianische Botschaft in London geflohen und hat um Asyl gebeten - ein verblüffendes, riskantes Manöver. Ecuador ist alles andere als ein Hort der Menschenrechte. Wird Assanges Antrag abgelehnt, droht ihm die sofortige Verhaftung in Großbritannien.;

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/julian-assange-fliegt-in-botschaft-alles-auf-ecuador-a-839906.html>

## **Body**

---

Ist Julian Assange ein politisch Verfolgter? Gibt es einen Grund, ihm Asyl zu gewähren? Diese Fragen müssen die ecuadorianischen Behörden jetzt beantworten. Assange ist Mitgründer der Plattform WikiLeaks, auf der Hunderttausende geheime US-Dokumente veröffentlicht wurden. Er ist am Dienstagnachmittag in die Botschaft Ecuadors in der britischen Hauptstadt geflohen - und hat einen Antrag auf Asyl gestellt.

Man habe die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen unterschrieben und sich damit verpflichtet, jeden Asylantrag zu prüfen, teilte der ecuadorianische Botschafter mit. Bis zu einer Entscheidung der Behörden werde Assange in der Botschaft bleiben und unter dem Schutz der ecuadorianischen Regierung stehen. Die Entscheidung, den Asylantrag zu prüfen, dürfe nicht als Einmischung in die juristischen Verfahren in Großbritannien und Schweden gewertet werden, so der Botschafter.

Die Flucht auf exterritoriales Gelände ist ein Versuch Assanges, sich einer Auslieferung nach Schweden zu entziehen. Dort soll der 40-Jährige zu Vergewaltigungsvorwürfen Stellung nehmen. Zwei Schwedinnen werfen ihm sexuelle Nötigung vor, die Staatsanwaltschaft Göteborg ermittelt.

Assange fürchtet aber, von Schweden an die USA ausgeliefert zu werden - wobei die Auslieferung dort komplizierter sein dürfte als in Großbritannien. Es gibt Hinweise, dass US-Behörden an einer Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer arbeiten, womöglich liegt auch bereits eine geheime, "versiegelte" Anklage vor. Der mutmaßliche Whistleblower Bradley Manning, der einen Großteil der geheimen Dokumente von Militärrechtern kopiert haben soll, sitzt bereits im Gefängnis. Assange könnte nach US-Recht wegen Beteiligung an einer

Verschörung zum Geheimnisverrat angeklagt werden - wenn ihm nachgewiesen wird, dass er Manning angestiftet hat.

### **Assange-Unterstützer überrascht**

Weil die schwedischen Strafverfolger 2010 einen internationalen Haftbefehl ausgestellt hatten, wurde Assange gesucht - er stellte sich daraufhin der britischen Polizei. Während er mit allen juristischen Mitteln und bis hin zum Obersten Gerichtshof gegen die Auslieferung vorging, kam er auf Kautionsfrei und stand unter Hausarrest. Zuflucht fand er bei einem Freund mit Landsitz in der Grafschaft Suffolk. Nachdem Assange auch in letzter Instanz scheiterte, stand seine Auslieferung kurz bevor.

Unterstützer wie der Filmemacher Michael Moore hatten für die Kautionsfrei in Höhe von 240.000 Pfund (200.000 davon wurden in bar hinterlegt) gesammelt. Diese Unterstützer hatte Assange in sein Asylgesuch offenbar nicht eingeweiht. Auf Twitter vom "Guardian"-Journalisten Ian Katz nach der Kautionsfrei befragt, antwortet die bekannte Assange-Unterstützerin Jemima Khan: "Ich hatte erwartet, dass er sich den Anschuldigen stellt. Ich bin davon genauso überrascht worden wie alle anderen." Ebenso äußerte sich Assanges Anwalt in Schweden. Die Polizei in London teilte laut "Guardian" mit, Assange habe nun eine seiner Kautionsauflagen verletzt. Er sei nun laut Gesetz zur Festnahme ausgeschrieben.

Ob Ecuador dem Asylgesuch stattgeben wird, ist völlig unklar. Im November 2010 hatte der stellvertretende Außenminister Ecuadors Assange Asyl angeboten - ein Vorstoß, den der Präsident damals als nicht mit dem Außenminister Ricardo Patiño abgesprochen zurückwies. Assange hatte den ecuadorianischen Präsidenten Rafael Correa Ende Mai dieses Jahres in seiner Talkshow für den russischen Auslandssender Russia Today interviewt. Der selbsternannte "Linksnationalist" hatte dem WikiLeaks-Aktivisten Mut zugesprochen.

### **Ecuador und USA im Streit**

Das Verhältnis Ecuadors zu den USA ist angespannt. Präsident Correa hat den Vertrag über die Nutzung einer Militärbasis durch US-Streitkräfte in seinem Land auslaufen lassen. Nach Veröffentlichung der US-Botschaftsdepeschen durch WikiLeaks wurde im April 2011 der US-Botschafter des Landes verwiesen. In einer Meldung in die USA hieß es, Correa habe von Korruption in der Polizeiführung des Landes gewusst. Washington hatte daraufhin den ecuadorianischen Botschafter gebeten, das Land zu verlassen.

Als Whistleblower, Aktivist und Journalist könnte es Assange in Ecuador allerdings schwer haben. Die nichtstaatliche Organisation Human Rights Watch schreibt in einem Bericht vom November 2011, die ecuadorianische Justiz sei viele Jahre durch Korruption, Ineffizienz und politische Einflussnahme behindert worden. Auf der aktuellen "Rangliste der Pressefreiheit" der Organisation Reporter ohne Grenzen rangiert das Land auf Platz 101.

Präsident Correa hatte 2011 den Journalisten Emilio Palacio und mehrere Manager der Tageszeitung "El Universal" verklagt. Der Präsident fühlte sich durch einen Kommentar beleidigt, in dem Palacio ihn als "Diktator" bezeichnete. Im Februar 2012 bestätigte der High Court Ecuadors das Urteil unterer Instanzen: Palacio soll für drei Jahre ins Gefängnis, er muss dem Präsidenten umgerechnet 30 Millionen Dollar zahlen, die Zeitung wurde zu einer Zahlung von 10 Millionen Dollar verurteilt. Emilio Palacio ist in die Vereinigten Staaten geflohen, er lebt in Miami und hat laut CNN Asyl beantragt.

In der ecuadorianischen Botschaft am Hyde Park ging am Mittwochvormittag zunächst niemand ans Telefon - es ist aber davon auszugehen, dass Assange sich weiterhin in der Botschaft aufhält. Der Außenminister des Landes, Ricardo Patiño, sprach von einer "höchst delikaten Angelegenheit".

**Load-Date:** June 20, 2012

## EU plant Visazwang für Balkanländer

Spiegel Online

8. April 2013 Montag 10:49 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** DRUCK AUS DEUTSCHLAND

**Length:** 456 words

**Highlight:** Reisende vom Balkan dürften es bald schwerer haben. Deutschland setzt sich seit Monaten für eine Aufhebung der Visafreiheit ein - und bekommt nun Rückhalt aus der EU. Hunderttausenden jungen Serben und Mazedoniern droht bald eine zeitlich begrenzte Visumpflicht.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/balkan-staaten-eu-befuerwortet-aufhebung-der-visafreiheit-a-893238.html>

### Body

---

Brüssel - Deutschland bekommt im Streit um steigende Asylbewerberzahlen Rückendeckung aus Brüssel. Die EU-Staaten dürfen voraussichtlich schon bald im Notfall von Reisenden aus den Balkanländern wieder Visa verlangen. Der zuständige Ausschuss des Europaparlaments stimmte am Montag in Brüssel dafür, dass EU-Länder die Visafreiheit für Staatsangehörige aus bestimmten Nicht-EU-Ländern - etwa den Balkanstaaten Serbien und Mazedonien - für eine begrenzte Zeit aussetzen können.

Städte und Gemeinden hatten angesichts der steigenden Zahl von Asylbewerbern vom Balkan die Wiedereinführung der Visapflicht und eine Beschleunigung von Asylverfahren gefordert. Alleine im Januar dieses Jahres stellten 7000 Menschen einen Asylantrag in Deutschland. Dies waren rund 50 Prozent mehr Anträge als im Vormonat und etwa 60 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Auf EU-Ebene hatte sich vor allem Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich für eine Veränderung der Visafreiheit eingesetzt.

Das Plenum des Europaparlaments und die Mitgliedsstaaten müssen nun noch darüber abstimmen.

Angesichts wachsender Asylbewerberzahlen hatten sechs Staaten - darunter Deutschland und Frankreich - von der EU verlangt, eine Notfall-Klausel zu vereinbaren, die eine Visapflicht ermöglicht. Seit Monaten debattieren EU-Parlament, EU-Kommission und Rat darüber. Nun sollen die EU-Regeln um diese Klausel ergänzt werden.

Laut Beschluss des Ausschusses sollen EU-Staaten die Visafreiheit aufheben dürfen, wenn es einen "substanziellen und plötzlichen Anstieg" bei der Zahl illegaler Einwanderer oder von unbegründeten Asylanträgen gibt - allerdings nur als "allerletzter Ausweg".

Bei vielen Asylbewerbern aus Serbien und Mazedonien handelt es sich um Roma. Sie gelten als Wirtschaftsflüchtlinge, die nicht politisch verfolgt werden. Deutsche Behörden lehnen die Mehrzahl der Anträge daher ab. Als ein Grund für den Anstieg im vergangenen Jahr galt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2012, wonach die Leistungen für Asylbewerber erhöht werden müssten. Beide Balkanstaaten sind EU-Beitrittskandidaten.



## EU plant Visazwang für Balkanländer

Die EU hat in den vergangenen Jahren auf den Visazwang für Länder des westlichen Balkans - Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien - verzichtet. Seit Ende 2009 brauchen Serben und Mazedonier kein Visum mehr. Es gibt aber Auflagen. Sollten die öffentliche Ordnung, die nationale Sicherheit oder die Gesundheit der Bevölkerung in Gefahr sein, kann die Visafreiheit wieder fallen.

Die Grünen im EU-Parlament trugen die Entscheidung nicht mit und kritisierten, dass mit einer solchen Regelung das Recht auf Asyl diskreditiert werde. Zudem sei die Zahl von Asylanträgen aus dem Westbalkan in Deutschland zuletzt deutlich zurückgegangen.

*lei/dpa*

**Load-Date:** April 9, 2013

---

End of Document

## *Das sagte Snowden auf dem Flughafen in Moskau*

SPIEGEL ONLINE

12. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 846 words

**Highlight:** Der NSA-Enthüller Snowden hat auf dem Flughafen in Moskau mit einer Gruppe von Menschenrechtlern gesprochen. WikiLeaks veröffentlichte nun das Statement des Whistleblowers.

### **Body**

---

Moskau - Das Treffen fand unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt: Im abgesperrten Transitbereich des Flughafens Scheremetjewo in Moskau sprach der flüchtige US-Computerexperte Edward Snowden mit Menschenrechtlern. Die Plattform WikiLeaks stellte wenig später seine Erklärung online. Das Treffen habe 45 Minuten gedauert. Snowden sagte demnach, er wolle noch am Freitag Asyl in Russland beantragen.

Lesen Sie hier das Statement im englischen Original:

"Hello. My name is Ed Snowden. A little over one month ago, I had family, a home in paradise, and I lived in great comfort. I also had the capability without any warrant to search for, seize, and read your communications. Anyone's communications at any time. That is the power to change people's fates.

It is also a serious violation of the law. The 4th and 5th Amendments to the Constitution of my country, Article 12 of the Universal Declaration of Human Rights, and numerous statutes and treaties forbid such systems of massive, pervasive surveillance. While the US Constitution marks these programs as illegal, my government argues that secret court rulings, which the world is not permitted to see, somehow legitimize an illegal affair. These rulings simply corrupt the most basic notion of justice - that it must be seen to be done. The immoral cannot be made moral through the use of secret law.

I believe in the principle declared at Nuremberg in 1945: "Individuals have international duties which transcend the national obligations of obedience. Therefore individual citizens have the duty to violate domestic laws to prevent crimes against peace and humanity from occurring."

Accordingly, I did what I believed right and began a campaign to correct this wrongdoing. I did not seek to enrich myself. I did not seek to sell US secrets. I did not partner with any foreign government to guarantee my safety. Instead, I took what I knew to the public, so what affects all of us can be discussed by all of us in the light of day, and I asked the world for justice.

That moral decision to tell the public about spying that affects all of us has been costly, but it was the right thing to do and I have no regrets.

## Das sagte Snowden auf dem Flughafen in Moskau

Since that time, the government and intelligence services of the United States of America have attempted to make an example of me, a warning to all others who might speak out as I have. I have been made stateless and hounded for my act of political expression. The United States Government has placed me on no-fly lists. It demanded Hong Kong return me outside of the framework of its laws, in direct violation of the principle of non-refoulement - the Law of Nations. It has threatened with sanctions countries who would stand up for my human rights and the UN asylum system. It has even taken the unprecedented step of ordering military allies to ground a Latin American president's plane in search for a political refugee. These dangerous escalations represent a threat not just to the dignity of Latin America, but to the basic rights shared by every person, every nation, to live free from persecution, and to seek and enjoy asylum.

Yet even in the face of this historically disproportionate aggression, countries around the world have offered support and asylum. These nations, including Russia, Venezuela, Bolivia, Nicaragua, and Ecuador have my gratitude and respect for being the first to stand against human rights violations carried out by the powerful rather than the powerless. By refusing to compromise their principles in the face of intimidation, they have earned the respect of the world. It is my intention to travel to each of these countries to extend my personal thanks to their people and leaders.

I announce today my formal acceptance of all offers of support or asylum I have been extended and all others that may be offered in the future. With, for example, the grant of asylum provided by Venezuela's President Maduro, my asylee status is now formal, and no state has a basis by which to limit or interfere with my right to enjoy that asylum. As we have seen, however, some governments in Western European and North American states have demonstrated a willingness to act outside the law, and this behavior persists today. This unlawful threat makes it impossible for me to travel to Latin America and enjoy the asylum granted there in accordance with our shared rights.

This willingness by powerful states to act extra-legally represents a threat to all of us, and must not be allowed to succeed. Accordingly, I ask for your assistance in requesting guarantees of safe passage from the relevant nations in securing my travel to Latin America, as well as requesting asylum in Russia until such time as these states accede to law and my legal travel is permitted. I will be submitting my request to Russia today, and hope it will be accepted favorably.

If you have any questions, I will answer what I can.

Thank you."

Lesen Sie außerdem hier eine Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

tob

**Load-Date:** July 23, 2013

**Mutmaßlicher Täter stand vor der Abschiebung;**  
**<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/norwegen-mutmasslicher-taeter-sollte-ausgewiesen-werden-a-931925.html>**

SPIEGEL ONLINE

05. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / JUSTIZ

**Length:** 294 words

**Highlight:** Nach der tödlichen Messerattacke in einem Bus in Norwegen sind weitere Details zum mutmaßlichen Täter bekannt geworden. Nach Angaben der Polizei handelt es sich um einen Asylbewerber aus dem Südsudan. Er hätte am Dienstag ausgewiesen werden sollen.

## Body

---

Oslo - Seine Ausweisung aus Norwegen stand kurz bevor: Bei dem Mann, der am Montagabend drei Menschen in einem Bus getötet haben soll, handelt es sich um einen Asylbewerber. Wie die Polizei in Florø mitteilte, hätte der 30-Jährige aus dem Südsudan am Dienstag abgeschoben werden sollen.

Details zum Motiv des Mannes nannte die Polizei zunächst nicht. Der genaue Zeitpunkt seiner Abschiebung soll ihm jedoch nicht bekannt gewesen sein. Der mutmaßliche Täter liegt derzeit mit Schnittwunden im Krankenhaus. Bislang ist er noch nicht verhört worden.

Die Kripo in der Kommune Sogn og Fjordane versuchte unterdessen, den Ablauf der Tat zu rekonstruieren. Demnach war der Verdächtige in den Linienbus "Valdressekspressen" in Richtung Oslo gestiegen. In den Bergen zwischen Årdal und Tyin soll er dann zwei Fahrgäste niedergestochen habe. Bei den Opfern handelt es sich um eine 19-jährige Frau und einen etwa 50 Jahre alten Schweden. "Als Letztes tötete er den 55-jährigen Busfahrer", sagte ein Polizeisprecher.

Den Ermittlern zufolge hatte der 30-Jährige im April einen Asylantrag gestellt und im Juli erfahren, dass er nach Spanien abgeschoben werden sollte. Seit August lebte der Mann in einem Haus, das zu einer Asylbewerberunterkunft in Årdal gehört. Laut Behörden wurde der Asylantrag des Mannes nicht bearbeitet, weil er den Schengen-Raum erstmals in Spanien betreten hatte und bereits dort einen Antrag gestellt hatte.

Die Polizei in Sogn og Fjordane ist für ihre Arbeit scharf kritisiert worden. Die Beamten waren erst eine Stunde und 22 Minuten nach der ersten Meldung am Tatort. Da man von einem Unfall ausging, waren zuerst Rettungsdienste und Feuerwehr alarmiert worden. Diese hatten den mutmaßlichen Täter gestellt.

gam/dpa/AFP

Mutmaßlicher Täter stand vor der Abschiebung <http://www.spiegel.de/panorama/justiz/norwegen-mutmasslicher-taeter-sollte-ausgewiesen-werden-a-931925.html>

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

[Kretschmann will Snowden Asyl gewähren;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttembergs-  
regierungschef-kretschmann-will-snowden-asyl-geben-a-933399.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttembergs-regierungschef-kretschmann-will-snowden-asyl-geben-a-933399.html)

SPIEGEL ONLINE

13. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 359 words

**Highlight:** Noch kein deutscher Ministerpräsident hat sich so weit vorgewagt: Baden-Württembergs Regierungschef Kretschmann spricht sich dafür aus, dem Whistleblower Edward Snowden **Asyl** in Deutschland zu gewähren. Es sei wichtig, "von seinen Informationen zu profitieren", sagte der Grünen-Politiker.

## Body

---

Berlin - Als grüner Ministerpräsident ist Winfried Kretschmann ein geübter Solist - nun hebt er sich auch in der Debatte um den NSA-Whistleblower Edward Snowden von seinen Kollegen ab: Als erster Regierungschef der Republik will Kretschmann dem Enthüller den Aufenthalt in Deutschland ermöglichen. "Ich fände es richtig, Edward Snowden auf Wunsch **Asyl** zu gewähren", sagte er der Stuttgarter Wochenzeitung "Kontext".

Snowden hat nach seinen Enthüllungen über die Abhöraktionen des US-Geheimdienstes NSA zunächst Zuflucht in Russland gefunden. Zuletzt äußerte er nach einem Treffen mit dem Grünen-Politiker Hans-Christian Ströbele in Moskau indirekt den Wunsch, Asyl in Deutschland zu erhalten. In diesem Fall könnte er auch vor einem möglichen Bundestagsuntersuchungsausschuss zu den NSA-Abhöraktivitäten in Deutschland aussagen.

Nun macht sich Kretschmann für die Aufnahme Snowdens stark. "Von Edward Snowden stammt die Aussage: 'Wer die Wahrheit ausspricht, begeht kein Verbrechen'. Das kann ich persönlich nur unterstreichen."

**"Wichtig ist ebenso, von seinen Informationen zu profitieren"**

Der Grünen-Politiker hält das Asyl in Deutschland auch für geboten, um der Abhöraffäre weiter auf den Grund gehen zu können. "Wichtig ist ebenso, von seinen Informationen zu profitieren." Kretschmann sagte weiter: "Die Sicherheit von Snowden müsste selbstverständlich gewährleistet und die rechtliche Situation vorab genau analysiert sein."

Die Bundeskanzlerin sperrt sich gegen die Aufnahme Snowdens. Die Voraussetzungen für eine Aufnahme des Whistleblowers lägen nicht vor, bekräftigte Angela Merkels Sprecher zuletzt. Dies sei bereits im Juli geprüft worden. Steffen Seibert verwies auch darauf, dass das transatlantische Bündnis Vorrang habe - die USA wollen ihn wegen Geheimnisverrats vor Gericht stellen.

Kretschmann will Snowden Asyl gewähren <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/baden-wuerttembergs-regierungschef-kretschmann-will-snowden-asyl-geben-a-933399....>

Führende Vertreter von Grünen und Linken sowie einige sozialdemokratische Politiker haben sich für Snowdens Asyl in Deutschland ausgesprochen. Im SPIEGEL sprachen sich dafür zudem zahlreiche Prominente aus, darunter der Regisseur Volker Schlöndorff, der Sänger Udo Lindenberg und der TV-Moderator Oliver Welke.

flo

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## Guatemala will McAfees Asylantrag prüfen

Spiegel Online

5. Dezember 2012 Mittwoch 12:31 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** FLUCHT AUS BELIZE

**Length:** 413 words

**Highlight:** John McAfee hat sein Versteckspiel beendet: Der Software-Millionär will in Guatemala Asyl beantragen - und gab vor dem Obersten Gericht des Landes Interviews. Eine Festnahme muss er nach Informationen aus Regierungskreisen nicht fürchten. Das Land will seine Bitte um Asyl prüfen.;

<http://www.spiegel.de/panorama/justiz/guatemala-will-mcafees-asylantrag-pruefen-a-871111.html>

### Body

---

Guatemala-Stadt - Am helllichten Tag, ohne Verkleidung, ohne Finte: Nach drei Wochen auf der Flucht hat sich John McAfee nun in Guatemala-Stadt gezeigt - auf dem Platz vor dem Obersten Gericht des lateinamerikanischen Landes. Der US-Software-Pionier war vor der Polizei von Belize ins Nachbarland geflohen. Dort wolle er politisches Asyl beantragen, sagte der 67-Jährige nun. Das Außenministerium erklärte, man werde den Asylantrag prüfen, wenn er vorliege.

Offenbar kann sich McAfee in Guatemala frei bewegen. Aus Regierungskreisen verlautete, es gebe keinen Grund, ihn festzunehmen, weil in dem Land keine Vorwürfe gegen ihn erhoben würden. Auch gibt es zwischen Guatemala und Belize kein Auslieferungsabkommen.

McAfee, der mit der gleichnamigen Anti-Viren-Software Millionen verdiente, lebte etwa vier Jahre lang in Belize und tauchte Mitte November unter. Die Polizei will ihn im Zusammenhang mit dem Mord an einem Nachbarn befragen, mit dem McAfee Streit hatte. Der Unternehmer, der nach eigener Darstellung nichts mit dem Verbrechen zu tun hat, floh gemeinsam mit seiner Freundin nach Guatemala. Deren Onkel, einst Generalstaatsanwalt und mittlerweile Anwalt, ist nun McAfees juristischer Beistand.

In seine einstige Heimat will der US-Amerikaner nach eigenen Angaben nicht zurückkehren. "Ich habe einen Pass. Ich habe keine Probleme mit den USA. Ich kann zurückkehren, wann immer ich möchte", sagte der 67-Jährige am späten Dienstagabend in einem Interview dem Sender CNN. Er habe aber nicht vor, in diesem oder im nächsten Monat dorthin zu gehen.

McAfees Flucht mutet immer mehr wie eine Schnitzeljagd an. Er lässt sich von Journalisten begleiten, hält die Öffentlichkeit mit seinem Blog [whoismcafee.com](http://whoismcafee.com) auf dem Laufenden und zündete nach eigenen Angaben diverse Nebelkerzen, um aus Belize fliehen zu können. Er fürchte, dass ihn die dortigen Behörden umbringen würden, wenn er sich stellte, so der 67-Jährige. Die Regierung des Staates wies diese Äußerungen als paranoid und "bescheuert" zurück.



## Guatemala will McAfees Asylantrag prüfen

McAfee hatte in den vergangenen vier Jahren auf der Karibikinsel Ambergris Caye gelebt. Anwohner beschreiben den 67-Jährigen als exzentrisch, impulsiv und launisch - mit einer Vorliebe für Waffen und junge Frauen. Gegen McAfee gab es in Belize bereits mehrere Ermittlungsverfahren. Er wurde verdächtigt, illegale Waffen zu besitzen und auf seinem Anwesen Drogen herzustellen. Nach seiner eigenen Darstellung wird er verfolgt, weil er Politikern kein Geld spenden wollte.

*siu/Reuters*

**Load-Date:** December 5, 2012

---

End of Document

## Assange empfiehlt Snowden Flucht nach Lateinamerika

SPIEGEL ONLINE

11. Juni 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 300 words

**Highlight:** Tipps von Whistleblower zu Whistleblower: WikiLeaks-Gründer Julian Assange hat Edward Snowden in der Prism-Affäre das Asyl in Lateinamerika vorgeschlagen. Dort könne er sich dem Zugriff durch die Behörden entziehen. US-Ermittler fahnden intensiv nach dem 29-Jährigen.

### Body

---

London - Mit der Flucht vor internationalen Strafbehörden kennt sich Julian Assange bestens aus. Nun will er sein Wissen an den Ex-US-Geheimdienstmitarbeiter Edward Snowden weitergeben. Der WikiLeaks-Gründer hat dem Whistleblower geraten, nach dessen Enthüllungen im US-Abhörskandal Asyl in Lateinamerika zu beantragen.

"Lateinamerika hat gezeigt, dass es bei den Menschenrechten vorankommt und eine lange Asyl-Tradition hat", sagte Assange, der selbst in der ecuadorianischen Vertretung in London Asyl erhalten hat, dem US-Sender CNN.

Snowden hatte sich vor drei Wochen nach Hongkong abgesetzt. Laut Rechtsexperten wäre der 29-Jährige durch das Justizsystem in Hongkong vor einer schnellen Auslieferung an die USA geschützt. Das Verfahren könnte Monate dauern. Noch liegt aber kein Antrag vor. Seit Montag ist sein Aufenthaltsort unbekannt, offenbar hat er das Hotel gewechselt.

Das von Snowden aufgedeckte weltweite US-Ausspähprogramm für Internet- und Telefonverbindungsdaten, Prism, habe keine rechtliche Grundlage, so Assange. Auch dürfe man den Beteuerungen von US-Präsident Barack Obama keinen Glauben schenken, dass keine Gespräche mitgehört würden. "Man kann überhaupt keinen Erklärungen trauen, die das Weiße Haus abgibt", sagte Assange. "Niemand hat Obama den Auftrag für eine weltweite Überwachung erteilt."

Die von Assange gegründete Enthüllungsplattform WikiLeaks hatte 2010 Tausende vertrauliche und geheime Dokumente des US-Militärs und US-Diplomatendepeschen veröffentlicht. Der 41-jährige Australier, der von Schweden in Zusammenhang mit Vergewaltigungsvorwürfen per Haftbefehl gesucht wird, hatte sich vor einem Jahr in die Botschaft Ecuadors geflüchtet. Er fürchtet, von Stockholm in die USA gebracht zu werden, wo ihm lebenslange Haft droht.

jok/dpa

**Load-Date:** June 25, 2013

## Assange empfiehlt Snowden Flucht nach Lateinamerika

---

End of Document

**[Gewähren Sie Asyl, Frau Bundeskanzlerin!;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-fordert-asyl-fuer-snowden-in-deutschland-a-931572.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-fordert-asyl-fuer-snowden-in-deutschland-a-931572.html)**

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 831 words

**Byline:** Jakob Augstein

**Highlight:** Politiker und Prominente fordern im SPIEGEL Asyl für Edward Snowden. Tatsächlich liegt das Schicksal dieses modernen Helden jetzt in Merkels Hand. Denn in Europa wäre nur Deutschland stark genug, dem Zorn der USA zu widerstehen.

## Body

---

Asyl für Edward Snowden? Die Frage stellte sich schon im Sommer, und damals hat die Bundeskanzlerin abgelehnt. Sie versteckte sich hinter einer Floskel: "Das Bundesinnenministerium und das Auswärtige Amt sind nach ihrer Prüfung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Voraussetzungen für politisches Asyl oder eine Aufenthaltsgewährung aus anderen Gründen nicht vorlagen."

Das war schon damals falsch.

Aber heute lässt sich das gar nicht mehr halten. Wir wissen jetzt, dass es den Amerikanern bei unserer Überwachung nicht um Sicherheit geht, sondern um Macht. Angela Merkel sollte also dem Mann Schutz und Asyl gewähren, der uns die Augen für das wahre Verhältnis von Sicherheit und Macht im digitalen Zeitalter geöffnet hat. Asyl für Snowden, das wäre ein mächtiges Signal dafür, dass wir unsere Rechte nicht der amerikanischen Herrschaft unterordnen - und überhaupt nicht der digitalen Herrschaft, denn das läuft heute auf dasselbe hinaus.

Wir stehen in Snowdens Schuld. Er hat uns die Augen geöffnet. Wir können jetzt die Wirklichkeit besser erkennen. Aber die Bedrohung ist abstrakt. Viele Leute haben sie noch nicht verstanden. Viele wollen sie nicht verstehen. Es ist kein Zufall, dass drei Viertel der Befragten sagen, sie fühlten sich durch die Überwachung der Geheimdienste nicht bedroht. Aber diese Menschen irren. "Solche Programme sind nicht nur eine Bedrohung der Privatsphäre, sie bedrohen auch die Meinungsfreiheit und offene Gesellschaften", hat Edward Snowden im SPIEGEL geschrieben.

Die Leute müssen erst wieder lernen, dass unsere Freiheit mehr ist, als die Freiheit zu konsumieren.

**Merkel muss Stellung beziehen**

Gewähren Sie Asyl, Frau Bundeskanzlerin! <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/jakob-augstein-fordert-asyl-fuer-snowden-in-deutschland-a-931572.html>

Aber wer soll der digitalen Übermacht Amerikas die Stirn bieten? Als so viele Länder im Sommer dem Flugzeug des bolivianischen Präsidenten Evo Morales Landung und Überflug verboten, weil der Exilant Snowden an Bord vermutet wurde, da zeigte sich Europa in schamvoller Schwäche. Hans Magnus Enzensberger fordert jetzt im SPIEGEL die Skandinavier auf, sich ihrer Rolle als "Weltmarktführer in Sachen Weltfrieden und Menschenrechte" zu entsinnen. Das "Emirat Norwegen" solle Snowden endlich aufnehmen, schreibt Enzensberger, der alte Spötter - und meint es doch nicht ernst.

Auch was Merkels Macht angeht, ist es nicht ganz so, wie es im "Don Carlos" heißt: "Ein Federzug von dieser Hand, und neu erschaffen wird die Erde." Aber wahr ist doch, dass in Europa nur Deutschland genügend Kraft hätte, den Zorn der USA auszuhalten. Hans-Christian Ströbele, dieser letzte Politik-Romantiker, sagte: "Wenn der politische Wille da ist, der Mut, auch der Mut vor Präsidententhronen, dann ist das möglich."

Mut und politischer Wille? Gegen Amerika? Man kann es Merkel nicht verübeln, dass sie diesem Konflikt im Sommer ausweichen wollte. Aber durch die letzten Enthüllungen ist er mit Macht zurückgekehrt. Der Unmut brodelt in der CDU, selbst in den Springer-Blättern finden sich jetzt kritische Worte für den amerikanischen Freund.

Merkel muss Stellung beziehen. Aber sie kann beruhigt sein. Helmut Schmidt musste es vor ihr tun. Denn Skandale um die Geheimdienste sind wahrlich kein Vorzug der Gegenwart: In den terrorgeplagten siebziger Jahren hatte der BND massenweise die Post unbescholtener Bürger gelesen und der Verfassungsschutz Wohnungen verwanzte. "Sie machen mich ganz bitter", sagte Kanzler Schmidt, als der SPIEGEL ihn damals zum Gleichgewicht von Sicherheit und Recht und Freiheit befragte. Aber es gibt in der Verantwortung des Amtes kein Entkommen von dieser Bitterkeit.

### **Nicht alles, was Recht ist, ist richtig**

Wir sollten uns nicht irre machen lassen. Asyl ist ein politischer Begriff. Asyl erhält der politisch Verfolgte. Die Bundesrepublik hat in der Vergangenheit schon solchen Männern Schutz geboten: Zu Beginn der siebziger Jahre wurde Alexander Solschenizyn von den Sowjets ausgewiesen und kam zunächst bei Heinrich Böll unter. Und zu Beginn der Achtziger wurde Lew Kopelew ausgebürgert, als er gerade zu Besuch in Köln war. Irgendeinen Rechtsgrund werden die Sowjets damals schon vorgebracht haben. Denn welcher Dissident hat nicht die rechtmäßige und dennoch falsche Ordnung gestört?

Es ist also kein Hinderungsgrund, dass die USA ein Rechtsstaat sind. Die Gültigkeit des Rechts allein ist nicht der Maßstab für politische Verfolgung! Nicht alles, was Recht ist, ist richtig, und nicht jedes Gesetz ist gerecht. Nach amerikanischem Recht ist die Überwachung der Welt erlaubt. Aber was soll das? Diesen Rechtsanspruch können sich die Amerikaner gar nicht selbst genehmigen.

Deutschland sollte Edward Snowden Asyl gewähren - und durchaus nicht nur als symbolische Handlung. Denn eines Tages wird dieser Edward Snowden Nachahmer haben. Der ungeheure Überwachungsapparat der USA wird sie hervorbringen. Wenn wir Snowden schützen, wissen sie, dass sie auf unsere Hilfe zählen können. Darin liegt für die US-Dienste, die unsere Freiheit bedrohen, die schlimmste Gefahr.

**Load-Date:** November 15, 2013

## *Sie sind es uns nicht wert*

Spiegel Online

13. September 2012 Donnerstag 6:31 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ARD-DOKU "VIER WOCHEN ASYL"

**Length:** 1003 words

**Byline:** Arno Frank

**Highlight:** Zu Gast im **Asylbewerberheim**: Die ARD-Doku "Vier Wochen **Asyl**" hätte ein oberflächlicher Versuch werden können, sich in das Elend der Heimbewohner einzufühlen. Tatsächlich ist den Reportern jedoch ein bewegender Einblick ins Leben der Geduldeten gelungen - schonungslos, auch gegen sich selbst.;

<http://www.spiegel.de/kultur/tv/vier-wochen-asyl-reporter-ziehen-in-ein-heim-fuer-asylbewerber-a-855577.html>

## **Body**

---

Wer für einen Selbstversuch mal schnell seine Hände im Elend baden will, der darf sich nicht wundern, wenn das Ergebnis schmierig wird. Wie soll das auch gehen, besuchsweise Unglück zu erleben? Was soll es nützen? Zumal auf die Reporter, wie übel die Zustände vor Ort auch sein mögen, anders als für die echten **Asylbewerber** am Ende des Ausflugs eben doch wieder das eigene Leben mit seiner gediegenen Gutbürgerlichkeit in der sanierten Altbauwohnung wartet. Dennoch hat ein zweiköpfiges Reporterteam des RBB-Politikmagazins "Kontraste" das Dilemma nicht gescheut und sich offenen Auges in die Falle begeben, für einen Monat in einem **Asylbewerberheim** in der hessischen Provinz zu leben.

Zu Beginn scheint "Vier Wochen **Asyl** - Ein Selbstversuch mit Rückkehrrecht" die Befürchtungen zu bestätigen. Die Kamera inspiziert gerade den Schimmel an der Decke, als es aus dem Off heißt: "Das Gemeinschaftsbad ist nicht gerade einladend", was womöglich in der Natur eines Gemeinschaftsbads liegen könnte. Und kaum hat Reporterin Caroline Walter ihr neues Zimmerchen bezogen, das sie sich auch noch mit anderen Menschen teilen muss, barmt sie in die Kamera: "Ich sitze jetzt auf meiner neuen Matratze. Die ist superweich. Ob ich da schlafen kann, weiß ich noch nicht." Ach Gottchen. Erst später sehen wir, dass auch andere Insassen lieber auf ausgehängten Türen vom Sperrmüll schlafen, statt sich weiter dem rückschädigenden Lager auszusetzen.

100 Menschen aus 13 Ländern sind in der Bruchbude im Industriegebiet eingepfercht, viel mehr als Ställe sind die überfüllten Zimmer wirklich nicht. Manchmal kommt der Hausmeister und kümmert sich, manchmal hält der Kontaktbeamte zu den Obrigkeiten Hof und verkündet, wessen Antrag abgelehnt, angenommen oder noch immer nicht bearbeitet ist. Menschen gibt es hier, die hängen seit zwei Jahren hilflos in einem Limbus aus Langeweile oder, wie Hamid aus Afghanistan sagt: "Ich fühle mich immer müde hier, immer. Ich habe keine Arbeit und nichts zu tun. Immer das Gleiche, was du machst, immer essen und trinken und schlafen, immer Fernsehen, jeden Tag." Die Reporterin fragt: Was macht das mit einem? "Also, wenn Sie noch bleiben einen Monat hier, Sie verstehen es selbst."

Sie sind es uns nicht wert

### **Mit 196 Euro im Monat auskommen**

Wir lernen Leute kennen wie die kleine Sara aus Iran, die noch zur Schule geht und stolz ihr Zeugnis vorzeigt: Deutsch: mangelhaft. Kunst: sehr gut. Ein Buch über Picasso hat sie gelesen und sich daraufhin selbst kubistisch porträtiert. Sie findet es im Heim "warm, zu eng, zu laut" und kann nicht schlafen. Später sehen wir die Reporterin im Dunkeln liegen, sich erst den Arm, dann die Bettdecke über den Kopf ziehend - aber die Geräuschkulisse aus plärrenden Fernsehern und lautstarken Gesprächen will einfach nicht verschwinden. Als nach zwei Wochen eine sichtlich gezeichnete Caroline Walter ihrer Kamera gesteht: "Mir geht's im Moment nicht so gut", da glaubt man es ihr sofort und versteht auch, warum.

Auch sie muss mit 196 Euro im Monat auskommen. Weil Fahrräder verboten sind, wird der weite Weg zum Supermarkt oft über Bahngleise abgekürzt, auf denen D-Züge daherrauschen. Und als berge das Beisammensein von teilweise schwer traumatisierten Menschen aus unterschiedlichsten Kulturen nicht schon genug Konfliktpotential, werden im Heim auch noch deutsche Obdachlose untergebracht, die ihre ausgewachsenen Alkoholprobleme mitbringen.

### **"Die passen nicht in unser System"**

Niemand sorgt sich in Vollzeit um das Haus oder seine Bewohner, an Wochenenden sind sie völlig auf sich allein gestellt. Die Struktur- und Perspektivlosigkeit hat Methode, wie auch die patente Deutschlehrerin irgendwann resigniert feststellt: "Das sind uns die Leute einfach nicht wert, die hier Bewohner sind". Kontakt mit den Einheimischen gibt es kaum, wohl aber Meinungen der Einheimischen zu den Asylsuchenden: "Die haben halt nicht dieses Niveau, wie wir's eben haben, diese Ausbildung und so weiter", sagt ein Passant: "Es sind zwar gesunde Menschen, wenn man sie so laufen sieht, es ist aber, wie man so sagt ... die passen nicht in unser System."

Ins System passt dann schon eher der Arbeitslose vor der Trinkhalle nebenan, der sich ganz klassisch darüber beschwert, dass "die da" es ja wohl "in den Arsch geschoben" bekämen, während "wir Deutsche" für unser Geld arbeiten müssten. Dabei hat erst jüngst das Bundesverfassungsgericht eine Erhöhung der staatlichen Hilfen angeordnet, weil die gewährte Unterstützung für ein menschenwürdiges Existenzminimum nicht ausreicht. Und dabei wollen ausnahmslos alle Insassen arbeiten, Steuern zahlen, sich nützlich machen in einem Staat, der ihnen wenigstens ein Dach über dem Kopf gewährt: "Ich bin hergekommen wegen Problemen", sagt Hamid aus Afghanistan: "Wenn ich keine Probleme hätte, ich wäre in Afghanistan mit meinen Leuten, meiner Familie. In meinem Haus."

### **Große journalistische und menschliche Leistung**

Kurz vor dem Ende des Experiments bemerkt Caroline Walter einen juckenden Ausschlag an ihrem Körper. Der Arzt stellt fest: Milben sind unter ihre Haut gelangt, es ist die Krätze. Weil sie unter den herrschenden Bedingungen unmöglich die erforderlichen hygienischen Maßnahmen ergreifen kann, behilft sich die Reporterin mit einer Creme - und stellt bald fest, dass fast alle Bewohner mit dem gleichen nutzlosen Mittelchen versuchen, die plagende Krankheit loszuwerden. In jeder anderen öffentlichen Einrichtung wäre das ein Fall fürs Gesundheitsamt. Hier werden die Milben geduldet, wie auch die Menschen nur geduldet werden.

Was Caroline Walter und ihr Team in nur knapp 30 Minuten zeigen, ist weitaus mehr, als man erwarten durfte. Eine detaillierte Miniatur staatlicher Teilnahmslosigkeit. Eine große journalistische, eine noch größere menschliche Leistung. Als die Reporterin am Ende auf ihren gepackten Koffern sitzt und gefragt wird, ob sie denn nun fertig sei, ist es, als würde ihr plötzlich die Doppeldeutigkeit der Frage bewusst. Sie wendet sich ab - und weint.

"Vier Wochen Asyl - Ein Selbstversuch mit Rückkehrrecht", 13. September, 21:45 Uhr, ARD

**Load-Date:** September 14, 2012

**[EU beschneidet Reisefreiheit für Bürger von Balkanstaaten;](http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erlaubt-reisebeschraenkungen-fuer-balkanstaaten-a-937482.html)**  
**<http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erlaubt-reisebeschraenkungen-fuer-balkanstaaten-a-937482.html>**

SPIEGEL ONLINE

05. Dezember 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 425 words

**Highlight:** Immer mehr Menschen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro beantragen **Asyl** in der Europäischen Union. Deswegen hat Brüssel nun eine Notfall-Klausel erlassen: Länder dürfen die Visafreiheit für bestimmte Nicht-EU-Bürger für eine begrenzte Zeit aussetzen.

## Body

---

Brüssel - Deutschland bekommt Rückendeckung aus Brüssel: Im Streit um steigende **Asylbewerberzahlen** vom Balkan dürfen Staaten der Europäischen Union (EU) künftig im Notfall wieder Visa verlangen. Und zwar von Reisenden aus den Balkanländern. Das beschlossen die EU-Minister am Donnerstag in Brüssel.

EU-Länder dürfen demnach für eine begrenzte Zeit die Visafreiheit für Staatsangehörige aus bestimmten Nicht-EU-Ländern wie zum Beispiel Serbien aussetzen. Mehrere Staaten, darunter Deutschland und Frankreich, hatten diese Notfall-Klausel verlangt, weil immer mehr Menschen aus Serbien, Bosnien-Herzegowina und Montenegro Asyl beantragt hatten.

In dem Beschluss heißt es, ein Notfall sei etwa, wenn es einen "substanziellen und plötzlichen Anstieg" bei der Zahl illegaler Einwanderer oder von unbegründeten Asylanträgen gibt. Gedacht ist die Maßnahme jedoch nur als letzter Ausweg und für die Dauer von sechs Monaten. Ein EU-Diplomat sagte: "Die Zahlen geben das für Deutschland in Bezug auf Serbien und Montenegro her." Zur Umsetzung der Notfall-Klausel muss das entsprechende Land die Maßnahme beantragen, eine Mehrheit der EU-Staaten muss zustimmen.

### Einigung an Brüssel vorbei

Bei vielen Asylbewerbern handelt es sich um Roma. Sie gelten als Wirtschaftsflüchtlinge, die nicht politisch verfolgt werden. Deutsche Behörden lehnen die Mehrzahl der Anträge daher ab. Als ein Grund für den Anstieg im vergangenen Jahr gilt das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Sommer 2012, wonach die Leistungen für Asylbewerber erhöht werden müssten. Die EU hat in den vergangenen Jahren auf den Visazwang für Länder des westlichen Balkans (Bosnien-Herzegowina, Albanien, Mazedonien, Montenegro und Serbien) verzichtet.

In der Debatte um die Armutseinwanderung hatte Deutschland zuvor auf ein gemeinsames Vorgehen mit anderen EU-Staaten gesetzt - und zwar an Brüssel vorbei. Die bisherigen Vorschläge der Brüsseler Kommission



EU beschneidet Reisefreiheit für Bürger von Balkanstaaten <http://www.spiegel.de/politik/ausland/eu-erlaubt-reisebeschraenkungen-fuer-balkanstaaten-a-937482.html>

hatten Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) nicht ausgereicht. Friedrich kritisierte die EU-Kommission mit den Worten: "Diskussionsveranstaltungen oder irgendwelche Booklets zu entwerfen, das reicht nicht."

Seit Monaten ist die sogenannte Armutseinwanderung ein Thema. Insbesondere deutsche Gemeinden klagen zunehmend über Zuwanderer aus Rumänien und Bulgarien, die in Deutschland Sozialleistungen beantragen. Jüngst hatte Großbritanniens Premierminister David Cameron die Debatte befeuert und vorgeschlagen, die EU solle die Freizügigkeit von Arbeitnehmern in Europa einschränken.

vek/dpa

**Load-Date:** December 9, 2013

---

End of Document

**[Trittin fordert Asyl für Snowden;  
http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-trittin-fordert-asyl-fuer-nsa-whistleblower-snowden-a-931533.html](http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-trittin-fordert-asyl-fuer-nsa-whistleblower-snowden-a-931533.html)**

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 441 words

**Highlight:** Soll Edward Snowden in Deutschland aufgenommen werden? Die Rufe, dem NSA-Whistleblower **Asyl** zu gewähren, werden lauter. Grünen-Mann Jürgen Trittin fordert die Bundesregierung auf, "alles daran zu setzen", Snowden sicheren Aufenthalt zu bieten.

## Body

---

Berlin - Der ehemalige Spitzenkandidat der Grünen, Jürgen Trittin, fordert **Asyl** für Edward Snowden. "Edward Snowden hat mit seinen Enthüllungen einen ungeheuren Abhörskandal aufgedeckt. Er ist alles andere als ein Verbrecher und hat einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland verdient", sagte Trittin SPIEGEL ONLINE. Der Grünen-Politiker forderte die Kanzlerin auf, sich in die Diskussion einzuschalten. "Spätestens seitdem klar ist, dass er zu einer Aussage in Deutschland bereit ist, müsste auch die Bundesregierung alles daran setzen, Snowden nach Deutschland zu holen."

Am Wochenende war die Debatte über ein mögliches Asyl für den NSA-Whistleblower aufgeflammt. Im SPIEGEL hatten sich zahlreiche Publizisten, Schauspieler, Politiker und Sportler dafür ausgesprochen, Snowden in Deutschland aufzunehmen und zu den Hintergründen der von ihm enthüllten US-Überwachung zu befragen. Die Spitzen von Union und SPD geben sich bislang zurückhaltend. Sie fürchten einen massiven Schaden für das transatlantische Verhältnis.

Trittin betonte die Rolle Snowdens bei der anstehenden Aufklärung der Spähaffäre. "Ausmaß und Umfang der Ausspähung durch die NSA und auch die Rolle des BND müssen restlos aufgeklärt werden. Dazu kann Snowden den wesentlichen Beitrag leisten", sagte er. Schaden der Beziehung zwischen Berlin und Washington fürchte er dadurch nicht. "Belastet werden die deutsch-amerikanischen Beziehungen nicht durch ein freies Geleit und einen sicheren Aufenthalt für Edward Snowden, sondern durch die skandalöse Schnüffelpolitik der NSA", sagte er.

### Chef der deutschen Dienste in Washington

Snowden hatte interne Unterlagen des US-Geheimdiensts NSA kopiert und außer Landes gebracht. Er lebt zurzeit mit einem auf ein Jahr befristeten Bleiberecht in Russland.

Snowden hatte sich Ende vergangener Woche nach einem Besuch des grünen Innenexperten Hans-Christian Ströbele grundsätzlich bereit erklärt, offiziell in Deutschland auszusagen. Er forderte dafür aber die Garantie ein,

Trittin fordert Asyl für Snowden <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/gruener-trittin-fordert-asyl-fuer-nsa-whistleblower-snowden-a-931533.html>

nicht an die USA überstellt zu werden. Die Regierung in Washington hat einen entsprechenden Auslieferungsantrag vorsorglich bereits an die Bundesregierung übermittelt.

Zur weiteren Aufklärung der Affäre reisen an diesem Montag die Chefs von Verfassungsschutz und Bundesnachrichtendienst, Hans-Georg Maaßen und Gerhard Schindler, in die US-Hauptstadt. Bereits vorige Woche hatte sich eine deutsche Delegation nach Washington aufgemacht. Es wird damit gerechnet, dass die Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums über die Ergebnisse der Reise unterrichtet werden. Das Gremium soll voraussichtlich am Mittwoch tagen.

vme

**Load-Date:** November 15, 2013

---

End of Document

## Snowden beantragt Asyl in Venezuela

SPIEGEL ONLINE

09. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 545 words

**Highlight:** Fluchtpunkt Venezuela? US-Whistleblower Edward Snowden stellt offiziell einen **Asylantrag** in dem südamerikanischen Land. Präsident Maduro hatte ihm eine Aufnahme zuvor angeboten. Doch ohne gültige Papiere wird es für Snowden schwer, den Moskauer Flughafen zu verlassen.

### Body

---

Caracas/Moskau - Ex-US-Geheimdienstler Edward Snowden hat bei den Behörden in Venezuela offiziell einen **Asylantrag** gestellt. Das bestätigte der venezolanische Staatschef Nicolás Maduro am Montagabend. Snowden müsse nun entscheiden, wann er nach Caracas fliegen wolle, hieß es.

Maduro hatte in den vergangenen Tagen bereits mehrfach betont, dass der seit rund zwei Wochen in Moskau feststehenden Snowden aus humanitären Gründen mit einer positiven Entscheidung auf einen Asylantrag rechnen könne. "Wir haben diesem jungen Mann gesagt: 'Sie werden vom Imperialismus verfolgt, kommen Sie her'." Auf die Frage, ob Snowden sich auch telefonisch bei ihm gemeldet habe, sagte Maduro: "Nein, bis jetzt nicht, das würde mir gefallen."

Über den Antrag muss in Venezuela noch offiziell entschieden werden. Washington hatte vor einem solchen Schritt gewarnt und die Regierung in Caracas im Falle einer Einreise Snowdens dazu aufgefordert, den 30-Jährigen auszuliefern. Sonst drohe eine weitere Verschlechterung der ohnehin angespannten Beziehungen zwischen dem südamerikanischen Land und den USA.

#### Ohne gültige Ausweispapiere

Auch Nicaragua und Bolivien gelten als mögliche Asylländer für Snowden. Nicaraguas Botschaft in Moskau bestätigte am Montag ebenfalls den Eingang eines Asylantrags von Snowden. Es sei aber noch kein Kontakt zu ihm aufgenommen worden, hieß es.

Es bleibt allerdings unklar, wie Snowden ohne gültige Ausweispapiere vom Moskauer Flughafen Scheremetjewo weiterreisen kann. Dort soll er seit seiner Flucht über Hongkong seit gut zwei Wochen festsitzen. Die USA wollen ihn weiterhin fassen. Man sei mit allen Ländern in Kontakt, in die er flüchten könnte oder die er auf einer Flucht überfliegen könnte, sagte Regierungssprecher Jay Carney am Montag in Washington. Erneut forderte er Russland auf, Snowden auszuliefern.

Der frühere Geheimdienstmitarbeiter hatte unter anderem enthüllt, dass der US-Nachrichtendienst NSA mit seinem Spähprogramm "Prism" weltweit in ungeahntem Ausmaß die Kommunikation per E-Mail und Telefon

## Snowden beantragt Asyl in Venezuela

ausspähe. Die USA suchen den IT-Spezialisten wegen Geheimnisverrats. Russland lehnt mit Verweis auf eine mögliche Todesstrafe eine Auslieferung ab.

**Snowden wirft der NSA Lüge vor**

Am Dienstag tauchte ein neues Video mit dem Ex-Geheimdienstler auf: Im Interview mit dem britischen "Guardian" erklärt Snowden seine Wandlung vom loyalen Regierungsmitarbeiter zum Whistleblower. Der NSA wirft er Lüge vor.

Der kubanische Präsident Raúl Castro begrüßte die Asylangebote der lateinamerikanischen Staaten Venezuela, Bolivien und Nicaragua für den Informanten. In allen drei Ländern sind linksgerichtete Regierungen an der Macht, die die Dominanz der USA auf dem Kontinent äußerst kritisch sehen.

In Nicaragua stieß das Asylangebot von Staatschef Daniel Ortega allerdings auf den Widerstand der Wirtschaft. Venezuela und Bolivien könnten sich "diesen Luxus erlauben", weil ihre Wirtschaft nicht so stark von den USA abhängt, sagte der Chef des Obersten Rats der Privatunternehmen, José Aguerri, einem Nachrichtenportal. Die Bedeutung der USA für Nicaraguas Wirtschaft und soziale Entwicklung sei "enorm, wir reden hier von Exporten, ausländischen Investitionen, Hilfslieferungen".

suc/dpa/AFP

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## Der unsichtbare Star von Scheremetjewo

SPIEGEL ONLINE

06. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 474 words

**Highlight:** Nach zwei Wochen im Moskauer Flughafen werden Edwards Snowdens Aussichten auf eine Ausreise immer besser: Nach Venezuela und Nicaragua hat ihm nun auch Bolivien Asyl angeboten. Am Flughafen ist Snowden mittlerweile zu einer Art Attraktion geworden - wenn auch einer unsichtbaren.

### Body

---

Ist Edward Snowdens Zeit im Transitbereich des Moskauer Flughafens bald vorbei? Für den ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter, der die größte Serie an Enthüllungen über Abhörprogramme der USA und anderen Ländern ermöglicht hat, bieten sich immer mehr Optionen, wo er Unterschlupf finden könnte: Nach Venezuela und Nicaragua hat ihm nun auch Bolivien Asyl angeboten.

Bolivien werde Snowden Zuflucht gewähren, wenn dieser einen Asylantrag in dem Land stelle, sagte der bolivianische Präsident Evo Morales bei einer Rede in Oruro am Samstag. Einer bolivianischen Regierungsmaschine mit Morales an Bord war in der Nacht zum Mittwoch der Überflug über mehrere europäische Länder verweigert worden, weil Snowden an Bord vermutet worden war. Das aus Moskau kommende Flugzeug musste in Wien notlanden und durfte erst 13 Stunden später nach einer Durchsuchung weiterfliegen. Morales zeigte sich zutiefst erbost und sagte, der Verdacht sei völlig abwegig gewesen.

Der Vorfall hatte international scharfe Kritik hervorgerufen. Nach Angaben der Enthüllungsplattform WikiLeaks hat Snowden in 27 Staaten um Asyl angefragt, bisher hatte er aber vor allem Absagen erhalten, darunter auch eine aus Deutschland. Der 30-Jährige hält sich aller Wahrscheinlichkeit nach seit rund zwei Wochen im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo auf.

#### Von Aeroflot mit Essen versorgt?

In Scheremetjewo ist Snowden längst zu einem beliebten Phantom geworden. Reisende, die sich im Transitbereich aufhalten, haben es sich zur sportlichen Aufgabe gemacht, ein Foto des Flüchtlings zu erhaschen - allerdings, so scheint es, noch ohne Erfolg. Wie Snowden sich mit Essen versorgt, schläft und sich wäscht, gibt den Reisenden Rätsel auf: "Das W-Lan ist katastrophal, die Preise grauenvoll, und keiner der Leute hier lächelt", sagte ein Tourist der Nachrichtenagentur Reuters. "Meinen Respekt, dass er es überhaupt 24 Stunden hier durchgehalten hat, geschweige denn zwei Wochen. Ich an seiner Stelle hätte einen Gerichtsprozess vorgezogen."

Die Flughafenmitarbeiterin Olga Samsonowa, die seit 18 Jahren als Kellnerin in Scheremetjewo tätig ist, spekulierte gegenüber Reuters, dass Snowden Essen von der russischen Fluggesellschaft Aeroflot erhalte. "Ich kann nichts über den Geschmack sagen, aber es ist nahrhaft, mehr oder weniger. Und du kriegst Joghurt von ihnen

## Der unsichtbare Star von Scheremetjewo

zum Frühstück." Samsonowa erzählte auch, dass sie schon erlebt habe, wie Dutzende von Leute - vor allem Asylsuchende - zeitweise Unterschlupf im Flughafen gefunden hätten. Eine iranische Frau habe sogar fast ein Jahr dort verbracht, bevor sie Asyl in Kanada erhalten habe. "Wenigstens gibt es hier viele Sitzmöglichkeiten", sagte Samsonowa. Ob Edward Snowden die noch länger brauchen wird, ist seit den Angeboten aus Mittel- und Südamerika unklarer denn je.

hpi/Reuters/afp

**Load-Date:** July 23, 2013

---

End of Document

## **Deutschland stellt afghanischen Helfern Asyl in Aussicht**

Spiegel Online

10. Mai 2013 Freitag 6:18 PM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** BUNDESWEHRABZUG

**Length:** 398 words

**Highlight:** Die Bundesregierung ist grundsätzlich zur Aufnahme von afghanischen Helfern der Bundeswehr bereit. Allerdings sollen die Asylanträge genau geprüft werden - nur bei konkreter Lebensgefahr ist eine Aufnahme in Deutschland möglich.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/deutschland-stellt-afghanischen-helfern-asyl-in-aussicht-a-899154.html>

### **Body**

---

Berlin - Seit Jahren unterstützen sie die Bundeswehr in Afghanistan als Übersetzer, Hilfsausbilder oder in einer anderen Funktion. Deshalb müssen die afghanischen Helfer nach dem Abzug der Truppen vom Hindukusch um ihr Leben fürchten. Bislang zeigte sich die Bundesregierung bei der Aufnahme der Helfer restriktiv. Nun wird in einem Flugblatt an die afghanischen Mitarbeiter die grundsätzliche Ausreise nach Deutschland in Aussicht gestellt.

"Sollte sich zeigen, dass Sie einer konkreten Gefahr für Leib oder Leben ausgesetzt sind, die auch durch einen Umzug nicht auflösbar erscheint, ist auch eine Aufnahme in Deutschland möglich", heißt es in dem Flugblatt, das nach Angaben des Auswärtigen Amtes derzeit auf Deutsch und in der Landessprache Dari in den Bundeswehr camps ausgehängt und verteilt wird.

Vor einer Aufnahme solle allerdings geprüft werden, ob die Bedrohung sich nicht durch eine Beschäftigung an anderer Stelle oder einen Umzug beseitigen lasse. Das Angebot gilt auch für afghanische Helfer des Auswärtigen Amtes und der deutschen Polizei. Allein die Bundeswehr beschäftigt in Afghanistan etwa 1350 einheimische Mitarbeiter. Der größte Anteil von ihnen, etwa 30 Prozent, sind Dolmetscher. Viele von ihnen berichten über Drohbriefe und Warnungen von den radikalislamischen Taliban, die die Mitarbeit bei der Isaf-Truppe als Verrat betrachten.

Unklar blieb, was mit den Familien bedrohter afghanischer Helfer geschehen soll. Da die Afghanen meist in Großfamilien leben, können von der Arbeit eines Dolmetschers bis zu 30 Menschen abhängig sein. Ob auch ihnen die Ausreise ermöglicht werden soll, geht aus dem Flugblatt nicht hervor. 27 Helfer haben schon ihre Ausreise nach Deutschland beantragt, bislang soll aber nur einem von ihnen Asyl in Aussicht gestellt worden sein.

Die Bundesregierung steht in der Frage in einem Interessenskonflikt. Zwar drohen den afghanischen Mitarbeitern Racheaktionen seitens der Taliban. Allerdings würden dem Krisenland durch die Aufnahme in Deutschland die wenigen gut ausgebildeten Fachkräfte für den Wiederaufbau entzogen. Die afghanische Regierung verurteilte Ende Januar in einer scharfen Verbalnote jegliche Asylangebote für die afghanischen Helfer der Bundeswehr als



## Deutschland stellt afghanischen Helfern Asyl in Aussicht

"inakzeptabel". Deutschland wurde aufgefordert, seine Ideen für die Aufnahme "zu überdenken" und rasch eine Stellungnahme "zur Einstellung des Prozesses" abzugeben.

*max/Reuters*

**Load-Date:** May 14, 2013

---

End of Document

## **Ecuador ruft Botschafterin aus London zurück**

Spiegel Online

23. Juni 2012 Samstag 1:22 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ASYLANTRAG DES WIKILEAKS-GRÜNDERS

**Length:** 250 words

**Highlight:** Julian Assange darf hoffen: Ecuador hat seine Botschafterin aus London zurückgerufen, um über den **Asylantrag** des Wikileaks-Gründers zu beraten. Präsident Correa spricht von einer sehr ernsten Angelegenheit - und pocht bei der Entscheidung auf die Unabhängigkeit seines Landes.;

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/asylantrag-von-assange-ecuador-ruft-botschafterin-aus-london-zurueck-a-840548.html>

### **Body**

---

London - Wegen des Streits mit Großbritannien um einen **Asylantrag** des Wikileaks-Gründers Julian Assange hat Ecuador seine Botschafterin aus London zurückgerufen. Botschafterin Ana Albán werde zu Konsultationen einbestellt, da es sich "um eine sehr ernste Angelegenheit" handle, sagte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa am Freitag bei einer Radioaufnahme in Quito.

Assange hatte am Dienstag in der Botschaft Ecuadors in London Zuflucht gesucht und einen Antrag auf politisches Asyl gestellt, weil ihm eine Auslieferung von Großbritannien an Schweden droht.

"Wir werden diese Angelegenheit mit äußerster Vorsicht, Verantwortung und Seriosität angehen, aber keinen Druck von wem auch immer akzeptieren", sagte Correa. Der USA-kritische Staatschef fügte hinzu, Albán habe am Mittwoch bereits mit britischen Regierungsvertretern über Assange gesprochen. Die britische Regierung habe sehr höflich ihren Standpunkt dargestellt. "Wir werden diesen berücksichtigen, aber letztlich wird Ecuador auf souveräne Weise eine Entscheidung treffen."

In Schweden werden Assange Sexualdelikte zur Last gelegt. Der Australier fürchtet aber, letztlich an die USA ausgeliefert und dort wegen der brisanten Enthüllungen durch seine Website Wikileaks verfolgt zu werden. In den USA seien bereits Strafverfahren im Gange, die zu einer Auslieferung führen könnten, sagte er dem US-Fernsehsender ABC. Um auf diesen mutmaßlichen Komplott gegen ihn aufmerksam zu machen, habe er sich in Ecuadors Botschaft geflüchtet.

dkr/AFP

**Load-Date:** June 23, 2012

## Ecuador ruft Botschafterin aus London zurück

---

End of Document

## Ex-Richter Garzón vertritt Assange

Spiegel Online

25. Juli 2012 Mittwoch 3:01 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ASYLANTRAG DES WIKILEAKS-MITGRÜNDERS

**Length:** 286 words

**Highlight:** Der spanische Jurist Baltasar Garzón vertritt Julian Assange bei seinem **Asylantrag** in Ecuador. Garzón wurde in Spanien vom Obersten Gericht mit einem Berufsverbot belegt, weil er Gespräche von Verdächtigen mit ihren Anwälten abhören ließ.; <http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/baltasar-garzon-vertritt-julian-assange-a-846359.html>

### Body

---

London - Wikileaks-Gründer Julian Assange lässt sich bei seinem **Asylverfahren** in Ecuador von dem bekannten spanischen Anwalt Baltasar Garzón vertreten. Das teilte der ecuadorianische Außenminister Ricardo Patino am Dienstag in Quito mit. Der Minister begrüßte die Verpflichtung Garzóns, der zusammen mit Kollegen die Reform des Rechtssystems in dem Andenstaat als Beobachter begleitet. Nicht-Regierungsorganisationen bewerten die Bürgerrechtssituation in Ecuador negativ.

Assange hält sich seit dem 19. Juni in die Botschaft Ecuadors in London auf, weil er von Großbritannien nach Schweden ausgeliefert werden soll. Assange hat Asyl in dem südamerikanischen Land beantragt. Er entging mit seiner Flucht in die Botschaft einer Auslieferung nach Schweden. Dort will die Staatsanwaltschaft Assange zu Vorwürfen befragen, er habe zwei Frauen im Sommer 2010 sexuell belästigt und in einem Fall vergewaltigt. Assange bestreitet dies. Nach Angaben der Londoner Polizei kann Assange sofort festgenommen werden, sobald er die Botschaft Ecuadors verlässt.

Assange fürchtet, von Schweden an die USA ausgeliefert zu werden - wobei die Auslieferung dort komplizierter sein dürfte als in Großbritannien. Es gibt Hinweise, dass US-Behörden an einer Anklage gegen den WikiLeaks-Gründer arbeiten, womöglich liegt auch bereits eine geheime, "versiegelte" Anklage vor.

Der spanische Jurist Garzón hatte unter anderem 1998 den chilenischen Ex-Diktator Augusto Pinochet angeklagt. Er bekam im Februar nach einem umstrittenen Prozess ein elfjähriges Berufsverbot als Untersuchungsrichter, weil er in einem Korruptionsskandal in der konservativen Volkspartei (PP) Gespräche von Verdächtigen mit Rechtsanwälten hatte abhören lassen.

*lis/dpa/Reuters*

**Load-Date:** July 25, 2012

---

End of Document

## Mehrheit der Deutschen gegen Aufnahme weiterer Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

10. Oktober 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 343 words

**Highlight:** Auch nach der Tragödie von Lampedusa ist eine knappe Mehrheit der Bürger dagegen, dass Deutschland zusätzliche Flüchtlinge aufnimmt. Besonders hoch ist die Ablehnung unter Anhängern der Alternative für Deutschland.

### Body

---

Berlin - Trotz des Flüchtlingsdramas vor Lampedusa ist einer Umfrage zufolge die Mehrheit der Deutschen gegen eine Aufnahme zusätzlicher Flüchtlinge in Deutschland. 51 Prozent seien dagegen, dass Deutschland mehr Flüchtlinge aufnimmt, ergab eine am Donnerstagabend veröffentlichte Umfrage des ARD-Deutschlandtrends. 43 Prozent der Deutschen sind für die Aufnahme von mehr Flüchtlingen. Dass die EU insgesamt mehr Flüchtlinge aufnehmen sollte, befürwortete indes eine Mehrheit von 52 Prozent der Befragten.

Der Widerstand gegen die Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Deutschland ist bei den Parteianhängern der Union und der Euro-kritischen Alternative für Deutschland besonders stark: 70 Prozent der AfD-Anhänger sind gegen die Aufnahme von mehr Flüchtlingen, bei den Unionsanhängern sind es 61 Prozent. Die größte Zustimmung zur verstärkten Flüchtlingsaufnahme findet sich bei den Grünen-Anhängern mit 72 Prozent. Bei der SPD sind es dem ARD-Deutschlandtrend zufolge 54 Prozent, bei den Linken 48 Prozent.

Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Robert Zollitsch, sprach sich für eine Aufnahme von mehr Flüchtlingen in Deutschland aus. "Wir können uns in Deutschland stärker engagieren, weil wir wirtschaftlich besser dastehen", sagte Zollitsch am Donnerstag in Berlin. "Wichtig ist, dass wir uns als soziales Land zeigen." Die Überwachung der EU-Außengrenzen und des Mittelmeers müssten so ausgestaltet werden, "dass die Rettung der Flüchtlinge oberste Priorität genießt".

Etwa 350 Menschen demonstrierten am Donnerstag im Berliner Regierungsviertel für mehr Rechte von Flüchtlingen - auch in der Vertretung der Europäischen Kommission. Am Brandenburger Tor traten zudem Flüchtlinge, die aus Bayern angereist waren, nach eigenen Angaben in den Hungerstreik.

### Daten zur Umfrage

**Stichprobe:** Infratest dimap befragte 1003 Wahlberechtigte in computergestützten Telefoninterviews.

**Zeitraum:** Die Umfrage wurde am 7. und 8. Oktober 2013 durchgeführt.

**Statistische Fehlertoleranz:** zwischen 1,4 bis 3,1 Prozentpunkte

Mehrheit der Deutschen gegen Aufnahme weiterer Flüchtlinge

fab/dpa

**Load-Date:** October 11, 2013

---

End of Document

## "Eine Elite von naiven Automaten"

Spiegel Online

1. Mai 2013 Mittwoch 7:28 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KRITIK AN PRIVATUNI

**Length:** 1147 words

**Highlight:** Viele wollen dorthin, nur er flüchtete schnell wieder: Mojtaba Sadinam hatte einen der begehrten Studienplätze an der privaten Wirtschaftshochschule in Vallendar bekommen - doch ihm gefiel es nicht. Im Interview erzählt er, warum er das Studium dort abbrach.; <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/kritik-an-privatunis-viel-lernen-wenig-diskutieren-und-hinterfragen-a-884480.html>

### Body

---

*Als Kind floh Mojtaba Sadinam mit seiner Mutter und seinen Brüdern aus Iran nach Deutschland. Jahrelang hausten sie in **Flüchtlingsbaracken**, sie hatten **Asyl** beantragt, doch eine Ablehnung folgte der nächsten.*

*Mojtaba Sadinam schaffte es ans Gymnasium, schrieb ein Einser-Abitur und studierte an der WHU, einer privaten, renommierten Wirtschaftshochschule in Vallendar, wo Studenten pro Semester regulär rund 5000 Euro Gebühren zahlen. Sadinam bekam ein Stipendium. Im vierten Semester hatte er genug und verließ die Hochschule.*

**spiegel ONLINE:** Stellen Sie sich vor, ein guter Freund überlegt, sich an einer Privaturi einzuschreiben. Was raten Sie ihm?

**Sadinam:** Als guter Freund wäre er mir wohl sehr ähnlich, daher würde ich ihm abraten. Er würde sich schnell an der Engstirnigkeit stören.

**spiegel ONLINE:** Was meinen Sie?

**Sadinam:** An der WHU sprachen wir nicht von "Lernen", sondern von "Burnen". Wir sollten die Inhalte akzeptieren, eins zu eins in die Köpfe brennen und wiedergeben. Das meine ich mit geistiger Engstirnigkeit: keine Fragen stellen, sondern oberflächlich handeln. Die Uni züchtet so eine Elite von naiven Automaten heran.

**spiegel ONLINE:** Sie nennen es "Burnen", andere sprechen von "Bulimie-Lernen". Seit der Einführung von Bachelor und Master stehen Studenten generell unter Druck, viel Zeit zum Diskutieren bleibt auch an staatlichen Unis nicht.

**Sadinam:** Das stimmt. Die Welt der privaten Elite-Unis darf man sich nicht als Insel vorstellen, die nach völlig eigenen Regeln funktioniert. Es ist kein prinzipieller Unterschied, sondern ein gradueller: Die WHU ist noch fixierter darauf, zu den Besten zu gehören. Deswegen hält sie sich umso rigoroser an die Spielregeln unseres Bildungssystems.



## "Eine Elite von naiven Automaten"

**spiegel ONLINE:** Weil die Hochschule einen guten Ruf hat, hat Ihre Lehrerin Ihnen empfohlen, sich zu bewerben. Warum wollten Sie dorthin?

**Sadinam:** Bis ich 2005 die Aufenthaltsgenehmigung bekommen habe, war mein Leben neun Jahre totaler Kontrolle unterworfen. Als ich 2006 ein sehr gutes Abi geschrieben habe, wollte ich zeigen, was ich kann, wenn man mich lässt. Außerdem hatten wir als Asylbewerber wenig Geld, und die WHU versprach finanzielle Sicherheit, schließlich bekommen die meisten Absolventen sehr gut bezahlte Jobs. **spiegel ONLINE:** Aus der sogenannten Unterschicht an die Elite-Uni - hatten Sie auch Selbstzweifel?

**Sadinam:** Als ehemaliger Asylbewerber stellte ich dort natürlich eine Ausnahme dar. Aber für Diskussionen ist es doch eigentlich gut, wenn Menschen unterschiedlicher Meinung und Herkunft zusammenkommen. Dann merkte ich aber, dass es immer nur um Auswendiglernen und Geld ging. Dozenten sind vor den Jahrgang getreten und haben gesagt: Ihr seid hier, weil ihr reich werden wollt. Und unser Rektor sagte am ersten Uni-Tag: Ihr seid die Besten, ihr werdet dieses Land einst führen. Dieses Gefühl der Überlegenheit setzte sich im Laufe der Semester bei fast allen durch. Das führte zu Selbstgerechtigkeit und Arroganz.

**spiegel ONLINE:** Was für ein Klima herrschte an der Hochschule?

**Sadinam:** Auf der einen Seite entwickelten die Studierenden ein krasses Gruppengefühl: Wir sind die Gewinner. Das lag auch daran, dass wir ständig aufeinander hockten. Auf der anderen Seite herrschte unglaubliche Konkurrenz. Es gab beispielsweise eine Rangliste für den Jahrgang, jede Klausur zählte. Die besten durften etwa beim Auslandssemester zwischen den begehrtesten Unis wählen, die schlechtesten mussten nehmen, was übrig blieb.

**spiegel ONLINE:** So schlecht ist dieser Konkurrenzkampf vielleicht nicht: Er könnte dazu beitragen, dass die WHU so erfolgreiche Absolventen hat.

**Sadinam:** Das macht Menschen auch kaputt. Ein Kommilitone erzählte mir mal von seinem neuen Schlafrhythmus: Er ging früh ins Bett, schlief vier Stunden, stand mitten in der Nacht auf, lernte und hielt später noch ein Nickerchen. Als er mir das erzählte, wollten wir eigentlich zusammen lernen. Nach einer halben Stunde schlief er ein. Solch ein masochistisches Verhalten war an der WHU normal und auch nötig. Es führt natürlich oft zum "Erfolg". WHU-Absolventen bekommen angesehene Jobs, verdienen viel Geld und machen Karriere. Nach einem ökonomischen Maßstab sind sie also erfolgreich und machen die Bildungselite dieses Landes aus - ein armseliges Zeugnis.

**spiegel ONLINE:** Wer sich anstrengt, hat Erfolg - das ist die Formel?

**Sadinam:** Ja, an der WHU glaubt man an diese romantische Leistungsideologie: Wer willensstark ist, der leistet viel und wird mit einem glücklichen Leben belohnt. Folgt man dieser Ideologie, sind die Armen in der Gesellschaft faul und ambitionslos. Das entspricht aber nicht der Realität, wie ich sie wahrgenommen habe.

**spiegel ONLINE:** Sie gelten vielen als Vorzeigemigrant, als Beleg dafür, dass es in Deutschland jeder schaffen kann, der sich anstrengt.

**Sadinam:** Wenn ich es überhaupt geschafft habe, dann nicht nur durch meine Leistung geschafft. Meine Mutter setzte sich für meine Brüder und mich ein, Lehrer halfen uns, ein Anwalt kämpfte für uns. Ich bin nicht klüger und fleißiger als jemand, der gescheitert ist.

**spiegel ONLINE:** Haben Sie mit Kommilitonen darüber diskutiert?

**Sadinam:** Es gab nur sehr vereinzelt Kommilitonen, mit denen ich mich darüber ausgetauscht habe. Meist war der nächste Praktikumsplatz wichtiger.

**spiegel ONLINE:** Hatten Sie Freunde auf dem Campus?

**Sadinam:** Das Leben an der WHU ist nicht dazu gedacht, dass man gute Freundschaften schließen konnte.

"Eine Elite von naiven Automaten"

**spiegel ONLINE:** Wann fragten Sie sich zum ersten Mal: Bin ich hier richtig?

**Sadinam:** Zweifel hatte ich von Anfang an. Ich hatte auch Angst, mich zu verändern, denn irgendwann haben sich alle angepasst. Es gab Kommilitonen, die wollten bei einem bestimmten Unternehmen nie ein Praktikum machen, 70-Stunden-Woche, Konkurrenzkampf, unkollegiales Verhalten. Später machten sie es doch. Dann interviewte mich die Journalistin Julia Friedrichs für ihr Buch "Gestatten: Elite", für das sie unter anderem angesehene Elite-Unis und Elite-Internate besuchte. Ich sagte ihr meine Meinung zur WHU - und danach musste ich mich entscheiden.

**spiegel ONLINE:** Warum?

**Sadinam:** Einige Kommilitonen wollten diskutieren, insgesamt hatte ich aber das Gefühl, dass ich mundtot gemacht werden sollte. Über den E-Mail-Verteiler schrieben Kommilitonen von Wahrheitsverzerrung, Selbstinszenierung, Opportunismus. Mitarbeiter sagten mir, die WHU sei eine große Familie, man gehe mit Kritik nicht nach außen, ich wurde zum Rektor zitiert.

**spiegel ONLINE:** Ein paar Wochen nach der Buchveröffentlichung haben Sie die WHU verlassen. Inzwischen studieren Sie im 10. Semester an der Uni Frankfurt. Haben Sie sich mal zurück nach Vallendar gewünscht?

**Sadinam:** Bislang nicht.

**spiegel ONLINE:** Trotz voller Hörsäle?

**Sadinam:** Natürlich hatte die WHU viel Geld, schicke Gebäude, die neuesten Computer. Das ist in Frankfurt nicht ganz so. Aber ich nehme lieber infrastrukturelle Defizite in Kauf als geistige.

*Das Interview führte Frauke Lüpke-Narberhaus*

**Load-Date:** May 1, 2013

## 24 Flüchtlinge ertrinken vor türkischer Westküste

SPIEGEL ONLINE

31. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 195 words

**Highlight:** Vor der Küste der Westtürkei hat sich ein Flüchtlingsdrama abgespielt. Rettungskräfte bargen mindestens 24 Leichen, nachdem ein Boot in der Nacht gesunken war. Unter den Toten befinden sich offenbar auch zahlreiche Kinder.

### **Body**

---

Ankara - Bei einem Schiffsunglück vor der westtürkischen Küste sind mindestens 24 Flüchtlinge ertrunken. Die türkische Küstenwache habe zwölf Menschen retten können, nachdem das Boot mit den Migranten in der Nacht zum Mittwoch gesunken war, berichtete die Nachrichtenagentur Anadolu.

Unter den Passagieren seien Iraner, Pakistaner, Syrer und Afghanen gewesen. 24 Leichen wurden geborgen, darunter auch die von Kindern. Nach Überlebenden des Unglücks in internationalen Gewässern in der Ägäis sei mit Booten und aus der Luft gesucht worden.

Ein weiteres Boot mit 42 Flüchtlingen und zwei mutmaßlichen Menschenschmugglern sei vor der Südwesttürkei in Seenot geraten und von der Küstenwache gerettet worden, berichtete die Zeitung "Hürriyet Daily News".

Sie habe das antriebslos treibende Boot mit Flüchtlingen aus Afghanistan, Birma und Syrien auf einer Routinepatrouille entdeckt und abgeschleppt. Unter den Passagieren seien viele Kinder und Frauen gewesen. Die mutmaßlichen Menschenschmuggler seien festgenommen worden. Die Flüchtlinge können aber nicht mit einem Bleiberecht in dem Land rechnen. Sie sollen schon bald ausgewiesen werden.

jok/dpa

**Load-Date:** August 12, 2013

## Karzai protestiert gegen Asyl-Angebote für Bundeswehr-Helfer

Spiegel Online

18. April 2013 Donnerstag 11:18 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** AFGHANISTAN

**Length:** 795 words

**Byline:** Matthias Gebauer

**Highlight:** Viele afghanische Helfer sehen dem Abzug der Bundeswehr panisch entgegen. Sie fürchten die Rache der Taliban und wollen ausreisen. Nun schaltet sich Präsident Karzai ein. Mit scharfen Worten forderte er von Berlin, Asyl-Angebote an Afghanen zu unterlassen.; <http://www.spiegel.de/politik/ausland/afghanistan-abzug-karzai-protestiert-gegen-asyl-fuer-bundeswehr-helfer-a-895071.html>

### Body

---

Berlin - Die afghanische Regierung hat mit deutlichen Worten gegen Asyl-Angebote für gefährdete lokale Mitarbeiter der Bundeswehr nach dem Nato-Abzug protestiert. Nach Informationen von spiegel ONLINE intervenierte die Regierung von Präsident Hamid Karzai in Berlin mit einer Verbalnote. Darin wehrt sie sich gegen mögliche Angebote von Nato-Nationen, nach dem Abzug im Jahr 2014 afghanischen Mitarbeitern Asyl zu gewähren.

Die Kritik aus Kabul ging in Berlin bereits Ende Januar ein. In der Verbalnote, in der Welt der Diplomatie eine der deutlichsten Protestformen, bezeichnet Afghanistan die Ideen für ein Ausreiseprogramm für Mitarbeiter der Bundeswehr als "inakzeptabel". Deutschland wird aufgefordert, seine Ideen für die Aufnahme "zu überdenken" und rasch eine Stellungnahme "zur Einstellung des Prozesses" abzugeben.

Kabul kritisiert nicht nur Berlin, sondern alle Nato-Nationen, die Asyl-Programme für ihre lokalen Mitarbeiter planen. Die Pläne, so Kabul, würden "die Moral des afghanischen Volkes" schwächen. In einer zweiten Note argumentierte die Regierung sogar, die Offerten würden "Angst, Unruhe und Bedenken" und eine "Demoralisierung der afghanischen Bevölkerung" schüren.

Mit der Kritik aus Kabul gerät die Bundesregierung unter Druck. In den vergangenen Tagen erschienen im spiegel, bei spiegel ONLINE und in der ARD Beiträge, in denen Mitarbeiter der Bundeswehr über ihre Angst vor dem angepeilten Abzug berichten. Übereinstimmend schilderten sie, dass ihre Hilferufe und Bitten um Asyl ungehört blieben. Aus der Politik wird die Haltung Berlins massiv kritisiert.

### Bisher keine Anträge genehmigt

Durch die Intervention Karzais bekommt die Debatte eine politische Dimension. Grundsätzlich zeigte sich Berlin bisher im internationalen Vergleich reserviert bei Angeboten, gefährdete Helfer aus dem Krisenland herauszuholen.

## Karzai protestiert gegen Asyl-Angebote für Bundeswehr-Helfer

Statt die Bundeswehr, die die Lage in Afghanistan wohl am besten beurteilen könnte, über das Vorgehen entscheiden zu lassen, wurde eine gemeinsame Arbeitsgruppe unter Führung des Innenministeriums eingerichtet.

Dort gibt man sich bürokratisch. Zwar sei man sich "der besonderen Verantwortung für die afghanischen Ortskräfte bewusst", so die Linie. Eine Ausreise komme allerdings nur "in Betracht", wenn "nachweislich eine konkrete Gefahr für Leib oder Leben besteht, die sich erheblich vom allgemeinen Gefährdungspotential in Afghanistan abhebt". Die afghanischen Helfer sollten sich mit Belegen an ihre Dienststelle in Afghanistan wenden, wenn sie sich gefährdet fühlten.

Bisher sind diese Prüfungen meist ohne Erfolg abgelaufen. Das Verteidigungsministerium spricht von elf Fällen. Der zuständige Staatssekretär Thomas Kossendey berichtete im Verteidigungsausschuss von 23 Anträgen von Bundeswehr-Helfern. Laut Ministerium und Staatssekretär ist noch kein Fall positiv beschieden worden. In Bundeswehr-Kreisen hingegen hieß es, dass mindestens zwei Dolmetscher bereits nach Deutschland ausgeflogen worden seien.

### **Andere Länder gewähren großzügig Asyl**

Mit der Zurückhaltung steht Deutschland einigermaßen allein dar. Andere Nationen wie die USA, Kanada oder sogar Neuseeland haben großzügige Ausreiseprogramme eingerichtet. Selbst Frankreich, bei der Afghanistan-Mission einer der kleinen Teilnehmer, erteilte Visa für 170 der lokalen Helfer. Für die Bundeswehr dolmetschten in den vergangenen Jahren rund 500 Afghanen. Vor allem diejenigen, die bei Operationen beteiligt waren, fürchten nun die Zeit nach dem Abzug.

Mit der Volte unterstützt Präsident Karzai die restriktive deutsche Haltung. So hatte die Bundesregierung gegen die Aufnahme einer großen Zahl der Helfer ins Feld geführt, diese seien durch ihre gute Ausbildung für den Wiederaufbau Afghanistans wichtig. Ähnlich argumentierte Karzai nun in seinen Verbalnoten. Das Auswärtige Amt kommentierte den Protest Karzais auf Nachfrage mit den Worten, man stehe in der Frage "in engem Kontakt" mit Kabul.

### **Bundesregierung fürchtet negative Signale**

Trotzdem könnte es in der Asyl-Frage Bewegung geben. Staatssekretär Kossendey sagte am Mittwoch, die Bundeswehr sei vor Ort besser für eine Lagebeurteilung über die Gefährdung der Helfer aufgestellt als die Ressorts im fernen Berlin. Zudem müsse die Truppe ihrer besonderen Verantwortung gerecht werden. Zwar kündigte Kossendey noch keine Veränderungen beim Prozedere an, kommende Woche aber steht das Thema erneut auf der Tagesordnung.

Politisch gesehen birgt die Frage über die Ausreise der Dolmetscher Sprengstoff. So fürchten einige Strategen der Regierung, dass ein großangelegtes Asyl-Programm für die Helfer ein unschönes Signal aussenden könnte. "Wenn man eingesteht, dass viele Helfer der Bundeswehr nach dem Abzug mit dem Tod bedroht sind", so ein Beamter, "liegt der Schluss, dass unsere Mission sei gescheitert, bedrohlich nah".

**Load-Date:** April 23, 2013

## **Hamlet im Bundestag**

Spiegel Online

10. Oktober 2012 Mittwoch 8:30 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLIT-THRILLER AUF DER BÜHNE

**Length:** 597 words

**Byline:** Christine Wahl

**Highlight:** In einem Fernsehstudio geht eine Bombe hoch. Offenbar ein Anschlag auf den Vorzeige-Politiker mit **Migrationshintergrund**. Aber war es so? Das Berliner Gorki Theater macht aus dem Politroman des Autors Yassin Musharbash hochaktuelles Theater.; <http://www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/berliner-maxim-gorki-theater-zeigt-polit-thriller-radikal-a-860349.html>

## **Body**

---

Endlich hat die deutsche Politik eine würdige Antwort auf Barack Obama vorzuweisen. Der Mann heißt Lutfi Latif, ist Harvard-Absolvent mit ägyptischen Wurzeln und sitzt für die Grünen im Bundestag. Die Medien feiern den geistreichen Kreuzberger als eine Art Messias der Berliner Republik, angesichts seiner Beliebtheitswerte dürften die Kollegen vor Neid erblassen. Bis eines Tages in einem Fernsehstudio, wo Latif zu Gast ist, eine Bombe explodiert - und sofort die bewährte Deutungsmaschinerie anspringt: Al-Qaida sei für den tödlichen Anschlag auf den Politiker verantwortlich, heißt es, das Nachrichtenmagazin "Globus" arbeitet schon an einer Titelgeschichte.

Logisch, dass die Dinge de facto weitaus komplizierter liegen. Und wie tatsächlich ein stabiles Vorurteil nach dem anderen zerbröckelt und die gängigen Schubladen - hier der Islamist, da der Islamistenhasser - immer fragwürdiger werden, das zeigt Yassin Musharbashs Roman "Radikal" meisterlich.

Als das Buch letzten Sommer kurz nach den Breivik-Anschlägen von Oslo und Utøya erschien, wurde es in den Feuilletons zu Recht gefeiert. Denn abgesehen davon, dass hier - was ja selten genug passiert - tagesaktuelle Politik im Gewand eines angemessen komplexen Thrillers daherkam, merkte man jeder Buchseite an, dass ihr Autor genau weiß, wovon er spricht: Musharbash, Jahrgang 1975 und studierter Arabist und Politologe mit jordanischen Wurzeln, ist seit Jahren hauptberuflicher Terrorismus-Experte. Bis vor kurzem arbeitete er als Redakteur bei spiegel ONLINE, aktuell ist er im Investigativ-Ressort der "Zeit". Die deutlichen Bezüge, die sich in "Radikal" sowohl zur Realpolitik als auch zu tatsächlichen Nachrichtenredaktionen finden, sind keineswegs zufällig.

### **Eine brisante Thematik, die sich jeden Tag zuspitzt**

Jetzt kommt der Roman am Berliner Maxim Gorki Theater auf die Bühne, quasi in direkter Nachbarschaft zum Regierungsviertel. "Das ist ein ganz brisanter Berlin-Stoff mit einer Thematik, die sich jeden Tag zuspitzt", findet selbstverständlich auch der Gorki-Chefdraturg Jens Groß, der gemeinsam mit der jungen Regisseurin Anna Bergmann mitten in den Endproben steckt. Es gab aber noch einen anderen Grund, warum sich der Theatermann

## Hamlet im Bundestag

bereits zwei Tage nach Erscheinen des Romans um die Uraufführungsrechte bemühte: "Man kommt seinen eigenen Vorurteilen auf die Schliche, weil Musharbash geschickt Fragen stellt, die nicht einfach mit 'gut' oder 'böse' zu beantworten sind", sagt Groß. "Das macht 'Radikal' genauso spannend wie einen 'Hamlet'".

Statt an der Mehrschichtigkeit der Figuren hat der Dramaturg deshalb lieber an der Vorgeschichte gespart, als er die knapp 400 Seiten starke Textvorlage auf Theaterabendlänge verdichten musste. "Wir steigen direkt mit dem Attentat ein", erklärt Groß, "und erzählen die Handlung aus der Perspektive von Latifs Sicherheitsberater Samson." Der stellt mit der Journalistin Merle und mit Latifs deutsch-palästinensischer Assistentin Sumaya eigene Nachforschungen an, die schnell handfestes (Polit-)Thriller-Potential entfalten. Und mit diesen Film- und Thriller-Elementen wird der Abend auch spielen: rasche Szenenwechsel auf der Drehbühne, Videosequenzen, Überwachungskameras. Das, was Jens Groß für die allerwichtigste Frage an Musharbashs Stoff hält, nämlich wie stark "auch wir als aufgeklärte Medien- oder Theatermenschen tatsächlich Instrumentalisierungen unterworfen sind", dürfte in diesem Setting umso deutlicher zutage treten.

Radikal. Premiere am 13.10. im Maxim Gorki Theater Berlin. Auch am 17. und 28.10. und 1., 10. und 22.11., Tel. 030/20 22 11 15, [www.gorki.de](http://www.gorki.de)

**Load-Date:** October 10, 2012

## Frankreich und Italien verweigern Snowden Asyl

SPIEGEL ONLINE

04. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 634 words

**Highlight:** Die Lage wird immer schwieriger für Edward Snowden. Auch Frankreich und Italien wollen dem ehemaligen US-Geheimdienstmitarbeiter kein Asyl gewähren. Das Innenministerium in Paris droht vorsorglich mit der Polizei.

### Body

---

Hamburg/Paris/Rom - Deutschland, Polen, und die Niederlande hatten bereits abgewinkt. Jetzt haben auch Frankreich und Italien erklärt, Edward Snowden kein Asyl zu gewähren. Damit haben bereits fünf EU-Staaten einen entsprechenden Antrag des früheren US-Geheimdienstmitarbeiters abgelehnt.

"Die USA sind ein befreundetes Land", heißt es laut der Pariser Tageszeitung "Le Monde" in einer Erklärung des französischen Innenministeriums. Sollte Snowden französisches Territorium betreten, wäre es die Pflicht der Polizei, ihn aufzuhalten - schließlich gäbe es ein Auslieferungsabkommen mit den Vereinigten Staaten. Angesichts einer juristischen Analyse und der Lage der Interessenparteien werde Frankreich Snowdens Asylantrag nicht zustimmen. Die USA seien ein demokratischer Staat mit einer unabhängigen Justiz, betonte Frankreichs Innenminister Manuel Valls.

Italiens Außenministerin Emma Bonino sagte am Donnerstag vor dem Parlament in Rom, der 30-Jährige habe nicht an den Außengrenzen Italiens persönlich um Asyl gebeten. Aus diesem Grund müsse sein Wunsch abgelehnt werden. Auch sei es "von einem politischen Standpunkt" her nicht möglich, Snowden Asyl zu gewähren.

### Demonstranten in Berlin fordern politisches Asyl für Snowden

Vor dem Bundeskanzleramt und dem Brandenburger Tor in Berlin haben am Donnerstag Demonstranten die Aufnahme des in den USA gesuchten Snowden in Deutschland gefordert. "Schutz in Deutschland für Edward Snowden" oder "Wer für unsere Freiheit kämpft, verdient unser Asyl" war auf Plakaten zu lesen.

Am Dienstagabend hatte die Bundesregierung einen entsprechenden Antrag des US-Bürgers abgewiesen. Die Grünen hatten die Entscheidung scharf kritisiert. Zuvor hatte die Partei eine Aufnahme Snowdens in Deutschland gefordert.

Der IT-Spezialist, der massive Ausspähaktivitäten der amerikanischen und britischen Geheimdienste enthüllt hat, soll sich seit dem 23. Juni im Transitbereich des Moskauer Flughafens Scheremetjewo aufhalten. Die US-Justiz hat seinen Pass für ungültig erklärt und einen Haftbefehl ausgestellt. Sie wirft dem 30-Jährigen Geheimnisverrat vor.



## Frankreich und Italien verweigern Snowden Asyl

Insgesamt hat Snowden in 21 Ländern um Asyl gebeten. Bisher hat er entweder noch keinen Bescheid oder Ablehnungen bekommen. Nur Venezuela hat angekündigt, es sich überlegen zu wollen.

**"Unmöglich, unmöglich!"**

Zudem hat Bolivien ein US-Auslieferungsgesuch für Snowden zurückgewiesen. Das Ansinnen sei "bizarr, rechtlich unbegründet und unüblich", da sich Snowden nicht auf bolivianischem Boden befinde, erklärte das Außenministerium in La Paz. Gleichzeitig betonte die Regierung, der Ex-Geheimdienstmitarbeiter sei nie mit dem bolivianischen Präsidenten Evo Morales in Russland zusammengetroffen.

Morales hatte in der Nacht zum Mittwoch auf dem Rückflug von Moskau ungeplant in Wien zwischenlanden müssen. Nach Gerüchten über eine angebliche Mitreise Snowdens in seinem Flugzeug hatten offenbar mehrere EU-Staaten ihren Luftraum für die Maschine gesperrt. Im Eklat um die Zwangslandung haben sich in Süd- und Mittelamerika allerdings nur wenige Spitzenpolitiker mit Morales solidarisiert - denn niemand will es sich mit der Übermacht USA verderben.

Morales empörte sich am Donnerstag über die verantwortlichen europäischen Staaten. "Entschuldigungen eines Landes, das uns nicht über sein Territorium passieren ließ, reichen nicht aus", sagte er vor einem Solidaritätstreffen mit seinen lateinamerikanischen Kollegen in Cochabamba. "Einige haben es als Fehler bezeichnet, aber das war kein Fehler", schimpfte er. "Was war ihr Ziel, wollten sie mir Angst machen? Mich zum Schweigen bringen, mich einschüchtern?", fragte Morales. Niemals sei es ihm in den Sinn gekommen, Snowden aus Russland herauszubringen. "Unmöglich, unmöglich!", sagte er.

bos/AFP/Reuters/dpa

**Load-Date:** July 23, 2013

[Linkspartei will Asyl für Snowden erzwingen;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/linke-will-asyl-fuer-snowden-mit-bundestagsbeschluss-erzwingen-a-931554.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/linke-will-asyl-fuer-snowden-mit-bundestagsbeschluss-erzwingen-a-931554.html)

SPIEGEL ONLINE

04. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 735 words

**Highlight:** Asyl für Snowden! Das fordern Dutzende Prominente im SPIEGEL, auch der Grüne Jürgen Trittin hat sich nun angeschlossen. Die Linkspartei will den US-Whistleblower notfalls auch gegen den Willen der Regierung nach Deutschland holen: mit einem Beschluss des Bundestags.

## Body

---

Berlin - Für den Vizechef der SPD-Bundestagsfraktion, Axel Schäfer, ist Edward Snowden "ein Held, kein Verräter", im SPIEGEL setzen sich 51 Prominente aus Politik, Kultur und Gesellschaft für den Whistleblower ein. Auch der Vorsitzende der Linkspartei, Bernd Riexinger, fordert Asyl für den Ex-Mitarbeiter der NSA. Er will die Bundesregierung nun unter Druck setzen: Per Bundestagsbeschluss will er sie zwingen, mit Snowden zu sprechen und ihm Asyl zu gewähren.

"Es gibt einen gangbaren juristischen Weg, um Snowden sicher nach Deutschland zu holen und ihn vor einer Auslieferung an die Amerikaner zu schützen", sagte er der "Mitteldeutschen Zeitung". "Dieser Bundesregierung fehlt aber offenkundig der politische Wille."

Das Parlament müsse "der Bundesregierung auf die Sprünge helfen und sie per Beschluss dazu zwingen, dem Whistleblower Asyl und Gelegenheit zu einer Zeugenaussage zu geben". Im Bundestag stehe es "320 zu 311 für eine Aufnahme Snowdens, sagte Riexinger der Zeitung. Drei von vier Parteien sind dafür", so seine Einschätzung. "Im Bundestag ist der politische Wille klar."

### Union und SPD skeptisch

Ob dies wirklich so ist, ist allerdings derzeit unklar. Längst nicht alle Parlamentarier sind für ein Bleiberecht Snowdens, Vertreter von Union und SPD fürchten dauerhafte Schäden für das Verhältnis mit den USA.

Snowden lebt derzeit in Russland - allerdings mit einem befristeten Bleiberecht, Moskau hat im vorübergehenden Asyl für ein Jahr gewährt. Der Enthüller der massiven US-Spähaktivitäten hatte sich bei einem Treffen mit dem grünen Bundestagsabgeordneten Hans-Christian Ströbele in der vergangenen Woche in Moskau grundsätzlich bereit erklärt, offiziell in Deutschland auszusagen. Der 30-Jährige will aber dafür die Garantie, nicht an die USA überstellt zu werden. Berlin müsse ihm sicheren Aufenthalt gewähren.

Linkspartei will Asyl für Snowden erzwingen <http://www.spiegel.de/politik/ausland/linke-will-asyl-fuer-snowden-mit-bundestagsbeschluss-erzwingen-a-931554.html>

Washington hat einen entsprechenden Auslieferungsantrag für alle Fälle bereits an die Bundesregierung übermittelt, die USA fordern die Auslieferung Snowdens. Diese suchen ihn per Haftbefehl und werfen ihm Landesverrat vor.

### **"Nicht unbegrenzt belastbar"**

Hans-Peter Uhl, der innenpolitische Sprecher der Unionsfraktion im Bundestag, warnte in der "Passauer Neuen Presse" davor, "übers Ziel hinauszuschießen". Er fügte hinzu: "Um Licht ins Dunkel der amerikanischen Spionage zu bringen, ist es nicht zwingend notwendig, Edward Snowden nach Deutschland zu holen." Die Beziehungen zu den USA seien "nicht unbegrenzt belastbar". Eine Aufnahme Snowdens in Deutschland würde nach Uhls Ansicht "eine dauerhafte, schwere Belastung" für das transatlantische Verhältnis bedeuten.

Allerdings ist Uhl wie auch andere Vertreter der CDU und CSU dafür, Snowden im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses in Moskau zu vernehmen. "Wenn wir mit voller Absicht hinters Licht geführt worden sind, bleibt uns nichts anderes übrig, als Snowden zu befragen", sagte Uhl. Es biete sich an, dass Vertreter der Bundesanwaltschaft den US-Amerikaner in Moskau befragen. Als zweite Möglichkeit bietet sich dem Christsozialen zufolge die Vernehmung durch einen Beauftragten oder mehrere Mitglieder des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Bundestags an.

Die Grünen sprechen sich dagegen klar für ein Bleiberecht aus. Jürgen Trittin, der ehemalige Spitzenkandidat der Grünen, verlangte Asyl für den Ex-Geheimdienstmitarbeiter. "Edward Snowden hat mit seinen Enthüllungen einen ungeheuren Abhörskandal aufgedeckt. Er ist alles andere als ein Verbrecher und hat einen gesicherten Aufenthalt in Deutschland verdient", sagte er SPIEGEL ONLINE.

### **Bereit, auf Industriespionage zu verzichten**

Am Montag reisen die Chef des Bundesnachrichtendienstes und des Verfassungsschutzes, Gerhard Schindler und Hans-Georg Maaßen, nach Washington. Nach der massiven deutschen Kritik an den NSA-Abhöraktionen sind die USA offenbar für einen raschen Abschluss eines Anti-Spionage-Abkommens offen.

Die Amerikaner sind nach Informationen des SPIEGEL bereit, auf Industriespionage zu verzichten und dies in der Vereinbarung schriftlich festzuhalten. Wesentliche Forderungen Berlins an Washington - auf deutschem Boden keine technische Aufklärung zu betreiben und die Regierungschefin nicht zu überwachen - seien aber noch ungeklärt. Der Fortgang der Gespräche dürfte auch davon abhängen, wie die Bundesregierung nun mit Snowden umgehen wird.

heb/dpa

**Load-Date:** November 15, 2013

## "Snowden plant ein neues Leben"

SPIEGEL ONLINE

01. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 738 words

**Byline:** Claudia Thaler

**Highlight:** Russland hat Edward Snowden Asyl gewährt - für zunächst ein Jahr. Doch welche Pläne hat der NSA-Enthüller? Und warum bekam er von Moskau nur befristet Unterschlupf? In russischen Medien wird heftig über die Gründe spekuliert.

### Body

---

Moskau - Edward Snowden lebte mehr als einen Monat in der Transitzone des Moskauer Flughafens Scheremetjewo. Jetzt erhielt der Whistleblower nach Angaben seines Anwalts Anatoli Kutschera vorläufiges Asyl, deshalb durfte der 30-Jährige den Airport der russischen Hauptstadt verlassen - mit unbekanntem Ziel.

Details über das Geschehen am Donnerstag Nachmittag gibt es nur wenige. Der Sender Rossija 24 sendete als erster ein Interview mit dem Anwalt des NSA-Enthüllers. Anatoli Kutschereina gab die brisante Neuigkeit bekannt: "Edward Snowden hat heute die Grenze Russlands passiert und befindet sich nun offiziell auf dem Territorium unseres Landes."

Snowden darf sich jetzt in ganz Russland frei bewegen - von Kaliningrad bis Wladiwostok. Die Nachrichtenagentur RIA Novosti berichtete, der Whistleblower sei schon um 15.30 Moskauer Zeit in der Öffentlichkeit gesichtet worden. Snowden sei "alleine in ein ganz gewöhnliches Taxi" gestiegen, meldete die Tageszeitung Wedomosti. Die Onlinezeitschrift lenta.ru wusste angeblich noch mehr: Die WikiLeaks-Mitarbeiterin Sarah Harrison habe Snowden abgeholt und habe gemeinsam mit ihm das Flughafenareal verlassen.

Snowden hatte mit der Enthüllung geheimer Spähprogramme des US-Geheimdienstes NSA Ende Mai weltweit für Aufsehen gesorgt. In seinem Heimatland, wo er wegen Geheimnisverrats gesucht wird, droht ihm deshalb eine langjährige Haftstrafe. Von Hongkong aus war er am 23. Juni nach Russland gereist. Nachdem die USA seine Reisedokumente für ungültig erklärten, hielt sich Snowden 40 Tage lang in der Transitzone des Moskauer Flughafens auf.

Nach dem Verlassen des Flughafens dankte Snowden Russland für die Gewährung von Asyl. In der Erklärung, die am Donnerstag bei WikiLeaks veröffentlicht wurde, warf er der US-Regierung die Missachtung einheimischen und internationalen Rechts vor. Am Ende jedoch habe das Recht gesiegt.

Snowdens neue russische Reisedokumente veröffentlichte als Erster der Fernsehsender Russia Today auf Twitter. "Ich habe ihm selbst die Dokumente über sein Asyl ausgehändigt", bestätigte Anwalt Kutschereina

## "Snowden plant ein neues Leben"

gegenüber Interfax. "Er darf nun ein Jahr lang in Russland bleiben." Snowden selbst hatte am 16. Juli einen offiziellen Asylantrag bei den russischen Behörden eingereicht.

Wo genau Snowden sich in Russland nun niederlassen wird, wollte Kutscherena gegenüber Rossija 24 nicht verraten. "Es geht um seine Sicherheit. Heute ist er einer der meistgesuchten Menschen der Welt." Snowden halte sich an einem sicheren Ort auf, teilte der Jurist mit.

Snowdens Vater hatte seinem Sohn noch am Mittwoch empfohlen, in Russland zu bleiben. "Ich denke, dass Russland fest entschlossen und in der Lage ist, meinen Sohn zu beschützen", sagte Lon Snowden dem Fernsehsender Rossia 24. "Wenn ich an seiner Stelle wäre, würde ich in Russland bleiben."

Russische Journalisten beschäftigte aber auch stark die Frage, warum Snowden nur ein vorübergehendes Asyl bekam. Ein Experte für Einwanderungspolitik in Russland erklärte der Tageszeitung "Moskowski Komsomolets": "Es dürfte sich wohl um politische Gründe handeln. Um politisches Asyl zu erhalten bedarf es eines Dekrets, und Präsident Putin will sich wahrscheinlich keine weiteren Probleme mit dem Weißen Haus einhandeln."

Kritische Stimmen über das Asyl für Snowden veröffentlichten die russischen Medien nicht. Sogar die Menschenrechtlerin Ljudmila Alexejewa, eine große Putin-Kritikerin, erklärte gegenüber Interfax: "Ich bin froh, dass es geklappt hat und Snowden Asyl in unserem Land gewährt wurde." Eine angebliche Weiterreise in wärmere Gefilde wie etwa nach Venezuela, Nicaragua oder Bolivien sei für Snowden zurzeit kein Thema.

Sein Anwalt Kutscherena glaubt, dass Snowden sich nun auf einen längeren Aufenthalt in Russland vorbereite: "Er plant hier ein neues Leben einzurichten und will auch hier arbeiten", wird er von der Zeitung "Wedomosti" zitiert. Die erste Jobofferte hat Snowden bereits vorliegen: Der Gründer des ins Russland beliebten sozialen Netzwerks VKontakte, Pawel Durow, hat dem 30-Jährigen Arbeit als Beauftragter für Datenschutz in seinem Unternehmen angeboten. "Wir laden Edward nach St. Petersburg ein und würden uns freuen, wenn er sich dem Dream-Team der VKontakte-Programmierer anschließen würde", schreibt Durow.

Lesen Sie hier die Chronologie der gesamten NSA-Affäre.

mit Material von dpa/Reuters/AFP

**Load-Date:** August 12, 2013

## Westerwelle zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit

Spiegel Online

4. September 2012 Dienstag 8:38 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** SYRIEN

**Length:** 338 words

**Highlight:** Die Bundesregierung hat erstmals die grundsätzliche Bereitschaft erkennen lassen, Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien aufzunehmen. Priorität habe jedoch die Hilfe vor Ort, erklärte Außenminister Westerwelle.; <http://www.spiegel.de/politik/deutschland/syrien-westerwelle-zur-aufnahme-von-fluechtlingen-bereit-a-853725.html>

### Body

---

Frankfurt am Main - Guido Westerwelle lehnt die Aufnahme syrischer **Flüchtlinge** nicht länger ab. "Ich schließe das nicht aus, aber Priorität hat derzeit die Hilfe vor Ort", sagte der Außenminister der "Frankfurter Rundschau". Er ergänzte: "Denn leider ist klar: So lange die Gewalt gegen die syrische Zivilbevölkerung anhält, wird es **Flüchtlinge** geben." Bislang hatte die Regierung die Auffassung vertreten, dass sich die Frage nach einer Aufnahme von **Flüchtlingen** hierzulande nicht stelle.

Die Bundestagsfraktionen von SPD und Grünen machten sich für die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien stark. "Wenn der Flüchtlingsstrom aus Syrien nicht zum Erliegen kommt - und im Augenblick deutet nichts darauf hin - werden auch die EU-Mitgliedsländer nicht umhin kommen, Flüchtlinge aufzunehmen", sagte SPD-Vizefraktionschef Gernot Erler der "Welt". "Daher ist die Bundesregierung gefordert, dieses Thema aktiv aufzugreifen, um eine humanitäre Tragödie zu verhindern." In jedem Fall sei eine "stärkere Unterstützung der Anrainerstaaten, die bislang die Hauptlast der Flüchtlingsströme tragen", erforderlich, sagte Erler.

Ähnlich äußerte sich der Vizefraktionschef der Grünen, Josef Winkler: Deutschland und die Europäische Union sollten "aus humanitären Gründen unbürokratisch Flüchtlinge aus Syriens Nachbarländern Türkei, Libanon und Jordanien" aufnehmen. Dies sei auch ein Akt der Solidarität gegenüber diesen Nachbarstaaten, die schon viel geleistet hätten bei der Flüchtlingsaufnahme.

Westerwelle machte zudem deutlich, dass Deutschland bereit sei, mehr Ressourcen als bisher für die Flüchtlingshilfe im Syrien-Konflikt zu mobilisieren. Bereits jetzt habe die Bundesregierung dafür 22 Millionen Euro bereitgestellt, sagte er. "Auch meinem türkischen Amtskollegen Ahmet Davutoglu habe ich vor einiger Zeit Unterstützung bei der Flüchtlingsversorgung angeboten. Das Angebot steht", sagte Westerwelle. Die Türkei, die zurzeit rund 80.000 Flüchtlinge aus Syrien beherbergt, hatte in der Vergangenheit ausländische Hilfe abgelehnt.

ler/dapd/AFP

Westerwelle zur Aufnahme von Flüchtlingen bereit

**Load-Date:** September 4, 2012

---

End of Document

## "Wir haben Hoden!"

Spiegel Online

7. November 2012 Mittwoch 12:57 PM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** WIR MACHEN UNS MAL FREI

**Length:** 631 words

**Highlight:** Männer, die breitbeinig sitzen, werden öffentlich angefeindet oder mit Verachtung gestraft. Dabei engagieren sie sich damit für den Fortbestand unserer Gesellschaft, meint Kolumnist Frederik Jötten.;

<http://www.spiegel.de/gesundheit/sex/stolz-auf-ihre-hoden-warum-maenner-breitbeinig-sitzen-a-865852.html>

### Body

---

Ich saß in der U-Bahn und dachte an nichts Böses, als ich die Frau fluchen hörte. Sie war um die 50 und hatte ihre Einkaufstüten auf einen Sitz ein paar Reihen weiter vorne gewuchtet. Jetzt zischte sie den Mann auf dem gegenüberliegenden Platz an: "Müssen Sie so breitbeinig dasitzen? Es gibt auch noch andere Menschen hier!" Allerdings hatte sie noch einen Sitzplatz für sich selbst und ihre Tüten gefunden. Der Mann, um die 40 und augenscheinlich mit Migrationshintergrund, schaute verwirrt von seinem Handy auf. Die Frau beruhigte sich gar nicht. "Sie sitzen da, als seien Sie alleine auf der Welt...." Der Mann sah entgeistert aus, vielleicht verstand er die Frau noch nicht einmal. Er stand auf und setzte sich woanders hin.

Ich hätte einschreiten, dem Mann beistehen und die U-Bahn-Pöblerin zur Rede stellen müssen. Leider äußert sich meine Art von Schlagfertigkeit so, dass mir erst nach dem Aussteigen einfiel, was ich hätte sagen müssen. "Wir haben Hoden! Wir können deshalb nicht mit derart geschlossenen Beinen sitzen, wie Sie!" In meinen Gedanken kam ich richtig in Fahrt. "Hoden sind der Grund, warum Sie überhaupt hier sitzen! Nicht meine, zum Glück, es wäre mir wirklich unangenehm, wenn die etwas mit der Zeugung einer so unangenehmen Person zu tun hätten. Aber die Hälfte von Ihnen geht auf die Hoden ihres Vaters zurück. Ohne Hoden keine Menschheit!"

Das wurde mir in diesem Moment auch erst klar. Mehr noch, ich sah: Wenn ich der letzte Mann auf der Erde wäre, dann wäre - so weh mir das tut - nicht meine Persönlichkeit oder mein Gehirn wichtig für den Fortbestand unserer Art, sondern meine Hoden. Ist es da wirklich zu viel verlangt, ein bisschen mehr Ehrfurcht für die männlichen Keimdrüsen zu fordern?

Hoden haben keine Lobby und keine Medienpräsenz. Vielleicht müsste man mal mit "Hoden, Hoden!"-Sprechchören durch die Straßen ziehen, um das zu ändern. Jeder weiß doch heute, wie wenige Geburten wir haben - es ist eine gesellschaftlich wichtige Aufgabe, auf Hoden aufzupassen. Wenn Hoden zu warm werden, ist das schlecht für die Spermienqualität. Hoden brauchen Kühlung - durch breitbeiniges Sitzen, zumindest gelegentlich.

**Anzügliche Geste für Frauen - nicht für Männer**



## "Wir haben Hoden!"

Auch ich tue es, wie mir gerade wieder vorgeworfen wurde, als ich einer Freundin meine Fotos vom letzten Urlaub zeigte. Auf einem Bild sitze ich auf einem Campingstuhl, breitbeinig. "Mein Gott, wie sitzt du denn da?", musste ich mir anhören, nicht zum ersten Mal.

Vielleicht ist es eine anzügliche Geste für Frauen, die Beine zu spreizen - für Männer ist es das nicht. Wir tun es beim Fußball gucken, beim Verzehren von Grillfleisch oder eben beim Lesen in der U-Bahn, also immer dann, wenn unsere Gedanken von Sex maximal weit entfernt sind. Wir sitzen so, wenn wir selbstvergessen und entspannt sind. Ich habe jetzt gelesen, dass Männer mit breitbeinigem Sitzen Dominanz demonstrieren wollen: je weiter geöffnet die Beine, desto größer die Macht - das behaupten jedenfalls ein paar Verhaltensforscher.

Vielleicht hat die Dame in der U-Bahn das auch gelesen und war deshalb so sauer auf ihren Sitznachbarn, vielleicht war meine Freundin deshalb so pikiert als sie mich auf dem Urlaubsfoto breitbeinig sitzen sah. Für mich jedenfalls stimmt es nicht. Ich möchte niemanden dominieren. Ich habe über nichts und niemanden Macht, noch nicht einmal über meine Beine, sonst würde ich natürlich nie breitbeinig sitzen. Es ist ein inneres Bedürfnis, ein Hodenschutzreflex, dem ich und die anderen Breitbeinig-Sitzer uns beugen. Wir setzen uns damit gegen die Überalterung der Gesellschaft und den Fachkräftemangel ein! Dafür darf man doch wohl etwas Dankbarkeit erwarten.

Für Mobilnutzer: Über diesen Link erfahren Sie mehr über die Risiken einer Hodenüberhitzung, und was Männer für gesunde Spermien tun können.

**Load-Date:** November 7, 2012

[Eine Million syrische Kinder sind auf der Flucht;  
http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-1-million-kinder-sind-ins-ausland-gefluechtet-a-936288.html](http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-1-million-kinder-sind-ins-ausland-gefluechtet-a-936288.html)

SPIEGEL ONLINE

29. November 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND

**Length:** 492 words

**Highlight:** Die Lage der syrischen Flüchtlinge ist verheerend - besonders für die Kinder. Ein Million Jungen und Mädchen werden ihrer Kindheit beraubt, sie müssen arbeiten oder werden verheiratet. Die Uno spricht von der größten Katastrophe seit dem Völkermord in Ruanda.

## Body

---

Genf - Die Zahlen sind erschütternd: Mehr als eine Million syrische Kinder sind laut einem Bericht des Uno-Flüchtlingshilfswerks UNHCR vor dem Bürgerkrieg ins Ausland geflüchtet. Die höchsten Zahlen von Kinderflüchtlingen hat die Organisation im Libanon (385.000), der Türkei (294.000) und Jordanien (291.000) verzeichnet. Insgesamt sei mehr als jeder zweite syrische Flüchtling ein Kind.

Der UNHCR-Direktor für internationalen Flüchtlingsschutz, Volker Türk, sagte, seit dem Völkermord in Ruanda 1994 habe es keine vergleichbare Flüchtlingskatastrophe gegeben. Viele Kinder seien psychisch traumatisiert. Das zeige sich an Symptomen wie Schlaflosigkeit, Stottern und Bettnässen. "Die Kinder müssen Dinge verarbeiten, mit denen schon Erwachsene größte Schwierigkeiten hätten", sagte Türk.

Jede zweite Familie, die in Jordanien Zuflucht gefunden habe, sei ganz oder teilweise auf ihre Kinder angewiesen, um sich ein Einkommen zu sichern, sagte Uno-Flüchtlingskommissar António Guterres. Schon Siebenjährige müssten Geld verdienen, damit ihre Familie überlebe, auch weil viele Väter in Syrien bleiben und Frau und Kinder allein ins Ausland ziehen lassen.

### Drei Euro für zwölf Stunden Arbeit

Der UNHCR-Bericht "Syriens Zukunft - Flüchtlingskinder in der Krise" schildert das Schicksal des 13-jährigen Flüchtlingsjungen Samir. Er arbeitet an sechs Tagen in der Woche in einem Teehaus in Irbid, nahe der jordanisch-syrischen Grenze. Für eine Zwölf-Stunden-Schicht bekommt er umgerechnet nicht einmal drei Euro.

Samirs Vater starb bei einem Bombenangriff auf das Haus der Familie in Homs, seine Mutter ist seither gelähmt. Seine 15 Jahre alte Schwester wurde an einen 50-jährigen Syrer verkauft, weil die Mutter glaubt, so habe sie die besten Aussichten auf ein normales Leben.

Eine Million syrische Kinder sind auf der Flucht [http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-1-million-kinder-sind-ins-ausland-gefluechtet-a-93....](http://www.spiegel.de/politik/ausland/buergerkrieg-in-syrien-1-million-kinder-sind-ins-ausland-gefluechtet-a-93...)

Für Mädchen ist die Lage in den Flüchtlingslagern besonders schwierig. Viele Eltern verbieten ihnen, die Unterkünfte zu verlassen, aus Sorge vor sexuellen Übergriffen. Laut dem UNHCR-Bericht dürfen 29 Prozent der Kinder ihre Behausungen nur einmal pro Woche verlassen.

Nur noch eine Minderheit der Flüchtlingskinder kann zur Schule gehen. Im Libanon wird die Zahl der schulpflichtigen syrischen Jungen und Mädchen die der einheimischen Kinder schon bald übersteigen, sagt die Uno voraus. Damit würden die Aufnahmeländer deutlich überfordert, selbst wenn an vielen Schulen im Libanon und in Jordanien bereits ganztägig in verschiedenen Schichten unterrichtet werde. Bis Ende 2013 werden in beiden Ländern insgesamt 300.000 Flüchtlingskinder ohne Schulplatz sein. Die UNHCR hat daher die internationale Gemeinschaft zu größerer Unterstützung für Syriens Nachbarländer aufgerufen.

Mindestens ebenso wichtig sei es jedoch, an einer Lösung für den Syrien-Konflikt zu arbeiten, so UNHCR-Direktor Türk: "Wir müssen die Hoffnung aufrechterhalten, dass eine Lösung in Sicht ist und die Leute eines Tages zurückkehren können."

syd/AFP/dpa

**Load-Date:** November 29, 2013

---

End of Document

## Elefanten-Asyl in Monaco

SPIEGEL ONLINE

12. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** PANORAMA / DEFAULT

**Length:** 275 words

**Highlight:** Paris - Edward Snowden wäre sicher neidisch: Den zwei aus dem Lyoner Zoo wurde Asyl gewährt - an der Côte d'Azur. Die beiden angeblich schwindsüchtigen Tiere verbringen ihren Lebensabend in einem Park in . ElefantenMonaco

### Body

---

Paris - Edward Snowden wäre sicher neidisch: Den zwei Elefanten aus dem Lyoner Zoo wurde Asyl gewährt - an der Côte d'Azur. Die beiden angeblich schwindsüchtigen Tiere verbringen ihren Lebensabend in einem Park in Monaco.

Monatelang bewegte das Schicksal zweier todgeweihter Elefanten französische Tierschützer, allen voran erzürnte sich Leinwand-Legende Brigitte Bardot. Die 42 und 43 Jahre alten Elefanten Népal und Baby aus dem Zoo von Lyon sollten nach einer umstrittenen Tuberkulose-Diagnose eingeschläfert werden.

Im Februar hatte Frankreichs oberstes Verwaltungsgericht die angeordnete Einschläferung der Elefanten gestoppt. Es gebe "erhebliche Zweifel" an der Rechtmäßigkeit dieser Anordnung, so das Urteil des Staatsrats in Paris.

Prinzessin Stéphanie von Monaco hatte damals angeboten, die beiden Dickhäuter bei sich aufzunehmen. In einem klimatisierten Anhänger wurden die Elefantendamen nun ins Fürstentum transportiert, wo sie künftig in einem Park der Grimaldi-Familie ihren Lebensabend verbringen. Das Grundstück grenzt direkt an das Landgut Roc Agel der Fürstenfamilie.

Unter der Aufsicht der Prinzessin machten die beiden Elefantendamen ihre ersten Schritte in der rund 3500 Quadratmeter großen Anlage. "Das Betreten des neuen Geheges verlief in absoluter Ruhe. Népal ist als erstes ausgestiegen und hat geduldig gewartet, bis Baby gefolgt ist. Sie sind unzertrennlich", sagte Tierärztin Florence Ollivet-Courtois, die den Schwertransporter begleitete.

Népal und Baby hätten sich erst einmal mit Staub überschüttet und leise gebrummt - laut Tierärztin ein Zeichen des Wohlbefindens.

gam/dpa/AFP

**Load-Date:** July 23, 2013

## Elefanten-Asyl in Monaco

---

End of Document

## Als Männer noch Kippen hatten

SPIEGEL ONLINE

14. August 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** KULTUR / LITERATUR

**Length:** 715 words

**Byline:** Thomas Andre

**Highlight:** Fernweh nach Frauen: In seinem neuen Roman "Mittwoch" zeichnet Wolf Wondratschek ein Spottbild alternder Chauvinisten - und hält als Pointe eine bewährte Exit-Strategie unsteter Cowboys bereit. Jetzt feiert der letzte Bannerträger des Machismo seinen Siebzigsten.

### Body

---

In der zentralen Szene des Episodenromans "Mittwoch" stehen die alten Männer entspannt im Tabakladen herum und erzählen sich von ihren Siegen und Niederlagen. Alles echte Typen, deren Libido noch nicht eingeschlafen ist und die nur ab und an mal von Unpässlichkeiten wie einer Migräne geplagt werden. Sie heißen Roberto, Richard, Bruno, Arthur, Rudi, Hans. Sie rauchen. Sie geben sich altersweise. Und sie tragen wahrscheinlich alle Züge ihres Erfinders Wolf Wondratschek: Dem - zumindest bis Clemens Meyer kam - letzten Bannerträger des Machismo in der deutschsprachigen Literatur. Sein weitgehend heiterer Roman ist eine Übung der Leichtigkeit - und hält als Pointe eine bewährte Exit-Strategie unsteter Cowboys bereit: Einfach mal Vater werden.

In "Mittwoch" findet sich eine Phänomenologie des Mannes, wie es ihn heute so nicht mehr gibt, jedenfalls nicht in der Ausführung als junger Kerl - allenfalls als museales Ausstellungsstück: Maulfaul ist er, gefühlsgehandicapt, supermaskulin und eigenbrötlerisch. In den besten Momenten seines Romans schafft es Wondratschek, mit wenigen Sätzen die Härten kenntlich zu machen, die die virile Verdummung und derangierte Desillusionierung der Männer mit sich bringt. Einer hat eine saufende Ehefrau und einen nichtsnutzigen Sohn. Der wettet und geht in den Puff ("Zum Goldenen Dattelbaum"), wahre Gefühle kennt er nicht. Die Alten sind schuld, "sie haben vergessen, ihn zu lieben." Was soll aus so einem werden.

Wondratscheks erstes, 1969 erschienenes Buch hieß "Früher begann der Tag mit einer Schusswunde". Besser kann es im Verlaufe einer langen Schriftstellerkarriere auch gar nicht mehr werden - wenngleich der Buchtitel "Carmen oder bin ich das Arschloch achtziger Jahre" auch nicht übel war. Und populärer als in den Siebzigern, als ein Rebell wie sein lyrisches Alter ego Chuck zum Vorbild antibürgerlicher Lebemänner wurde, war Wondratschek nie wieder. Am 14. August wird der Mann, der wegen seiner Leidenschaft für den Ring gerne auch griffig der "Box-Poet" genannt wird, 70 Jahre alt - sein Alterswerk läutete er vor zwei Jahren mit dem Vater-Sohn-Buch "Das Geschenk" ein.

## Als Männer noch Kippen hatten

Im Literaturbetrieb hat der Wahl-Wiener Wondratschek überzeugt die Haltung des ewigen Außenseiters kultiviert. Zuletzt gab es mit dem Literaturpreis einer gewissen Wilhelm-und-Christine-Hirschmann-Stiftung trotzdem erstmals seit mehr als 40 Jahren mal wieder eine Auszeichnung.

### Sympathien für selbstbestimmte Frauen

In seinem "Short Cuts"-artigen neuen Buch rückt Wondratschek das Personal der einfachen Leute nebeneinander: den Friseur, den Boxer, die Prostituierte, den Kneipier, den Schaffner und den Standesbeamten. Seine Sympathie gehört den selbstbestimmten Frauen, die alleine an der Bar einen Drink nehmen und sich nicht dem nächstbesten Glücksjäger an den Hals werfen wollen. Die nämlich bleiben, "selbst wenn sie eine Frau im Arm halten, auf Distanz" - und sie haben bestenfalls "Fernweh nach Frauen". Wondratschek erzählt aber auch von Frauen, die unnahbar sind: Als wolle er die Programmierung seiner Männer-Figuren einfach aufs andere Geschlecht übertragen.

Plattes ("Gab es einen Ort auf der Welt, der keine Kampfzone war?") steht neben Glänzendem ("Man kann eine Gummizelle vergolden mit Musik"). Die Frau ist die Sexgöttin, die Männer blöd dastehen lässt: "Von der Herde anderer Männer gestresst, verstehen sie nicht mehr viel von der Welt. Alleingelassen, erstarren sie." Wondratscheks Spottbild der vom Leben geschlagenen Typen - einer schießt den Gynäkologen seiner Frau nieder wegen angeblicher "Verletzung der Intimsphäre" - geht am Ende über in eine warmherzige Beschreibung der Alten, die, wenn alle Kämpfe gekämpft sind, der guten alten Zeit hinterhertrauern. Da hatte man noch keine Wehwehchen und konnte überall qualmen.

Sieht man mal davon ab, dass Wondratschek seine Herrenrunde zu sehr im Kalauer-Modus sinnieren lässt, macht der Schluss doch Mut: Als alter Sack darf man entweder junge Frauen schwängern oder psychedelische Hosenträger anziehen.

Zuletzt auf SPIEGEL ONLINE rezensiert: John Grishams "Das Komplott", Ulf Poschardts "911", Rutu Modans "Das Erbe", Jennifer Egans "Black Box", Ralph Bollmanns "Die Deutsche", DJ Stalingrads "Exodus" und Donald Ray Pollocks "Knockemstiff"

**Load-Date:** September 6, 2013

## Assange huldigt Ecuador

Spiegel Online

21. Juni 2012 Donnerstag 10:46 AM GMT+1

Copyright 2012 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** ASYLANTRAG DES WIKILEAKS-GRÜNDERS

**Length:** 668 words

**Highlight:** Frieden, Wahrheit, Gerechtigkeit? WikiLeaks-Gründer Assange preist Ecuador - ein Land, in dem Journalisten wegen Präsidentenbeleidigung zu drei Jahren Gefängnis verurteilt werden. Ecuadors Präsident zeigt sich beeindruckt von diesen Worten, man prüfe Assanges Asylantrag ausführlich.;

<http://www.spiegel.de/netzwelt/netzpolitik/julian-assange-wikileaks-gruender-preist-ecuador-a-840110.html>

### Body

---

Hamburg - Ecuador will den Asylantrag von WikiLeaks-Gründer Julian Assange ausführlich prüfen. "Wir werden uns die Zeit nehmen, die nötig ist, weil es sich um eine sehr ernste Angelegenheit handelt", sagte der ecuadorianische Präsident Rafael Correa in einem Fernsehinterview mit dem venezuelanischen Sender Telesur. Assange war am Dienstag in die Botschaft Ecuadors in London geflüchtet. Präsident Correa sagte nun: "Wir werden ihm so lange Asyl gewähren, wie es nötig ist."

Eine ausführliche Prüfung könnte unter Umständen früher abgeschlossen sein als gedacht: Der stellvertretende Außenminister Ecuadors, Marco Albuja, soll laut dem australischen Fernsehsender ABC gesagt haben, man könne die Entscheidung in der Sache erst am morgigen Freitag verkünden, der Präsident werde an diesem Tag seine Anweisungen geben. Assange soll von Großbritannien nach Schweden ausgeliefert werden, dort will die Staatsanwaltschaft Assange zu Vorwürfen der Vergewaltigung und der sexuellen Nötigung befragen, um eine Anklage gegen ihn zu prüfen.

Präsident Correa sagte in dem Telesur-Interview, er sei "beeindruckt" von Assanges Brief. Der WikiLeaks-Mitgründer schreibe, er wolle seine Mission fortsetzen "an einem Platz des Friedens, der sich der Wahrheit und der Gerechtigkeit verschrieben hat". Diese Stelle scheint dem Präsidenten sehr gefallen zu haben. Er zitiert sie zwei Mal. Als die Interviewerin ihn später fragt, warum Assange sich für Ecuador entschieden habe, referiert der Präsident lächelnd: "Er möchte seine Friedensmission uneingeschränkt fortführen."

Nicht-Regierungsorganisationen bewerten die Bürgerrechtssituation in Ecuador negativ:

Auf der aktuellen "Rangliste der Pressefreiheit" der Organisation Reporter ohne Grenzen rangiert das Land auf Platz 104. Die Organisation kritisiert, dass in Ecuador mehrere Journalisten wegen Meinungsbeiträgen zu Haftstrafen verurteilt wurden.

Die Journalisten Juan Carlos Calderón und Christian Zurita wurden im Februar 2012 in einem Zivilverfahren verurteilt, dem Präsidenten Correa umgerechnet zwei Millionen Dollar Schadensersatz für angebliche



## Assange huldigt Ecuador

Beleidigungen zu zahlen - Gegenstand des Verfahrens war ein Buch, in dem die Reporter über die Geschäfte des Bruders des Präsidenten berichteten. Dessen Firmen sollen angeblich Staatsaufträge im Wert von mehr als 150 Millionen Dollar erhalten. 2011 hatte der Präsident den Journalisten Emilio Palacio verklagt, weil er sich durch die Bezeichnung als "Diktator" in einem Kommentar beleidigt fühlte. Der Journalist wurde zu drei Jahren Haft und zur Zahlung von 30 Millionen Dollar an den Präsidenten verurteilt. Palacio floh in die Vereinigten Staaten, er hat dort Asyl beantragt. Binnen zwei Wochen haben Behörden in Ecuador in diesem Juni acht Radio- und Fernsehsender geschlossen.

Assange hatte Correa Ende Mai dieses Jahres in seiner Talkshow für den russischen Auslandssender "Russia Today" interviewt und Verständnis für dessen Vorgehen geäußert. Correa sagte, man solle die falschen Stereotypen vergessen, dass Regierungen böse und Journalisten und Medien mutig und Heiligen gleich seien: "Julian, oft ist es andersherum". Assange sagte: "Präsident Correa, ich stimme mit Ihrer Marktbeschreibung der Medien überein." Er habe erlebt, dass Medienorganisationen WikiLeaks-Material ohne seine Zustimmung "zensiert" hätten.

Assange fürchtet, von Schweden in die Vereinigten Staaten ausgeliefert zu werden. US-Behörden sollen eine Anklage gegen den WikiLeaks-Mitgründer vorbereiten. Assange könnte wegen Beteiligung an einer Verschwörung zum Geheimnisverrat angeklagt werden; ob er wegen einer solchen Anklage aus Schweden ausgeliefert werden würde, ist offen - wie Großbritannien hat auch Schweden ein Auslieferungsabkommen mit den USA. Doch ausliefern darf Schweden nur Angeklagte, denen auch nach schwedischem Recht eine Haftstrafe von mindestens einem Jahr drohen würde. Ob Verschwörung zum Geheimnisverrat in Schweden strafbar ist, müsste ein Gericht beurteilen, ein entsprechendes Gesetz gibt es nicht.

*lis/AFP/AP/dapd/Reuters*

**Load-Date:** June 21, 2012

## Deutschland stellt afghanischen Helfern Asyl in Aussicht

SPIEGEL ONLINE

10. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / AUSLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 405 words

**Highlight:** Die Bundesregierung ist grundsätzlich zur Aufnahme von afghanischen Helfern der Bundeswehr bereit. Allerdings sollen die Asylanträge genau geprüft werden - nur bei konkreter Lebensgefahr ist eine Aufnahme in Deutschland möglich.

### Body

---

Berlin - Seit Jahren unterstützen sie die Bundeswehr in Afghanistan als Übersetzer, Hilfsausbilder oder in einer anderen Funktion. Deshalb müssen die afghanischen Helfer nach dem Abzug der Truppen vom Hindukusch um ihr Leben fürchten. Bislang zeigte sich die Bundesregierung bei der Aufnahme der Helfer restriktiv. Nun wird in einem Flugblatt an die afghanischen Mitarbeiter die grundsätzliche Ausreise nach Deutschland in Aussicht gestellt.

"Sollte sich zeigen, dass Sie einer konkreten Gefahr für Leib oder Leben ausgesetzt sind, die auch durch einen Umzug nicht auflösbar erscheint, ist auch eine Aufnahme in Deutschland möglich", heißt es in dem Flugblatt, das nach Angaben des Auswärtigen Amtes derzeit auf Deutsch und in der Landessprache Dari in den Bundeswehr camps ausgehängt und verteilt wird.

Vor einer Aufnahme solle allerdings geprüft werden, ob die Bedrohung sich nicht durch eine Beschäftigung an anderer Stelle oder einen Umzug beseitigen lasse. Das Angebot gilt auch für afghanische Helfer des Auswärtigen Amtes und der deutschen Polizei. Allein die Bundeswehr beschäftigt in Afghanistan etwa 1350 einheimische Mitarbeiter. Der größte Anteil von ihnen, etwa 30 Prozent, sind Dolmetscher. Viele von ihnen berichten über Drohbriefe und Warnungen von den radikalislamischen Taliban, die die Mitarbeit bei der Isaf-Truppe als Verrat betrachten.

Unklar blieb, was mit den Familien bedrohter afghanischer Helfer geschehen soll. Da die Afghanen meist in Großfamilien leben, können von der Arbeit eines Dolmetschers bis zu 30 Menschen abhängig sein. Ob auch ihnen die Ausreise ermöglicht werden soll, geht aus dem Flugblatt nicht hervor. 27 Helfer haben schon ihre Ausreise nach Deutschland beantragt, bislang soll aber nur einem von ihnen Asyl in Aussicht gestellt worden sein.

Die Bundesregierung steht in der Frage in einem Interessenskonflikt. Zwar drohen den afghanischen Mitarbeitern Racheaktionen seitens der Taliban. Allerdings würden dem Krisenland durch die Aufnahme in Deutschland die wenigen gut ausgebildeten Fachkräfte für den Wiederaufbau entzogen. Die afghanische Regierung verurteilte Ende Januar in einer scharfen Verbalnote jegliche Asylangebote für die afghanischen Helfer der Bundeswehr als "inakzeptabel". Deutschland wurde aufgefordert, seine Ideen für die Aufnahme "zu überdenken" und rasch eine Stellungnahme "zur Einstellung des Prozesses" abzugeben.

## Deutschland stellt afghanischen Helfern Asyl in Aussicht

max/Reuters

**Load-Date:** May 31, 2013

---

End of Document

## Bundesregierung prüft Snowdens Antrag

SPIEGEL ONLINE

02. Juli 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND

**Length:** 858 words

**Byline:** Florian Gathmann Matthias Gebauer Claus Hecking

**Highlight:** Amerikas Staatsfeind Nummer eins hat diverse EU-Länder um Asyl gebeten. Die Bundesregierung prüft nun, ob man den NSA-Enthüller aufnehmen kann. Doch das gilt als unwahrscheinlich - schon weil Deutschland an das Auslieferungsabkommen mit den USA gebunden ist.

### Body

---

Berlin - Edward Snowden steckt fest, irgendwo im Transitbereich von Terminal 4 des Moskauer Flughafens Scheremetjewo. Wo soll der neue amerikanische Staatsfeind Nummer eins hin? Das russische Asylangebot hat der NSA-Enthüller abgelehnt, das Interesse Ecuadors, Snowden Zuflucht zu bieten, ist offenbar deutlich abgekühlt. Nun soll er in China sowie mehreren europäischen Ländern um Aufnahme gebeten haben, darunter Deutschland. Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) bestätigte am Dienstag, dass es ein entsprechendes Ersuchen gibt.

Kommt Snowden also bald in die Bundesrepublik? Dafür sprechen sich immer mehr Oppositionspolitiker aus, die Asyl für den Amerikaner fordern. Aber so einfach ist es nicht: Die Gesetzeslage sieht vor, dass er dafür in Deutschland sein müsste. "Snowden kann aus dem Ausland keinen Asylantrag in Deutschland stellen", sagt Günther Burghardt, Geschäftsführer von ProAsyl. Das bestätigte inzwischen auch Innenminister Friedrich.

Theoretisch könnte Snowden nun versuchen, irgendwie nach Deutschland zu gelangen. Doch das ist praktisch beinahe unmöglich: Versuchte es Snowden auf dem Landweg, beispielsweise über Polen, würde man ihn an der Grenze zurückweisen - dann müsste er in Polen Asyl beantragen. Anders wäre es, falls Snowden auf dem Luftweg direkt nach Deutschland reiste und am Flughafen Asyl beantragte; dann würde er wahrscheinlich ein Schnellverfahren bekommen.

Doch wie soll er in ein Flugzeug nach Deutschland kommen, ohne gültigen Pass?

#### **Bekommt er eine Aufenthaltserlaubnis?**

Damit bliebe nur eine Möglichkeit: Die Bundesregierung könnte Snowden eine Aufenthaltserlaubnis aus übergeordnetem Interesse gewähren. Im entsprechenden Paragraphen 22 des Aufenthaltsgesetzes heißt es in Absatz 1:

Eine Aufenthaltserlaubnis ist zu erteilen, wenn das Bundesministerium des Innern oder die von ihm bestimmte Stelle zur Wahrung politischer Interessen der Bundesrepublik Deutschland die Aufnahme erklärt hat.

## Bundesregierung prüft Snowdens Antrag

"Wenn die Bundesregierung ein Interesse an weiterer Aufklärung hat, sollte sie ihm aus politischen Gründen eine Aufenthaltserlaubnis gewähren", sagt ProAsyl-Geschäftsführer Burghardt. Für den Grünen-Innenexperten Hans-Christian Ströbele ist das sogar zwingend. "Da mittlerweile selbst die Bundesanwaltschaft wegen möglicher Spionage gegen Deutschland ermittelt, muss die Bundesregierung Snowden nicht nur Asyl, sondern wie bei den Steuer-Informanten aus der Schweiz möglicherweise sogar Zeugenschutz anbieten", sagt er. "Wenn der BND wegen Steuerhinterziehung Millionen vorstreckt und Garantien abgibt, dies aber im Fall der Datensicherheit aller Deutschen nicht tut, wäre das ein Skandal", sagt der Bundestagsabgeordnete.

Allerdings erscheint es politisch als sehr unwahrscheinlich, dass die Bundesregierung als enger Verbündeter der USA eine Aufenthaltserlaubnis aus politischen Gründen gewährt. Ob diese im Moment überhaupt geprüft wird, darüber gab es am Dienstag Unklarheit. Zwar erklärte Innenminister Friedrich, das Auswärtige Amt sei dabei, zu prüfen. Doch Außenminister Guido Westerwelle (FDP) sagte lediglich, er habe veranlasst, dass Snowdens Antrag "unverzüglich an die zuständigen deutschen Behörden übergeben wird". Dort sei "eine Behandlung nach Recht und Gesetz" vorzunehmen, so Westerwelle.

### Wäre Deutschland für Snowden sicher?

So unwahrscheinlich es ist, dass man ihm eine Aufenthaltserlaubnis gewährt, stellt sich die Frage, ob Deutschland für Snowden ein sicherer Ort wäre. ProAsyl-Geschäftsführer Burghardt sagt: "Vor dem Hintergrund der engen Verflechtungen mit den USA ist die Frage, ob Snowden sich einen Gefallen täte, wenn er nach Deutschland kommt." Denn klar ist: Hier würde ihm möglicherweise die Auslieferung drohen. Unklar ist dagegen, was die Existenz der Todesstrafe in den USA für Konsequenzen haben könnte. Sollte Snowden diese drohen, dürfte er nach deutschem Recht nicht ausgeliefert werden.

Grundsätzlich gilt das Problem mit der Auslieferung wohl für die meisten Staaten der Europäischen Union. "Edward Snowden wäre nicht gut beraten, in der EU Asyl zu stellen", heißt es aus dem engsten Umfeld eines europäischen Außenministers. "Wahrscheinlich müssten wir ihn über kurz oder lang den Amerikanern ausliefern, so sehen es die internationalen Verträge vor." 2009 hat die EU ein Auslieferungsabkommen mit den USA unterzeichnet, das seit dem 1. Februar 2010 in Kraft ist. Es sieht die Auslieferung vor, sofern es um eine Straftat geht, die nach dem Recht des ersuchenden und des ersuchten Staates mit einer Freiheitsstrafe im Höchstmaß von mindestens einem Jahr geahndet wird.

Ein Geheimnisverrat à la Snowden wäre auch hierzulande ein Schwerverbrechen. "Wir würden und wir dürften Snowden nicht anders behandeln als jeden anderen Fall", hieß es aus dem EU-Außenministerium. Darüber hinaus haben vielen Mitgliedstaaten noch einmal ähnliche separate Auslieferungsverträge mit den Vereinigten Staaten abgeschlossen.

Und ein Spitzendiplomat eines EU-Mitgliedslandes sagt: "Wenn es Snowdens Ziel ist, nie in einem US-Gefängnis zu landen, sollte er sich ein anderes Ziel suchen als Mitteleuropa."

**Load-Date:** July 23, 2013

**Jung, gebildet, eloquent: die neuen deutschen Gastarbeiter; Chinas Hacker greifen an; Interview mit dem Literaturnobelpreisträger Mo Yan; 20 Jahre "Anschwellender Bocksgesang"**

Spiegel Online

24. Februar 2013 Sonntag 7:59 AM GMT+1

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** IM NEUEN SPIEGEL

**Length:** 637 words

**Highlight:** <http://www.spiegel.de/spiegel/spiegel-chefredakteur-georg-mascolo-was-man-diese-woche-lesen-muss-a-885190.html>

## **Body**

---

**Liebe Leserin, lieber Leser,**

sie kommen aus Italien, Griechenland, Spanien, so wie ihre Väter und Großväter. Sie suchen Arbeit, eine Zukunft, zu Hause fehlt ihnen die Perspektive. Im Süden Europas beträgt die Jugendarbeitslosigkeit inzwischen oft über 50 Prozent. So hat sich eine neue Generation von **Migranten** auf den Weg nach Deutschland gemacht: Sie sind jung, gut ausgebildet, mehrsprachig. Es sind genau jene Einwanderer, die Deutschlands Wirtschaft dringend braucht: In den Boom-Regionen Deutschlands werden bereits heute die Fachkräfte knapp. Ein spiegel-Team hat sich aufgemacht, diese neue Generation der Gastarbeiter zu porträtieren.

Chinas Mächtige waren empört, als der spiegel vor sechs Jahren die massenhaften Hacker-Angriffe aus dem Reich der Mitte beschrieb. Opfer waren damals die Bundesregierung und Wirtschaftskonzerne. Inzwischen hat Chinas Cyberwar offenbar riesige Ausmaße angenommen, auch kritische Blätter wie die "New York Times" und das "Wall Street Journal" wurden bereits Opfer. Der spiegel beschreibt in dieser Woche ein neues Kapitel dieses Krieges im Netz: Ministerien, der Rüstungsriese EADS und auch ThyssenKrupp, sie alle wurden in den vergangenen Jahren attackiert. Die Bundesregierung kennt diese Fälle, aber sie schweigt, Protest gibt es kaum: Gute Handelsbeziehungen gehen vor.

Im Oktober vergangenen Jahres wurde bekannt, dass der chinesische Schriftsteller Mo Yan den Literatur-Nobelpreis bekommen soll - eine Entscheidung, die sofort umstritten war. Dissidenten protestierten, sie halten Mo Yan für staatsnah. Meine Kollegin Susanne Beyer und mein Kollege Bernhard Zand versuchten über Monate, einen Interviewtermin mit dem Schriftsteller zu bekommen, um ihn mit den Vorwürfen der Dissidenten zu konfrontieren und ihn zu fragen, wie denn der Widerspruch zwischen seinen parteikritischen Büchern und seiner Zugehörigkeit zur Kommunistischen Partei Chinas zu verstehen sei. Doch Mo Yan wollte keine Journalisten empfangen, wehrte auch Anfragen anderer Blätter ab: Außer einer verunglückten Pressekonferenz in Stockholm vor der Preisverleihung war von ihm kaum etwas zu hören. Die spiegel-Leute kontaktierten Freunde von ihm und baten um Vermittlung, fuhren vor seine Wohnanlage, übergaben dem Wachmann ein Schreiben - er legte es auf den Stapel

Jung, gebildet, eloquent: die neuen deutschen Gastarbeiter; Chinas Hacker greifen an; Interview mit dem Literaturnobelpreisträger Mo Yan; 20 Jahre "Anschwellend....

der anderen. Am Montag dieser Woche nun erscheint Mo Yans Buch "Frösche" auf Deutsch, die spiegel-Leute versuchten noch einmal, ihn zu einem Treffen zu bewegen, von einem auf den anderen Tag sagte er zu, blieb aber vorsichtig, er habe nicht viel Zeit. Als mein Kollege Zand ihm dann in einem Teehaus gegenüber saß, wurde es doch ein langes Gespräch, "und es wurde auch sehr persönlich. Es ist ganz offensichtlich, dass ihn die Vorwürfe seiner Schriftstellerkollegen hart treffen", so Zand.

Zum ersten Mal saßen sich mein Kollege Volker Hage und Botho Strauß im Jahr 1980 gegenüber. Der Schriftsteller war damals Mitte dreißig und einer der erfolgreichsten Dramatiker der Republik. Stücke wie "Bekannte Gesichter, gemischte Gefühle" oder "Groß und klein" standen hoch im Kurs bei Bühnen, Kritikern und beim Publikum. Hage traf den scheuen Dichter, der die Öffentlichkeit bis heute meidet, noch mehrfach. So kam es, dass Strauß vor 20 Jahren seinen legendären Essay "Anschwellender Bocksgesang" im spiegel publizierte - und damit eine erregte Debatte über das Selbstverständnis deutscher Intellektueller nach der Wiedervereinigung provozierte. Jetzt hat mein Kollege Hage noch einmal mit Strauß gesprochen, es ging um die Nachwirkungen des Essays, einen neuen Prosaband und den Hollywood-Star Cate Blanchett, die im vergangenen Jahr mit dem Strauß-Stück "Groß und klein" einen internationalen Erfolg als Theaterschauspielerin hatte.

Hier kommen Sie zur Digitalausgabe des neuen spiegel.

Viel Spaß bei der spiegel-Lektüre wünscht Ihnen

**Georg Mascolo**

**Load-Date:** February 24, 2013

## Rom verteidigt Bargeldzahlung an Flüchtlinge

SPIEGEL ONLINE

29. Mai 2013

Copyright 2013 Spiegel Online GmbH Alle Rechte vorbehalten



**Section:** POLITIK / DEUTSCHLAND; S. 0; Ausg. 0

**Length:** 508 words

**Highlight:** Italien soll Flüchtlinge mit der Zahlung von 500 Euro zur Ausreise in die Bundesrepublik überredet haben. Das geht aus einem Papier des Bundesinnenministeriums hervor. Jetzt wehrt sich Rom: Deutschland sei über die Praxis informiert worden.

### **Body**

---

Rom/Hamburg - Italiens Regierung verteidigt ihren Umgang mit afrikanischen Flüchtlingen. Mehrere hundert Frauen und Männer aus Libyen, Ghana und Togo sind in den vergangenen Monaten nach Deutschland weitergeschickt worden. Als Anreiz für ihre Ausreise sollen sie 500 Euro erhalten haben. Nach Darstellung des Innenministeriums in Rom sei dies in Absprache mit Deutschland und im Einklang mit dem europäischen Recht geschehen.

Die Bundesregierung sei am 17. Mai beim Treffen einer deutsch-italienischen Task Force in Berlin über das Vorgehen informiert worden. Es sei richtig, dass die italienische Ausländerbehörde den Flüchtlingen aus Afrika 500 Euro ausgezahlt habe, wenn sie das Flüchtlingslager verlassen. Auszahlung sei jedoch nicht an die Bedingung geknüpft gewesen, dass die Afrikaner nach Deutschland ausreisten. Das Geld sei auch für die Lebenshaltungskosten sowie den Integrationsprozess in Italien bestimmt.

Die italienischen Behörden haben nach Darstellung des Innenministeriums in Rom Aufenthaltsgenehmigungen nach der Prüfung jedes einzelnen Falls ausgestellt oder verweigert. Nach Artikel 5 des Schengener Abkommens dürften die Flüchtlinge nach dem Erhalt einer italienischen Aufenthaltsgenehmigung nach Deutschland reisen, müssten das Land aber nach drei Monaten wieder Richtung Italien verlassen. "Die Deutschen wussten davon. Warum protestieren sie jetzt?", sagte ein Sprecher des Innenministeriums der Zeitung "La Repubblica".

#### **Protest der Hamburger Sozialbehörde**

Das Bundesinnenministerium hatte im März in einem der Nachrichtenagentur dpa vorliegenden Brief an die Ausländerbeauftragten der Länder geschrieben, dass Italien Flüchtlingen bis zu 500 Euro zahle, wenn sie das Land verließen. Außerdem würden ihnen Fremdenpässe und jeweils drei Monate gültige Aufenthaltstitel für das gesamte Schengengebiet ausgestellt - also für jene europäischen Länder, zwischen denen es keine Grenzkontrollen mehr gibt. Berlin räumte ein, dass das Vorgehen der Italiener nicht zu beanstanden sei.

Die Hamburger Sozialbehörde hatte am Dienstag berichtet, dass mehrere hundert afrikanische Flüchtlinge nach Deutschland gekommen seien, weil die italienischen Behörden sie mit Geld und Aufenthaltspapieren zur Weiterreise aufgefordert hätten.



## Rom verteidigt Bargeldzahlung an Flüchtlinge

Etliche der Flüchtlinge seien obdachlos, weil sie in der Bundesrepublik keinerlei Anspruch auf Unterstützung haben. Sie dürften nicht arbeiten und hätten auch kein Recht auf Unterbringung und Sozialleistungen, erklärte Hamburgs Sozialsenator Detlef Scheele. Die Stadt bemühe sich zwar, für die obdachlosen Flüchtlinge Unterkünfte und Hilfe zu organisieren. Der Sozialdemokrat schränkte jedoch ein: "Es wäre unverantwortlich, falsche Erwartungen zu wecken; die Rückreise ist die einzige Option."

In den vergangenen Jahren sind Tausende Flüchtlinge aus Afrika nach Italien gekommen. Die meisten von ihnen sind mit Schiffen aus Tunesien und Libyen auf die Mittelmeerinsel Lampedusa gelangt, die nur 130 Kilometer von der afrikanischen Küste entfernt liegt.

syd/dpa

**Load-Date:** June 25, 2013

---

End of Document